

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen (Putinisten in Krakau?), wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Redaktion in Krakau? Wer soll das glauben, dass „Putinisten“ in Polen arbeiten und diese Thesen vertreten?

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Wir übernehmen immer weniger Beiträge aus „Unser Mitteleuropa“, für Putin-Propaganda sind wir uns zu schade!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seite E 1

**01) Pfarrer Steffen Reiche wurde entpflichtet! Neue Aufgaben auf Teneriffa
*Keine Mitteilungen erhalten!***

E. b) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 2 – E 28

- 01) Henry Kissinger gestorben. Von Ed Koch**
- 02) Feuilleton: "Der Religionsunterricht ist zur Farce verkommen"**
- 03) Treffen der Krieg-Kriegskinder-Kriegsenkelgeneration am 1.12 2023 um 17:00 Uhr in der Außenstelle des MGH Mellendorf in der Alten Schule in Wennebostel - Nie wieder ist JETZT!**
- 04) Emotionaler Auftritt Dr. Sucharit Bhakdi auf dem 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion (Video)**
- 05) Kriegsenkel Wedemark - Gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens in Niedersachsen - Für Demokratieerhalt - Gegen Diktatur und Faschismus in Deutschland - Nächstes Treffen ist am 1 Dezember in Wennebostel Alte Schule um 17:00 Uhr**
- 06) Corona-Symposium der AfD-Bundestagsfraktion wird totgeschwiegen – „Medizin hat sich missbrauchen lassen“**
- 07) 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Bundestag - Tag 2 (Sonntag)**
- 08) Welt im Zerfall: Afghanistan, Ukraine, Nahost: Die bestehende globale Ordnung ist dabei, sich aufzulösen. Doch wie soll die Welt von morgen aussehen?**
- 09) Stürzt der Nah-Ost-Krieg die UN ins Chaos?**

E. c) Wanderungen und Einwanderungen

Seite E 30

01) „Koloniale Emanzipation“ Afrikas wird nun für Europa schmerzlich spürbar

E. d) Länder weltweit – im Überblick

Seiten E 31 – E 65

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.12.2023**
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 20.11.2023**
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.11.2023**

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.11.2023

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 01.11.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seite E 66

- Keine Berichte -

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seite E 67 – E 70

- Keine Berichte –

Europäische Union (EU) (Seiten E 68 - E 70)

01) EU-Sanktionen: Tschechien, Italien und Belgien fordern Ende von Stahl-Sanktionen

E. g) Mitteleuropa

Seite E 71 – E 72

01) Dr. Norbert van Handel – Die Abwärtsspirale

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 73 – E 185

Niederlande (Seiten E 73 - E 76)

01) Pleite für die „Diplom-Demokratie“.

In den Niederlanden hat Geert Wilders die Wahl überraschend gewonnen. Doch kann der Anti-Establishment-Politiker zukünftig auch regieren?

02) „The Wind of change“: Orban gratuliert Geert Wilders

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 77– E 145)

01) Sehr „christlich“: Münchner Kardinal Reinhard Marx gegen katholische Kirchenämter für AfD-Anhänger

02) Wolfgang Neuss zum Hundertsten. Von Ed Koch

03) Jetzt ist auch Herbert von Karajan dran: Theater Aachen entfernt Büste

04) Unwissenschaftliche Indoktrinierung und „politisch korrekte“ Erziehung soll Schüler zu Systemtrotteln formen. Von PETER HAISENKO

05) FDP im „Ampel-Modus“ – Kubicki und seine „gesponserte Luxuskreuzfahrt“

06) Organspendergesetz neu – kein Widerspruch zu Lebzeiten somit Recht zur Entnahme gefordert

07) Klimaschutz: Die Ampel entsendet über 250 Mitarbeitern zur Weltklimakonferenz nach Dubai

08) Beschämend. Von Ed Koch

- 09) Grüne Europa Spitzenkandidatin als ultimative Antifa-Sympathisantin
- 10) KW 47 (20. – 26.11.2023). Brauch ich nicht! Von Ed Koch
- 11) Den Bock zum Gärtner gemacht- Windkraft höchst fragwürdig
- 12) Besuch aus Frankreich. Von Ed Koch
- 13) „Seltsame Explosion“ von „Psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen“
- 14) Innovationsaward 2023 an Startups des deutschen und europäischen Mittelstands vergeben
- 15) KW 46 (13. – 19.11.2023). Der Schlechte-Laune-Report. Von Ed Koch
- 16) Beatrix von Storch löst mit Rede zum Selbstbestimmungsgesetz Tumulte und Ordnungsrufe aus
- 17) Kritischer TV-Sender AUF1 soll zum Schweigen gebracht werden: Sendeverbot in Deutschland
- 18) 60.000.000.000 EURO. Von Ed Koch
- 19) Nervensäge Weselsky. Von Ed Koch
- 20) Dies und Das. Von Ed Koch
- 21) Die „Asyl-Beschlüsse“ sind eine Mogelpackung – derzeitige Grenzkontrollen verhindern keine Asylbetrüger-Einreise.
Von PETER HAISENKO
- 22) Kriegstüchtig. Von Ed Koch
- 23) Die Zukunft der Demokratie. Von Ed Koch
- 24) Politischer Aschermittwoch 2024. Ticketverkauf startet heute
- 25) Neuwahlen. Von Ed Koch
- 26) Ein Tag, der es in sich hat. Von Ed Koch
- 27) Wagenknechts „Erbe“ – Liquidation der Partei „Die Linke“
- 28) Habeck gibt zu: „Maßgeblicher Teil des Wohlstands wird verlorengehen“.
Von NIKI VOGT
- 29) Mainstream-Medien stürzen ab – egal ob BILD, FAZ, taz oder WELT
- 30) ACHTUNG REICHELT! Von Julian Reichelt
- 31) Wieder so ein verdammter Gedenktag. Von Ed Koch
- 32) Unfassbar: Evangelische Kirche will noch mehr Asyl-Einwanderer in Deutschland haben
- 33) Chancen in Krisenzeiten nutzen. Von Ed Koch
- 34) fahr'n, fahr'n, fahr'n mit der Deutschen Bahn. Von Ed Koch
- 35) BKA-Bericht: Dramatischer Anstieg der Migrant-Kriminalität.
Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 146 – E 162)

Aus technischen Gründen mussten einige gescannte Berichte von paperpress leider gelöscht werden. Wir bedauern das!

- 01) Nie wieder ist Jetzt! Deutschland steht auf. 10. Dezember 2023
- 02) 20 Jahre IKEA Tempelhof. Von Ed Koch
- 03) Staatsbegräbnis. Von Ed Koch
- 04) 85 Jahre danach - Antisemitismus, hausgemacht und importiert
- 05) Wolfgang Neuss zum 100sten. Von Ed Koch

- 06) Beschämend. Von Ed Koch
- 07) Hafenstadt Berlin. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 163 – E 173)

- 01) Österreich: Aufregung um „Nikolaus-Verbot“ in Kindergarten – nur FPÖ protestiert dagegen
- 02) Ein Selbstmord und ein ÖSI-Präsident: Korruptions-Vorwürfe in der Fassaden-Demokratie
- 03) Wels (OÖ): Kriminalisierungsversuch von Islamisierungsgegnern gescheitert – Freispruch vor Gericht. Von KURT GUGGENBICHLER
- 04) Ehemalige Österreichische Außenministerin Kneissl kommentiert anhaltende Debatte um Entzug ihrer Staatsbürgerschaft

Südtirol (Seiten E 174 – E 185)

- 01) Nachbetrachtung der Wahlen in Südtirol

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 186 – E 199
------------------------------	-----------------------------

Estland (Seiten E 186 – E 188)

- 01) Wird estnische Premierministerin trotz „Skandal um Ehemann“ neue NATO Chefin?

Polen (Seite E 189)

- Keine Berichte -

Tschechien (Seiten E 190– E 194)

- 01) Posselt würdigt Fürst Schwarzenberg
- 02) Der Mann hinter Václav Havel. Zum Ableben von Karl Fürst Schwarzenberg. Von CR Gernot Facius
- 03) Außenminister Lipavský besuchte Wien
- 04) Digitale Kompetenz der Tschechen liegt über EU-Durchschnitt
- 05) Präsident Pavel spricht sich für Reform der UNO aus
- 06) Russlands Ex-Präsident Medwedew vergleicht Krim mit Sudetenland
- 07) Sudetendeutsch-tschechischer Zukunftskongress in Budweis
- 08) Prinzessin Dietrichstein bekam Nikolsburger Gruft zurück
- 09) Strompreise in Tschechien deutlich über EU-Durchschnitt

Slowakei (Seite E 195)

- Keine Berichte -

Seite E V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Ungarn (Seiten E 196 – E 199)

01) Direkte Demokratie in Ungarn – Volksbefragung: „Schutz unserer Souveränität“

E. j) Osteuropa

Seiten E 208– E 212

Weißrussland (Seite E 200)

- Keine Berichte -

Ukraine (Seite E 201)

- Keine Berichte –

Russland (Seiten E 202 - E 212)

01) Putin und Schoigu treffen stellv. Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission (ZMK) Chinas. Von REDAKTION

E. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 213 - E 214

Armenien / Aserbaidschan (Seite E 213)

- Keine Berichte -

Türkei (Seite E 214)

- Keine Berichte -

Seite E VI zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

E. l) Südosteuropa

Seiten E 263 - E 265

Moldavien (Seiten E 215 – E 216)

01) Moldawien würde für EU-Beitritt Transnistrien aufgeben

Bulgarien (Seite E 217)

- Keine Berichte –

E. m) Süd- und Westeuropa

Seite E 266

Italien (Seiten E 218 – E 220)

- 01)** Michelangelo zeichnete Geheim-Skizzen in Katakombe aus Angst vor Todesurteil durch Papst Clemens VII
- 02)** Italien will Illegale nach Albanien umsiedeln

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 267

Irland (Seiten E 221 – E 224)

- 01)** Orwell'sche EU-Diktatur Irland: McGreggor wegen „Hass-Rede“ verfolgt – „Irland ist im Krieg“

Großbritannien (Seiten E 225 – E 226)

- 01)** „Armutshochburg“ Großbritannien – Kostensparen durch Kühlschranks aus



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seite E 1

Wir wünschen Herrn Pfarrer Steffen Reiche für die Zukunft alles Gute, wir danken für seine hervorragende Arbeit in der Vergangenheit und wünschen uns eine weitere gute Zusammenarbeit!

Reinhard M. W. Hanke

Keine Mitteilungen erhalten!

01) Henry Kissinger gestorben. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-33

30. November 2023

48. Jahrgang

Henry Kissinger gestorben



Henry Kissinger bei seinem letzten Besuch in Berlin anlässlich der Trauerfeier für **Egon Bahr** am 17. September 2015 in der St. Marienkirche, beim anschließenden Empfang im Roten Rathaus im Gespräch mit dem damaligen Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** und dem Regierenden Bürgermeister **Michael Müller**. Foto: Ed Koch

Das ZDF meldet heute Morgen: „Der frühere US-Außenminister **Henry Kissinger** ist tot. Der umstrittene Friedensnobelpreisträger und Diplomat starb am Mittwoch im Alter von 100 Jahren in seinem Haus in Connecticut, teilte Kissinger Associates mit.

Als Sicherheitsberater und Außenminister der US-Präsidenten **Richard Nixon** und **Gerald Ford** prägte der Republikaner maßgeblich die US-Außenpolitik. Die Bemühungen des in Deutschland geborenen jüdischen Flüchtlings führten zur diplomatischen Öffnung Chinas, zu Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn und zum Pariser Friedensabkommen mit Nordvietnam.

Kissinger: Schärfe und Selbstsicherheit

Ford nannte Kissinger einen ‚Super-Außenminister‘, wies aber auch auf dessen Schärfe und Selbstsicherheit hin, die Kritiker eher als Paranoia und Egoismus bezeichneten. Ford sagte: ‚Henry hat nie einen Fehler in seinem Kopf gemacht.‘ Während viele seine Brillanz lobten, kritisierten andere Kissinger für seine Unterstützung antikommunistischer Diktaturen, vor allem in Lateinamerika. Trotz aller Proteste erhielt er 1973 den Friedensnobelpreis für seinen Beitrag zum Friedensvertrag mit Vietnam. Kissinger blieb auch nach seinem 100. Geburtstag aktiv, nahm an Sitzungen im Weißen Haus teil, veröffentlichte ein Buch über Führungsstile und sagte vor einem Senatsausschuss über die nukleare Bedrohung durch Nordkorea aus. Im Juli 2023 besuchte er überraschend den chinesischen Präsidenten Xi Jinping.“

SPIEGEL Online schreibt: „Kissinger war von 1973 bis 1977 Außenminister der USA und von 1969 bis 1975 Nationaler Sicherheitsberater der Präsidenten **Richard Nixon** und **Gerald Ford**.

Für das Waffenstillstandsabkommen im Vietnamkrieg erhielt Kissinger 1973 gemeinsam mit dem nordvietnamesischen Chefunterhändler **Le Duc Tho** den Friedensnobelpreis. Es ist aber eine der umstrittensten Entscheidungen in der Geschichte des Preises: Tho lehnte die Ehrung ab, weil der Krieg trotz des Abkommens weiterging. Kissinger selbst wollte den Preis später zurückgeben.

Als Ford 1976 die Präsidentschaftswahl gegen den Demokraten **Jimmy Carter** verlor, war es vorbei mit Kissingers Ministerkarriere. Er blieb aber in den folgenden Jahrzehnten ein in Washington viel gefragter und einflussreicher Berater – und sein Wort hatte bis zuletzt Gewicht. Als Buchautor befasste er sich auch im hohen Alter mit Themen wie Weltpolitik und Diplomatie, aber auch den Herausforderungen der künstlichen Intelligenz.

Kissinger wurde 1923 als **Heinz Alfred Kissinger** im bayerischen Fürth geboren. Die jüdisch-orthodoxe Familie floh 1938 vor dem Naziregime in die USA. Dort wurde Kissinger fünf Jahre später eingebürgert und änderte seinen Vornamen.

Als US-Soldat kehrte er im Zweiten Weltkrieg mit der 84. Infanteriedivision in sein Heimatland zurück. Er arbeitete als Übersetzer bei Geheimdienstoperationen und half bei der Festnahme von Gestapo-Mitgliedern. Dafür wurde er mit dem Bronze Star ausgezeichnet.

Auf die Zeit bei der US-Armee folgte eine glanzvolle Wissenschaftskarriere an der Universität Harvard. Mit seinen Analysen zu Verteidigungsstrategie und Atomwaffen machte der Politikwissenschaftler auf sich aufmerksam und begann die US-Regierung zu beraten.

Als der Republikaner Nixon 1969 als Präsident ins Weiße Haus einzog, machte er Kissinger zu seinem Nationalen Sicherheitsberater und 1973 zusätzlich zum Außenminister. Kissinger wurde zum Inbegriff des Realpolitikers. Ihn trieben Einflusswahrung und der Ausgleich der weltweiten Machtbalance an. Seine Arbeit brachte ihm viele Bewunderer, aber auch viele erbitterte Gegner ein.“

Am 17.09.2015 berichtete **paperpress** anlässlich der Trauerfeier für **Egon Bahr**: Eigens aus den USA angereist war **Dr. Henry Kissinger**, der über 50 Jahre mit **Egon Bahr** befreundet war. Mit seiner

1



Anwesenheit wollte Kissinger unterstreichen, wie viel ihm **Egon Bahr** bedeutete. Als Bahr 1969 im Weißen Haus dem damaligen Präsidenten Nixon und dessen Sicherheitsberater Kissinger Bundeskanzler Brandts neue Ostpolitik erklärte, herrschte zuerst Skepsis. Mit dem berühmten Begriff „Wandel durch Annäherung“ konnte man zuerst nicht viel anfangen. Das Vertrauen ineinander entwickelte sich jedoch, und zwischen Bahr und Kissinger entstand eine jahrzehntewährende Freundschaft. „Es war ein langer Weg“, sagte **Henry Kissinger** sichtlich ergriffen in seiner Rede.

Ein anderer Freund aus Deutschland, **Helmut Schmidt**, starb kurz nach **Egon Bahr** am 10. November 2015. Kissinger würdigte Schmidt als einen besonderen Freund, den er seit 60 Jahren gekannt und geschätzt habe. Er nannte ihn „eine Art Weltgewissen“. Er habe Mut und Visionen nie für sich reklamiert, aber verkörpert. Schmidt sei gebildeter als die meisten Politiker der Nachkriegszeit gewesen, sagte der 92-Jährige. Zu Schmidts 90. Geburtstag habe er die Hoffnung ausgesprochen, dass der ehemalige Kanzler ihn überleben werde, „weil eine Welt ohne ihn eine sehr leere wäre“. Doch er habe sich geirrt. Am 24. November 2015 fand im Hamburger Michel die Trauerfeier für **Helmut Schmidt** statt, an der **Henry Kissinger** teilnahm. „*Helmut wird bei uns bleiben, perfektionistisch, launisch, stets auf der Suche, fordernd, inspirierend, immer zuverlässig.*“, so Kissinger in seiner Trauerrede.

02) Feuilleton: "Der Religionsunterricht ist zur Farce verkommen"

28. 11. 2023



Bild: shutterstock

Der Theologe Wolfram Schrems über die Fehlentwicklung innerhalb der Katholischen Kirche und den Einfluss auf unsere Kultur von außen im Interview:

Frage: *Der Jahresablauf in unserem christlichen Abendland ist im Wesentlichen durch christliche Gedenktage und Feste, von Advent, über Weihnachten zu Ostern, Pfingsten usw. bestimmt. Immer mehr nehmen nun mit amerikanischen Eigenheiten einen bewussten und auch unbewussten Gesinnungswandel vor. Wie lange wird es die christliche Grundstruktur Ihrer Meinung nach noch geben?*

Wolfram Schrems: Die Hauptursache am Verschwinden der christlichen Grundstruktur des Jahresablaufs sind meines Erachtens nicht so sehr äußere, etwa amerikanische Einflüsse, sondern das kollektive Versagen der kirchlichen Glaubensverkündigung, bei wenigen Ausnahmen. Seit den siebziger Jahren wird den Kindern im Religionsunterricht und in der Pfarre der Gehalt des christlichen Glaubens, somit auch der christlichen Feste, nicht mehr adäquat vermittelt. Der Religionsunterricht ist zur Farce verkommen. Die Sonntagspredigten sind im Regelfall sinnlos. Bischöfliche Verlautbarungen verstärken normalerweise die ideologischen Inhalte des Zeitgeistes, wie Klimawandel und „Pandemie“. Eine ernstzunehmende Katechese findet nicht statt. Unsere Feierkultur ist daher schal und leer

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

geworden. Hinter den Fassaden ist kaum noch etwas. Von daher gebe ich der von Ihnen genannten christlichen Grundstruktur hierzulande – abgesehen von einem Wunder – keine Zukunft über ein, zwei Generationen hinaus.

Das ursprüngliche „Allerheiligenfest“ wird schön langsam von „Halloween“ abgelöst. Vor allem in der Jugend findet dieser ursprünglich keltische Brauch immer mehr Anhänger. Müssen wir nicht mit den kommenden Generationen damit rechnen, dass es mittelfristig zu einer Ablöse kommt?

Schrems: Halloween ist ein grässlicher Brauch. Hier zeigt sich eine fatale Obsession mit dem Morbiden und Hässlichen, die derzeit kulturbestimmend geworden es. Es wird der Anti-Logos, das Gegenteil des Guten, Wahren und Schönen zelebriert. Es ist ein heidnischer Rückfall, eine Verneinung des Evangeliums. Der ganze Halloween-Zirkus ist satanisch. Für die Kinder sind die Touren durch die Nachbarschaft ein Propädeutikum für mafiöse Schutzgelderpressung. In diesem Zusammenhang stelle ich fest, wie weit verbreitet okkulte und satanische Symbole als Anstecker, Tätowierungen und Ausstellungsplakate schon sind. Aber um der Vollständigkeit willen ein positiver Kontrapunkt: Da und dort gibt es zu Halloween den Brauch des „Holywins“, des „Holiness wins“, Heiligkeit gewinnt. Wie ich lese, ging das von Paris aus und erreichte den englischen Sprachraum und Italien. Da verkleiden sich Kinder am Vorabend des Allerheiligenfestes als Heilige. Dabei lernen sie über deren Leben. Das ist sehr schön und könnte hierzulande nachgeahmt werden.

Unmittelbar vor dem Weihnachtsfest müssen wir uns fragen, inwieweit nicht wir selbst zu einem Wandel beitragen. Das ursprünglich hohe christliche Fest um die Geburt von Jesus Christus ist mittlerweile vollkommen kommerzialisiert. Die gut zwei Monate vorher beworbene Geschenkkultur mit den geeigneten Dekorationen erinnert nur wenig an das Mysterium um die Menschwerdung Gottes. Verträgt diese Kommerzialisierung das Christentum noch lange?

Schrems: Der November ist nach alter Tradition der Totenmonat, in dem die Gläubigen für die Verstorbenen am Reinigungsort beten und sich Gedanken über ihr eigenes Leben und die letzten Dinge machen sollen. Dann kommt der Advent, der besonders zum Nachdenken über die Wiederkunft Christi am Ende der Zeit anregen soll. Er ist ja ursprünglich eine kleine Buß- und Fastenzeit, mit Violett als liturgischer Farbe. Dann erst kann das hohe Fest der Geburt Jesu angemessen begangen werden. Der von Ihnen angesprochene Kommerz ist aus Sicht des Handels verständlich. Aber mir scheint, daß das ein Anlass ist, dass das schon erwähnte unerträgliche Vakuum mit ungeeigneten Dingen gefüllt wird. Ich finde das weihnachtliche Schenken grundsätzlich einen schönen Brauch, aber es sollte mit Maß und Ziel geschehen und den Inhalt des Festes nicht verdrängen.

Gerade bei Weihnachten können wir erkennen, das sich auch in der Sprachgebung die Welt verändert. Aus dem „Christkind“, wurde neben dem „Weihnachtsmann“ auch „Santa Claus“. Ein deutliches Signal dafür, dass die Religion immer uninteressanter wird. Auch wenn bei der Weihnachtsmesse die Kirchen noch gut gefüllt sind, täuscht das nicht darüber hinweg, dass die Entmythologisierung der Kirche massiv schadet. Kirchenaustritte und Priestermangel sprechen doch eine deutliche Sprache. Soll diese Anpassung an den Zeitgeist durch die Kirche so weitergehen

Schrems: Die „Sprachgebung“ ist tatsächlich ein Signal, dass die Kirche immer uninteressanter wird. Sie passt sich unterwürfig an den Zeitgeist an. Mit diesem ist übrigens eine starke Kinderfeindlichkeit eingetreten, was die Geburt des Christuskindes auch irgendwie betrifft. Man denke an die zahllosen ungestraft im Mutterleib getöteten Kinder.

Nun hat auch die Vorarlberger Landesregierung ausgerechnet unter einem VP-Landeshauptmann grünes Licht für das Umbringen der ungeborenen Kinder im Landeskrankenhaus gegeben. Knapp vor der Adventzeit! Die kirchlichen Autoritäten halten es nicht für notwendig, diesen himmelschreienden Verbrechen entgegenzuwirken. Zur Anpassung an den Zeitgeist noch etwas: Wir erinnern uns an die Besetzung der Wiener Votivkirche durch sogenannte Flüchtlinge in der Adventzeit 2012. Diese Schändung war nach manchen Quellen von Linksextremisten organisiert. Der Pfarrer wollte die Polizei zu holen. Das wurde ihm von kirchlichen Autoritäten verboten. Kardinal Schönborn und Caritas-Präsident Landau machten den Herren Flüchtlingen, nach Medienberichten alle Moslems, ihre Aufwartung. Bischofsvikar Schutzki verglich die Kirchenbesetzung allen Ernstes mit der Herbergssuche der Heiligen Familie. Diese Unterwürfigkeit gegenüber dem Zeitgeist und dessen Protagonisten ist sehr schlimm. Dieses absurde Verhalten zeigt, dass weite Teile der Kirchenführung hierzulande weder den Glauben noch die legitimen Rechte der Gläubigen im Auge haben. Übrigens protestierten die Hirten der Kirche nicht, als Bundeskanzler Schallenberg vor zwei Jahren den Verweigerern einer hochgefährlichen Gen-Behandlung frech „ungemütliche Weihnachten“ ankündigte. Die Bischöfe stellten sich nicht vor ihre Gläubigen, die juristisch gesehen immer noch einen Großteil der Bevölkerung ausmachen. Den gerichtlich eintreibbaren Kirchenbeitrag kassieren sie gerne ein, aber ihrer Hirtenpflicht kommen sie nicht nach, wie man in jener dunklen Vorweihnachtszeit 2021 schmerzlich zur Kenntnis nehmen musste.

Neben der Anpassung an amerikanische Verhältnisse erleben wir auch völlig neue amerikanische Eigenheiten, wie z.B. den „Black Friday“. Eine rein kommerziell ausgerichtete Erfindung, wie auch der Valentinstag oder sogar der Muttertag. Tut uns dieses absatzorientierte „Pseudofeiern“ in irgendeiner Form gut oder ist das lediglich den Marketingstrategien der Konzerne geschuldet?

Schrems: Der „Black Friday“ ist eine Marketingmaßnahme, die erfolgreich sein mag oder auch nicht. Allerdings zeigt die Allgegenwärtigkeit von Anglizismen eine ideologische Kolonisierung unserer Kultur. Das sollte nicht sein. Der Valentinstag wäre für die kirchlichen Amtsträger eine gute Gelegenheit zur Verkündigung der Wahrheit über Liebe und Sexualität. Leider enthält der nach dem II. Vatikanum neu erfundene Kalender ausgerechnet diesen beliebten Heiligen, Wundertäter und Märtyrer, nicht mehr. Der Muttertag ist ein schöner Brauch. Auch er wäre ein guter Anlass für die Kirche zur Katechese über die Mutterschaft. Gegen das Beschenken spricht nichts, nur sollte es, siehe oben, mit gesundem Maß erfolgen.

Ein wesentlicher Punkt für den Wandel ist auch der Zuzug durch Personen mit einer anderen Religion. Ein anderes Kulturbewusstsein, anderes Brauchtum und andere Feiertage führen immer wieder zu Konflikten in der Öffentlichkeit. Wohin soll das führen?

Schrems: Im Licht des Buches Deuteronomium (5 Mose) können wir die Überfremdung als Strafe Gottes für Glaubensabfall und Unmoral verstehen. In Dtn 28,43ff heißt es: „Der Fremde, der in deiner Mitte wohnt, steigt immer höher nach oben, hoch über dich hinaus, und du steigst immer tiefer hinab. ... Er wird zum Kopf und du wirst zum Schwanz. Alle diese Verfluchungen werden über dich kommen, dich verfolgen und dich erreichen, bis du vernichtet bist, wenn du auf die Stimme des Herrn, deines Gottes, nicht hörst und nicht auf seine Gebote und Gesetze, auf die er dich verpflichtet hat, achtet. ... Der Herr trägt zum Kampf gegen dich ein Volk aus der Ferne herbei, von den Enden der Erde, das wie ein Adler herabstößt, ein Volk, dessen Sprache du noch nie gehört hast, ein Volk mit unbeweglichem Gesicht, das sich dem Greis nicht zuwendet und für das Kind kein Mitleid zeigt.“ Diese Stelle bezieht sich auf die Verkündigung des Gesetzes an das Bundesvolk Israel. Segen und Fluch

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

werden mit ihren jeweiligen Folgen vorgelegt, damit das Volk Gottes recht wähle. In analoger Form können wir das auch auf das Volk des Neuen Bundes beziehen. Wir sehen ohnehin selbst, dass sich in den post-christlichen Nationen Überfremdung und Bevölkerungsaustausch ereignen. Das durch den Glaubensabfall verursachte geistige und durch die Abtreibung verursachte demographische Vakuum wird mit fremden Religionen und fremden Menschen aufgefüllt. Das führt zur längerfristigen Abschaffung der christlich-abendländischen Kultur. Denn die Europäer scheinen sie selbst nicht zu wollen.

Kreuze sollen aus den Klassenzimmern verschwinden, Nikolofeiern dürfen nicht mehr in den Kindergärten stattfinden, ja sogar das Essen in öffentlichen Einrichtungen wird umgestellt, um Zugezogene „nicht vor den Kopf zu stoßen.“ Wie sollen wir mit dieser Entwicklung umgehen?

Schrems: Die Kirche selbst lehrt im Katechismus der Katholischen Kirche (§ 2241, zweiter Abschnitt): „Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Bedingungen unterstellen und verlangen, dass die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mit zu tragen.“ Bezeichnenderweise wird das niemals erwähnt und daher auch nicht umgesetzt. Würde die Kirche die Politik auf diesen ohnehin *selbstverständlichen Grundsatz aufmerksam machen, würde es bei uns anders ausschauen.*

Die neuen sozialen Medien begünstigen im Wesentlichen die Internationalisierung der Verhaltensweisen. Nationale und europäische Eigenheiten treten in den Hintergrund. Können wir das akzeptieren, oder müsste dagegen vorgegangen werden?

Schrems: Mit Bestürzung sehe ich, wie Vokabular, Adjustierung und Verhalten von jungen Menschen durch den Medienkonsum vereinheitlicht werden, bis hinein in die Mimik und Artikulation. Ich stelle auch mit Entsetzen fest, welche Bindekraft diese Medien entfalten. Im Straßenverkehr und in den öffentlichen Verkehrsmitteln muss man direkt aufpassen, dass man nicht von Zombies, die auf ihr Kästchen starren, niedegerannt oder niedergefahren wird. Hier muss erst einmal das Suchtverhalten aufgebrochen werden. Anstatt dauernd „online“ zu sein, wäre es wichtig, mit Gott „online“ zu sein.

Der unverkennbare Wandel führt letzten Endes wohl zu einer „Ghettoisierung“ dessen, was bei uns Brauch war. Das ist vorerst viel stärker in den Großstädten zu merken. Liegt in der, weniger dem Zeitgeist unterworfenen, ländlichen Bevölkerung etwa eine Chance zur Bewahrung unseres autochthonen Brauchtums?

Schrems: Die ländliche Bevölkerung war in der Geschichte immer ein beharrendes, traditionsorientiertes Element. Leider genießt der Bauernstand zu wenig Anerkennung. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß politisch die Zerschlagung der kleinräumigen ländlichen Struktur gewollt ist. Das beobachten wir verstärkt seit dem EU-Beitritt Österreichs. Meinem Kenntnisstand nach breiten sich die Abartigkeiten des Zeitgeistes aber auch am Land aus.

Welchen Beitrag könnten die christlichen Kirchen leisten, um Wesentliches von dem zu erhalten, was sie selbst über Jahrhunderte bei uns geschaffen haben?

Schrems: Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass es die Katholische Kirche war, die in der schwierigen Zeit nach dem Zusammenbruch Roms und der Völkerwanderung die Grundlage für alles gelegt hat. Der heroische Pionier- und Opfergeist der Benediktiner schuf

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

die Klöster, die Stätten der Gottesverehrung und der Gastfreundschaft. Hospize, Waisenheime und Krankenhäuser wurden ebenfalls von Mönchen und gläubigen Laien erfunden und betrieben. Klosterapotheke und Domschule sind Schöpfungen der Kirche, aus letzterer entwickelten sich die Universitäten. Wir können auf diese gewaltige Zivilisation durchaus stolz sein. Sie wurde Jahrhunderte vor dem zerstörerischen Wirken Martin Luthers und anderer Revolutionäre, von denen sich viele ein völlig falsches, romantisierendes Bild machen, grundgelegt. Den protestantischen Gemeinschaften empfehle ich daher, mit ihrer eigenen Geschichte aufzuräumen. Die katholische Hierarchie müsste sich auf den eigenen, unverfälschten Glauben und die von ihm bestimmte Zivilisation besinnen. Wichtig – auch in kultureller Hinsicht – wäre eine entschlossene Rückkehr zur überlieferten, lateinischen Liturgie. Die Sakramente im überlieferten Ritus drücken den Glauben viel reiner aus als die neuen, zudem bildeten sie evidenterweise die Kultur aus, von der wir noch zehren: Die romanischen, gotischen und barocken Kirchengebäude wurden nun einmal für die auf unvordenkliche Zeit zurückgehende Liturgie geschaffen. Was sich jetzt dort abspielt, ist von Ausnahmen abgesehen eine Farce.

Welche Aufgaben müsste die regierende Politik übernehmen, um morgen aufwachen zu können, ohne dass sie vor irreversiblen Tatsachen steht, die sie selbst nicht wollte und auch nicht mehr kontrollieren kann?

Schrems: Die Frage ist, ob die regierende Politik diese irreversiblen Prozesse nicht bewusst betreibt. Für mich sieht es so aus. Für eine neue Politik müsste zunächst die Einsicht entscheidend sein, dass der Politiker wie jeder andere vor Gott für das Gemeinwohl der ihm anvertrauten Menschen verantwortlich ist.

Das Gespräch führte **Walter Tributsch** von [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.



MMag. Wolfram Schrems, geb. in Linz. Studien der katholischen Theologie und der Philosophie, Katechist für erwachsene Taufbewerber. Veröffentlichungen auf Dr. Andreas Unterbergers Tagebuch, [Katholisches.info](#), im Attersee Report und im Abendland, Beitrag im aktuellen Buch Klimareligion (Frank & Frei). Zwei Buchübersetzungen. Vorträge und Ansprachen bei Kundgebungen. Arbeitet für Ja zum Leben/Human Life International Österreich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Treffen der Krieg-Kriegskinder-Kriegsenkelgeneration am 1.12.2023 um 17:00 Uhr in der Außenstelle des MGH Mellendorf in der Alten Schule in Wennebostel - Nie wieder ist JETZT!

<<https://www.dgb.de/themen/++co++7e0f1012-7ed7-11ee-bf05-001a4a160123>>

Hallo liebe Interessierte und Teilnehmer*innen im Mehrgenerationendialog, liebe Freunde in Israel, Frankreich, England der Ukraine und den USA, nach der Machtübernahme in Israel an Benjamin Netanjahu bekomme ich einen Linkhinweis von der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem auf einen

Server über den ich mich meines Anlasses der Adressierung authentifizieren soll in und über welchen Bezug ich selbst verwandtschaftlich jüdische

Verwandtschaft habe. Dieses habe ich abgelehnt. Da dieses in all den Jahren vorher nicht der Fall war, ist davon auszugehen, dass nur noch bestimmten

Personengruppen eine Adressierung erlaubt sei – andere werden per Filter offensichtlich aussortiert. Ich finde das bedauerlich – wohl aber nicht änderbar.

Wir stehen mit den Antisemitismusbeauftragten von Bund und Länder in Kontakt sowie dem Ethikrat der Deutschen Bundesregierung zum Thema Antisemitismus.

Wenn wir als Gesellschaft jetzt nicht aufpassen, werden wir bei den Europawahlen im nächsten Jahr und danach in Deutschland ein böses Erwachen erleben.

Mir hat ein 100 Jähriger ehemaliger Soldat aus dem letzten Weltkrieg II einmal gesagt als ihm die Bilder von amerikanischem Colonel vom gerade befreiten

KZ Buchenwald gezeigt wurde. Nachdem er realisierte, das die Bilder keine Fälschungen sondern echt waren: „ Da habe ich mich geschämt ein Deutscher zu sein.“

So geht es jetzt vielen in unserem Land und in Europa, wo der Rechtsruck täglich mehr spürbar wird in Freizeit, Beruf und Gesellschaft. Die Politik und prominente

Vertreter schaffen nicht alles. Wir in den Dörfern und kleinen Städten im Land müssen jetzt zusammen dagegen halten, sonst ist unsere Demokratie verloren.

Wobei das in Holland wohl noch schneller zu gehen scheint, da die holländische Verfassung keine Checks and Balances beinhaltet, was die Gewaltenteilung

aufrecht erhält. Bisher kamen die Rechtspopulisten und Demagogen in Sonntagsreden daher – nun regieren sie! Wie schnell das doch geht? **Wacht auf, das Leben**

unserer Kinder und Enkel und deren Zukunft muss dringender denn je verteidigt werden und zwar JETZT – Morgen ist es zu spät! Waren alle Warnungen umsonst?

Gegen Verfassungsfeinde und all derer welche unsere Demokratie abschaffen wollen. Demokratie ist ein Bildungsprozess (Oskar Negt)

Soziale Netzwerke geben allen eine Stimme. Aber sie entfernen uns von demokratischen Verhältnissen (Jürgen Habermas)

Aus diesem Anlass schreibe ich Ihnen / Euch heute am Totensonntag von der Wedemark an die Menschen in der Welt: „Fragt nicht was Euer Land für Euch tun kann,

sondern fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt“.(J. F .Kennedy) Und damit sind wir alle für unsere eine Welt verantwortlich..... eine zweite wird es nicht mehr geben!

Dieses und andere aktuelle Themen sollen im Deutschlandnetzwerk der Mehrgenerationenhäuser zum Ausdruck gebracht und diskutiert werden. Antisemitismus ist

eine Haltung und KEINE politische Veranstaltung wo demokratische Parteien wie SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke um die besten Lösungen ringen. Anders beim

hasserfüllten und menschverachtenden Antisemitismus wo die Abneigung oder Feindschaft gegenüber den Juden in unserem Land deutlich geworden ist.

“Hierfür das 85 Jahre nach dem Holocaust schäme ich mich ein Deutscher zu sein.“ Der DGB mit seinen 6 Millionen Mitgliedern (Deutsche Gewerkschaftsbund) hat

dazu eine klare Haltung - <https://www.dgb.de/themen/++co++7e0f1012-7ed7-11ee-bf05-001a4a160123>

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

**Ein Gruß aus Amerika an Ihre Freunde in Germany – auf Deutsch
gesungen von Joan Baez – Der Mond ist aufgegangen (2020)**

<https://www.youtube.com/watch?v=ftdSzTvfkPU>

Mit besten Grüßen

Fredy Krause Sprecher der Gruppe der Kriegsenkel

Im MGH Mellendorf und ehrenamtlicher Mitarbeiter

der Freiwilligenagentur der Gemeinde Wedemark

Fredy Krause, Lindenstraße 20, 30900 Wedemark,

[Tel:05130](tel:05130) – 8961, Mobil: 0176 -45346282

Dienstlich: 0511-120-3737

04) Emotionaler Auftritt Dr. Sucharit Bhakdi auf dem 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion (Video)

23. 11. 2023



Am 11. und 12. November 2023 fand das 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag statt. Zwei Tage lang machten ausgewiesene Experten wie Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Prof. Dr. Stefan Homburg, Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Ronald Weigl, Dr. Gunter Frank, der Datenanalyst Tom Lausen, Prof. Dr. Paul Cullen oder der Pathologe Prof. Dr. Walter Lang die Veranstaltung aufgrund ihrer hohen Fachkompetenz für alle Beteiligten zu einem unvergesslichen Ereignis.

Es waren emotional berührende Minuten, als Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, dessen Name „untrennbar für jetzt und alle Zeit mit diesem Corona-Irrsinn“ verbunden ist, am 11. November beim 2. Corona-Symposium im Deutschen Bundestag als Redner angekündigt wurde. Minutenlange Standing Ovationen begleiteten einen sichtlich gerührten Sucharit Bhakdi zum Vortragspult. Die bewegenden Worte

„Danke, danke Ihnen. Ich habe Tausende von Vorträgen gehalten, aber der Anfang von diesem Vortrag fällt mir so schwer. Ich bin so ergriffen. Ich bin so ergriffen. Entschuldigung. Entschuldigung.“

Das waren die ersten Sätze seines Beitrages, den er vorab selber als den wichtigsten Vortrag seines Lebens bezeichnet hatte. – so MFGDW.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS, unseren Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION



[Philosophia Perennis](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Kriegsenkel Wedemark - Gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens in Niedersachsen - Für Demokratieerhalt - Gegen Diktatur und Faschismus in Deutschland - Nächstes Treffen ist am 1. Dezember in Wennebostel Alte Schule um 17:00 Uhr

Fredy Krause Do., 16. Nov., 14:06 (vor 13 Tagen)

Fredy Krause <fredy.krause@web.de>

Hallo liebe Interessierte und Teilnehmer*innen im Mehrgenerationendialog, liebe Freunde in Israel, Frankreich, England der Ukraine und den USA,

Ukrainisch

Привіт, шановні зацікавлені сторони та учасники діалогу поколінь, дорогі друзі в Ізраїлі, Франції, Англії, Україні та США,

Pryvit, shanovni zatsikavleni storony ta uchasnyky dialohu pokolin', dorohi druzi v Izrayili, Frantsiyi, Anhliyi, Ukrayini ta SSHA,

Hebräisch

שלום מתעניינים ומשתתפים יקרים בדיאלוג הרב-דורי, חברים יקרים בישראל, צרפת, אנגליה, אוקראינה וארה"ב,

Englisch

Hello dear interested parties and participants in the multi-generational dialogue, dear friends in Israel, France, England, Ukraine and the USA,

Französisch

Bonjour, chers intéressés et participants au dialogue multigénérationnel, chers amis d'Israël, de France, d'Angleterre, d'Ukraine et des États-Unis,

hier ein kurzer Rückblick auf die letzten ereignisreichen Wochen deutscher und der Weltgeschichte - das Rad dreht sich zur Zeit weltweit gegen die Demokratie – es gibt im Augenblick mehr Diktaturen und Autokratien als Demokratien in der Welt. Hier ein Demokratieindex aus dem Jahr 2021 [https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratieindex_\(The_Economist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratieindex_(The_Economist)) – vor dem Überfall und Einmarsch der Russen in die Ukraine – vor den Putschen der Militärs in Afrika -

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Putschen_und_Putschversuchen

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Am 15 September führte eine kleine Gruppe der Kriegsenkel Wedemark eine Demonstration für den Demokratieerhalt Deutschland hier in Mellendorf durch. Leider sah sich keine der von uns angeschriebenen Zeitungen in der Lage hierüber zu berichten und somit einen Impuls in die Bevölkerung - neben den großen Städten - auch auf dem Lande in den Dörfern damit zu geben. Nach dem Überfall der Hamas und dem Kidnappen und Morden der israelischen Bevölkerung und damit

einen neuen Konfliktherd auslösend, welcher sich weltweit wie ein Flächenbrand zwischen Moslems, Christen und der jüdischen Bevölkerung abzeichnet – Gott möge uns vor schlimmeren – einem Weltkrieg der Religionen beschützen.

Abgrundtiefer Hass und Hetze kommen aktuell in einem bisher ungekanntem Ausmaß zwischen und unter allen Religionen in der Welt zum Tragen. Hiervon sind die Zeitungen voll von Berichten und aktuellen Sachständen. Die Informationen sind über tiktok, social media falsch und einseitig – hier insbesondere unter jungen Leuten gestreut und werden aus Russland einseitig gesteuert um die westlichen Demokratien zu destabilisieren und anstatt derer andere Formen des Zusammenlebens zu etablieren – zum Beispiel in einer Autokratie oder Diktatur. Wir befinden uns weltweit in einem systemischen Kampf um die Zukunft der Erde – jetzt werden die Claims bzw. die Ressourcen dazu abgesteckt – legal friedlich und illegal mit Gewalt.

Wir haben mit der Kriegsenkelgruppe Wedemark bereits am 3 Februar hierauf aufmerksam gemacht indem ich in einem persönlichem Gespräch dem damaligen Antisemitismusbeauftragten und dem Schutz Jüdischen Lebens in Niedersachsen

Dr. Franz Rainer Enste ein Interview gab, in welchem das umfassende Konzept erläutert und die Zieldefinition erklärt wurde. 19 Tage später marschierte Russland in die Ukraine ein. Bei uns im Gemischten Chor Wennebostel singen auch vor dem Krieg geflüchtete Ukrainer*innen. Ihre Männer kämpfen an den Fronten in Ihrer Heimat und verteidigen – **auch unsere Demokratie. Immer noch schauen zu viele – auch bei uns weg, da es sie scheinbar nicht berührt oder nicht interessiert.**

Insbesondere ergaben jüngste Umfragen, dass die Spendenbereitschaft, Anteilnahme und Empathie bei Kriegsflüchtlingen bei der älteren Generation, welche als Kinder selbst vor 78 Jahren vor dem Krieg in Europa flüchten mussten deutlich größer als bei den nachfolgenden Generationen, welche keinen Krieg – Gott sei Dank – seit dem erleben mussten. Wir alle hoffen sehr, dass nicht auch wir eines Tages von Nachbarn überfallen werden und die Plünderungen und das Morden hier in Deutschland einkehren wird.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Auszuschließen ist das nicht. Was können wir jetzt tun? Wir können hinschauen – und unsere Kinder schützen, indem wir Ihnen mehr aktive Demokratie auf allen Ebenen vermitteln und das in Taten zum Ausdruck bringen. Unsere Kriegsenkelgruppe hat zwei Zeitzeugen des letzten Weltkrieges (Rolf Zick, Jahrgang 1921 und Arnold Kirchner, Jahrgang 1923), welche berichtet haben und noch weiter berichten werden, solange sie es können. Macht mit und beteiligt Euch mit Interesse an den letzten Zeitzeugen in Deutschland, welche aktiv am Krieg beteiligt waren und sprecht mit Ihnen. Es gibt nach Schätzungen noch ca. 10.000 von Ihnen in Deutschland. Informiert Euch über Zeitzeugenportale.

<https://www.zeitzeugen-portal.de/>

Hierüber bekommt Ihr bundesweit Zugang zu den noch lebenden Personen, welche dokumentiert aufgezeichnet wurden im in der Reihe „Gedächtnis der Nation“. Wir haben die Bürgerpflicht unserem Land gegenüber den Müttern und Vätern unseres Grundgesetzes zusammenzustehen und für den Erhalt der Demokratie und des Gemeinwohl in Deutschland in jedem Bundesland in jeder kleinen Kommune einzutreten. Wir müssen alles tun, um einen drohenden Krieg zu verhindern.

Einen Krieg, welcher (vielleicht) in einen Weltkrieg münden könnte.....

Für das Treffen am 01. Dezember November haben wir Pastor Maik Schwarz aus Elze noch nicht dabei, aber im nächsten Jahr wird er uns besuchen und an zwei Tagen verschiedene Vorträge aus seiner Arbeit und dem Leben in Jerusalem berichten. Hieraus resultiert sicher ein besseres Verständnis für die religiösen Konflikte zwischen den verschiedenen Religionen der Moslems, der Juden und der Christen. Der durchschnittliche Bundesbürger scheint der Komplexität hier nicht mehr ausreichend gewachsen zu sein. Es passiert alles sehr schnell – auch durch Technik und deren Manipulation gesteuert in viele Richtungen – wir als Zuschauer wissen aber nicht in welche? Ich bin zuversichtlich, dass wir mit Pastor Maik Schwarz jemanden gewinnen konnten, welcher uns das Verstehen erleichtern kann. Er lebte und arbeitete viele Jahre in Jerusalem. Hier vorab ein Link mit der Hintergrundhistorie dazu für eine besseres Verständnis zum Sachverhalt und Orientierung. https://c.wgr.de/d/fa74c71148a3bd28c239f5a53f12e58264d948c9e75001d576f5298e2f2e7807.pdf/Horizonte%2012_Nahostkonflikt.pdf

Über die Mehrgenerationenhäuser in Deutschland sollen künftig diese Informationen in ein bundesweites Netzwerk eingebunden werden. Die Gespräche dazu laufen derzeit länderübergreifend. Wir hoffen im Interesse aller auf ein positives Ergebnis.

Mit besten Grüßen

Fredy Krause Sprecher der Gruppe der Kriegsenkel
Im MGH Mellendorf und ehrenamtlicher Mitarbeiter
der Freiwilligenagentur der Gemeinde Wedemark

06) Corona-Symposium der AfD-Bundestagsfraktion wird totgeschwiegen
– „Medizin hat sich missbrauchen lassen“

18. 11. 2023



Bild: shutterstock

Dröhnendes Schweigen bei den Hofbericht-erstattenden Systemmedien

Selten sieht man so deutlich, dass es ein gemeinsames Totschweigen gibt. Man will sich nicht nur nicht damit auseinandersetzen, man will auch (vergeblich) dafür sorgen, dass es niemand erfährt und niemand hingeht. Man will gleichzeitig die böse AfD und die Impfschäden weg-ignorieren. Wie illusorisch, denn die Partei hat ein Wählerpotenzial von um die 20 Prozent. Und diese Wähler und Sympathisanten wissen sehr genau, warum dieses Symposium totgeschwiegen werden muss. So, wie beim Ersten Corona-Symposium im Juli 2020.



Besonders zum Fremdschämen: Das, wovor das erste Symposium damals warnte, ist auch genauso eingetreten. Alles, was kritisiert wurde, hat im Nachhinein die Kritik noch überholt: Es kam noch viel schlimmer und wir sehen heute, dass nicht nur kein Nutzen aus dem Pandemie-Management erwachsen ist, sondern ein ungeheurer Flurschaden, der nicht nötig gewesen wäre. Von den Auswirkungen der Impfung selbst ganz zu schweigen.

Es wurden falsche Zahlen in allen Medien in die Welt geblasen, es wurde mit Einschüchterung und Angstmache gearbeitet. Erschreckende Bilder, wie die Leichenlastwagen von Bergamo, waren Fake und Lüge. Die mRNA-Vakzine haben nichts gebracht, im Gegenteil, sie wurden (absehbarerweise) mit jeder Mutation wirkungsloser gegen das Virus — aber jede neue Impfwelle brachte neue Geschädigte und Tote.

Die meisten Bürger wollen eine Aufarbeitung der ganzen Tragödie, sie wollen die Wahrheit wissen und Vorkehrungen, das so etwas nicht noch einmal passiert. Das Vertrauen in die politische Kaste ist bis unter den Boden zerstört. Und man sieht glasklar, welche Politiker sich um Aufarbeitung bemühen und welche nicht. Die Betreiber der Corona-Maßnahmen verkriechen sich in ihre Gemächer und stellen sich keiner Diskussion. Einzig und allein die böse, böse AfD ist bereit, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und das zu tun, was in einer Demokratie erforderlich ist. Und die Herrschaften Politiker, die sich glorreich verdrücken, bezichtigen die AfD, antidemokratisch zu sein.

Das Verschweigen der Medien und der Politik treibt die Leute zur AfD

Vielleicht haben die Damen und Herren der Leitmedien damals nicht verstanden, was viele Bürger durch zähes Recherchieren an Fakten, Daten und Einschätzungen zu verstehen gelernt haben. Oder sie hätten zumindest den Mund halten können. Stattdessen beschimpften und diffamierten sie die Kritiker im Zirkus „Corona“. Und sie haben schlicht falsch berichtet, wenn nicht absichtlich getäuscht. Was hat man uns in die Angst gejagt, die Kliniken seien überfüllt mit sterbenden, nach Luft röchelnden Intensivpatienten, das Krankenhauspersonal zum Umfallen überarbeitet und vor Erschöpfung weinend ... dabei war die Belastung mit Patienten sogar ungewöhnlich niedrig.

Die Medien nahmen ihre Aufgabe nicht nur nicht wahr, nämlich die Bürger zu unterrichten, objektiv zu berichten, dem Volk eine Stimme zu geben und die Politiker zur Rede zu stellen. Nein, sie machten sich zum Komplizen und Mittäter. Ganz besonders die öffentlich-rechtlichen Sender nehmen mit beherztem Griff in die Taschen der beitragszahlenden Bürger Geld dafür, dass sie entgegen ihrer Informationspflicht dann noch den Politikern Schützenhilfe leisten. Sie, die Medien und Öffentlich-Rechtlichen, waren die ergebenen Herolde der Politik. Begreifen sie immer noch nicht, dass ihre blinde Regierungspropaganda die Leute zu der AfD treibt, weil sie die zerstörerische Regierungspropaganda schlicht satt haben.

Saubere Aufarbeitung beim 2. Corona-Symposium

Die AfD machte also mit ihrem Symposium vor, wie es hätte laufen müssen. Renommierte Experten wurden eingeladen, die auf ihrem jeweiligen Fachgebiet referierten. Mikrobiologen, Epidemiologen, Hausärzte, Fachärzte, Anwälte, Statistiker, Intensivmediziner, Pflegekräfte, Datenanalysten, Polizeibeamte, Medizinhistoriker, Bundeswehrangehörige, Kriminologen, Impfgeschädigte Patienten und Bürger, die von Verfolgung, Nötigung durch Vorgesetzte und Kollegen berichteten.

Die Bürger und Zuschauer konnten sich mit einbringen und Fragen stellen und die Vortragenden und Redner zeigten große Bereitschaft, auf alle Fragen redlich und ausführlich zu antworten, zuzuhören und mit zu lernen. Alle hatten ein Interesse, nämlich die Ängste und Verluste, aber auch die Lehren „aus Corona“ gemeinsam ehrlich und offen aufzuarbeiten. Eine beeindruckende, gemeinsame Arbeit am Erlebten – oder besser Durchlebten.

Tom Lausen, ein renommierter Datenanalyst und einer der großen Namen der Kritiker, legte anhand statistischer Zahlen dar, dass es eine „historische Unterauslastung“ der deutschen Krankenhäuser während der Corona-Krise gab. Er nannte Zahlen:

„Statt 19,2 Millionen Fällen in den Jahren zuvor, waren es auf einmal nur noch 16,7. Das sind zweieinhalb Millionen Fälle weniger. 200.000 Menschen pro Monat weniger im Krankenhaus seien es gewesen – das genaue Gegenteil der verbreiteten Panik. Es war eher zu leer in den Krankenhäusern, sogar Kurzarbeit gab es. Von Corona-Überlastung keine Spur.“

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin, räumte mit der Schauergeschichte auf, dass das komplette medizinische Gesundheitssystem vor dem Kollaps gestanden habe – und auch eine „*epidemische Notlage nationaler Tragweite*“ habe es zu keinem Zeitpunkt“ gegeben.



Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Die Covid-19- Krankheitswelle ebte bereits ab, „*die Inzidenz und Prävalenz der COVID-Erkrankung waren rückläufig.*“ als der Bundestag am 25. März 2020 diese „*epidemische Notlage nationaler Tragweite*“ ausrief. Laut Prof. Sönnichsen bestand dazu überhaupt keine Veranlassung. Auch im Folgenden gab es die nicht, denn jede weitere Variante des Coronavirus sei ungefährlicher geworden. Es seien nicht die Corona-Maßnahmen gewesen, die die „Pandemie“ zum Erliegen gebracht haben, sondern der natürliche Verlauf. Und Lockdown, Maskenpflicht, Quarantäne und Reise- und Ausgangsbeschränkungen beruhten samt und sonders auf dem Ermächtigungsgesetz, das dem Gesundheitsminister erlaubte, am Parlament vorbei rechtswidrige Maßnahmen zu erlassen.

Das betrifft auch die Anwendung von nur bedingt zugelassenen Impfstoffen, denn auch das konnte nur mit einer offiziellen „Notlage“ gemacht werden. Daher, so Prof. Sönnichsen, war auch das Verimpfen mit den mRNA-Vakzinen rechtswidrig:

„Man hätte diesen Impfstoff gar nicht auf den Markt bringen dürfen“, setzte er hinzu.

Stattdessen sei die Bevölkerung in die Impfung gedrängt worden, ohne dass man gesicherte Daten über die Langzeitsicherheit und Langzeiteffektivität der Genimpfstoffe hatte. Es sei den Leuten ständig erzählt worden. dass die Impfstoffe sicher und effektiv seien. Das war einfach gelogen, wie wir heute wissen. *„Das ist ein Verbrechen an der Bevölkerung.“*

Der Pathologe Prof. Dr. Walter Lang, ein Kollege des (leider verstorbenen) Prof. Dr. Arne Burkhardt führte zahlreiche Untersuchungen an Obduktionen durch:

„70 Prozent der 88 durchgeführten Untersuchungen an Gewebeproben von Verstorbenen konnten wir als Ursache der Impfung bejahen. Beim Rest, also circa 25 Prozent, konnten wir sagen, dass es wenig wahrscheinlich ist.“

Seiner Ansicht nach hätte bei allen, die geimpft wurden und danach verstarben, eine Obduktion durchgeführt werden müssen:

„Das wurde verhindert, weil vom Paul-Ehrlich-Institut und Robert Koch-Institut die Devise herausgegeben wurde, dass die Impfung sicher sei.“

Prof. Dr. Paul Cullen ist Facharzt für Innere- und Laboratoriumsmedizin. Sein Vortrag ging um die PCR-Tests. 80 Prozent des Tests der Region Münster und Umgebung liefen in seinem Labor ein, da es das größte dort war. Dort wurden 170.000 Proben analysiert. Seiner Darstellung nach waren 60 Prozent der positiven PCR-Tests schlicht irrelevant. Er ist sowieso der Meinung, dass allein ein positiver PCR-Test nicht als Beleg für die Infektion gelten kann, denn er gibt ja nur darüber Auskunft, dass er eine Gensequenz in der Probe gefunden hat. *„Wir kommen in dieser Arbeit zu dem Schluss, dass das wissenschafts- und erkenntnistheoretisch nicht zulässig ist.“* Ein positiver CT-Test könne nie gleichgesetzt werden mit einer klinischen Diagnose, so der Labormediziner. Die Tests seien auch Bestandteil eines Angstszenarios gewesen, das man benutzte, um „bestimmte Ziele zu erreichen“. Die Medizin habe sich aus seiner Sicht hier missbrauchen lassen.

Prof. Dr. Sucharit Bhakdi ist Mikrobiologe. Er war einer der mutigsten und ersten Warner. Er nutzte seine Redezeit, um die Menschen vor den mRNA-Impfstoffen zu warnen. Die gerade frisch aufgekommene Information, dass Pfizer die Impfstoffe für die vorgeschriebenen Testgruppen zwar gereinigt und absolut pur in die Probanden verimpft hatte (was aber dennoch zu Todesfällen unter den Probanden führte), die massenhaft hergestellten mRNA-Impfstoffe aber aus Bakterien hergestellt werden und dadurch mit Bakterien-DNA-Schnipsel gefährlich verunreinigt waren. Dazu war Pfizer überhaupt nicht

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

autorisiert. „Das bedeutet, die Verwendung ist kriminell und muss gestoppt werden.“, resümierte Prof. Bhakdi. Diese Bakterien-DNA ist in Nanolipiden verpackt: „Sie wird daher direkt von den Körperzellen aufgenommen.“ Der Körper könne dies nicht verhindern. Die Körperzellen würden dadurch genverändert, das hätten Tierversuche gezeigt. Dieser Fremd-DNA-Müll in unseren Zellen sei lebensgefährlich.

Dieses Bakterien-DNA-verseuchte Impferserum sei aber nicht das, was in den Zulassungstests verimpft wurde. Also hat der Betroffene nicht das bekommen, in was er eingewilligt hatte. Prof. Bhakdi sieht darin eine „Riesenchance“, Pfizer massenhaft zu verklagen. Das könnte noch sehr interessant werden.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dieunbstechlichen.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER


07) 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Bundestag - Tag 2 (Sonntag)

[AfD-Fraktion Bundestag](#)



369.000 Abonnenten

95.704 Aufrufe Premiere am 19.11.2023

Am 11. und 12. November 2023 fand das 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag statt. Zwei Tage lang machten ausgewiesene Experten wie Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Prof. Dr. Stefan Homburg, Prof. Dr. Andreas Sönnichsen, Dr. Ronald Weigl, Dr. Gunter Frank, der Datenanalyst Tom Lausen, Prof. Dr. Paul Cullen oder der Pathologe Prof. Dr. Walter Lang die Veranstaltung aufgrund ihrer hohen Fachkompetenz für alle Beteiligten zu einem unvergesslichen Ereignis. Die auf dem Symposium getätigten Aussagen spiegeln die Meinung des jeweiligen Referenten wider. Hier geht's zum Corona-

Symposium Tag 1:  [2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion ...](#) Offizieller Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Jetzt abonnieren

►  [@afdfraktionimbundestag](#) Unsere Webseite <https://afdbundestag.de/> Andere Social Media Kanäle

Facebook:  [/afdimbundestag](#) Twitter:  [/afdimbundestag](#) Instagram:  [/afdimbundestag](#)
Telegram: <https://t.me/afdfraktionimbundestag>

TikTok:  [/afdfraktionimbundestag](#)

Transkript

Du kannst im Transkript mitlesen.

https://www.youtube.com/watch?v=lxXRDsLUc_M&t=0s

<https://www.youtube.com/watch?v=XnvtYibTQmk>

08) Welt im Zerfall: Afghanistan, Ukraine, Nahost: Die bestehende globale Ordnung ist dabei, sich aufzulösen. Doch wie soll die Welt von morgen aussehen?

Global 13.11.2023 | [Paul Mason](#)

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/welt-im-zerfall-7107/?utm_campaign=de_40_20231114&utm_medium=email&utm_source=newsletter



DPADie Weltwirtschaft hat begonnen, sich zu deglobalisieren und zerfällt in rivalisierende Sphären.

[Read article in English](#) [Читать статью по-русски](#)

Zuerst Afghanistan: Im August 2021 bricht plötzlich die Regierung zusammen und mit ihr 20 Jahre westliches „Nation-Building“. Im Februar 2022 dann die Ukraine: Erstmals seit 1945 kommt es in Europa wieder zu einem großen konventionellen Krieg. Russland entfesselt eine Barbarei im Stil des 20. Jahrhunderts, verschärft durch einen Informationskrieg im Stil des 21. Jahrhunderts.

Am 7. Oktober nun der brutale Angriff der Hamas und die todbringende Antwort Israels. Israels Einmarsch in den Gazastreifen droht nicht nur einen regionalen Krieg auszulösen, mit koordinierten Angriffen der iranischen Stellvertreter im Libanon, Jemen und Irak. Strategisch droht auch die Gefahr, dass die Macht der Vereinigten Staaten in der Region einbricht. Letztlich zeigt sich in jedem dieser traumatischen Ereignisse das Versagen der USA: Erst scheiterte Donald Trumps Friedensabkommen mit den Taliban, dann gelang es Joe Biden nicht, diesen Fehler rückgängig zu machen, und schließlich schaffte Biden es auch nicht, die russische Aggression gegen die Ukraine durch Abschreckung zu verhindern.

Jetzt drohen die USA im Nahen Osten zu scheitern – der wichtigsten Region, in der sie seit ihrem Rückzug aus Vietnam in den 1970er Jahren ihre Macht durchsetzen wollen. Ihr Einfluss in den relevanten Hauptstädten von Riad bis Kairo ist gering, ihr Ruf auf den „arabischen Straßen“ ist ruiniert, und der Kongress mit republikanischer Mehrheit ist nicht in der Lage, Geld für den Konflikt [zu bewilligen](#), ohne dies durch entsprechende Einsparungen bei der amerikanischen Steuerbehörde IRS auszugleichen.

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Die massiven Seestreitkräfte, die die USA im östlichen Mittelmeer zusammengezogen haben, sollen den Iran und seine Anhänger von einer Eskalation abhalten und den Verbündeten in der Region die beruhigende Botschaft vermitteln, dass die Sicherheitsarchitektur der US-Basen, Horchposten und schäbigen Abkommen mit Autokraten tragfähig bleiben wird. Doch in den finsternen Fantasien radikaler Islamisten ist plötzlich etwas vorstellbar, von dem der Westen dachte, es sei dank ihm undenkbar: dass Israel besiegt wird und die Bereitschaft der USA, für Israel in den Kampf zu ziehen, schwindet. Es war nicht angedacht, dass lachende Teenager Plakate mit entführten jüdischen Jugendlichen [von Litfasssäulen reißen](#). Amerikanische Präsidenten sollten auch nicht zum Aufstand im eigenen Land blasen. Charkiw, Cherson und Odessa sollten mit den Schrecken des Zweiten Weltkriegs assoziiert werden, nicht mit der Gegenwart. Wir erleben derzeit den Zerfall einer Ordnung. Mit ihr löst sich auch die Macht des Sachverständigen auf.

Die Weltwirtschaft hat begonnen, sich zu deglobalisieren, und zerfällt in rivalisierende Sphären.

Wenn ich in Veranstaltungen mit Nahost-Expertinnen und -Experten sitze und deren jähe Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit erlebe, habe ich den Eindruck, dass dies für sie eine neue Erfahrung ist. Im Februar 2022 nahm ich an Seminaren mit gleichermaßen renommierten Russlandfachleuten teil, deren lang gehegte Vorstellungen über ihren Präsidenten Wladimir Putin und den Putinismus sich ebenfalls in Wohlgefallen auflösten. Wenn ich weiter zurückdenke, erinnern sie mich an die Ökonominen und Ökonomen, mit denen ich während der globalen Finanzkrise 2008 zusammengearbeitet habe. Mit einem Mal war deren gesamtes Wissen nur noch für das relevant, was der Schriftsteller Stefan Zweig so treffend „die Welt von gestern“ nannte.

Auf einer übergeordneten Ebene geht es deshalb ums Verstehen. Nur wenn wir das Geschehen richtig einordnen und die miteinander verwobenen Krisen als ein komplexes Ganzes begreifen, können wir eine Vorstellung davon entwickeln, was getan werden muss, um das zu verteidigen, was es zu verteidigen gilt. In den internationalen Beziehungen haben wir uns jedoch in einer fruchtlosen Debatte zwischen „Realismus“ und „Idealismus“ verfangen. Dabei handelt es sich nicht einmal um eine wirkliche Debatte, sondern nur darum, sich wechselseitig die miteinander unvereinbaren Prämissen entgegenzuhalten. Wenn die eine Seite Recht hat, sind Tausende von Dokortiteln und Lehrstühlen der anderen Seite hinfällig.

Um hier einen Schritt weiterzukommen, [regt](#) Benjamin Tallis von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik einen „Neo-Idealismus“ an. Damit ließen sich die humanitären und universalistischen Prinzipien wiederbeleben, welche 1945 das Fundament für die Gründung der Vereinten Nationen und 1948 für die [Allgemeine Erklärung](#) der Menschenrechte lieferten – diesmal jedoch ohne Kompromisse mit den Diktaturen auf „unserer Seite“ der geopolitischen Kluft des Kalten Krieges.

Tallis verweist auf eine neue Generation führender Politikerinnen und Politiker wie Kaja Kallas, Sanna Marin und Wolodymyr Selenskyj, die diesen neuen Geist verkörpern. Zugleich wirft er Olaf Scholz und Emmanuel Macron vor, dass sie Russlands Macht weiterhin als gegebene Realität hinnehmen. Wenn ich mich in dieser Debatte positionieren sollte, würde ich mich als Idealist in einer realistischen Welt definieren. Ich wünsche mir eine regelbasierte Weltordnung, einen universellen Menschenrechtsbegriff und ein Völkerrecht, das den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Doch mir ist bewusst, dass die bestehende Ordnung dabei ist, sich aufzulösen.

Seite E 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Es gibt, um eine Metapher von Karl Marx zu bemühen, einen rechtlichen und geopolitischen Überbau, der von der darunter liegenden wirtschaftlichen Basis nicht mehr getragen werden kann, weil diese Basis zerbrochen ist. Die Weltwirtschaft hat begonnen, sich zu deglobalisieren, und zerfällt in rivalisierende Sphären. Der globale Informationsraum wird balkanisiert. Russland und China haben einen Systemwettbewerb gegen den Westen gestartet und sind mit Erfolg dabei, Oligarchien und gescheiterte Demokratien für ihr Projekt zu rekrutieren.

Jede neu zu schaffende Rechtsordnung muss anerkennen, dass sich das Gravitationszentrum der Welt nach Süden verlagert.

Natürlich sollten wir dagegenhalten und die globalen Institutionen stützen – vom UN-Hilfswerk, das in Gaza so massiv in Bedrängnis gerät, bis zum Internationalen Strafgerichtshof, der dort Kriegsverbrechen untersuchen könnte –, so wie es in den 1930er Jahren unsere Vorfahren taten, um den zusammenbrechenden Völkerbund zu retten. Doch wir müssen den Zerfallsprozess erkennen, der an den Fundamenten dieser Institutionen nagt.

Wir sollten uns nicht fragen: „Wie erhalten wir die alte Weltordnung aufrecht?“, sondern wir sollten uns [die Frage stellen](#), die 1943/44 John Maynard Keynes und sein amerikanischer Amtskollege Harry Dexter White formulierten: Wie soll die Welt aussehen, wenn wir gewinnen? (Wobei mit „wir“ heute alle Völker der Welt gemeint sein müssten und nicht nur „der Westen“.) Als der britische *Labour*-Parteichef [Clement Attlee](#) in den 1930er Jahren sich angesichts des Spanischen Bürgerkriegs vom Pazifismus und der „Nichteinmischung“ abwandte und fortan die Wiederaufrüstung aktiv unterstützte, pochte er zugleich darauf, dass das Ziel einer jeden Kriegscoalition mit seinem konservativen Amtskollegen Winston Churchill eine „Weltregierung“ sein müsse. Die Welt nach 1945 war das Resultat lang gehegter juristischer, ökonomischer und geopolitischer Visionen.

Ich will weder eine Rückkehr zur unipolaren Welt im Zeichen der US-Macht noch ein Zurück zu einem Multilateralismus, bei dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung weiter in Armut lebt und der Gewalt von Diktatoren ausgeliefert bleibt. Jede neu zu schaffende Rechtsordnung muss anerkennen, dass sich das Gravitationszentrum der Welt nach Süden verlagert. 1948 lebten 2,7 Milliarden Menschen auf der Welt, heute sind es acht Milliarden. 1948 war Asien der bevölkerungsreichste Erdteil, und Europa folgte auf Platz zwei. Heute steht Afrika mit seinen 1,4 Milliarden Menschen an zweiter Stelle, hat aber im internationalen Gesamtgefüge nur minimalen Einfluss.

Dass im Globalen Süden sich manche offenbar bereitwillig hinter Diktatoren wie Putin und den kruden Antisemitismus stellen, den wir in den „sozialen Medien“ erleben, liegt allem Anschein nach daran, dass die bestehende Weltordnung ihnen nicht zusagt und sie sich eine neue Weltordnung wünschen. Deshalb muss der neue Multilateralismus ein Gemeinschaftswerk sein, in das die fortschrittlichen und humanistischen Traditionen Chinas ebenso einfließen wie die des indischen Subkontinents, Afrikas und Lateinamerikas sowie des Westens. Er muss sich auf ihr Wissen stützen und ihre Werte verkörpern – aber er muss auch den Universalismus neu formulieren und Zusammenhalt stiften.

Die Alliierten des Zweiten Weltkriegs brauchten fast ein ganzes Jahrzehnt, um eine Zukunftsvision für die Nachkriegswelt zu entwerfen. Dass ihnen dies gelang, während sie gleichzeitig dem täglichen Leid und den technischen Herausforderungen der Kriegszeit standhielten, machte diese Generation „großartig“. Was wir aus der Entstehungsgeschichte

der nach 1945 geschaffenen Ordnung lernen sollten, ist dies: Das Nachkriegsgefüge erforderte eine jahrzehntelange intellektuelle Anstrengung und rechtlich, politisch und ökonomisch ein in entscheidenden Punkten neues Denken des Westens – lange bevor dieses neue Denken in Form von Gesetzen und Institutionen in die Tat umgesetzt wurde.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von Social Europe und dem IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

09) Stürzt der Nah-Ost-Krieg die UN ins Chaos?

07. 11. 2023

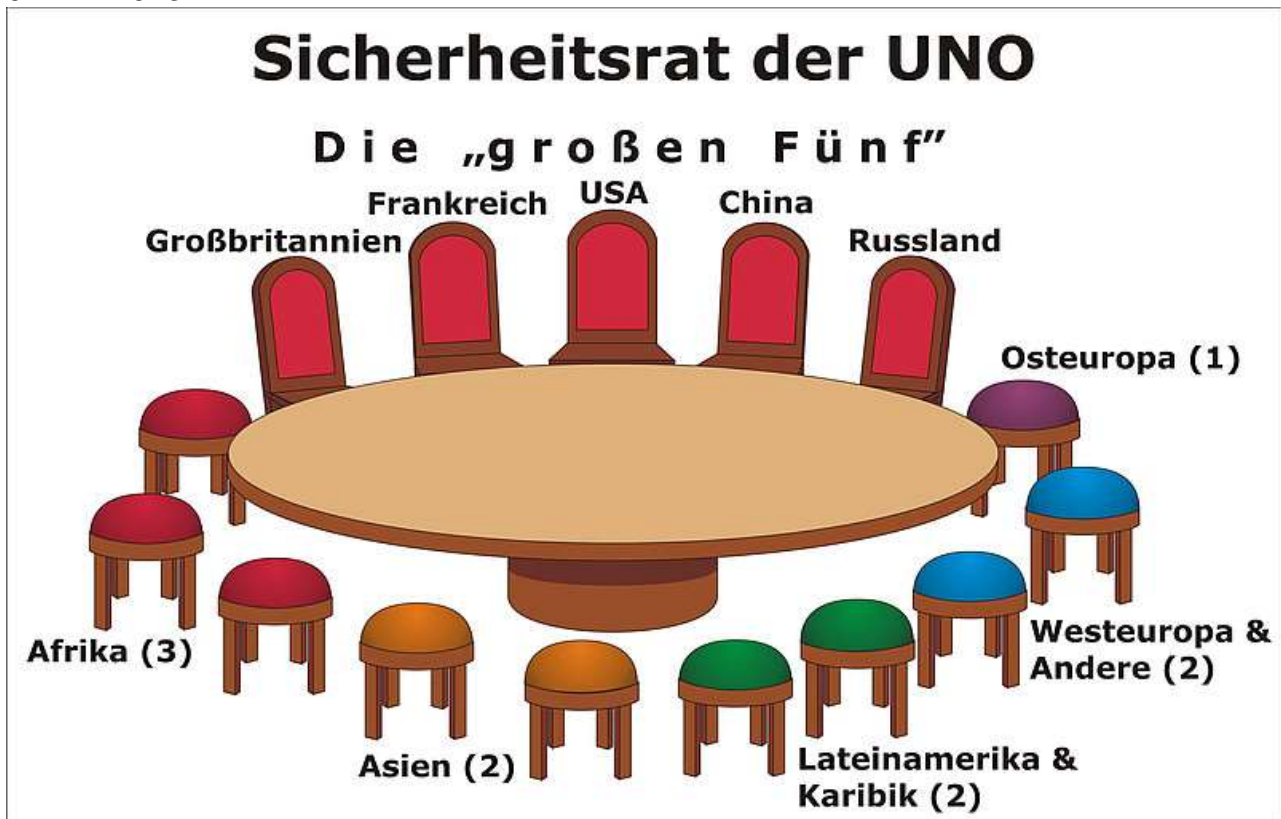


Bild: DemokratieWEBstatt.at

Die Vereinten Nationen sind, was den Krieg zwischen Israel und der Hamas betrifft in eine recht prekäre Situation geschlittert.

In diesem Krieg werden UN-Soldaten getötet, während sich die USA und Russland im Sicherheitsrat in fruchtlosen „Geplänkeln“ verzetteln.

Der „Uraltkonflikt“ in neuer Dimension

Der Konflikt des Staates Israel mit den Palästinensern ist fast so alt wie die Vereinten Nationen selbst, Letztere haben jedoch ihre eigene Rolle dabei eingenommen.

Doch selten hat etwas in der sonst scheinbar so biederer Institution so viel Chaos angerichtet wie im letzten Monat.

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Israelische Beamte forderten den Rücktritt des Generalsekretärs, ein hochrangiger Menschenrechtsvertreter trat mit einem wütenden Brief zurück, in dem er „Völkermord“ beschwor, und Diplomaten im „bewegungseingeschränkten“ UN-Sicherheitsrat werfen sich gegenseitig vor, zu sanft mit der militanten Gruppe Hamas umzugehen das Israel am 7. Oktober angriffen hatte.

Die Frustration sei im UN-Hauptquartier spürbar, erklärten Diplomaten und Beamte. Es läuft durch WhatsApp-Nachrichten wie auch durch die Korridore. Informelle Treffen zu völlig unabhängigen Themen wenden sich nun zwangsläufig dem Nahen Osten zu.

Die „Situation“ scheint sich überdies mit der Zahl der Todesopfer unter den UN-Mitarbeitern, mittlerweile bereits mehr als 70, zuzuspitzen.

„Man kann diese Spannung spüren, es ist definitiv eine große Krise. Die Zahlen sind absolut erschütternd“, erklärte ein Diplomat aus einem Mitgliedsland des Sicherheitsrats, dem wie Anderen ebenfalls Anonymität zugesichert wurde, um offen über das heikle Thema zu sprechen. „Das verstärkt die Frustration, die man in den Gängen der UN spüren wird“, wie *politico* zu berichten weiß.

In diesem Zusammenhang drängt sich zwangsläufig die Frage auf, ob die Vereinten Nationen aktuell noch ein nützliches Forum zur Lösung von Problemen oder nur ein Forum zur Äußerung von Missständen sind.

Moskau und Peking nutzen, unter anderem im Rahmen der BRICS, den Moment, um den Einfluss der USA in vielen Ländern zu „minimieren“. Im Focus stehen dabei auch Länder, die sich mit der palästinensischen Sache identifizieren und darüber verärgert sind, dass deren eigenen Bedürfnisse seitens Washington ignoriert werden.

UN-Diplomaten „streiten“ öffentlich

Richard Gowan, ein UN-Analyst bei der International Crisis Group, einer Denkfabrik, erklärte, dass UN-Diplomaten in vielen Momenten eines Umbruchs in der Öffentlichkeit streiten, ansonsten aber freundlich miteinander umgehen.

„Ich habe jedoch gehört, dass die Stimmung unter vier Augen dieses Mal wesentlich nervöser ist“, erklärte Gowan.

Der aktuelle Krieg begann, als die Hamas in den Süden Israels eindrang, etwa 1.400 Menschen tötete und mehr als 200 als Geiseln nahm. Seitdem hat Israel den Gazastreifen belagert und abriegelt, Luftangriffe gestartet und Bodentruppen entsandt.

Berichten, unter Berufung auf Gesundheitsbehörden in dem von der Hamas kontrollierten Gebiet, zu Folge sollen mindestens 9.000 Palästinenser getötet worden sein, die meisten davon Zivilisten.

Der erste Hamas-Angriff löste Kritik aus vielen Teilen der Vereinten Nationen aus, darunter auch von Generalsekretär Antonio Guterres. Daraufhin war der Sicherheitsrat, das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen, sofort gespalten. Während die USA von den Ländern verlangten, die Hamas namentlich zu verurteilen, lehnten einige Länder, Berichten zu Folge, ab und entschieden sich für eine allgemeine Verurteilung von Angriffen auf Zivilisten.

UN-Mitglieder glänzen durch Uneinigkeit

Daraufhin haben Russland und die Vereinigten Staaten über die Texte möglicher Resolutionen des Sicherheitsrats gestritten, sich gegenseitig der Bösgläubigkeit beschuldigt und unterschiedliche Beschreibungen ihrer tatsächlichen Standpunkte abgegeben.

Die Mitglieder sind sich uneinig darüber, ob sie einen Waffenstillstand fordern, ob sie sagen sollen, dass Israel das Recht auf Selbstverteidigung hat, und ob sie den ersten Angriff überhaupt in Erklärungen erwähnen sollen.

Vor allem die Vereinigten Staaten widersetzten sich vehement den Forderungen nach einem Waffenstillstand und erklärten, ein solcher Schritt würde die Fähigkeit Israels, sich zu verteidigen, untergraben, und befürworteten stattdessen „humanitäre Pausen“, Kampfpausen, die allerdings nur wenige Stunden dauern könnten.

Russland wie auch in geringerem Maße China, die wie die USA im Rat über ein Vetorecht verfügen, haben die Opposition gegen die Vereinigten Staaten angeführt. Auch andere Länder, darunter Brasilien und die Vereinigten Arabischen Emirate, spielten eine Schlüsselrolle.

Bislang hatte jedoch das 15-köpfige Gremium keine Resolution im Zusammenhang mit dem Israel-Hamas-Krieg verabschiedet. Die, von Russland Unterstützten, hatten zu wenig Stimmen erhalten. Eine, von Brasilien geführte Partei, die genügend Stimmen erhalten hatte, wurde von den USA abgelehnt, während eine von den USA geführte Partei mit genügend Stimmen, von Russland und China abgelehnt wurde.

Doch die 193 Mitglieder umfassende UN-Generalversammlung, in der die Großmächte kein Veto haben, verabschiedete mit überwältigender Mehrheit eine unverbindliche Resolution unter Führung Jordaniens und anderer arabischer Staaten, die einen humanitären Waffenstillstand forderte. Die Maßnahme wurde schließlich mit 121 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 44 Enthaltungen angenommen.

USA gegen humanitären Waffenstillstand

Die Vereinigten Staaten stimmten dagegen, wobei selbst einige traditionelle US-Verbündete wie Australien und das Vereinigte Königreich sich der Stimme enthielten, anstatt sich auf die Seite der Vereinigten Staaten zu stellen.

Frankreich unterstützte die Resolution. Ein kanadischer Änderungsantrag, der einige Bedenken der USA und Israels berücksichtigt hätte, wurde nicht angenommen. Vor allem die US-Verbündeten hatten Mühe, eine Vielzahl von Interessen zu „bündeln“, darunter den Wunsch, gute Beziehungen zu arabischen Ländern aufrechtzuerhalten, ohne unbedingt Israel oder Amerika zu verärgern.

Die Ergebnisse standen in deutlichem Kontrast zu den, von den USA geführten Resolutionen gegen Russlands „Sonderoperation“ in der Ukraine, die mehr als 140 Stimmen erhielten.

Dmitry Polyanskiy, ein hochrangiger russischer Diplomat bei den Vereinten Nationen, erklärte, Russland habe kein Problem damit, die Hamas wegen ihrer brutalen Angriffe anzuprangern, Israel und die Vereinigten Staaten sollten jedoch anerkennen, dass dem

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Angriff jahrzehntelange israelische Unterdrückung der Palästinenser vorausgegangen sei. Wenn die USA Gräueltaten verurteilen wollen, „warum verurteilen sie nicht, was Israel in Gaza tut“, fragte Polyanskiy.

„Einseitige Resolutionen, egal ob sie im Sicherheitsrat oder in der Generalversammlung vorgelegt werden, werden nicht zur Förderung des Friedens beitragen“, erklärte Nathan Evans, Sprecher der US-Mission bei den Vereinten Nationen.

Israels „Blitzableiter-Funktion“ ist passe

Der moderne Staat Israel wurde Ende der 1940er Jahre, nur wenige Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen, gegründet und war lange Zeit förmlich der Blitzableiter im internationalen Gremium. Bereits seine Entstehung mit „ausdrücklicher Billigung der UN, löste einen Krieg aus.

In gewisser Weise spiegeln die Debatten bei den Vereinten Nationen die internen Machtkämpfe in anderen Institutionen, vom US-Außenministerium bis zu den Exekutivorganen der Europäischen Union, darüber wider, wie dieser neue Krieg im Nahen Osten angegangen werden soll.

Die Überlegungen sind jedoch keineswegs dieselben. In den Vereinten Nationen gibt es seit langem mehr offene Sympathie für die Palästinenser als beispielsweise in der Regierung der Vereinigten Staaten.

Dieses Mal hatten die Aktionen des israelischen Botschafters Gilad Erdan viele im UN-System verschreckt.

Israel forderte Guterres Abdankung

Bei mindestens einer UN-Versammlung trug Erdan einen gelben Sternenaufnäher auf seinem Anzug, eine Anspielung auf eine Identifizierungsmaßnahme gegen Juden während des Holocaust. Erdan war es auch der den Rücktritt von Generalsekretär Guterres gefordert hatte, der einen Waffenstillstand unterstützt und in der Diskussion über den aktuellen Krieg auf die lange Geschichte des palästinensischen Leidens hingewiesen hatte.

Erdan erklärte, er habe keine Wahl in einem System, das er als gegen Israel ausgerichtet und mit Sympathie für den Terrorismus der Palästinenser beschrieb, die sein Land auslöschen wollen.

Die Spaltungen in den Vereinten Nationen gehen über die Mitgliedsstaaten hinaus und betreffen Mitarbeiter, die für verschiedene Teile der Institution arbeiten, beispielsweise für die Flüchtlings- und Gesundheitsabteilung.

Es herrscht Besorgnis über die Dutzenden UN-Mitarbeiter, die im Krieg getötet wurden. Viele waren in Gaza stationiert und kamen bei offensichtlichen israelischen Bombenanschlägen ums Leben. Während die Arbeit für die Vereinten Nationen im Ausland oft mit Risiken verbunden ist, ist eine so hohe Zahl an Todesopfern in kurzer Zeit für diese Institution selten.

„Die Vereinten Nationen sind als Arbeitsumfeld so einzigartig“, erklärte ein Diplomat der UN. „Die Leute schreien sich normaler Weise auf den Fluren nicht gegenseitig an. Es ist momentan sehr emotional.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) „Koloniale Emanzipation“ Afrikas wird nun für Europa schmerzlich spürbar

29. 11. 2023



Bild: Screenshot

Die Militärregierung Nigers hat nun ein Gesetz zur Eindämmung irregulärer Migration außer Kraft gesetzt. Dieses Gesetz wurde vor gut 10 Jahren auf vehementen Druck der EU in dem Land verabschiedet.

Künftige Straffreiheit für Schleuser in Niger

Die Schleusung irregulärer Migranten soll folglich im westafrikanischen Niger künftig straffrei bleiben. Die Armee gab den am 25. November vollzogenen Schritt am Abend des 27. November im staatlichen Fernsehen bekannt. Der Anführer der Militärregierung, Chief Abdourahamane Tiani, hatte das entsprechende Gesetz aufgehoben. Dies bestätigte der Sprecher von Premierminister Lamine Zeine gegenüber der *DPA*.

Das Gesetz war Teil der damaligen Strategie Europas zur Eindämmung der Migration auf der Mittelmeer-Route. Bekanntlich ist ja Niger eins der wichtigsten Transitländer für afrikanische Migranten, die in Richtung Europa strömen. Die Europäische Union arbeitete mit dem Niger bereits seit 2015 zusammen, vor allem um die Migrationsroute von der nigrischen Wüstenstadt Agadez nach Libyen zu blockieren.

Besagtes Gesetz, das den Schmuggel von Migranten von Agadez durch den Sahel bis zur Grenze mit Libyen mit bis zu zehn Jahren Haft unter Strafe stellte, wurde 2015 unter massivem Druck der EU verabschiedet. Im Gegenzug stellte die EU nach „bewährtem Muster“ rund 75 Millionen Euro für Projekte zur Eindämmung von Migration bereit.

Schleuser-Hochburg begrüßt Gesetzesaufhebung

Seit Einführung des Gesetzes Angaben war, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu Folge, die Zahl irregulärer Migranten in Niger gesunken. Vertreter der Stadt

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Agadez begrüßten das Aufhebungsdekret. Das Gesetz habe negative wirtschaftliche Auswirkungen auf die Region gehabt, die als Schleuser-Hochburg bekannt war, sagte Mohamed Anacko, Präsident des Regionalrats von Agadez.

Die Aufhebung dieses Gesetzes könnte nun schwerwiegende Folgen für die Migration über das Mittelmeer haben, erklärte dazu auch der Regionalbüroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Sahelzone, Ulf Laessing.

„Jetzt tritt für Europa das Horrorszenario ein“. Nach den kürzlich übermittelten Bildern aus Lampedusa ist es kaum vorstellbar, dass dieses Szenario noch zu übertreffen wäre.

Der Niger wird seit einem [Putsch am 26. Juli](#) vom Militär regiert. Das Land galt zuvor als letzter „demokratischer Partner Europas und der USA im Kampf gegen Terrorismus“ in der Sahelzone. Mit anderen Worten als kompromisslos „westorientiert“. Nun da auch im Niger, wie in einigen anderen afrikanischen Ländern die [„Koloniale Emanzipation“](#) immer stärker Platz greift, heißt es wohl schleunigst um zu denken, für Europa wie für die USA. Zumal aus diesen Ländern auch eine immer stärkere Hinwendung zu den BRICS+ Staaten zu erkennen ist.

Seit dem „Regime-Change“ sind die Beziehungen zwischen dem Niger und den ehemals westlichen Partner überwiegend auf Eis gelegt. Die Regierungen in [Afrikas Sahel-Zone entgleiten dem „Westeinfluss“](#) in Windeseile, sie Wie Domino-Steine in „Richtung Osten“, das Volk verlangt und hofft auf lang ersehnte Souveränität.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Χρῑουα / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 03.12.2023

Argentinien – Milei will mit der Abschaffung des Pesos und der **Übernahme des Dollars** als Zahlungsmittel verhindern, dass die argentinischen Politiker künftig weiterhin die Gelddruckpresse anwerfen, um Defizite auszugleichen. So soll eine übermäßige Inflation in Argentinien verhindert werden. Fakt ist: Im Oktober betrug die Jahresinflationsrate in Argentinien über 140 Prozent. Vor 30 Jahren hat Argentinien den Peso schon einmal an den Dollar gebunden. Dies führte zunächst zu einem Wirtschaftsboom, an den sich viele Argentinier heute noch positiv erinnern. «Doch durch die Anbindung an den Dollar verliert ein Land viel wirtschaftspolitischen Spielraum und damit Wettbewerbsfähigkeit». SRF.ch

China – China wird Personen mit einem niederländischen Pass vorübergehend **von der Visumpflicht befreien**. Nach Angaben des chinesischen Außenministeriums können Niederländer dann fünfzehn Tage lang China besuchen. Die Befreiung tritt am 1. Dezember in Kraft und gilt für ein Jahr. Die Maßnahme gilt auch für Frankreich, Deutschland, Italien,

Spanien und Malaysia. China hat nicht gesagt, warum diese fünf EU-Länder ausgewählt wurden. Einbezogen sind die vier größten Volkswirtschaften der EU. Die Ausnahmeregelung wird als Anreiz für Touristen gesehen, nach der Pandemie nach China zurückzukehren. Im August hat Peking alle Coronavirus-Testanforderungen für ankommende Reisende abgeschafft.

- Die chinesische Hackergruppe „Chimera“ hatte zwischen Ende 2017 und Frühjahr 2020 unbemerkt Zugriff auf das Computernetzwerk des niederländischen Chipherstellers NXP. Die Gruppe suchte nach Recherchen von NRC Handelsblatt nrc.nl/ unter anderem nach Chip-Designs. NOS.nl

- Das chinesische Militär hat ein US-Kriegsschiff in der Nähe der 西沙群島 Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer vertrieben, sagte ein Sprecher der Volksbefreiungsarmee am Samstag und nannte Washington einen „Sicherheitsrisikomacher“ und den „größten Zerstörer“ von Frieden und Stabilität in der Region. Die **Verletzung der Hoheitsgewässer** Chinas durch den Lenkwaffenzerstörer USS Hopper habe die Souveränität Pekings „schwer gefährdet“ und erneut bewiesen, dass Washington eine „Navigationshegemonie“ und „Militarisierung“ des Südchinesischen Meeres anstrebe. CGTN.cn

Griechenland – Dass **Pantheon-Skulpturen** aktuell im British Museum ausgestellt sind, erzürnt den griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis (55). Die Kunstgegenstände gehörten in die Athener Akropolis, sagte er gegenüber der BBC. Diese Aussage irritiert hingegen Premierminister Rishi Sunak (43). Sunak sagte ein Treffen mit Mitsotakis am Dienstag in London ab. SRF.ch

Jemen – Die US-Marine hat einen von Bewaffneten gekaperten Tanker im Golf von Aden befreit. Der **Chemikaliertanker „Central Park“** habe einen Notruf abgesetzt, teilte das US-Militär in der Nacht auf heute mit. Das in der Nähe kreuzende Marineschiff „USS Mason“ habe die Freigabe des Tankers gefordert. Daraufhin hätten fünf Bewaffnete versucht, sich mit einem Schnellboot abzusetzen. Sie seien verfolgt und festgenommen worden. ORF.at

Kambodscha – Armut. Hoffnung. Schuldenfalle? Mikrokredite in Kambodscha. Helfen sie tatsächlich, die Armut zu lindern? Oder treiben sie die Armen nicht vielmehr in die Schuldenfalle? Mikrokredite sind in Kambodscha weit verbreitet, das Land gehört – gemessen am Pro-Kopf-Volumen – zu den weltweit größten Mikrofinanzmärkten. Doch das System steht in der Kritik. Von: Martin Aldrovandi. Mai lebt ein bescheidenes Leben. Doch sie brauchte ein Motorrad für den Weg in die Fabrik, musste die Spitalrechnungen für ihren kranken Vater begleichen, die Schulkosten für ihren Sohn. Dafür reichte der Lohn als Textilarbeiterin nicht. Mikrokredite schienen die Lösung. Jetzt sitzt Mai tief in der Schuldenfalle. 14'000 Dollar: Wird sie die je zurückzahlen können? «Ich schäme mich», sagt Bäuerin Heng, «aber wir brauchen das Geld, um zu überleben». Zum Überleben. Um ihre Kreditschulden begleichen zu können, muss Heng neue Kredite aufnehmen. Ein Teufelskreis. Mikrofinanz. Mikrokredite. Die Idee ist eigentlich einfach: Jemand bekommt etwas Geld, investiert es zum Beispiel in ein kleines Geschäft. Erzielt damit mehr Einkommen und zahlt den Kredit zurück. Nur: Die Realität sieht in Kambodscha oft anders aus. «Die **Mikrofinanz ist ein Geschäft**, das auf Gier basiert», sagt eine Kritikerin. «Mikrofinanzinstitute müssen rentabel sein», sagt der Branchenvertreter. Mikrokredite in Kambodscha. Sie sind weit verbreitet. Sind sie auch effektiv? Oder doch nur: Armut. Hoffnung. Schuldenfalle? „International“. SRF.ch

Kosovo – 200 Schweizer Soldaten helfen derzeit im Rahmen des Nato-geführten KFOR-Einsatzes, im Kosovo den Frieden zu sichern. Die Spannungen in der Region haben zuletzt wieder zugenommen: Serbien ließ **Truppen an den Grenzen** zum Kosovo aufmarschieren.

Demonstranten haben in der Kleinstadt Zvečan KFOR-Truppen im Nord-Kosovo angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Und Ende September verschanzte sich ein proserbisches Kommando in einem Kloster im Dorf Banjska, es gab mehrere Tote. SRF.ch

Neuseeland – Neuseeland wird doch nicht das erste rauchfreie Land der Welt. Die neue Regierung Neuseelands will das Rauchverbot für junge Generationen streichen. Grund ist die Steuerpolitik. SRF.ch

Niederlande – Der Sieg von Wilders ist ein Weckruf für die EU und eine schlechte Nachricht für Rutttes Ambitionen. Wer auch immer Premierminister wird, nach Rutttes Abgang dürfte in Brüssel eine kritischere niederländische Stimme zu hören sein.

- Verbraucher und Einzelhändler zahlen in den Niederlanden durchschnittlich 10 Prozent mehr für Produkte als im Ausland. Die Hauptursache sind Lieferantenvorschriften, die es niederländischen Unternehmen nicht erlauben, im Ausland einzukaufen.
- Sinterklaas ist heute mit Zwarte Piet (Schwarzer Peter) an mindestens drei Standorten in den Niederlanden angekommen. Dies geschah trotz eines Verbots. Gegner des Zwarte Piet argumentieren, dass die Figur stereotype und rassistische Züge habe und daher nicht geeignet sei. Befürworter argumentieren, dass der Zwarte Piet eine unschuldige und kinderfreundliche Folklorefigur sei, die der niederländischen Tradition entstamme. Der Überlieferung nach kommen **Sinterklaas und Zwarte Piet** während des Sinterklaas-Festes im November mit einem Dampfschiff aus Spanien an, um Geschenke und Süßigkeiten zu verteilen. Ihre Zahl wuchs stetig. Nach dem Zweiten Weltkrieg organisierten kanadische Soldaten in den Niederlanden eine Sinterklaas-Feier mit einer Schar schwarzer Pieten. Im Jahr 2013 gab es mehr als 600 (einschließlich weiblicher) Schwarzer Pieten, als Sinterklaas in Amsterdam ankam. Auch in den Nachbarländern treten Helfer auf, häufig in ähnlicherer Form rund um den Nikolaustag. Sie haben oft ein dunkles Aussehen und tragen eine Rute und einen großen Sack. Vor allem in Mittel- und Süddeutschland sowie in den Alpenländern waren diese verkleideten Figuren weit verbreitet. In Mittel- und Süddeutschland sowie in den Alpenländern wurde der Nikolaus von dem freundlichen Knecht Ruprecht oder einer furchteinflößenden Person wie Krampus oder Percht begleitet.

- Bei **Pro-Palästina-Protesten** tauchen immer häufiger Transparente mit Namen und Fotos von Opfern des Gasa-Kriegs auf. Hinter den Bannern steckt eine Initiative mehrerer Dutzend Niederländer, die seit Wochen Geschichten und Fotos getöteter Palästinenser sammeln. „Wir haben versucht, den Gasa-Opfern Gesichter zu geben“, sagt ein Sprecher, der das Projekt koordiniert. „Wir verbrachten Wochen damit, mit einem Team von Freiwilligen alles zu sammeln, was wir online finden konnten.“ Die Idee entstand nach Ramsey Nasrs Rede in der Talkshow Khalid & Sophie. „Kennen wir den Namen jedes palästinensischen Opfers?“ fragte sich der niederländische Schauspieler (mit einem palästinensischen Vater). Er kritisierte die niederländischen Medien, die palästinensische Opfer häufig in Zahlen erwähnen, ihre Träume, Fotos und Geschichten jedoch nicht teilen. „Wenn man über Zahlen spricht, entmenschlicht man Menschen, als wären sie keine Menschen mehr“, sagt er.

- Ein Mann hat mit Hilfe seines Metalldetektors mindestens 360 **mittelalterliche Münzen** im Boden eines Feldes in Rosmalen gefunden. Der Finder, Jeroen Mathijssen, hatte den Eigentümer des Grundstücks um Erlaubnis gebeten, dort suchen zu dürfen. „Ich begann spontan zu suchen und hatte innerhalb einer Stunde neunzig alte Münzen in der Hand. Der Stadtarchäologe von Den Bosch, Ronald van Genabeek, vermutet, dass die Münzen zwischen 1374 und 1378 von einem Händler im Boden vergraben wurden. Damals war das Grenzgebiet zwischen Brabant und Gelre, dem heutigen Gelderland, sehr unruhig und Banden waren aktiv, so der Archäologe. NOS.nl

Nordkorea – Nordkorea hat nach der Aussetzung eines Militärabkommens zwischen Nord- und Südkorea offenbar Soldaten und schwere Waffen nahe der Grenze zu Südkorea stationiert. Das berichtete die Nachrichtenagentur Yonhap heute unter Berufung auf

südkoreanische Militärbeamte. Das Büro des südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk Yeo teilte daraufhin mit, dass man die Aktivitäten in der Nähe der Grenze überwachen wolle. Nordkorea hatte zuletzt angekündigt, weitere Satellitenstarts zu planen und seine Hoheitsrechte wahrnehmen zu wollen, wie die staatliche Nachrichtenagentur KCNA unter Berufung auf das nordkoreanische Außenministerium berichtete. ORF.at

- Nordkorea hat dank seines neuen **Spionagesatelliten**, der nach eigenen Angaben zur Überwachung amerikanischer und südkoreanischer Streitkräfte eingesetzt werden soll, Fotos des Weißen Hauses und verschiedener sensibler US-Militärstandorte erhalten. VOK.kp

Polen – Im Hallenbad von Neustadt O.S. / Prudnik, einer schlesischen Kleinstadt an der Grenze zu Tschechien, hängt ein Schild, auf dem – auf Tschechisch – steht: «Die Gäste aus der Tschechischen Republik werden höflich gebeten, sich in den Kabinen mit Vorhang umzuziehen und nicht im offenen Raum mit den Kleiderspinden.» Das unspektakuläre Schild zeigt einen Graben auf zwischen der polnischen und der tschechischen Mentalität. Die tschechischen Leute, die zum Schwimmen nach Neustadt O.S. kommen, weil das Schwimmbad hier näher ist als das nächste auf tschechischer Seite, haben ein völlig **anderes Verhältnis zu Nacktheit** als die Einheimischen. SRF.ch

Russland – Der Herbst ist kaum vorbei und Moskau erlebt bereits den ersten großen Schneefall. Meteorologen haben das Geschehen in der russischen Hauptstadt als „**schwarzen Blizzard**“ beschrieben – ein Phänomen, das normalerweise im hohen Norden auftritt, wenn Schneeflocken fast parallel zur Oberfläche fliegen und die Sichtweite auf wenige Meter sinkt. Der Schneefall, der am Sonntag begann, verstärkte sich über Nacht, wobei nach Angaben des FOBOS-Wetterzentrums bereits 35 % des monatlichen Durchschnittsniederschlags in der Stadt fielen. IZ.ru

Sahara – Zuhause ist der Staub also vor allem eins: nervig. In der Umwelt hat Staub aber wichtige Funktionen, als Blütenstaub etwa. Dieser sorgt dafür, dass sich Pflanzen vermehren und damit für viele unserer Nahrungsmittel relevant. Eine weitere wichtige Funktion übernimmt der Saharastaub. Winde tragen diesen um die halbe Welt. Und wo er den Boden erreicht, wirkt er als Dünger. Denn der **Saharastaub enthält wichtige Nährstoffe**, darunter Eisen und Phosphor. Schätzungsweise knapp 30 Millionen Tonnen erreichen jedes Jahr den Amazonasregenwald. Aber auch im Mittelmeer und im Atlantik profitieren Phytoplankton und Bakterien vom nährstoffreichen Wüstenstaub. SRF.ch

Schottland – Bewohner der schottischen **Insel Lismore** [lɪs 'mo:r] haben das einzige Geschäft der Insel vor der Zerstörung gerettet, indem sie es selbst gekauft haben. Lismore ist eine Insel mit etwa 160 ständigen Einwohnern und einer Reihe von Menschen, die dort ein Ferienhaus haben. Der einzige Laden auf der Insel, der auch als Postamt dient, war vom Verschwinden bedroht, weil der Besitzer ein Lehrer war, der wieder im Klassenzimmer unterrichten wollte. Bei einer dauerhaften Schließung des Ladens hätten die Bewohner zum Einkaufen eine Fähre zum schottischen Festland nehmen müssen, eine Fahrt, die insgesamt mehr als drei Stunden gedauert hätte. Die Bewohner beschlossen, eine Kampagne zu starten, um den Laden gemeinsam zu kaufen und zu betreiben. In etwas mehr als einem Monat kauften 230 Menschen Anteile an dem Laden, darunter auch Touristen, die einst die Insel besuchten. Insgesamt kamen mehr als 80'000 Pfund zusammen, umgerechnet rund 92'000 Euro, berichtet BBC. Mit dem Geld kann der Laden mindestens fünf Jahre lang geöffnet bleiben und es gab auch Raum für Renovierungen. Der Laden wurde letzte Woche wiedereröffnet. NOS.nl

Schweden – Tesla will sich gerichtlich **gegen eine Streikbewegung** in Schweden wehren. Der US-Autobauer reichte gestern zwei Klagen gegen den schwedischen Staat ein. ORF.at

Schweiz – Wer die Innenstadt Luganos betritt, wird von Videokameras erfasst. Das betreffende Schild mit dem Hinweis auf die Videoüberwachung fehlt allerdings häufig. Das kritisiert der Tessiner Datenschutzbeauftragte Giordano Costa. So dokumentiert eine Recherche von RSI, dass es im Tessin fast 2000 Überwachungskameras gibt. Allein in Lugano sind es fast 400.

- Direktzahlungen sind **Subventionen für die Landwirtschaft**. In der heutigen Form wurden sie vor 30 Jahren eingeführt. Schon damals hat der Staat den Agrarsektor finanziell unterstützt. Er machte dies, indem er den Bauern die Preise für ihre Produkte, zum Beispiel Weizen, und die Absatzmengen garantierte. Das hat dazu geführt, dass gewisse Produkte am Markt vorbei in großen Mengen hergestellt wurden. Es kam zu den berühmten Butterbergen und Milchseen. Zudem bezahlten die Konsumentinnen häufig überhöhte Preise.

- Der **Stau auf den Luzerner Straßen** ist ein riesiges Problem, findet die Junge SVP und hat deshalb die «Anti-Stau-Initiative» lanciert. Diese verlangte, dass überall dort, wo es Stau gibt, die Straßen ausgebaut werden. Auf der anderen Seite finden die Grünen und die jungen Grünen, dass nicht der Stau – sondern der viele Asphalt in den Dörfern ein großes Problem ist und die Lebensqualität der Bevölkerung stark leidet. Sie verlangten in ihrer Initiative «Attraktive Zentren» darum weniger breite Straßen in den Dörfern, dafür mehr Fuß- und Velowege und mehr Grünräume, beispielsweise mit Bäumen. Der Leidensdruck der Luzerner Bevölkerung ist aber offenbar nicht so groß, wie von links und rechts kolportiert. Die beiden Initiativen sind jedenfalls deutlich abgeschmettert worden.

- Das Film- und Kunstfestival **«Porno Days»** findet seit 2012 jährlich in Zürich statt. Pornos schauen, zusammen mit 50 anderen Leuten, im Kinosaal? Klar, sagen Talaya Schmid und Emanuel Signer. Mehr auf: pornydays.love/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 20.11.2023

Ägypten – Die erste Lieferung entlang einer neuen **Seeroute zwischen Russland und Ägypten** werde im Dezember erfolgen, gab der Vizepräsident der russischen FESCO Transportation Group, German Maslov, bekannt. FESCO Logistic Group ist eines der größten intermodalen russischen Transportunternehmen. Der Hauptsitz der FESCO-Gruppe ist Moskau (fesco.ru/en). Die Unternehmensgruppe betreibt als Reederei neben Container- und Mehrzweckschiffen auch vier Eisbrecher. Sie bietet Dienstleistungen in Häfen, als Reederei, auf der Schiene und Speditionsdienste an. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Fernen Osten Russlands. VESTI.ru

Angola – Angola eröffnete am Freitag seinen **neuen internationalen Flughafen Dr. Antonio Agostinho Neto (AIAAN)**. Der Flughafen wurde von der China National Aero-technology International Engineering Corporation gebaut. Das Projekt wurde vollständig von der angolanschen Regierung finanziert. AIAAN, benannt nach dem ersten Präsidenten Angolas, Antonio Agostinho Neto (1922–1979), befindet sich in Bom Jesus, 40 km südöstlich der Hauptstadt Luanda, und hat schätzungsweise 3 Milliarden Franken gekostet. Er verfügt über eine Gesamtfläche von 13 qkm und eine jährliche Kapazität von 15 Millionen Passagieren und 130'000 Tonnen Fracht. Der Komplex umfasst Hotels, Bürogebäude, Hangars und Geschäfte. CGTN.cn

Belgien – Ministerin Baerbock hielt gerade eine Rede zur feministischen Außenpolitik, als es in Brüssel zu einem Zwischenfall kam: Eine Frau unterbrach Annalena Baerbock und

forderte eine **Waffenruhe für Gasa**. Die Störerin ließ sich nicht beruhigen, so dass sie von der Polizei abgeführt werden musste. DW.de

- Rutte (56) trifft in Brüssel NATO-Chef Stoltenberg, dessen Nachfolge er anstrebt. Laut Den Haag handelt es sich dabei um eine regelmäßige Konsultation, aber seit Rutte sich offen für den **höchsten Posten bei der NATO** beworben hat, ist nichts mehr regelmäßig. NOS.nl

BR Deutschland – Berlin will sich offiziell als Bewerberstadt für die **Olympischen Spiele 2036** oder 2040 anmelden.

- Verbraucherschützer in Berlin und Brandenburg fordern ein Verbot von „**Hot-Chips**“. Untersuchungen hätten teils extrem hohe Capsaicin-Werte offenbart. Capsaicin verleiht Chilischoten ihre Schärfe. Capsaicin ($C_{18}H_{27}N_{03}$) ist ein Alkaloid, das die Nozizeptoren auf der Zunge stimuliert. Diese Rezeptoren sind hitze- und schmerzempfindlich, weshalb Capsaicin ein brennendes Gefühl hervorruft. Capsaicin kommt in Paprika vor, insbesondere in scharfen roten Paprika oder Chilischoten. Das Trinken von Wasser lindert das Brennen kaum, da Capsaicin in Wasser schlecht löslich ist; es ist in Milch viel besser löslich. In Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sind „Hot-Chips“ bereits verboten. RBB.de

- Die CSU will mit einer Gesetzesänderung Sympathiebekundungen für den bewaffneten Kampf der Hamas unter Strafe stellen. Ein entsprechender Antrag wurde bereits beschlossen. TRT.tr

- „Der Besuch des türkischen Staatspräsidenten muss vom Bundeskanzler dafür genutzt werden, Erdoğan ganz klar deutlich zu machen, dass seine Relativierung des Hamas-Terrors unter keinen Umständen akzeptiert wird“, fordert Israel. ORF.at

- Wie viel **Plastikabfall in unseren Meeren** herumtreibt, könne niemand so genau sagen, sagt Lars Gutow, Meeresbiologe am Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven. Die Größenordnung ist aber klar: Es geht um Millionen von Tonnen. Das ist schlecht: Krebse, Schildkröten oder Wale können Plastikteilchen verschlucken. Wenn sie zu viel von diesen Teilchen im Magen haben, die ihnen aber keine Energie liefert, können sie verhungern. Eine andere Gefahr sind verloren gegangene Fischernetze, sogenannte Geisternetze, in denen Tiere sich verfangen. Die naheliegende Lösung: den Abfall einsammeln. Nur: So simpel das klingen mag, ist es nicht: «Möchte man wirklich substanzielle Mengen aus den Ozeanen herausholen, braucht es Methoden, die sozusagen nicht wählerisch sind. Mit diesen lässt sich praktisch nicht vermeiden, dass gleichzeitig viel biologisches Material herausgenommen wird», sagt Gutow. SRF.ch

EU – Das umstrittene Herbizid **Glyphosat C₃H₈NO₅P** darf in der EU noch zehn Jahre lang eingesetzt werden. NOS.nl

Finnland – Finland könnte bald **Grenzkontrollpunkte zu Russland schließen**, kündigte Innenministerin Mari Rantanen am Dienstag an. Helsinki hat kürzlich verboten, von Russland zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Staatsgrenze zu überqueren. OYR.fi

Frankreich – Lidl-Supermärkte sind in Frankreich in die Kritik geraten, weil sie angeblich versucht haben, die Herkunft von **Produkten aus Israel** zu verschleiern – mit der Aufschrift „aus Marokko“, wie lokale Medien am Wochenende berichteten. Die Schwarz-Gruppe (gruppe.schwarz/), zu der Lidl gehört, kommentierte die Berichte mit den Worten, dass es sich bei der **Falschkennzeichnung** lediglich um „einen Darstellungsfehler handelte.“ Die Schwarz-Gruppe ist ein deutscher multinationaler Einzelhändler, der Filialen der Marken Lidl und Kaufland betreibt. Es ist der größte europäische Einzelhändler. Das Unternehmen wurde 1930 von Josef Schwarz (1903–1977) aus Heilbronn gegründet. Der Hauptsitz ist im baden-württembergischen Neckarsulm. Die Schwarz Gruppe ist ein internationales Handelsunternehmen mit 600'000 Mitarbeitern und betreibt 13'000 Filialen in 33 Ländern. Umsatz (2022) 155 Mrd. Fr. RFI.fr

Gaza – Jetzt schlägt auch noch das Wetter um. Es beginnt zu regnen bei Temperaturen zwischen 20° und 25°C. Den Flüchtenden fehlt es an entsprechender Kleidung für kühleres Wetter und Regen. Der **Beginn der Regenzeit** und die Möglichkeit von Überschwemmungen verstärkten die Befürchtungen, dass das verstopfte Abwassersystem der dicht besiedelten Enklave überlastet sein und sich Krankheiten ausbreiten könnten.

- Nur mehr das kleine private, christliche Al-Ahli Spital (ahlihospital.com), neben der Porphyriuskirche in Gaza-Nord, ist noch in Betrieb.

- **IDF stürmen Asch-Schifa Spital mit Panzern** und durchsuchen die Keller und alle Räume. Patienten müssen sich vor den Soldaten nackt ausziehen und nackt mit verbundenen Augen den Hof überqueren und draußen warten auf die Evakuierung. IDF plant alle Patienten wegzubringen um alle Gebäude zu sprengen. Elektronische Geräte werden aufgebaut mit biometrischer Gesichtserkennung. Brutkästen sollen aufgestellt werden, aber ohne Sauerstoff, nachdem die Sauerstoffleitung gesprengt worden war. JAZ.qa

- Israel hat erstmals ein Video veröffentlicht, das die Keller eines Krankenhauses in Gasa zeigt. Nach amerikanischen Angaben nutzt die Hamas diesen Ort als Stützpunkt, doch die Beweise dafür fehlen.

- Nach Angaben der israelischen Armee sind Truppen in das Asch-Schifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt eingedrungen. Israel sagte, es handele sich um eine „**präzise und gezielte Operation** gegen die Hamas in einem bestimmten Bereich des Krankenhauses“. Nach Angaben Israels und der USA befindet sich unter dem Krankenhaus ein Kommandoposten der Hamas. Der Komplex wurde von Westen her von israelischen Streitkräften gestürmt. Zu Beginn der Nacht wurde bekannt, dass die israelische Armee angekündigt hatte, innerhalb von Minuten in das Krankenhaus einzumarschieren. Sie warnten alle, sich von Fenstern und Türen fernzuhalten. Das Asch-Schifa-Krankenhaus ist das **größte Krankenhaus im Gazastreifen** und wird von der israelischen Armee umzingelt. Seit Tagen kommt es rund um das Krankenhaus zu heftigen Kämpfen. Die Situation im Gebäude ist sehr ernst. Es gibt keinen Strom, keine Medikamente, keinen Sauerstoff, keine Blutkonserven und kaum Nahrung und kein Wasser. Toiletten und Aufzüge funktionieren nicht. Ein Lager mit medizinischen Geräten – für Waffen gehalten - wurde von den IDF zerstört. Nach Angaben des Krankenhausdirektors starben in den letzten Tagen Hunderte Menschen, darunter die meisten der 40 Babys, da ohne Strom und Sauerstoff die Brutkästen nicht funktionieren. Wegen der Kämpfe können die Toten nicht ausserhalb begraben werden und es breitet sich ein fürchterlicher Gestank aus. Schmutziges Wasser kann nicht gekocht werden. Solaranlagen und Wasserbehälter wurden von den IDF zerschossen. Wer das Spital verlässt oder sich bei den Fenstern oder Türen aufhält, wird erschossen. Nach Angaben des Direktors liegen im Krankenhaus mehrere Leichen im Verwesungszustand. Krankheiten breiten sich aus. Problemlösung wäre mit Einschaltung von Wasser und Strom relativ einfach. Die Zahlen darüber, wie viele Menschen im Krankenhaus bleiben, variieren. Nach Angaben der WHO befinden sich in dem Komplex etwa 700 Patienten und mehr als 400 Mitarbeiter. Hinzu kommen mindestens 3'000 Flüchtlinge. Der Westen schweigt – sogar die Schweiz. Aus dem Gaza-Gefängnis ist **das größte Konzentrationslager der Welt** und der Geschichte geworden. NOS.nl u.a.

- Spital **Asch-Schifa-Razzia**: „Alle Männer ab 16 Jahren heben die Hände und verlassen das Gebäude“, sei als Anweisung auf Arabisch aus einem Lautsprecher zu hören gewesen, wie ein offenbar seit Tagen im Spital festsitzender Journalist gegenüber der Nachrichtenagentur AFP berichtete. Rund 1.000 Männer seien aufgefordert worden, sich in einen zentralen Hof auf dem Spitalsgelände zu begeben. Viele von ihnen seien zuvor nach Waffen und Sprengstoff durchsucht worden. Auf der Suche nach Hamas-Kämpfern hätten israelische Soldaten das Spital von Raum zu Raum durchsucht. Auch Warnschüsse seien gefallen. Den AFP-Angaben zufolge seien auch Frauen durchsucht worden. „Manche müssen durch Terminals mit Erkennungskameras – den gleichen, wie sie entlang der Evakuierungskorridore in den südlichen Gazastreifen aufgestellt wurden“. Die UNO und das

Rote Kreuz zeigten sich äußerst besorgt um die Sicherheit von Patienten, Flüchtlingen und medizinischem Personal in der Klinik. UNO-Nothilfe Koordinator Martin Griffiths zeigte sich auf Twitter (X) „entsetzt“ über das Vordringen von Soldaten in die Klinik. „Krankenhäuser sind kein Schlachtfeld“, erklärte er. ORF.at • In einer Erklärung gibt die IDF an, sie habe im Kernspintomographie-Gebäude der Einrichtung angeblich „eine operative Kommandozentrale, Waffen und Geräte“ der Hamas entdeckt. Es gibt keinen Beweis oder Bestätigung. BBC.uk

• Am Nachmittag erklärte das Militär, man habe den **Hafen der Stadt Gaza unter Kontrolle** gebracht. Zudem seien Soldaten weiter im Al-Schifa-Krankenhaus im Einsatz. RBB.de

Ghana – Afrikanische und karibische Staaten fordern **Reparationen für die Versklavung** von Millionen Menschen. Das sei längst überfällig, sagte der ghanaische Präsident Nana Akufo-Addo gestern in Accra auf einer Konferenz zur Aufarbeitung der historischen Ungerechtigkeiten. ORF.at

Griechenland – Vor zehn Jahren war Griechenland buchstäblich bankrott: Die Arbeitslosigkeit lag bei 27 Prozent, die EU-Institutionen und der Internationale Währungsfonds schnürten hektisch Rettungspakete und drückten Griechenland harte Sparbedingungen auf. Finanzminister Kostis Hatzidakis zeigt sich zufrieden. Griechenland unter der Regierung von Nea Dimokratia sei eine Erfolgsgeschichte. «Eine Erfolgsgeschichte im Vergleich zur Ära von Syriza unter Alexis Tsipras und Finanzminister Yannis Varoufakis. Dank einer Politik der Vernunft.» Das Defizit sei tiefer, die **Arbeitslosigkeit mehr als halbiert**, die Investitionen hätten sich seit 2019 verdoppelt und die Pensionen, seit 13 Jahren eingefroren, würden dieses Jahr erstmals wieder angehoben. «Wir haben das zweitgrößte Wachstum im EU-Raum», sagt Hatzidakis. SRF.ch • Nachdem westliche Nationen letztes Jahr als Reaktion auf die Invasion in der Ukraine Verbote für russisches Öl angekündigt hatten, reagierte eine griechische Raffinerie, die dem US-Militär dient, schnell darauf. Innerhalb weniger Monate teilte das Unternehmen den Anlegern mit, dass es die Annahme des verbotenen Öls eingestellt und stattdessen andere Quellen gefunden habe. Aber es gab einen Grund, warum russisches Erdöl zumindest auf dem Papier so leicht aus der Lieferkette entfernt werden konnte. Erdölprodukte, die ihren Ursprung in Russland hatten, flossen weiterhin zur Raffinerie Motor Oil Hellas an der Ägäis in Griechenland. **Sie haben einfach eine neue Route genommen**, Hunderte von Kilometern entfernt durch ein Öllager in der Türkei, eine Reise, die den Einfluss Russlands verschleierte, da der Besitz der Produkte mehrmals den Besitzer wechselte, bevor sie Griechenland erreichten. Die Mengen an Heizöl, die von Dorytol an Motor Oil Hellas geliefert werden, und die Branchenpraxis, bei der Lagerung Produkte unterschiedlicher Herkunft zu mischen, sorgen laut Branchenexperten mit umfassenden Kenntnissen der Ölflüsse dafür, dass in der Mischung eine große Menge an Produkten aus Russland enthalten ist und Sanktionsregeln, die im Auftrag der Post die Versand- und Handelsdaten überprüften. In den letzten zwei Jahren erhielt Dorytol 5,4 Millionen Barrel Heizöl auf dem Seeweg, alle bis auf 1,9 Millionen aus Russland, wie aus Schiffsaufzeichnungen und Handelsdaten von Refinitiv hervorgeht, einem auf Rohstoffmärkte spezialisierten Finanzdatenunternehmen. Seit Inkrafttreten der Sanktionen der Europäischen Union im Februar beliefen sich die russischen Lieferungen nach Dorytol auf insgesamt 2,7 Millionen Barrel oder mehr als 69 Prozent des in diesem Zeitraum auf dem Seeweg nach Dorytol verschifften Heizöls.

[KFAR.us](https://www.kfar.us)

Großbritannien – GB darf Asylsuchende nicht nach Ruanda abschieben. Es bestehe die Gefahr, dass Asylbewerber in Ruanda kein faires Verfahren erhielten, betonte der Supreme Court. SRF.ch

- Künstliche Blätter, die wie die natürlichen, aus Sonnenlicht, CO₂ und Wasser – **Energie produzieren**: Daran arbeitet der österreichische Chemiker Erwin Reisner an der Uni Cambridge seit einigen Jahren. Nun präsentierte er die bisher beste Version – sie reinigt schmutziges Wasser und liefert Brennstoff. ORF.at

Indien – Indien gehörte zu den 145 Ländern, die am 9. November für eine **UN-Resolution** stimmten, die israelische Siedlungsaktivitäten in „den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Gasa, Westjordanland, Ostjerusalem, und am besetzten syrischen Golan“ verurteilt. Der UN-Resolutionsentwurf wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, während sieben Länder, darunter die USA, Kanada, Ungarn und Israel, dagegen stimmten und 18 sich der Stimme enthielten. AIR.in

Israel – Israel hat seit Beginn des Konflikts mit der Hamas in einem Monat rund 30 Mrd. ₪ oder 7 Mrd. Franken an Schulden angehäuft.

- Israel erwägt, den ehemaligen britischen Premierminister **Tony Blair (70) als humanitären Koordinator** für Gasa einzustellen, um die internationale Besorgnis über die übermäßige Zahl ziviler Opfer in der Enklave zu zerstreuen, berichtete die israelische Zeitung **ידיעות אחרונות**, Ynet (ynet.co.il/, [ynetnews.com/](https://www.ynetnews.com/)) am Sonntag. I24.il
- Israels Finanzminister hat sich für eine „freiwillige Abwanderung“ von Palästinensern aus dem Gasastreifen in mehrere Länder ausgesprochen. „Die **«freiwillige» Abwanderung** und die Aufnahme von arabischen Gaza-Bewohnern durch die Länder der Welt ist eine humanitäre Lösung, die dem Leiden von Juden und Arabern gleichzeitig ein Ende setzen wird“, schrieb **בצלאל יואל סמוטריץ** Bezalel Smotrich (43) am Dienstag auf der Plattform X. Auch Israels Polizeiminister **איתמר בן גביר** Itamar Ben-Gvir (47) unterstützte den Vorschlag, Palästinenser im Rahmen einer „freiwilligen Abwanderung“ aus Gaza zu vertreiben. Smotrich hat in der Vergangenheit bereits die Existenz des palästinensischen Volkes geleugnet. Dabei präsentierte er eine „Gross-Israel“-Karte, die auch das Westjordanland und Jordanien umfasste. Es gibt in Israel Kräfte, die die Schaffung eines Staates mit Grenzen aus biblischer Überlieferung anstreben. Da es in vielen Ländern zu Pogromen kommen könnte, braucht Israel Platz für eine massive Zuwanderung, in die ehemaligen Palästinensergebiete.
- Eine Gruppe Israelis hat in der Nähe des Verteidigungsministeriums in der Hauptstadt Tel Aviv eine **Waffenruhe in Gasa gefordert**. Auf den Plakaten bei der Demo am Samstag stand unter anderem „Krankenhäuser bombardieren, Wasser abstellen, Menschen hungern lassen, **Kinder abschlachten – das ist keine Selbstverteidigung**“. Die Teilnehmer forderten zudem einen Geiselaustausch mit der Widerstandsorganisation Hamas. Diese hatte angeboten, alle festgehaltenen Israelis gehen zu lassen, wenn die festgenommenen Palästinenser aus den Gefängnissen in Israel freigelassen werden. TRT.tr
- Die Glaubwürdigkeit des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu hat einen Tiefpunkt erreicht: **Weniger als 4 % der jüdischen Israelis vertrauen ihm**, so eine neue Umfrage, die am Dienstag von **גל יעבץ** Gal Yavetz, Forscher an der **אילן-בר** Bar-Ilan-Universität (biu.ac.il/) in Ramat Gan, veröffentlicht wurde.
- Antisemitismus weltweit mit 400% zugenommen. JAZ.qa
- Der bekannte israelische Historiker, Tom Segev (78), kritisiert die israelische Regierung. Zudem fordert er einen Waffenstillstand in Gaza. Große Hoffnung auf baldigen Frieden hat er dabei nicht. SRF.ch

Italien – Laborfleisch aus Zellkulturen bietet tierische Proteine ohne Massentierhaltung und Töten von zahllosen Tieren. Dieses Fleisch wird aus Stammzellen von Tieren gezüchtet, es wächst im Labor. Nicht zu verwechseln ist es mit pflanzlichen Alternativen wie Sojaburgern, die Geschmack und Textur von Fleisch nachahmen, ohne aber tierische Proteine zu enthalten. In Italien ist nach starkem Lobbying im Agrarsektor ein **Verbot von Laborfleisch** in Planung. ORF.at

Jemen – Wenn die الحوثيون Huthis Israel aus eigener Kraft mit **Drohnen und Raketen** angreifen, kann die israelische Luftverteidigung sie höchstwahrscheinlich abfangen. Wenn sich die Huthis jedoch mit mehreren anderen Gruppen – der Hamas, dem Islamischen Dschihad, der Hisbollah und möglicherweise verschiedenen Milizen in Syrien – zusammenschließen und gleichzeitig Israel angreifen, besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die israelische Luftverteidigung überwältigt wird. Ein solcher Mehrfrontenkrieg ist das Albtraumszenario für Israel.“ צחי הנגבי Tzachi Hanegbi (66), der nationale Sicherheitsberater Israels, sagte, die Huthi-Angriffe seien unerträglich, lehnte es jedoch ab, näher darauf einzugehen, wie genau eine israelische Reaktion aussehen könnte. So wie einige der Huthi-Raketen aufgrund der relativ großen Entfernung zwischen Jemen und Israel offenbar ihre Ziele verfehlt haben, könnte dies für Israel trotzdem extrem kostspielig und kompliziert werden, mit anhaltenden Luftangriffen aus allen Richtungen fertig zu werden. JAZ.qa

Katar – Abu Ubaida, Anführer der al-Qassam-Brigaden, sagt in der Mitteilung, er habe letzte Woche Kontakt zu Vermittlern in Katar gestanden. Er teilte ihnen mit, dass die Hamas im Gegenzug für einen fünftägigen Waffenstillstand und die Bereitstellung humanitärer Hilfe fünfzig bis siebzig **Frauen und Kinder freilassen** könne. Darüber hinaus fordert Ubaida, dass Israel „200 palästinensische Kinder und 75 palästinensische Frauen, die bis zum 11. November inhaftiert waren“, freilässt. Da die Geiseln von unterschiedlichen „Einheiten“ festgehalten würden und es „logistische Probleme“ gäbe, könnten mindestens 50 Geiseln freigelassen werden, die Zahl könne auf 70 steigen, sagt der Hamas-Führer. Ubaida fügt hinzu, dass Israel durch die vielen Luftangriffe auf den Gasastreifen das Leben seiner eigenen Bürger gefährdet. Er erwähnt den Namen einer weiblichen Geisel, die bei einem Luftangriff getötet wurde. „Sie wurde lebend gefangen genommen und um ihre Freilassung gebeten, doch vor ein paar Tagen wurde sie bei einem feindlichen Bombardement getötet.“ NOS.nl

Moldawien hofft auf einen **EU-Beitritt vor 2030** – zunächst allerdings ohne die prorussische Region Transnistrien. ORF.at

Nahost – Hinter der Eskalation steckt nicht nur etwa der Schlagabtausch zwischen der Hamas und der israelischen Armee. Auch eine andere wichtige Komponente der Geopolitik kommt zum Tragen: **der Kampf um Gas und Öl. Vor Gazas Küste liegen Vorkommen an Erdgas im Wert von vielen Milliarden.** Die ganze Region rund um den Suezkanal und einen möglichen alternativen Verbindungskanal zwischen Mittelmeer und Rotem Meer quer durch Israel direkt angrenzend an Gaza spielen im globalen Energiemarkt und weltweiten Handel eine zentrale Schlüsselrolle. iZ.ru

Niederlande – 85'000 Menschen haben am Wochenende in Amsterdam an einer Klimademo teilgenommen – nach Angaben der Veranstalter handelte es sich um den bisher größten derartigen Protestzug in den Niederlanden. Mit der Aktivistin Greta Thunberg war auch Protestprominenz vertreten. Erneut ergriff Thunberg anlässlich einer Klimademo **Partei für die Palästinenser.** Mit einem Palästinensertuch um den Hals sagte Thunberg auf der Bühne, die Klimaschutzbewegung habe die Pflicht, „auf die Stimmen jener zu hören, die unterdrückt werden und die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen“. Später gab Thunberg das Mikrofon an eine Frau weiter, die ebenfalls ein Palästinensertuch trug und sagte, Israel begehe einen Völkermord. Israel greife gezielt Krankenhäuser und Zivilisten an, sagte die Frau. ORF.at

● Das scheidende Kabinett schlug vor, kranke und **verletzte Kinder aus Gasa in die Niederlande zu verlegen.** Die Niederlande untersuchen, wie kranke und verletzte Kinder aus Gasa in die Niederlande gebracht werden können, um „gute Pflege und Unterkunft“ zu erhalten. Dies sagte die scheidende Außenministerin Bruins Slot nach einem Treffen mit

ihren EU-Kollegen in Brüssel. Es ist noch unklar, wie viele Kinder davon betroffen sein könnten. Andere EU-Länder haben ähnliche Pläne. Eine Koordinierung wird auf diplomatischem Weg über andere Länder angestrebt. Laut Bruins Slot muss jede Sammlung von Kindern in guter Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz und Ärzte ohne Grenzen erfolgen.

● „2008 hielten sie uns für verrückt“, sagt Chris Verhoeven. „Es wird nie funktionieren, dieses Gerät in die Umlaufbahn zu schicken. Wir dachten, es würde höchstens drei Monate halten. Und jetzt, im Jahr 2023, ist es erst am Ende.“ Verhoeven ist Assistenzprofessor an der TU Delft und „das Gerät“ ist der Delfi-C3, ein Satellit in der Größe einer Milchtüte, der von TU-Studenten gebaut wurde. Am 28. April 2008 flog er mit einer indischen Rakete ins All. **Delfi-C3 war ein Testsatellit**, mit dem ein neuartiger Solarzellentyp getestet wurde. Außerdem waren zwei Sensoren an Bord, die die Position des Satelliten im Verhältnis zur Sonne bestimmten. Und dann wurden auch Temperaturänderungen im Satelliten gemessen, die sich aus der Änderung des Abstands von der Erde zur Sonne ergeben. An dem Projekt beteiligten sich etwa sechzig Studenten. Dies hat den Niederlanden viel Wissen vermittelt. So viel Wissen, dass die TU Delft möglicherweise im Jahr 2026 einen unbemannten Discoverer auf den Mond bringen könnte. Darüber hinaus war das Projekt ein Impulsgeber für die moderne Raumfahrt in den Niederlanden. Die teilnehmenden Studenten gründeten ihre eigenen Raumfahrtunternehmen. ● Mehrere Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen verklagen den niederländischen Staat wegen der Haltung der Niederlande gegenüber Israel und dem Krieg in Gasa. Die Organisationen gehen davon aus, dass die Niederlande für „Verstöße gegen das Kriegsrecht und die kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung im Gasastreifen“ aufgrund von **Waffenexporten nach Israel** mitverantwortlich sind. Das summarische Verfahren wird von Oxfam Novib, Amnesty International, PAX und The Rights Forum vorbereitet. NOS.nl

Norwegen – Ministerpräsident Jonas Gahr Støre (63) sieht in den Angriffen Israels auf Gasa einen **Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht**. Israels Offensive sei schlecht durchdacht und ohne klare politische Vision. Das Leid der Zivilisten sei furchtbar, kritisierte er. TRT.tr

Österreich – Im Ministerrat soll morgen ein Grundstein für die Anschaffung von Langstreckensystemen im Rahmen des europäischen Luftverteidigungssystems **Sky Shield** gelegt werden. Für die Langstreckensysteme sollen das US-amerikanische Patriot-System sowie das Arrow-System, das von Israel und den USA gemeinsam entwickelt wurde, infrage kommen.

● Unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen wird im Austria Center Vienna in zwei Wochen die Generalversammlung zum **100-Jahr-Jubiläum von Interpol** über die Bühne gehen. Der Aufwand für die Polizeitagung sei enorm, es sei das größte Projekt seit Jahrzehnten für das Innenministerium, so das Bundeskriminalamt. 1923 wurde auf einem Internationalen Kriminalpolizeikongress in Wien unter der Leitung von Johannes Schober, Präsident der Wiener Polizeidirektion, eine neue Initiative ergriffen. Die 22 Delegierten einigten sich auf die Gründung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission (ICPC), dem direkten Vorläufer von Interpol, mit Sitz in Wien. Heute befindet sich die Zentrale in Lyon (FR). Schober (1874–1932) war von Juni 1921 bis Mai 1922 und erneut von September 1929 bis September 1930 österreichischer Bundeskanzler. ORF.at

Palästina – Als der israelische Angriff auf den Gasastreifen seinen 40. Tag begann, wurden den neuesten Zahlen der palästinensischen Behörden zufolge mindestens 11'320 Palästinenser getötet, darunter über 7'800 Frauen und Kinder, und mehr als 29'200 weitere verletzt. Tausende Gebäude, darunter Krankenhäuser, Moscheen und Kirchen, wurden seit letztem Monat durch Israels unerbittliche Luft- und Bodenangriffe auf die belagerte Enklave beschädigt oder zerstört. Unterdessen berichtete das israelische Armeeradio, dass bei der Operation in Asch-Schifa **keine Anzeichen von israelischen Geiseln im Krankenhaus**

gefunden wurden. Das Armeeradio (גלי צה"ל, IDF-Welle, Galei Tsahal), in Israel unter dem Akronym Galatz (גלצ) bekannt, ist ein landesweites israelisches Radionetzwerk, das seit 1950 von den israelischen Streitkräften betrieben wird: (glz.co.il). GLZ.il

● **Israelische Truppen zerstörten am Mittwoch das palästinensische Parlamentsgebäude** in Gaza und bezeichneten die Tat als Teil des Krieges gegen die Hamas. Der arabischsprachige Sprecher von Premierminister Benjamin Netanjahu, Ofir Gendelman, veröffentlichte auf X ein einminütiges Video der Sprengung. Es zeigte das schwer beschädigte Gebäude, wie es in einer Rauch- und Staubsäule explodierte, während die Truppen der israelischen Verteidigungskräfte (IDF) in den nahegelegenen Schützengräben lachten und jubelten. I24.il

Schweiz – Schweizer Zecken übertragen mehr Krankheiten als bisher bekannt.

● Wer Ware aus dem Ausland in die Schweiz einführt, muss grundsätzlich Schweizer Mehrwertsteuer bezahlen. Nicht so, wenn der Warenwert weniger als 300 Schweizer Franken beträgt. Diese Grenze gilt pro Tag und wird auch Wertfreigrenze genannt. Laut Recherchen des «Tagesanzeigers» will der Bund diese nun **auf 150 Franken senken** und so den Einkaufstourismus weniger attraktiv machen. Dieser gerät immer wieder in Verruf, weil Geld aus der Schweiz ins nahe Ausland fließt und so dem inländischen Detailhandel schadet. Bei Postsendungen liegt der Grenzwert schon heute tiefer, nämlich bei 65 Franken.

● Glencore übernimmt von kanadischer Teck **Mehrheit am Kohlegeschäft**. Der Rohstoffkonzern kauft 77 Prozent der Teck-Tochtergesellschaft EVR für fast sieben Milliarden US-Dollar.

● Wer in Zürich ein Einfamilienhaus kaufen will, muss über eine halbe Million Jahreseinkommen vorweisen können.

● So leisten Schweizer Organisationen **Hilfe in Gaza**: Die Glückskette sammelt Spenden für das Krisengebiet. Auch mehrere Partnerorganisationen der Glückskette sind derzeit im Gasastreifen tätig. Dazu gehören die Caritas, der Christliche Friedensdienst (Cfd), HEKS oder Save the Children. Mit den Spendengeldern werden Projekte dieser Partnerorganisationen unterstützt. So konnten beispielsweise Lastwagen von Save the Children Lieferungen mit 45'000 Wasserflaschen nach Gaza bringen. Der Christliche Friedensdienst (Cfd) und das Hilfswerk HEKS unterstützen vertriebene Familien auch durch Barauszahlungen von einmaligen Standbeträgen, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken. Vorräte an Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten und Erste-Hilfe-Kits werden durch die Partnerorganisationen in Ägypten vorbereitet und so schnell wie möglich an Betroffene verteilt. Die humanitären Bedürfnisse konzentrierten sich zwar aktuell auf Gaza, sagt ein Mediensprecher der Glückskette gegenüber SRF. Dennoch seien die Schweizer Partnerorganisationen der Glückskette aber bereit, bei Bedarf auch in anderen Landesteilen Hilfe zu leisten. Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) ist aktuell nicht vor Ort im Gasastreifen. Hilfe vom Bund: Der Bundesrat verkündete, dass weitere 90 Millionen Franken für humanitäre Hilfe im Nahen Osten bereitgestellt werden sollen. Mit den Geldern will er in Israel, den Palästinensergebieten und in Nachbarländern vor allem die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie die UNO unterstützen. Das UNO-Nothilfebüro (OCHA) erhält mit 25 Millionen den größten Betrag der Gelder. Der Rest fließt an mehrere internationale Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das Welternährungsprogramm, die Unicef oder Gesundheitsorganisationen wie die WHO oder Terre des Hommes.

● Zürich will offene Drogenszene in der Innenstadt entschärfen. In einem provisorischen Containerdorf auf dem Kasernenareal können Abhängige in geschütztem Rahmen Drogen konsumieren. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.11.2023

Armenien – Jüngsten Schätzungen zufolge haben in den vergangenen anderthalb Jahren zwischen 500'000 und 1 Million Russen Russland verlassen. Ein großer Teil ist nach Armenien gegangen und möchte dort bleiben. NOS.nl

China – China geht gegen kleine Wetterstationen im Land vor, die Daten wie Luftdruck, Temperatur, Windgeschwindigkeit oder Luftqualität in Echtzeit aufzeichnen. Es geht um 3000 solcher Wetterstationen, die illegal Daten ins Ausland liefern würden, heißt es vom chinesischen Ministerium für Staatssicherheit. Ohne es explizit zu benennen, geht es Peking darum, Spionage zu verhindern. Wem die Wetterstationen gehören und an wen sie die Daten schicken sollen, haben die Behörden nicht bekannt gegeben. Angeblich soll ein Teil der Wettermesser aus dem Ausland finanziert worden sein und die Daten auch dorthin liefern. SRF.ch

BR Deutschland – 2023 ist nicht 1938. Aber 1938 und die Shoa, die Massenvernichtung der Juden, ist immer präsent zwischen Deutschland und Israel. Nach dem Krieg wünschte sich Kanzler Konrad Adenauer (1876–1967) eine Normalisierung. Willy Brandt (1913–1992) sprach in den 1970er-Jahren von einer «normalen Beziehung mit einem besonderen Charakter». Seit 2008 prägt Angela Merkel die politische Haltung. Was sie damals vor der Knesset sagte, wiederholte sie auf der letzten Israel-Reise als Kanzlerin 2021: «Deutschland ist nicht neutral, wenn es um die Fragen der Sicherheit Israels geht. Sondern die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson.» Die Staatsräson hat die aktuelle Regierung in den Koalitionsvertrag geschrieben. SRF.ch

- Koalitionswechsel in Hessen: CDU wirft Grüne aus der Regierung.
- Deutsche Obdachlosigkeit steigt in einem Jahr um 50 %. Mehr als 600'000 Menschen waren obdachlos. HR.de
- Bei der UN-Anhörung zur Menschenrechtslage in Deutschland gab es scharfe Kritik aus aller Welt. Zahlreiche Staaten rügten Deutschland – unter anderem für die Einschränkung der Versammlungsfreiheit von pro-palästinensischen Bürgern.
- Die Bundesregierung hat in diesem Jahr bis Anfang November Rüstungsexporte nach Israel im Wert von knapp 303 Millionen Euro genehmigt. Das ist fast zehnmal so viel wie im gesamten Jahr 2022. TRT.tr

EU - In der EU sollen mehr Wälder aufgeforstet, Moore vernässt und Flüsse in ihren natürlichen Zustand versetzt werden. SRF.ch

Gaza – Seit über einem Monat wird der Nachthimmel Gazas vom roten Schein der Raketenblitze erleuchtet, was den 2,3 Millionen Einwohnern Tod und Zerstörung bringt. Tagsüber ist es dasselbe, nur dass die Farben unterschiedlich sind, da der blaue Himmel über Gaza von Rauchwolken geschwärzt ist, die aus neu dem Erdboden gleichgemachten Häusern aufsteigen. Seit Beginn des jüngsten Angriffs Israels auf den Gazastreifen nach dem Überraschungsangriff der Hamas am 7. Oktober hat das Militär mehr als 10'500 Menschen getötet, darunter mindestens 4'300 Kinder. Tausende weitere werden vermisst oder sind unter den Trümmern begraben. Israel gibt an, vom 7. Oktober bis 1. November mindestens 12'000 Ziele im gesamten belagerten palästinensischen Gebiet angegriffen zu haben, was eine der heftigsten Bombenangriffe in der jüngeren Geschichte darstellt. Nach Angaben des Euro-Med Human Rights Monitor hat Israel seit dem 7. Oktober mehr als 25'000 Tonnen Sprengstoff im Gazastreifen abgeworfen, was zwei Atombomben entspricht. Im Vergleich dazu produzierte die von den Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg auf Hiroshima abgeworfene Atombombe „Little Boy“ 15'000 Tonnen Sprengstoff und zerstörte alles in einem Umkreis von einer Meile. Satellitenbilder und Fotos zeigen, dass ganze

Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht wurden und viele Krankenhäuser, Schulen, Gotteshäuser und Häuser durch israelische Land-, See- und Luftangriffe beschädigt oder zerstört wurden. Auch ganze Kommunikationssysteme und Wasseraufbereitungsanlagen wurden lahmgelegt. Den neuesten Daten des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der palästinensischen Regierung zufolge haben israelische Angriffe mit Stand vom 7. November mindestens Folgendes beschädigt: Die Hälfte der Häuser im Gazastreifen – 222'000 Wohneinheiten wurden beschädigt und mehr als 40'000 vollständig zerstört, 278 Bildungseinrichtungen beschädigt, 270 Gesundheitseinrichtungen angegriffen, 69 Kultstätten beschädigt, darunter Moscheen und Kirchen, 45 Krankenwagen beschädigt, 11 Bäckereien zerstört. Gasa ist die Heimat von rund 1,7 Millionen Flüchtlingen, die aus Gebieten, die heute zu Israel gehören, ethnisch gesäubert wurden. Die meisten Flüchtlinge leben in oder in der Nähe der acht dicht besiedelten Flüchtlingslager im Gazastreifen. Im Norden von Gasa befindet sich eines der größten Lager, Dschabalia. Das israelische Militär hat das Lager mit rund 116'000 registrierten Flüchtlingen wiederholt angegriffen, und zwar mindestens acht Mal – am 9., 12., 19., 22. und 31. Oktober; 1., 2. und 4. November – mehrere hundert Menschen werden getötet. Das Lager beherbergt drei von den Vereinten Nationen geführte Schulen, die in Unterkünfte für Hunderte vertriebene Familien umgewandelt wurden. Einen Tag nach israelischen Angriffen auf Häuser im Flüchtlingslager Dschabalia im nördlichen Gazastreifen suchen Palästinenser nach Verletzten. Nach den Angriffen auf das Lager Dschabalia beschrieb ein kleiner palästinensischer Junge, wie er einen kopflosen Körper aus den Trümmern zog, während ein anderer Mann fragte: „Seit wann ist es in Ordnung, Unterkünfte anzugreifen?“ Während sich die meisten Zerstörungen auf den Norden des Gazastreifens konzentrierten, blieb auch der Süden, den Israel zur Sicherheitszone erklärt hatte, nicht verschont. Schätzungen zufolge sind zwischen 800'000 und einer Million Menschen in den Süden des Gazastreifens gezogen, während 350'000 bis 400'000 im Norden der Enklave verbleiben. Die Realität vor Ort ist, dass Menschen in Krankenhäusern, Behinderte und ältere Menschen nicht in der Lage sind, sich zu bewegen. Die Luftangriffe waren wahllos und richteten sich gegen UN-gekennzeichnete Schulen, Krankenhäuser und erklärte „Sicherheitszonen“. Israelische Angriffe trafen die Hauptstraßen, die von Zivilisten auf dem Weg nach Süden zur Flucht genutzt werden, sowie Gebiete im südlichen Gazastreifen, darunter Deir el-Balah, Khan Younis und Rafah. Der Anstoß Israels bestand darin, die Hamas „völlig zu eliminieren“. Die Realität vor Ort war jedoch die Eliminierung ganzer Stadtteile, Generationen von Palästinensern und ihrer Überlebensgrundlagen. Laut einer Satellitenbildanalyse auf Basis von Sentinel-1-Radardaten durch die Forscher Corey Scher vom CUNY Graduate Center und Jamon Van Den Hoek von der Oregon State University wurden zwischen dem 7. Oktober und dem 5. November bis zu 18 Prozent der Gebäude im Gazastreifen beschädigt. Einschließlich: 30–40 Prozent im Nordgaza, 24–32 Prozent in Gasa-Stadt, 6–9 Prozent in Deir el-Balah, 5–8 Prozent in Khan Younis, 3–5 Prozent in Rafah. Einer visuellen Analyse von The New York Times, The Guardian und Experten zufolge setzten israelische Streitkräfte am 31. Oktober 900 kg schwere Bomben auf das Flüchtlingslager Dschabalia ein. Es wurden zwei Einschlagskrater mit einer geschätzten Breite von 12 Meter identifiziert. Wie viel Schaden kann eine 500-Pfund-Bombe anrichten? Nach Angaben des Project on Defense Alternatives (PDA), das Forschungen und Analysen zur Verteidigungspolitik durchführt, wird eine 500-Pfund-Explosion alles oder jeden im Umkreis von 20 Metern schwer beschädigen, verletzen oder töten. Eine 2'000-Pfund-Explosion erhöht den Zerstörungsradius auf 35 Meter. Im Durchschnitt über verschiedene Arten von Oberflächen kann eine 500-Pfund-Bombe einen Krater mit einem Durchmesser von 8 Meter und einer Tiefe von 3 Meter erzeugen, während eine 2000-Pfund-Bombe einen Krater mit einem Durchmesser von 15 Meter erzeugen kann

und 5 Meter tief. Die Waffen beinhalten Hunderte Pfund Sprengstoff, der in Metall eingeschlossen ist. Innerhalb der ersten Woche des Israel-Hamas-Krieges schickte die Biden-Regierung 1'800 Joint Direct Attack Munitions (JDAMs)-Kits (à 20'000–35'000 US\$). JAZ.qa

Großbritannien – Shell verlangt von der Umweltorganisation Greenpeace eine Entschädigung wegen einer tagelangen Protestaktion auf einem Schiff des Öl- und Gaskonzerns. Das britische Unternehmen hat beim High Court in London Klage eingereicht. Der Protest fand im Januar auf einem Boskalis-Schiff statt, das ein Shell-Produktionsschiff zu einem Öl- und Gasfeld nordöstlich der Shetlandinseln transportierte. Die Greenpeace-Aktivisten blieben fast zwei Wochen an Ort und Stelle und gingen schließlich in einem norwegischen Hafen von Bord. Die Umweltorganisation möchte, dass Shell die Förderung von Öl und Gas einstellt und sich auf nachhaltige Energie konzentriert. Shell verlangt für diese Klage nun Schadensersatz in Höhe von 2,1 Millionen US-Dollar. Auch das amerikanische Unternehmen Fluor, einer der Vertragspartner von Shell, erwägt, wegen des Protests eine Schadensersatzklage einzureichen. Das würde einem Betrag von 6,5 Millionen Dollar entsprechen. NOS.nl

Irland – Viele Buchten, in denen man leicht etwas abladen kann, und eine Marine, die für Tausende Kilometer Küste nur ein Patrouillenschiff hat. Drogenkartelle haben Irland entdeckt. NOS.nl

Island – Einer der meistbesuchten Touristenorte Islands, das Blue Lagoon Spa, ist wegen der Gefahr eines Vulkanausbruchs vorübergehend geschlossen. Gäste eines Spas in der Nähe des Bades mussten mitten in der Nacht ihre Sachen packen. Es besteht die Befürchtung, dass der Vulkan Þorbjörn ['θor, pjœ@tɿ] ausbrechen könnte. Die Gegend um die Bäder, etwa 50 Kilometer von der Hauptstadt Reykjavik entfernt, wird seit mehr als zwei Wochen von kleinen Erdbeben erschüttert. Dies ist auf eine Ansammlung von vulkanischem Magma zurückzuführen, die sich fünf Kilometer unter der Erde befindet. Nach Angaben des Isländischen Meteorologischen Instituts gab es in den letzten 24 Stunden 900 kleine Erdbeben. Þorbjörn ist ein 243 m hoher Vulkan neben der Stadt Grindavík (Gullbringusýsla) auf der Halbinsel Reykjanes. Die Blaue Lagune ist vom Gipfel aus gut zu sehen. NOS.nl

Israel – Gemeinsam mit קלע דוד „David's Sling“-(1 Mio. Franken/Stück), und כּוּת בּרזל „Iron Dome“-(50 Mio. Fr. + 150'000 pro Schuss) bildet חץ „Arrow“-(3 Mio. Fr./St.) das Flugabwehrsystem Israels. Der „Pfeil“ kann feindliche Flugkörper in über 100 Kilometer Höhe und damit ausserhalb der Atmosphäre im beginnenden Weltraum durch einen direkten Treffer zerstören. ORF.at

● „Wenn Israel verschwinden würde, würden Russland und China den Nahen Osten kontrollieren und 90 Prozent der weltweiten Ölversorgung in ihren Händen halten. Das wäre eine Katastrophe für die nationale Sicherheit der USA“, sagte Kennedy Jr. I24.il

Italien – Der Garisenda-Turm, der zusammen mit dem daneben liegenden Asinelli-Turm seit rund 900 Jahren die Skyline der Stadt Bologna prägt. Die beiden Türme, die jeweils in eine andere Richtung geneigt sind, sind mit Abstand die meistbesuchten Denkmäler der italienischen Universitätsstadt. Doch seit Ende Oktober ist Bolognas größter Stolz auch seine größte Sorge. Die Neigung der Garisenda, die mit der des Turms von Pisa um etwa vier Grad vergleichbar ist, scheint zugenommen zu haben. Der Platz rund um die Türme wurde abgesperrt und Buslinien, die über die stark befahrene Kreuzung führen, werden umgeleitet. NOS.nl

Jordanien – hat den Luftabwurf dringender medizinischer Hilfsgüter an ein Feldlazarett im Gasastreifen angekündigt. Jordaniens König Abdullah II. (51) sagte am frühen Montag, die

jordanische Luftwaffe habe „dringende medizinische Hilfe“ an das vom Königreich in der Enklave seit 2009 betriebene Feldlazarett abgeworfen. „Es ist unsere Pflicht, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen, die im Krieg gegen Gaza verletzt wurden. „Wir werden immer für unsere palästinensischen Brüder da sein.“ Das israelische Militär sagte später am Montag in einer Erklärung, es habe sich mit seinem arabischen Nachbarn über den Abwurf „koordiniert“, zu dem seiner Aussage nach auch Lebensmittel gehörten. „Die Geräte werden vom medizinischen Personal für Patienten genutzt“, hieß es. Letzten Monat berichtete die saudische Zeitung „Arab News“ unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Beamten, dass das jordanische Feldlazarett einer „existenziellen Bedrohung“ ausgesetzt sei und seinen Betrieb wahrscheinlich bald einstellen werde, da es aufgrund der israelischen Bombenangriffe an Versorgungsgütern mangle. Humanitäre Organisationen warnen vor einer wachsenden humanitären Krise aufgrund des Mangels an Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und Treibstoff, der durch die Blockade und Bombardierung der Enklave durch Israel verursacht wird. Am Sonntag gaben die Leiter von 18 UN-Organisationen und NGOs eine seltene gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Belagerung des Gasastreifens als „inakzeptabel“ verurteilten und dazu aufriefen, Hilfe „sicher, schnell und im erforderlichen Umfang“ bereitzustellen. Der Luftabwurf erfolgte, als US-Außenminister Antony Blinken im Rahmen einer hochkarätigen diplomatischen Reise durch die Region nach Besuchen in Israel, dem besetzten Westjordanland, Jordanien und dem Irak in der Türkei eintraf. Jordanien hat wie andere arabische Länder die israelische Bombardierung des Gasastreifens scharf verurteilt, bei der nach Angaben von Beamten in der von der Hamas regierten Enklave mindestens 11'000 Palästinenser – vor allem Kinder und Frauen – getötet wurden. Amman rief letzte Woche seinen Botschafter in Israel zurück, nachdem er dem Land vorgeworfen hatte, in der Enklave eine „beispiellose humanitäre Katastrophe“ verursacht zu haben. JAZ.qa

Kasachstan – Das Trauma sowjetischer Atomtests prägt Kasachstan bis heute. Die Sowjetunion zündete auf einem Testgelände in Kasachstan mehr als 450 Atombomben. Die Bewohner leiden bis heute unter der Verstrahlung. Auch Jahrzehnte nach den Tests prägt dieses Trauma die kasachische Gesellschaft und Politik. Lange wussten die Menschen im Nordosten Kasachstans nicht, was auf dem «Schießplatz» draußen in der Steppe vor sich ging. Der Grund für die regelmäßigen Explosionen, die riesige Pilzwolken erzeugten, war in der UdSSR ein Staatsgeheimnis. Schon bald gab es in der Region mehr Leukämiekranken, mehr Kinder kamen mit Behinderungen zur Welt oder wurden tot geboren. Die Sowjets konnten die Atomtests und ihre Folgen nicht dauerhaft verbergen. In den 1980er Jahren gelang es einer Bürgerbewegung, die Tests zu stoppen. Doch die Leute in der Region leiden immer noch unter den Spätfolgen. Das Erbe der Explosionen lastet bis heute schwer auf dem Land. Kasachstan erzeugt 80 Prozent seines Stroms mit Kohle. Das ist ineffizient und umweltschädlich. Darum möchte die Regierung ein Atomkraftwerk bauen. Als Partner für ein solches Projekt kommt auch Russland infrage. Aber selbst die autoritäre kasachische Elite muss auf die Bevölkerung hören – und die Atomkraft ist in der Bevölkerung höchst umstritten. Das Trauma der Atomtests wirkt im Volksgedächtnis nach. «International» SRF.ch

Katar - „Wir haben es geschafft, die palästinensische Sache wieder auf die Landkarte zu bringen. Jetzt gibt es für niemanden in der Region Frieden“, sagte Khalil al-Hayya der Zeitung. „Es ist der Beginn eines neuen, feindlicheren Kapitels im Kampf gegen Israel.“ Die New York Times sprach mit Führern der Hamas in Katar, wo die Terrorbewegung ihr Hauptquartier hat. Für den Artikel wurden neben Hamas-Führern auch arabische, israelische und westliche Funktionäre sowie Hamas-Experten interviewt. Es bietet den ersten Insider-Einblick in die Planung der Anschläge und das Ziel der Hamas-Führer. ([nytimes.com/2023/11/08/world/middleeast/hamas-israel-gaza-war.html](https://www.nytimes.com/2023/11/08/world/middleeast/hamas-israel-gaza-war.html)) NOS.nl

Mexiko – 123 Migranten wurden in Mexiko aus einem verschlossenen LKW-Anhänger befreit. Die Gruppe wurde in der Stadt Matehuala im Bundesstaat San Luis Potosí in Zentralmexiko gefunden. Menschen in der Stadt hörten Hilferufe aus dem Lastwagen, woraufhin die Polizei gerufen wurde. Nach Angaben der örtlichen Behörden handelt es sich dabei um 89 Erwachsene und 34 Minderjährige. Sie wurden untergebracht und erhielten medizinische Hilfe und Nahrung. Die Migranten kommen aus mehreren mittel- und südamerikanischen Ländern. Mexiko ist für viele Migranten ein Transitland auf dem Weg in die USA, wo sie auf ein besseres Leben hoffen. NOS.nl

Myanmar – In Myanmar sind angesichts andauernder Kämpfe zwischen dem Militär und bewaffneten ethnischen Gruppen nach UNO-Angaben fast 50'000 Menschen auf der Flucht. Viele hätten in religiösen Einrichtungen Zuflucht vor Artilleriebeschuss und Luftangriffen gesucht, teilte das UNO-Nothilfebüro (OCHA) heute mit. Andere versuchten, über die Grenze nach China zu gelangen. ORF.at

Niederlande – Das Niederländische Wassermuseum watermuseum.nl/ in Arnheim ist wegen Überschwemmung geschlossen. Der Erdgeschoss- und Kellerbereich ist überflutet. Grund hierfür ist vermutlich ein Wasserrohrbruch in der Nähe. Im Museum können Besucher alles über Wasser erfahren, von der Wasseraufbereitung bis zum Trinkwasser.

- Amersfoort wurde von der Academy of Urbanism in London zur europäischen Stadt des Jahres gekürt. Die Jury lobt Amersfoort für seine Lebensqualität, fortschrittliche Stadtplanung und Innovation bei gleichzeitiger Bewahrung seines Charakters und Erbes. Amersfoort ist mit 161'000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der niederländischen Provinz Utrecht. Nach Hilversum in Nordholland sind es Richtung Westen kaum mehr als 20 Kilometer.

- Laut dem Sea Level Rise Programm können die Niederlande einen Anstieg des Meeresspiegels um drei Meter technisch mit schwereren Deichen bewältigen.
- Die Tochter eines angolanischen Präsidenten, die über eine Amsterdamer Firma 52 Millionen Euro abschöpft. Oder die Tochter eines moldauischen Politikers, dessen Studium in Maastricht von einem Bankkonto auf den Britischen Jungferninseln bezahlt wurde. Politische Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und ihre Familienangehörigen waren in den letzten Jahren an verdächtigen Transaktionen im Wert von 14 Milliarden Euro beteiligt. Zu diesen Listen gehören erwartungsgemäß auch viele Länder, die den Ruf eines Transitlandes oder Steuerparadieses haben, etwa Zypern, die Schweiz, Luxemburg, die Vereinigten Arabischen Emirate, Monaco, die Jungferninseln und Singapur. Aber auch weniger offensichtliche Länder gingen aus der Untersuchung hervor. So gehört Lettland sowohl bei den eingehenden als auch bei den ausgehenden Beträgen zu den Top 10, viel verdächtiges Geld geht aus den Niederlanden nach Portugal, Surinam und Grossbritannien und viel kommt aus Ghana, Frankreich und Angola.

- „Es ist wichtig, dass jeder sicher am Verkehr teilnehmen kann. Dies wird immer schwieriger, da Fahrräder mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten auf dem Radweg unterwegs sind.“ Das Fatbike, ein kleines Elektrofahrrad mit dicken Reifen, erfreut sich seit einigen Jahren großer Beliebtheit, unter anderem als Ersatz für das Moped, für das Helmpflicht bestand. Vor allem junge Menschen sind auf das Fatbike umgestiegen, bei dem keine Helmpflicht besteht. Darüber hinaus lässt es sich bequem mit einem „Gashebel“ auf 60 km/h beschleunigen. Die in den 2010er Jahren in Europa eingeführten Fatbikes ähneln Mountainbikes und sind für Untergründe wie Sand und Schnee ausgelegt. NOS.nl

Portugal – In Portugal kommt es nach dem Rücktritt von Ministerpräsident António Costa im Zuge eines Korruptionsskandals zu Neuwahlen. Das südeuropäische Land werde am 10. März eine vorgezogene Parlamentswahl abhalten, sagte Präsident Marcelo Rebelo de Sousa. De Sousa werde das Parlament erst nach der Schlussabstimmung über den Haushaltsentwurf 2024 auflösen, die am 29. November stattfinden solle. Das konservative

Staatsoberhaupt hatte auch die Möglichkeit, Costas Sozialistischer Partei (PS) angesichts ihrer Mehrheit im Parlament die Bildung einer neuen Regierung zu ermöglichen. SRF.ch

Schweiz – Seit gut einem Jahr werden der Name und die Passkopie einer Frau für Inseratebetrug missbraucht. Wie es dazu kam. Angefangen hat es damit, dass die Frau aus Zürich einer guten Bekannten bei der Wohnungssuche helfen wollte. Sie schaute sich Wohnungsinserate an, die diese ihr schickte und ging auch mal an einer Adresse vorbei, um zu schauen, ob die Angaben im Inserat stimmten. Bei einem Inserat schien anfänglich alles in Ordnung zu sein. Die Ungarin war interessiert und mailte mit der angeblichen Wohnungsbesitzerin. Diese schrieb, dass sie die Wohnung nicht persönlich zeigen und die Schlüssel übergeben könne, da sie in Deutschland die Enkel beaufsichtigen müsse. Nach Zahlung einer ersten Rate würde sie die Schlüssel jedoch nach Ungarn schicken. Die Zürcherin anerkennend bot sich, die Schlüssel in Empfang zu nehmen und wollte ihre Seriosität mit einer Passkopie unterstreichen. «Ich habe dann, etwas voreilig, die Passkopie an meine Bekannte nach Budapest geschickt. Diese leitete die Kopie postwendend diesen angeblichen Wohnungsvermietern weiter», erzählt die Frau im SRF-Konsumentenmagazin «Espresso». Und so sei ihr Pass in die Hände der Betrüger gelangt. «Mein Pass hat sich selbständig gemacht. Ich komme aus dieser Geschichte nicht mehr heraus.» Seither werden im Namen der Frau regelmäßig betrügerische Wohnungsinserate auf Plattformen wie Homegate und Comparis geschaltet. Als Identitätsnachweis verwenden die Betrüger dabei die Passkopie. Auf Anraten der Cybercrimepolice der Kantonspolizei Zürich hat die Zürcherin einen neuen Pass machen lassen, der alte wurde gesperrt. Zudem hat sie Anzeige erstattet und meldet aktuelle betrügerische Inserate, die in ihrem Namen aufgegeben werden, jeweils den Inserateplattformen. Von diesen erfährt sie, weil sie regelmäßig Telefonanrufe von skeptischen Wohnungssuchenden erhält. Diese kläre sie jeweils über die Betrugsversuche auf und sage ihnen, dass sie auf keinen Fall Geld überweisen sollen. Glücklicherweise sei ihr persönlich bisher nur ein Fall bekannt, in welchem ein tschechischer Student den Betrügern 3700 Euro überwiesen habe. Auch ihre ungarische Bekannte, die inzwischen in Zürich lebt und arbeitet, habe den Betrug rechtzeitig erkannt. Doch für die Passkopie war es leider zu spät. Dieser Pass sei zwar gesperrt und inzwischen abgelaufen, doch die Betrüger haben das Gültigkeitsdatum gefälscht. So schützen Sie sich vor Betrug mit gefälschten Wohnungsinseraten. Überweisen Sie nie Geld (Mietvorschuss oder Kautions/Schlüsseldepot), bevor Sie die Wohnung besichtigt und einen gültigen Mietvertrag erhalten haben. Überweisen Sie kein Geld via Transferdienste an einen Vermieter. Suchen Sie den persönlichen Kontakt (nicht nur per Mail) mit der Vermieterin. Es ist üblich, dass Sie die Vermieterin persönlich kontaktieren und treffen sowie das Mietobjekt kostenlos besichtigen können.

- Badener Museum versteigert in New York Bilder für 40 Millionen. Das Museum Langmatt in Baden (AG) braucht 40 Millionen Franken, um weiterhin zu bestehen. Nun hat es drei Bilder von Paul Cézanne für 40.5 Millionen Franken verkauft. Versteigert wurden die Bilder durch das internationale Auktionshaus Christie's in New York. Als Erstes kam das Gemälde «Fruits et pot de gingembre» (Früchte und Ingwertopf) unter den Hammer. Es wurde für 30.3 Millionen Franken versteigert. Der Wert des Gemäldes war zuvor auf 35 bis 55 Millionen Dollar geschätzt worden. Wenn das wertvollste der drei Cézanne-Bilder für 40 Millionen Franken unter den Hammer gekommen wäre, wären die zwei weiteren Gemälde nicht versteigert worden, teilte das Museum in Baden vorausgehend mit. Somit wurden aber auch die zwei weiteren Werke «Quatre pommes et un couteau» und «La mer à l'Estaque» für 8.7 Millionen und 2.6 Millionen Dollar versteigert. Wer die Werke kaufte, ist nicht bekannt. Es ist ein ungewohnter Vorgang und in der schweizerischen und europäischen Museumsbranche neu. Ein Museum verkauft Bilder aus der eigenen Sammlung, um an Geld zu gelangen.

- Der Lehrkräftemangel ist vielerorts unerträglich.

- Der Kanton Solothurn versteht sich als Brückenkanton zwischen der West- und der Deutschschweiz. Französisch hat hier einen höheren Stellenwert als zum Beispiel im Nachbarkanton Aargau. Gerade in der Solothurner Stadt Grenchen ist Französisch dank der Uhrenindustrie präsent. Doch die französische Sprache werde in der Uhrenstadt immer weniger wichtig, sagt die reformierte Kirchgemeinde und verzichtet – nach über 130 Jahren – auf französische Gottesdienste.
- Ab letzten Donnerstag gilt für die Gotthardpassstraße wieder die Wintersperre. Somit fällt eine weitere Verbindung zwischen der Nord- und Südschweiz für einige Monate aus. Mit der Schließung der Gotthardpassstraße sind nun alle fünf Urner Alpenpässe zu, wie die Urner Baudirektion mitteilte. Zu den fünf Urner Alpenpässe zählen der Furka-, Klausen-, Oberalp-, Susten- und Gotthardpass. In der Regel könnten diese zwischen Mitte Mai und Anfang Juni wieder geöffnet werden, heißt es. Die möglichen Nord-Süd-Verbindungen für Straßen- und Bahnverkehr werden durch die nun verhängte Wintersperre am Gotthardpass somit weiter eingeschränkt. Anfang November hatten die SBB verkündet, dass der Gotthard-Basistunnel nach der Entgleisung eines Güterzugs im August voraussichtlich erst im September 2024 vollständig für Reise- und Güterzüge zur Verfügung stehen wird. Die Zugreise ins Tessin oder zurück verlängert sich dadurch, weil die Personenzüge zwischen der Deutschschweiz und dem Tessin mehrheitlich über die Panoramastrecke umgeleitet werden. Neben den Urner Alpenpässen sind laut des Pannendienstes TCS auch der Col du Lein, Grimselpass, Großer St. Bernhardpass, Nufenenpass, San Bernardinopass, Sanetschpass und der Umbrailpass geschlossen.
- Auch im Thurgau bleibt es dabei: Für Handy- und Hoteldurchsuchungen braucht die Polizei einen Durchsuchungsbeschluss.
- Erneute Bombendrohung am Zürcher Obergericht. Das Gebäude wurde evakuiert und abgesperrt, so die Kantonspolizei Zürich. SRF.ch

Spanien – Der spanische Politiker und Mitbegründer der rechtspopulistischen Vox, Alejo Vidal-Quadras, ist Medienberichten zufolge in Madrid auf offener Straße niedergeschossen worden. Ein Unbekannter habe dem 78-Jährigen ins Gesicht geschossen, berichteten der staatliche TV-Sender RTVE und andere Medien übereinstimmend unter Berufung auf Polizeiquellen. Der Politiker, der vor der Gründung von Vox 2013 auch Chef der konservativen Volkspartei PP in Katalonien war, sei bei Bewusstsein in ein Spital gebracht worden.

• Nachdem die spanischen Parlamentswahlen im Juli keinen klaren Sieger hervorgebracht hatten, versuchen die Sozialisten PSOE seit einigen Wochen, eine Regierung zu bilden. Um eine Mehrheit zu erzielen, braucht der bisherige Ministerpräsident Pedro Sánchez neben dem links-außen-Bündnis Sumar auch die Unterstützung der zwei katalanischen Separatistenparteien. Jetzt teilte der Unterhändler der PSOE, Santos Cerdán, in Brüssel mit, man habe sich auch mit der katalanischen Partei von Carles Puigdemont, Junts, geeinigt. Puigdemont befindet sich nach wie vor im Exil in Belgien. Es sei eine Vereinbarung über eine Amnestie für alle von der Justiz verfolgten «Catalanistas» sowie über andere Punkte erzielt worden, berichteten spanische Medien. SRF.ch

Südkorea – Fabrikarbeiter in Südkorea von Verpackungsroboter getötet. Möglicherweise konnte die Maschine nicht zwischen dem Mann und einer Kiste Gemüse unterscheiden. NOS.nl

Türkei – Nach der Attacke auf Israel mit mehr als 1'400 Toten hat Erdoğan die Hamas als „Befreiungsorganisation“ bezeichnet. Die mit der Türkei in der NATO verbündeten USA und die EU stufen sie dagegen als Terrororganisation ein.

• Türkische Bürger kündigen zunehmend ihre Visa- und Mastercards im Rahmen eines landesweiten Boykotts von Unternehmen oder Nationen, die Israel unterstützen. Berichten

zufolge haben Banken Schwierigkeiten, die beispiellose Nachfrage nach Karten des inländischen Zahlungssystems Troy zu bewältigen, das 2015 vom in Istanbul ansässigen Interbank Card Center gegründet wurde.

- Erdoğan fordert Maßnahmen gegen israelische „Grausamkeit und Barbarei“. Israels massive Angriffe auf Gaza lösen weltweite Empörung aus. Der türkische Präsident Erdoğan fordert die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf Israel auszuüben, damit das Land die UN-Beschlüsse umsetzt. TRT.tr

Tuvalu - ist eine Ansammlung von neun Inseln im Pazifik von geringer Höhe und eines der am stärksten vom Klimawandel bedrohten Länder der Welt. Australien werde ein spezielles Aufnahmeprogramm für die Einwohner von Tuvalu (auch: Ellice Islands) einrichten, das es ihnen ermögliche, nach Australien zu kommen, dort zu leben und zu arbeiten. Dem „bahnbrechenden“ Abkommen nach könnten anfänglich jährlich 280 Menschen aus Tuvalu nach Australien kommen. ABC.au

Ukraine – Aktuell sei es für ukrainische Staatsangehörige möglich, über den humanitären Korridor bei Sumy aus Russland in die Ukraine einzureisen. Es ist zurzeit die einzige Möglichkeit, direkt von Russland in die Ukraine einzureisen, sagt sie. Eine zwei Kilometer lange Schotterstraße führt vom russischen Ort Kolotilowka zur Grenze. Diese Grenze wird oft auch als Front bezeichnet, da dort noch gekämpft wird. Die beiden Checkpoints – der russische und der ukrainische – haben keinen Kontakt miteinander. Seit Monaten werde dieser inoffizielle humanitäre Korridor für Gefangenenaustausche und für den Austausch von Leichen von Soldaten genutzt. Vertriebene aus besetzten Gebieten: Es sind vor allem Menschen, die aus den von Russland besetzten Gebieten geflüchtet sind, welche bei Sumy die Grenze zurück in die Ukraine überqueren. Nach Angaben der freiwilligen Helfer im Zentrum sind es vor allem Frauen und Kinder. SRF.ch

Ungarn – Der ungarische Ministerpräsident Orbán ist dagegen, dass die EU Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufnimmt. Die Haltung seines Landes in dieser Frage sei klar, sagte Orbán im staatlichen Rundfunk. Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs wollen Mitte Dezember darüber entscheiden, ob Beitrittsgespräche mit Kiew aufgenommen werden. Die EU-Kommission hat in dieser Woche eine entsprechende Empfehlung abgegeben. Für eine solche Entscheidung ist allerdings ein einstimmiges Votum der 27 EU-Mitglieder erforderlich. Sollte Ungarn also bei seinem Nein bleiben, könnten keine Verhandlungen stattfinden. KR.hu

USA - Was haben die Schauspieler in Hollywood mit ihrem Streik erreicht? Eine substanzielle Erhöhung der Löhne um sieben Prozent. Die Schauspieler erhalten zudem eine Streaming-Erschädigung. «Die ist aber nicht ganz so hoch ausgefallen, wie sie sich das gewünscht hätten». SRF.ch

- Chirurgen in New York haben erstmals ein komplettes Auge transplantiert. Auch wenn der Patient nicht durchschauen kann, gilt die Transplantation als medizinischer Durchbruch. Bisher wurden nur Hornhauttransplantationen durchgeführt. Das Auge wurde vor sechs Monaten in einem New Yorker Krankenhaus im Rahmen einer Teilgesichtstransplantation transplantiert. Der Patient, Aaron James, 46, erlitt schwere Gesichtsverletzungen, als er bei seiner Arbeit als Mechaniker einen 7'200-Volt-Stromschlag erhielt. Dass die erfolgreiche Operation erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangt, liegt daran, dass die Ärzte abwarten wollten, ob der Körper das fremde Auge nicht abstößt. Im Gegenteil: Dem Auge geht es weiterhin gut. Den Chirurgen zufolge funktionieren die Blutgefäße ordnungsgemäß und die Netzhaut sieht vielversprechend aus. Der Patient kann noch nicht sehen. Der Zweck der Operation war kosmetischer Natur und sollte sicherstellen, dass das Gesicht nach der Transplantation besser aussieht. James musste sich mit einem braunen linken Auge zufrieden geben, während sein eigenes rechtes Auge blau ist. „Die Idee war im

Wesentlichen, dass wir die Operation technisch gut durchführen und der Augapfel überleben würde“, sagte der Chirurg Eduardo Rodriguez. Der Chirurg kann nicht ausschließen, dass der Patient irgendwann auch wieder mit dem Auge sehen kann. „Wenn es zu einer Art Wiederherstellung der Sehkraft kommt, wäre das wunderbar.“

- Apple erreicht eine Einigung über 25 Millionen US-Dollar für die Einstellung von Asylbewerbern. Damit handelt es sich um den bislang größten Vergleich wegen Diskriminierung amerikanischer Staatsbürger auf dem Arbeitsmarkt.
- Der Astronaut Frank Borman ist im Alter von 95 Jahren gestorben. Der Amerikaner leitete 1968 die Apollo-8-Mission, den ersten Flug zum Mond.
- Eine große Menge Demonstranten strömte am Donnerstag in das Hauptquartier der New York Times, um gegen die Berichterstattung der Zeitung über den Krieg zwischen Israel und der Hamas zu protestieren. Die Menge stürmte in das Gebäude und besetzte kurzzeitig die Lobby. Hunderte Aktivisten nahmen an dem Marsch teil, viele trugen palästinensische Flaggen und Schilder mit antiisraelischen Parolen. Sie verurteilten auch Washingtons unerschütterliche Unterstützung für Israel, wobei einige laut der New York Post Präsident Joe Biden beschuldigten, „Völkermord“ an Palästinensern in Gaza „unterstützt“ zu haben.

[KFAR.us](https://www.kfar.us)

Usbekistan – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat am Donnerstag die Welt erneut zur Verurteilung der „unmenschlichen Angriffe“ Israels auf den palästinensischen Gazastreifen aufgerufen. „Die Welt schweigt. Die Vereinigten Staaten und der Westen schweigen alle“, sagte Erdoğan beim 16. Gipfel der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) in der usbekischen Hauptstadt Taschkent. Erdoğan verwies darauf, dass seit Beginn der israelischen Angriffe am 7. Oktober fast 11'000 Menschen in Gaza getötet worden sind, darunter 73 Prozent Frauen und Kinder. Dafür sei die ultrarechte israelische Regierung unter Benjamin Netanjahu verantwortlich. „Die israelische Regierung bombardiert weiterhin Schulen, Moscheen, Kirchen, Krankenhäuser und Universitäten und verletzt damit alle Werte der Menschlichkeit.“ TRT.tr

Vatikan – Bundespräsident Alain Berset ist von Papst Franziskus zu einer Privataudienz empfangen worden. Im Zentrum des Treffens sind Gespräche über Friedensförderung gestanden. Bei der Privataudienz, die rund 20 Minuten dauerte, überreichte Berset dem Papst als Geschenk die Kopie des Wetterbulletins vom 29. Juli 1921 – einem in Genf für damalige Verhältnisse ungewöhnlich heißen Tag. Was das überreichte Geschenk aus der Schweiz betrifft, so wurden damals, so liest sich in dem Begleitschreiben zu der historischen Kopie, 38,9 Grad Celsius gemessen. Dies soll den Waadtländer Schriftsteller Charles-Ferdinand Ramuz zu seinem 1922 erschienenen Werk «Présence de la mort» inspiriert haben. «Was einst ungewöhnlich war, ist heute normal», stand auf der Karte zu dem Geschenk, wie die italienischen Nachrichtenagentur Ansa berichtet. Der Papst überreichte Berset eine Bronzeskulptur mit dem Titel «Amore sociale». Die Skulptur stellt ein Kind dar, das einem anderen hilft, sich aufzurichten. Im Zentrum des Treffens standen nach Angaben des Departements des Innern Gespräche über Friedensförderung. Dabei ging es um internationale Krisen wie den Ukraine-Krieg, den Nahost-Konflikt und die Situation in einigen Ländern in Afrika. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 10.11.2023

Afghanistan – Angesichts des bevorstehenden Winters stehen einer UNO-Organisation zufolge viele Familien in Afghanistan vor der „unmöglichen“ Entscheidung, entweder ihre Kinder zu ernähren oder ihr Zuhause warmzuhalten. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) brauche daher dringend 400 Millionen US-Dollar, um den Ärmsten zu helfen, „den Winter zu überleben“. ORF.at

- Dramatische Lage an pakistanisch-afghanischer Grenze. Tausende Geflüchtete aus Afghanistan drängen an die Grenzübergänge aufgrund angedrohter Abschiebungen. SRF.ch

Ägypten – Ein israelisches Regierungsministerium hat einen Kriegsvorschlag ausgearbeitet, der die Umsiedlung der 2,3 Millionen Menschen aus dem Gasastreifen auf die ägyptische Sinai-Halbinsel vorsah, was bei den Palästinensern eine Verurteilung hervorrief und die Spannungen mit Kairo verschärfte. Das zehnteilige Dokument vom 13. Oktober empfiehlt Israel den Bau von Zeltstädten auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel, um die Bevölkerung Gasas unterzubringen. Diese Zeltstädte werden dann zu dauerhaften Siedlungen ausgebaut, die durch eine „mehrere Kilometer lange sterile Zone“ getrennt sind. RFI.fr

- Die ägyptische Grenze wurde kurzzeitig geöffnet, aber die Palästinenser in Gasa sitzen fest. Während der Grenzkomplex in der Nähe von Ägypten für schwerverletzte Palästinenser aus Gasa und Menschen mit ausländischen Pässen geöffnet wird, gibt es für die überwiegende Mehrheit der Gasa-Bewohner keinen Ausweg. NOS.nl

- Im Gasastreifen warten nach Angaben Ägyptens rund 7000 ausländische Staatsangehörige aus 60 Ländern auf ihre Ausreise. Das ägyptische Außenministerium hat deshalb Vertreter ausländischer Botschaften zu einem Treffen in Kairo eingeladen. RBB.de

Belgien – Die Gewerkschaften haben sich bereits geweigert, Waffen zu verladen, die für Israel bestimmt sind. Amnesty fordert ein Waffenembargo zwischen Israel und Gasa. Die Zweigstelle von Amnesty International für den Nahen Osten und Nordafrika forderte am Mittwoch ein Embargo für Waffenlieferungen sowohl an Israel als auch an die Hamas, um die Zivilbevölkerung in Gasa zu schützen. VRT.be

Bolivien – Die bolivianische Regierung gab am Dienstag bekannt, dass sie die diplomatischen Beziehungen zu Israel aufgrund seiner Militäroperation im Gasastreifen und angeblicher Gräueltaten gegen die Palästinenser abbricht. RNV.ve

Brasilien – Die Armee in Brasilien muss im Kampf gegen Kriminalität und Drogenschmuggel helfen, hat die Regierung beschlossen. Die Soldaten werden unter anderem zu den wichtigsten Häfen und Flughäfen geschickt. Grund für die Entscheidung ist das Wiederaufleben der Gewalt im Land. Anfang dieses Monats wurden in einer Bar in Rio de Janeiro drei Ärzte ermordet, nachdem einer von ihnen für einen Milizionär gehalten wurde. Letzte Woche wurde in der Stadt ein prominenter Milizionär von der Polizei getötet. Er soll ein Cousin und rechte Hand des Milizenführers gewesen sein. Anschliessend hinterließen wütende Mitglieder der Gruppe eine Spur der Verwüstung in der Metropole. Mindestens 35 Busse, vier Lastwagen und ein Eisenbahnwaggon wurden in Brand gesteckt. „Die Gewalt wird von Tag zu Tag schlimmer“, sagte Präsident Lula auf einer Pressekonferenz. NOS.nl

China – In Peking fand das sogenannte Xiangshan-Forum statt. Dabei trafen sich hochrangige Militärs und Sicherheitsvertreter aus aller Welt zum Austausch. Die meisten Teilnehmenden kommen aus dem indopazifischen Raum, aber auch aus den USA ist eine

Regierungsdelegation angereist. China wolle mit dem Xiangshan-Forum ein Gegenstück zum Shangri-La-Dialog in Singapur ausrichten – eine wichtige Sicherheitskonferenz für die Asien-Pazifik-Region. SRF.ch

BR Deutschland – In Brandenburg haben Archäologen einen bedeutenden Fund aus der Bronzezeit gemacht. Nahe Seddin in der Prignitz sei der monumentale Grundriss einer Versammlungshalle ausgegraben worden, teilte das Landesdenkmalamt mit. Der Fund stammt laut den Wissenschaftlern aus der Zeit des 10. bis 9. Jahrhunderts vor Christus; die Halle war über 30 Meter lang und 10 Meter breit und gilt damit als die bislang größte aus der nordischen Bronzezeit.

- Das Bezirksamt Berlin-Mitte hat etwa 14'000 Euro ausgegeben, um die Weltzeituhr reinigen zu lassen. Auch Schäden an der Beleuchtung seien mittlerweile behoben, teilte die Behörde mit. Die Mechanik der Weltzeituhr sei nicht beeinträchtigt gewesen. Aktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ hatten das Wahrzeichen am Alexanderplatz Mitte Oktober mit Farbe angesprüht. Die Uhr aus den späten 1960-er Jahren steht unter Denkmalschutz und ist seit Jahrzehnten ein beliebter Treffpunkt. Die Reinigung des ebenfalls besprühten Brandenburger Tores wird Schätzungen zufolge deutlich teurer und dauert auch länger.
- Der als „Zauberpeter“ bekannte Magier Peter Kersten ist tot. Er starb in einem Hospiz in der Nähe von Dresden. Das teilte seine langjährige Kollegin Urte Blankenstein mit. Geboren wurde Kersten vor 80 Jahren in Brandenburg. Nach seiner Promotion in den 1960er Jahren schlug er eine wissenschaftliche Karriere aus, um Zauberkünstler zu werden. Bekannt wurde er vor allem durch die Serie „Zauber auf Schloss Kuckuckstein“ im DDR-Fernsehen.
- Der Zentralrat der Juden in Deutschland befürchtet, dass die Solidarität in der Bevölkerung hierzulande bröckelt. Zentralratspräsident Schuster sagte der „Augsburger Allgemeinen“, aus der Politik habe es viel Unterstützung gegeben. Inzwischen höre man aber von vielen Seiten der Gesellschaft das berühmte „Ja, aber“. Juden erlebten auf der Straße gegenwärtig einen psychischen Terror. Schuster kritisierte aber auch das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung in der UN-Vollversammlung. Deutschland hatte sich bei der Abstimmung über eine Resolution zu einem sofortigen Waffenstillstand im Gasa-Streifen enthalten.
- Für die Silvesterparty am Brandenburger Tor startet heute der Ticket-Vorverkauf. Zum ersten Mal müssen Besucher eine Karte kaufen, wenn sie dort den Jahreswechsel feiern wollen. Sie kostet 10 Euro. Nach Angaben der Veranstalter sind die Kosten für Technik und Sicherheitspersonal stark gestiegen. Deshalb spricht der Veranstalter nicht von einem Eintrittspreis sondern von einer Sicherheitsgebühr. Zu der Feier werden 65'000 Menschen erwartet.
- Rund drei Viertel der Menschen haben im Deutschlandtrend von infratest angegeben, dass sie die Krise im Nahen Osten stark oder sehr stark bewegt. Als Grund wird die Situation der Hamas-Geiseln genannt – aber auch die Lage der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten. Gut 40 Prozent sagen, dass ihnen die israelischen Militäraktionen im Gasa-Streifen zu weit gehen.
- Die Weihnachtsbeleuchtung auf dem Kurfürstendamm in Berlin könnte in diesem Jahr ausfallen. Die Weihnachtsbeleuchtung kostet insgesamt 600'000 Euro. RBB.de

DRK – Eine Rekordzahl von 6,9 Millionen Menschen wurde durch den Konflikt im Kongo vertrieben. Noch nie zuvor wurden in einem Konflikt so viele Flüchtlinge gezählt, dass es sich um eine der größten humanitären Krisen der Welt handelt, berichtet die Internationale Organisation für Migration (iom.int/). 80 Prozent der Vertriebenen leben in den Provinzen Nord-Kivu, Süd-Kivu, Ituri und Tanganjika im Osten des Kongo. Das Land Kongo kämpft seit Jahrzehnten mit extremen Gewaltausbrüchen. Seit 1999 wird das Land von Bürgerkriegen und Konflikten zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen heimgesucht. „Die jüngste Eskalation des Konflikts hat mehr Menschen in kürzerer Zeit vertrieben als selten zuvor“, sagte Fabien Sambussy, IOM-Missionschef im Ostkongo. Nach Angaben der UN-Migrationsagentur wurden die Bemühungen zur Bewältigung der Krise intensiviert. Dass

Seite E 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

die Kontrolle über die Region so begehrt ist, liegt unter anderem daran, dass dieses Gebiet reich an wertvollen Rohstoffen wie Diamanten, Gold, Kupfer und Zink ist. Außerdem gibt es viel begehrtes Kobalt, das ein entscheidender Rohstoff für Batterien von Telefonen, Laptops und Elektroautos ist. NOS.nl

Estland – Ein Pilotprojekt, das Menschen in Not eine Prepaid-Karte zum Kauf von Lebensmitteln gab, wird nach einer erfolgreichen Testphase im Frühjahr diesen Herbst landesweit ausgeweitet. Im April erhielten fast 9'000 Menschen in den Kreisen Harju und Rapla eine Karte, mit der sie Lebensmittel in der Supermarktkette Rimi kaufen konnten. Den Karten wurden vierteljährlich 30 € pro Person gutgeschrieben und sie konnten nicht zum Kauf von Alkohol oder Tabakwaren verwendet werden. Die Idee fand großen Anklang und es gab auch Interesse aus anderen Teilen des Landes. Zuvor erhielten die Empfänger Lebensmittelpakete von der Lebensmittelbank Toidupank. ERR.ee

In der **EU** darf auf Instagram und Facebook ab nächster Woche keine personalisierte Online-Werbung mehr angezeigt werden. SRF.ch

Frankreich – Fußball-Profi Lionel Messi ist zum achten Mal in seiner Karriere mit dem „Ballon d'Or“ – dem „Goldenen Ball“ – ausgezeichnet worden. Der argentinische Weltmeisterkapitän gewann die Wahl in Paris vor dem Norweger Erling Haaland und dem Franzosen Kylian Mbappe. Bei den Frauen setzte sich die spanische Weltmeisterin Aitana Bonmati durch. Der Ballon d'Or wird seit 1956 jährlich von der Fachzeitschrift „France Football“ vergeben und gilt als eine der wichtigsten Auszeichnungen im Fußball. RBB.de

- Der französische Senat hat einem Gesetzesentwurf zugestimmt, der die Verwendung von gendergerechter Sprache in Gesetzestexten, aber auch in Gebrauchsanweisungen, Arbeitsverträgen und anderen Alltagsdokumenten verbieten will. Nun muss die große Parlamentskammer über die Einführung des Genderverbots entscheiden. SRF.ch

Gaza – Kinder in Gasa können nirgendwo hin: „Pro Stunde sterben 6 Kinder“. „Gasa ist zu einem Friedhof für Tausende von Kindern und zur Hölle auf Erden für den Rest geworden“, sagte UNICEF-Sprecher James Elder. NOS.nl

- Berichten zufolge diskutieren Washington und seine israelischen Verbündeten über die mögliche Stationierung einer internationalen Truppe in der palästinensischen Enklave. I24.il
- Israels Armee hat nach eigenen Angaben seit dem Überfall der islamistischen Hamas Anfang Oktober 12'000 Ziele im Gasastreifen angegriffen. Darunter waren Waffenlager, Gebäude von führenden Mitgliedern der Hamas und Raketenarsenale, wie ein Armee-Sprecher mitteilte. Nach Angaben des von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministeriums starben im Gasastreifen mehr als 9'000 Zivilisten, vor allem Kinder. Die israelische Armee hat nach eigenen Angaben Gasa-Stadt umzingelt. RBB.de

Großbritannien – Der mit Sanktionen belegte russische Mogul Michail Fridman sagt, er bedauere die Investition in Großbritannien, nachdem seine Vermögenswerte eingefroren wurden und er gezwungen wurde, das Land zu verlassen. RT.ru

Haiti – Haiti verbietet Flüge nach Nicaragua, vermutlich um die Migration zu stoppen. Die Flüge erfreuen sich zunehmender Beliebtheit bei Migranten, die vor Armut und Gewalt fliehen und versuchen, über Nicaragua in die Vereinigten Staaten zu gelangen. NOS.nl

Iran – Der Oberste Führer des Iran, Ayatollah Seyyed Ali Khamenei, hat die muslimischen Nationen aufgefordert, ein Öl- und Lebensmittelembargo gegen Israel zu verhängen, um seine Militäroperation im Gasastreifen zu stoppen. VOIRI.ir

- Eskalation in Nahost. Irans «Achse des Widerstands»: Droht jetzt ein Flächenbrand? Israels erklärter Feind unterhält Milizen quer über den arabischen Raum. Eine weitere Gefahr im Pulverfass Nahost. SRF.ch

Israel – Israel wird 18'500 palästinensische Arbeiter in den Gasastreifen zurückschicken. Es werde in Israel „keine palästinensischen Arbeiter aus dem Gasastreifen mehr geben.“

- Wie die Bodenoffensive das Land spaltet. Die 2 Mio. Bewohner Gasas sollten an einem Tag in den Süden flüchten. Erst zwei Wochen später treffen die israelischen Panzer ein. Verteidigungsminister Galant geht von drei Monaten heftigen Kämpfen aus. Alles, was die Regierung Netanyahu macht, spaltet die Bevölkerung seit Monaten. Es gab bis vor drei Wochen Massendemonstrationen gegen die Regierung und das Misstrauen bleibt selbst in dieser Krisensituation. Ein Grund für die Spaltung ist die Justizreform. Die Politik kann sich über das Oberste Gericht hinwegsetzen, auch wenn es um Grundrechte geht. Netanyahu bildete eine Regierung mit seiner Likud, der größten Partei mit kleinen rechtsnationalen und ultrareligiösen Parteien. Ein Teil der Bevölkerung ist in dieser Regierung nicht vertreten, nämlich die Linksliberalen und die Mitte. Netanyahus Regierung hängt von den Ultranationalen und -religiösen ab. Diese haben unverhältnismäßig viel Macht. Diese initiierten die Justizreform, die die Macht der Gerichte einschränkt. Seit 2019 gab es fünfmal Wahlen. Der Premier spaltet, weil er vor Gericht steht wegen Korruptionsvorwürfen und keinesfalls ins Gefängnis will. Er macht weniger Politik fürs Land als vielmehr für sich selbst. Der Spaltung zugrunde liegt auch der gescheiterte Friedensprozess mit den Palästinensern. Dies führte zur Intifada. Die jungen Palästinenser sehen keine Zukunft und bauen auf den Terror. Religiöse Kreise in Israel haben mehr Kinder und sind so in der Demokratie stärker und haben unterschiedliche Vorstellungen, wie ein jüdischer Staat aussehen soll. Liberal gegen Orthodox. Bodenoffensive spaltet weiter, weil deren Ziel unklar ist. Ultraorthodoxe sind ausgenommen vom Militärdienst, es sind die Liberalen, die kämpfen. Sie sterben für eine Regierung, der sie nicht trauen. Netanyahu war gewarnt worden und habe diese Warnungen ignoriert. Er hat Streitkräfte zum Tempelberg geschickt, wo Ultrareligiöse provozierten, um diese zu schützen. Er vernachlässigte den Grenzschutz und beschuldigte Armee und Geheimdienst, was nicht gut ankam. Er übernahm null Verantwortung. Welche Hamas will er vernichten, die kämpferische, politische, soziale, religiöse? Was soll nach der Bodenoffensive mit dem Gasastreifen geschehen? Und was ist mit den +200 Geiseln, die dort festgehalten werden. Konsens ist, dass die Hamas nie wieder ein Massaker anrichten soll. Die einen wollen nur Rache. Minister בצלאל סמוטריץ Bezael Joel Smotrich (43) schrieb schon 2017 eine Strategie zur Entvölkerung des Gasastreifens und plant eine Mio. Siedler im Westjordanland anzusiedeln und die Palästinenser zu vertreiben. Jetzt ist die Gelegenheit das Palästinenserproblem los zu werden. Netanyahu will die Hamas völlig auslöschen und alle Palästinenser vertreiben. Viele wollen aber eine Offensive mit Maß: Friedensaktivisten, Kibbuzbewohner, linke Kräfte, Leute, die Angst haben um den Ruf Israels, wenn in kurzer Zeit +2000 Kinder in Gasa getötet werden. Sie empfinden es als inhuman, den Gazabewohnern Strom, Medizin, Wasser abzdrehen. Angehörige der Geiseln wollen zuerst deren Befreiung und erst dann die Offensive. Viele fragen sich, was kommt nach der Offensive? Weiss die Regierung, was sie tut, was die Konsequenzen sind für die Beziehungen zu anderen arabischen Ländern. Was will man danach mit dem Gasastreifen machen. Netanyahu ist der am längsten amtierende Ministerpräsident des Landes. Wie lange kann er sich im Amt halten. Likud ist immer noch die größte Partei, aber ist Netanyahu der gleiche, der er früher war. Er ist mehrheitlich mit sich selbst beschäftigt. Die Bevölkerung ist verunsichert, weil die lang vorbereiteten Massaker der Hamas von den Geheimdiensten verschlafen wurde. Netanyahu sieht sich sicher, soll doch der Krieg mindestens 9 Monate dauern. Die Bevölkerung sieht Gefahr auch vom Westjordanland, wo die Siedler bewaffnet wurden und vom Libanon durch die Hisbollah, die bis jetzt nur wenige Raketen abfeuerte. Die Existenzangst geht um. Susanne Brunner.

- Israelischer Friedensaktivist. «Rache in Gasa wird meine Eltern nicht ins Leben zurückbringen». Maoz Inon will keine Rache für seine von der Hamas getöteten Eltern. «Das Blutvergießen muss enden», sagt er im «Club». SRF.ch

Japan – Ein Jahr nachdem erstmals wieder Touristen willkommen geheißen wurden, erlebt die Tourismusbranche einen regelrechten Boom. Doch mit der steigenden Besucherzahl geht ein Personalmangel einher. Dies führt dazu, dass Unternehmen der Branche zunehmend Touristen abweisen müssen. Das Land öffnete seine Grenzen erst im Oktober 2022 – lange nachdem die meisten Länder ihre Reisebeschränkungen aufgehoben hatten. Es war damals fraglich, ob Touristen nach so langer Zeit wieder den Weg zurück ins Land finden würden. Diese Erwartungen wurden mehr als übertroffen. Mehr als 17 Millionen Menschen haben das Land in diesem Jahr bereits besucht. Der niedrigere Yen-Kurs (1000 ¥ = 6 Franken) kurbelt den Tourismus zusätzlich an, denn ein Urlaub in Japan ist mittlerweile relativ günstig. NOS.nl

- Peking hat erneut die seiner Meinung nach unverantwortlichen Methoden Tokios zur Einleitung von Abwasser aus dem havarierten Kernkraftwerk Fukuschima in den Pazifischen Ozean verurteilt, nachdem Japan am Donnerstag seine dritte Ladung radioaktiven Abwassers freigesetzt hatte. Japan verbreite „das Risiko einer weltweiten Verseuchung.“ CGTN.cn

Jordanien – Das Palästinenser-Hilfswerk der Vereinten Nationen fordert, die humanitäre Hilfe für den Gasastreifen auszuweiten. Der Leiter der Behörde, Lazzarini, sagte bei einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates, eine Handvoll Konvois wie bisher reiche nicht für mehr als zwei Millionen Menschen. Die Direktorin des UN-Kinderhilfswerks, Russell, warnte bei der Sitzung vor einer Katastrophe, weil es nicht genug sauberes Wasser gebe. Alle sechs Wasseraufbereitungsanlagen im Gasastreifen seien außer Betrieb, weil Treibstoff und Strom fehlen. Von den Entsalzungsanlagen arbeite nur noch eine – und die auch nur mit fünf Prozent ihrer Kapazität. Russell rief den Sicherheitsrat auf, eine Resolution zu verabschieden, die ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe vorsieht. Bisher sind alle Resolutionsvorschläge im Sicherheitsrat an westlichen Vetos gescheitert. RBB.de

- Jordanien zieht seinen Botschafter aus Israel ab. Das sei eine Reaktion auf „den israelischen Krieg gegen den Gasastreifen“, hieß es in einer Erklärung von Außenminister Ajman Safadi. In dem Krieg würden Unschuldige getötet, und es gebe eine „noch nie da gewesene humanitäre Katastrophe“. ORF.at

Russland. Der russische Präsident hat die anhaltenden Bombenangriffe Israels auf die palästinensische Enklave Gasa verurteilt und erklärt, sie seien durch nichts zu rechtfertigen. Diese Bemerkung machte der Präsident am Montag, als er vor einem Treffen mit Mitgliedern des russischen Sicherheitsrats eine Rede hielt. „Die schrecklichen Ereignisse, die sich derzeit im Gasastreifen abspielen, wo Hunderttausende unschuldiger Menschen, vor allem auch Kinder, wahllos getötet werden, nirgendwo fliehen oder sich vor Bombardierungen verstecken können, können durch nichts gerechtfertigt werden“. Israels Vorgehen in der palästinensischen Enklave löst Wut aus. Die anhaltende Krise im Nahen Osten begann mit einem „Terroranschlag“ auf israelische Zivilisten, bemerkte er. Doch statt die Hintermänner zu „bestrafen“, entschied sich Israel für „Rache“. IZ.ru

Schweiz – Letzte Woche hat das EDA bekanntgegeben, es setze Zahlungen an elf Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) im Nahen Osten aus. Nun wehren sich acht der betroffenen israelischen und palästinensischen Organisationen in einem gemeinsamen Schreiben ans Außendepartement.

- Ausgestorben und angesiedelt. Wie die Inzucht dem Schweizer Luchs schaden könnte. Die fehlende Vielfalt in der Genetik von Luchsen wird untersucht. Haben die Tiere deshalb Herzprobleme?

- Die Bankenregulierung ist ein Thema, mit dem sich das neu gewählte Bundesparlament befassen muss. Denn im Nachgang zum CS-Debakel gibt es – auf Monate hinaus – viel Arbeit, nicht nur für die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Was würde geschehen, wenn eines Tages die einzig verbleibende Großbank der Schweiz ins Schleudern geraten sollte? Wann ist eine Bank systemrelevant, also «too big to fail» (TBTF)? Systemrelevant ist eine Bank, wenn bei ihrem unkontrollierten Zusammenbruch ein riesiger Schaden für die Allgemeinheit entstehen würde.
- In der Stadt Zürich haben letzte Woche gleichzeitig zwei Nahost-Demonstrationen stattgefunden – eine auf dem Münsterhof, die andere auf dem Bürkliplatz. Die Demonstrierenden forderten unter anderem ein Ende des Antisemitismus in der Schweiz sowie das Ende der Gewalt im Nahen Osten. Beide Kundgebungen verliefen friedlich.
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 01.11.2023

Ägypten – Kairo zählt derzeit auf 1000 qkm Fläche 20'000 Einwohner. Die **neue Hauptstadt Ägyptens** ist eine im Bau befindliche Stadt, die etwa 35 km östlich von Kairo und am östlichen Rand des Großraums Kairo liegt. Die 700 qkm große Stadt sollte ab 2022 die neue Hauptstadt Ägyptens sein und im Jahr 2050 rund 6,5 Millionen Einwohner haben. (Vorbild ist das Emirat Dubai (1600 qkm, 3.5 Mio. Ew., Das Emirat zog sich aber kurz nach seiner Ankündigung aus dem Projekt zurück. Es wird eine Stadt der Rekorde. Der Iconic Tower (600 m) ist nicht der einzige Megabau, den China hier aus dem Boden stampft. Die Volksrepublik ist der wichtigste Partner der ägyptischen Regierung beim Bau ihrer neuen Hauptstadt. **100 Milliarden Franken sind eingepplant.**) Die ersten Gebäude wurden 2015 errichtet. 2019 wurden die koptische Geburtskathedrale, die größte orientalisches-orthodoxe Kirche der Welt, und die مسجد الفتح العظيم Al-Fattah-Al-,Alīm-Moschee fertiggestellt, nach der Großen Moschee in Mekka die zweitgrößte der Welt. Die Stadt wird als Smart City aufgebaut mit tausenden **Videokameras**. Ein wichtiges Transportmittel in der Stadt wird eine **Einschienebahn** sein. Zu den für die Stadt geplanten Einrichtungen gehören ein zentraler Park, künstliche Seen, rund 2'000 Bildungseinrichtungen, ein Technologie- und Innovationspark, 18 Krankenhäuser, 1'250 Moscheen und Kirchen, ein Stadion mit 100'000 Sitzplätzen, 40'000 Hotelzimmer, ein großer **Themenpark, viermal so groß wie Disneyland**, 90 qkm Solarparks und eine Hochgeschwindigkeitsbahnverbindung nach Kairo. Verkehrsminister Kamel al-Wazir deutete an, dass die Stadt den Namen „Masr – Ägypten“ erhalten könnte. Weitere vorgeschlagene Namen sind „Zukunft – Al Mustaqbal“, „Friede – As-Salam“, «Wedian – Plural von Wadi» oder vielleicht doch «As-Sissi»? ORF.at

Australien – Es wird geschätzt, dass es in Australien mehr als **40 Millionen Kängurus** gibt, und das ist nach Angaben der australischen Regierung zu viel. Er betrachtet die Tiere als Schädling, der vor allem Landwirte befällt. Deshalb darf das Tier in großem Umfang erschossen werden. NOS.nl

Brasilien – Der Präsident Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva (78), erklärte, dass die internationale Gemeinschaft den anhaltenden Konflikt im Nahen Osten ein Ende setzen müsse. „**Das ist kein Krieg mehr, es ist ein Völkermord**“, sagte er. Während einer Pressekonferenz im Präsidentenpalast in der brasilianischen Hauptstadt verwies Lula da Silva auf die israelischen Angriffe in Gasa. Lula da Silva wandte sich an die internationale Gemeinschaft und forderte die schnellstmögliche Öffnung des humanitären Korridors für die Bewohner von Gasa, die den israelischen Bombenangriffen entkommen wollen. In seiner Erklärung am 27. Oktober, seinem 78. Geburtstag, erklärte der brasilianische Präsident Lula da Silva, dass die Vereinten Nationen größere Verantwortung für die Geschehnisse in Gasa übernehmen sollten. TRT.tr

China – Das **Durchschnittsgehalt in China** beträgt 31'000 Yuan (Fr. 3'800) pro Monat. 7'500 Yuan (900 Fr.) ist der Mindestlohn und 130'000 Yuan (16'000 Fr.) der Höchstlohn pro Monat. Aber es gibt regionale Unterschiede. Mitarbeiter in Shanghai erhalten den höchsten Mindestlohn in China. Der Mindestlohn in Shanghai beträgt 1'800 Yuan pro Monat (Fr. 220) und liegt damit über dem Mindestlohn in Peking (1'720 Yuan pro Monat) und Hongkong (1'530 Yuan pro Monat). Durchschnittliches monatliches Nettogehalt (nach Steuern) 1.250.- Fr. Der chinesische Renminbi ist die offizielle Währung der Volksrepublik China. „Renminbi“ bedeutet „Volksgeld“ und der Begriff wurde erstmals 1949 verwendet. Es handelt sich um eine gültige Zahlungsmethode auf dem chinesischen Festland, mit Ausnahme von Hongkong und Macau. Hongkong und Macau verwenden den Hongkong-Dollar bzw. die Pataca. China war die erste Kultur, die Metallmünzen (aus Kupfer) verwendete (im 3. Jahrhundert v. Chr.) und auch die erste, die Papiergeld verwendete (im 9. Jahrhundert n. Chr.). [RFA.us](https://www.rfa.us)

- Die beste Reisezeit für Ferien in China ist der Herbst. Allerdings nutzen nur **wenige ausländische Touristen** die Gelegenheit. Während die Touristen aus dem Ausland wegbleiben, kommen die Touristen aus dem Inland umso zahlreicher. «Es ist wie eine Explosion», sagt Jenny Jiang. «Die Menschen in China waren lange Zeit zu Hause eingesperrt. Jetzt wollen alle wieder reisen.» 2019 haben rund 145 Millionen ausländische Gäste China besucht und generierten einen geschätzten Umsatz von 36 Milliarden Dollar. Mehreinnahmen, auf welche man nur ungern verzichtet. So gibt es für ausländische Reisende zahlreiche Hürden. Bezahlen kann man vielerorts nur mit chinesischen Apps wie Wechat oder Alipay. Und wegen der chinesischen Firewall funktionieren in der Volksrepublik ausländische Dienste wie Google, Instagram oder Whatsapp nicht. SRF.ch
- In China hat ein weiterer Spitzenpolitiker innerhalb weniger Monate sein Amt verloren. Wie das Staatsfernsehen meldet, wurde Verteidigungsminister **李尚福 Li Shangfu (65) pensioniert**. RBB.de

BR Deutschland – Nach mehreren **Bombendrohungen** in anderen Bundesländern sind auch in Berlin Drohungen eingegangen. Nach Angaben der Bundespolizei war davon der Hauptbahnhof betroffen. Eine Sprecherin sagte, bei der Deutschen Bahn sei in der Nacht eine E-Mail mit einer Bombendrohung eingegangen. Die Polizei verstärkte daraufhin die Einsatzkräfte am Hauptbahnhof. Nach Angaben der Polizei waren auch das Willy-Brandt-Haus – der Sitz der Bundeszentrale der SPD – sowie mehrere Medienhäuser betroffen. Das Landeskriminalamt ist eingeschaltet worden. Auch bundesweit gab es heute wieder Drohungen gegen Schulen und Radiosender.

- Die **Stimmung der Verbraucher** in Deutschland hat sich weiter verschlechtert. Nach Angaben des Marktforschungsunternehmens GfK wird der sogenannte Konsumklimaindex zum dritten Mal in Folge sinken – und zwar auf minus 28,1 Punkte. Vor der Corona-Pandemie und den darauf folgenden internationalen Krisen lag der Index noch bei etwa plus 10 Punkten. Hauptgründe für die schlechte Stimmung sind die schwache Konjunktur, Preissteigerungen und ungewisse Zukunftsaussichten.
- Deutschland wird nach den Worten von Bundeskanzler Scholz die **Ukraine weiterhin militärisch und finanziell unterstützen**.
- Das DDR museum ([ddr-museum.de/](https://www.ddr-museum.de/)) in Berlin-Mitte, Karl-Liebknecht-Str. 1, zeigt ab heute eine Sonderausstellung zum Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion. Unter dem Titel „**Kleiner Bruder – großer Bruder**“ werden gegenseitige Einflussnahmen und Abhängigkeiten betrachtet. Das Museum teilte mit, die Sowjetunion habe vier Jahrzehnte lang die DDR politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell geprägt. Umgekehrt sei die DDR aber auch für die Sowjetunion wichtig gewesen – als militärischer Vorposten gegen den Westen, als Handelspartner und als Schaufenster des Sozialismus. Erwachsene: €13.50, Ermäßigt: €8.00

Seite E 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

- Deutschland hat immer noch Schwierigkeiten, die große Zahl an Asylbewerbern zu bewältigen. Ein **verschärftes Asylrecht** soll die Rückführung abgelehnter Asylbewerber erleichtern. RBB.de

Estland – Lokalen Medien zufolge haben die estnischen Behörden einen Mann mit einer Geldstrafe von 400 Euro belegt, der die Grenze mit einem Hut mit dem sowjetischen Wappen überquerte. **Sowjetische Symbole** und neuerdings auch Bilder mit Bezug zum russischen Staat sind gesetzlich verboten. IZ.ru

Europäische Union – Das EU-Parlament stimmt knapp **gegen Glyphosatverbot**. ORF.at

Finnland – Nach der **Beschädigung der Ostsee-Pipeline** «Balticconnector» gehen die Ermittler davon aus, dass die Schäden durch einen großen Anker eines chinesischen Containerschiffs verursacht worden sind. Am Meeresboden sei eine anderthalb bis vier Meter breite Schleppspur zu sehen, die zur Schadensstelle an der Gasleitung führe, so die finnische Kriminalpolizei. Die Gas-Pipeline war am 8. Oktober beschädigt worden. SRF.ch

Frankreich – Seit Ausbruch des Krieges zwischen Israel und der Hamas befürchtet Frankreich **zunehmende Spannungen** im eigenen Land. Frankreich hat die größte jüdische Gemeinde in Europa sowie eine bedeutende muslimische Gemeinde. Pro-palästinensische Demonstrationen wurden zunächst aus Angst vor Entgleisungen verboten, doch dieses Verbot wurde später vom französischen Staatsrat aufgehoben. NOS.nl

Gasa – Mindestens 2'000 Kinder sind in den letzten 17 Tagen bei der israelischen Bombardierung des Gasastreifens gestorben, sagte die in Grossbritannien ansässige Hilfsorganisation **Save the Children**. Die Wohltätigkeitsorganisation zitierte Zahlen des von der Hamas betriebenen Gesundheitsministeriums in Gasa, das am Montag erklärte, dass bei der Belagerung der Enklave durch Israel mindestens 5'087 Menschen getötet wurden, darunter mindestens 2'055 Kinder. BBC.uk

- Laut einem Bericht der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) hat die seit 2007 geltende israelische Blockade des Gasastreifens zu einem erheblichen **Rückgang des realen Pro-Kopf-BIP** und einem starken Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut geführt. Dem Bericht zufolge stieg die Bevölkerung von Gasa im Zeitraum von 2006 bis 2022 um 61 %, das BIP wuchs jedoch nur um 1,1 %, und das reale Pro-Kopf-BIP schrumpfte im Vergleich dazu um 27 %, von 1'994 US-Dollar im Jahr 2006 auf 1'257 US-Dollar im Jahr 2022 mit 2'923 US-Dollar bzw. 4'458 US-Dollar im Westjordanland. Im gleichen Zeitraum vergrößerten sich die regionalen Unterschiede in den Lebensbedingungen, da der Anteil Gasas an der palästinensischen Wirtschaft von 31 % auf 17,4 % schrumpfte, stellte UNCTAD fest.

- Das **Krankenhaussystem in Gasa sei völlig zusammengebrochen**, erklärte der Sprecher des palästinensischen Gesundheitsministeriums, Dr. Aschraf Al-Qudra, am Dienstag. Nur ein sofortiger Zufluss von medizinischer Versorgung und Treibstoff könne die lebensrettenden Dienste wiederherstellen, warnte er angesichts der gewalttätigen Eskalation zwischen der Hamas und Israel. TRT.tr

Großbritannien – Seit einem Jahr ist Rishi Sunak Premier. Seine Bilanz ist durchzogen – und die **Zukunfts Aussichten eher trüb**. SRF.ch

- Ein internationales Team von Astronomen hat eine Computersimulation erstellt, die nahezu **das gesamte Universum simulieren** kann. Dieses virtuelle Universum dient dem besseren Verständnis kosmischer Prozesse. Auch niederländische Wissenschaftler sind an der Forschung beteiligt. Die Simulation läuft auf einem Supercomputer im englischen Durham mit 30'000 Prozessoren. „Wir können nicht einfach im Labor eine Galaxie bilden“, sagt der Astronom Joop Schaye von der Universität Leiden, einer der beteiligten Forscher.

„Deshalb bauen wir eine Simulation, in der wir an den Knöpfen drehen können.“ Der Computer erschafft nicht wirklich alle Teilchen im Universum. Die Flamingo-Simulation (frühere kleinere Simulationen hatten auch Vogelnamen) enthält tatsächlich eine beispiellose Datenmenge: **300 Milliarden Testteilchen in einem virtuellen Würfel** mit einer Seitenlänge von zehn Milliarden Lichtjahren. Auf diese Weise können Astronomen den größten Teil des sichtbaren Universums von kurz nach dem Urknall bis weit in die Zukunft nachbilden. Seit dem Urknall dehnt sich das Universum aus und die meiste Materie hat sich in Galaxien voller Sterne, Planeten und anderer Objekte zusammengeballt. Astronomen nutzen seit Jahrzehnten Computer, um zu verstehen, wie diese Prozesse funktionieren. Bisherige Simulationen in diesem Maßstab simulierten jedoch nicht die gesamte Materie, erklärt Schaye. Es wurden nur dunkle Materie und Energie simuliert. Das macht Sinn, denn diese Komponenten machen den größten Teil des Universums aus und obwohl sie nicht sichtbar sind, haben sie einen großen Einfluss auf Prozesse im Universum. Aber auch bei der Entstehung von Galaxien und anderen kosmischen Prozessen spielt sichtbare Materie eine Rolle. Auch diese sind in die neue Simulation eingeflossen. „Und wir können diese gewöhnliche Materie auch leichter mit dem vergleichen, was wir mit Teleskopen im Universum sehen“, sagt Schaye. Das Programm hat eine Vielzahl von Prozessen simuliert, um mehr Einblick in kosmische Phänomene zu gewinnen. Die Ergebnisse wurden heute in der Zeitschrift Monthly Notices of the Royal Astronomical Society veröffentlicht. Astronomen untersuchten beispielsweise ein Phänomen, für das es noch keine gute Erklärung gibt: den Grad der Verklumpung der Materie im Universum. Diese Verklumpung sei geringer als nach aktuellen Theorien zu erwarten, heißt es in der Computersimulation. Einige Astronomen glauben, dass große galaktische Winde (aus einer Galaxie ausgestoßene Stoßwellen) eine Rolle bei der verringerten Verklumpung spielen könnten. Die Flamingo-Simulation zeigte jedoch, dass dieser Einfluss vorhanden ist, aber nicht ausreicht, um die fehlende Verklumpung zu erklären. Derzeit werden keine neuen Simulationen im Maßstab fast des gesamten Universums durchgeführt, weiß Schaye. Er geht davon aus, dass er mehrere Jahre damit verbringen wird, die bisher durchgeführten Simulationen zu analysieren. In Zukunft werden Simulationen wie Flamingo eine wesentliche Rolle bei der Interpretation der kolossalen Datenmengen spielen, die neue Weltraumteleskope wie das kürzlich gestartete europäische EUCLID-Teleskop zur Erde zurücksenden, erwartet der Leidener Astronom. „Solche Computersimulationen können Theorien über unser Universum mit den beobachteten Daten verbinden. Die Datenmenge ist so enorm, dass dies sonst nicht möglich wäre.“

● Westliche Museen geben **Raubkunst zurück**, doch das British Museum will nichts davon wissen NOS.nl

Israel – Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat bei seinem Besuch in Israel erklärt, Stabilität im Nahen Osten werde nur möglich sein, wenn Israel eine politische **Lösung des Konflikts mit den Palästinensern** zulasse. ORF.at

Katar – Das gewählte Thema für die **Doha Expo 2023** lautet „**Grüne Wüste, bessere Umwelt**“. Ziel der Expo ist es, die internationale Gemeinschaft zu innovativen Lösungen zur Eindämmung der Wüstenbildung zu inspirieren. Ein achtsamer Moment und eine Bewegung des Bewusstseins, ein Aufruf zu Bewusstsein und Veränderung. Ein Treffen von Ideen und Köpfen zur Förderung einer nachhaltigen Zukunft auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und kollektiven Handelns. In Zusammenarbeit mit dem Bureau International Des Expositions (BIE) und der International Association for Horticultural Producers (AIPH) wird die Doha Expo 2023 internationale Besucher, Organisatoren aus 80 Ländern, Vertreter des Privatsektors, NGOs und die breite Öffentlichkeit anziehen. Die Doha Expo 2023 wird als erste internationale Gartenbauausstellung in Katar, im Nahen Osten und in Nordafrika im Al Bidda Park Geschichte schreiben, **20. Okt. – 28. März**. Staatsangehörige aus 101 Ländern

können visumfrei einreisen. Deutsche sind visumfrei, Schweizer und Österreicher benötigen ein Visum. (dohaexpo2023.gov.qa/) JAZ.qa

Kreta – Wie die Athener Zeitung „Η Καθημερινή-Kathimerini“ heute berichtete, seien zahlreiche Transportflugzeuge der US-Luftwaffe auf dem militärischen Teil des Flughafens von Chania gesichtet worden. Das Blatt veröffentlichte auch ein Foto des Flughafens, auf dem US-Flugzeuge vom Typ C-130, C-17 sowie KC-135 Flugzeugtanker zu sehen sind. Der Marinestützpunkt von Σούδα Souda mit seinem Flughafen sind **eine der wichtigsten Basen der Vereinigten Staaten** im östlichen Mittelmeer. ORF.at

Libyen – Botschafter von Ländern, die Israel unterstützen, sollten Libyen verlassen und ein **Embargo für Öl- und Gaslieferungen** in Kauf nehmen, wenn die „Massaker“ in Gasa andauern, sagte das libysche Parlament in einer Erklärung am Mittwoch. TRT.tr

Niederlande – Auch wenn die Treibhausgasemissionen stark reduziert werden, wird der westantarktische Eisschild weiter schmelzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Südpol-Studie, die in der Fachzeitschrift Nature Climate Change ([nature.com/articles/s41558-023-01818-x](https://www.nature.com/articles/s41558-023-01818-x)) veröffentlicht wurde. Der NOS-Wetterforscher und Glaziologe Peter Kuipers Munneke bezeichnet die Forschung, über die auch De Volkskrant schreibt, als ernüchternd. **„Es zeigt, dass es für den westantarktischen Eisschild keinen großen Unterschied macht, wenn wir unseren CO2-Ausstoß schnell reduzieren.** Die Erwärmung des Ozeans vor der Küste der Antarktis sorgt dafür, dass dieser Eisschild in allen Zukunftsszenarien weiter schmelzen wird.“ Anfang dieses Monats stellte das KNMI Klimaszenarien für die Niederlande vor, die auch den Anstieg des Meeresspiegels berücksichtigten. Hierzu wurden Treibhausgasemissionen einbezogen und der Anstieg in Niedrig- und Hochemissionsszenarien berechnet. Dabei wurde im Hochszenario ein Meeresspiegelanstieg von 59 auf 124 Zentimeter angenommen. Im Niedrigszenario werden 26 bis 73 Zentimeter berücksichtigt. Angesichts der neuen Studie scheinen diese Zahlen optimistisch zu sein, sagt Kuipers Munneke. Nur wenn die Eisdecke der Antarktis vor 2100 instabil wird, könnte der Meeresspiegelanstieg um 2100 auf 2,5 Meter ansteigen, hat das KNMI berechnet. Aufgrund der globalen Klimapolitik schätzte das Institut diese Chance jedoch als sehr gering ein. Die Forschung in Nature Climate Change zeigt, dass ein Szenario mit einem geringeren Anstieg des Meeresspiegels aus dem Blickfeld verschwindet, sagt Kuipers Munneke. „Aber es ist nicht so, dass die anderen Szenarien nach oben angepasst werden müssen.“ Für die Niederlande sei es besonders wichtig, sich die Eisdecke der Antarktis anzuschauen, sagt Kuipers Munneke. „Das liegt daran, dass Länder, die weiter von der Antarktis entfernt sind, mit einem überdurchschnittlichen Anstieg des Meeresspiegels rechnen müssen.“ Eiskappen ziehen den Ozean aufgrund der Schwerkraft „zu sich heran“, erklärt der Glaziologe. **„Wenn die Eisdecke schrumpft, sinkt der Meeresspiegel in der Nähe der Eisdecke und das Wasser in großer Entfernung von der Antarktis steigt tatsächlich überdurchschnittlich an.“** Der antarktische Eisschild ist riesig und ein Teil davon liegt unter Wasser auf dem Meeresboden. „Messungen der letzten 30 Jahre zeigen, dass der größte Teil des Schmelzens in der Antarktis nicht so sehr auf die Erwärmung der Luft zurückzuführen ist, sondern darauf, dass das Meerwasser um sie herum zunehmend wärmer wird“, sagt Kuipers Munneke. Dies führt dazu, dass die Eisdecke von unten „abschmilzt“. „Deshalb ist es wichtig zu sehen, was genau der Ozean im kommenden Jahrhundert tun wird. **Diese Forschung zeigt, dass der Ozean so langsam und schwerfällig auf jede Klimapolitik reagiert, dass eine solche Politik in diesem Jahrhundert keinen großen Unterschied machen wird.**“ Kuipers Munneke sagt, dass die Forschung einen „wichtigen Schritt“ zur Beantwortung der Frage getan habe, was beim Anstieg des Meeresspiegels anzunehmen sei. „Es handelt sich um eine äußerst strenge Studie, die Anlass gibt, sich eingehender damit zu befassen.“ Deshalb müssen die Länder auf die Nachricht vorbereitet sein, dass ein Anstieg des Meeresspiegels

unwahrscheinlich sei, sagt er. „Aber es ist nicht so, dass wir einfach das Handtuch werfen sollten.“ Kuipers Munneke wiederholt, dass die Forschung die Westantarktis betrifft. „Der Anstieg des Meeresspiegels wird auch davon beeinflusst, was mit dem Eis im Rest der Antarktis, dem grönländischen Eisschild und anderen kleineren Eisschilden und Gletschern passiert. Ihr Abschmelzen kann durch eine ehrgeizige Klimapolitik deutlich begrenzt werden.“ „Darüber hinaus ist der Anstieg des Meeresspiegels neben Extremwetter, Dürre, Ernteausfällen und Rückgang der Artenvielfalt nur eine von vielen Folgen der globalen Erwärmung. Gründe genug, die globale Erwärmung so weit wie möglich zu begrenzen.“

- Im dritten Quartal dieses Jahres gab es in den Niederlanden **194 Weinproduzenten**, mehr als 40 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Fast die Hälfte der Weinbauern sind in Gelderland und Limburg ansässig.

- Viele politische Parteien sagen mittlerweile: „**König, zahle Steuern wie alle anderen.**“ Über die Steuerbefreiung des Königs wird seit Jahren diskutiert. Nun ist die nötige Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung in Sicht. NOS.nl

Nordkorea – Die Entscheidung, die Grenzen im Jahr 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie zu schließen, stoppte den Tourismus im Land. Allerdings hat Nordkorea angekündigt, dass **ab Oktober Ausländer wieder in das Land einreisen** dürfen. Die wirtschaftlichen Verluste werden auf mindestens 175 Millionen US-Dollar pro Jahr geschätzt. Der offizielle Kurs des Won liegt seit 2015 bei 1 US\$=135 ₩. Ausländer kommen aber nicht mehr mit Banknoten und Münzen in Kontakt, denn sie dürfen nur mit der Karte der Zentralbank bezahlen. Touristen dürfen sich nur mit 2 Dolmetschern im Land bewegen. Der ÖV ist für sie verboten. Die Einheimischen bezahlen weiter mit Scheinen und Münzen. Vieles ist für sie gratis, Gesundheit, Bildung, oder fast gratis wie ÖV, Wohnen, Grundnahrungsmittel, doch sind diese oft vergriffen, sodass sie am Schwarzmarkt horrende Preise zahlen müssen. An Schwarzmarkt kostet ein Dollar bis 10'000 ₩. Die Regale in den Geschäften sind zwar voll, doch darf nur verkauft werden, was in Kisten, Körben oder Schachteln am Boden liegt. Der Grundlohn beträgt für alle 5'000 ₩ plus Zuschläge und Boni, die mehr ausmachen. Akademiker verdienen ein Drittel mehr. Unter der Aufsicht des sowjetischen Militärs wurde am 6. Dezember 1947 der nordkoreanische Won (₩) eingeführt, um die bis dahin im Umlauf befindlichen koreanischen Banknoten aus der japanischen Kolonialzeit zu ersetzen. Die Garantieerklärung auf der Vorderseite lautete: **„Diese Banknote ist durch das Gold, die Edelmetalle und anderes Eigentum der Bank oder durch die Garantie des Nordkoreanischen Volkskomitees garantiert“**, und auf der Vorderseite standen die Worte „Demokratisches Korea“. Am 30. November 2009 wurde erstmals, seit 1959 ein neuer nordkoreanischer Won eingeführt und ein Umtauschverhältnis von 100:1 eingeführt. Aus Angst, dass ihre Ersparnisse entdeckt würden, stürzten sich die Bürger auf den Schwarzmarkt, um Geld in chinesische Renminbi oder US-Dollar umzutauschen, was zu einem Chaos führte. Aufgrund des plötzlichen Stopps des Devisenumlaufs und der absoluten Warenknappheit wurden Nordkoreas Märkte geschlossen und die Warenverteilung lahmgelegt, was unmittelbar nach der Umstellung zu einer Hyperinflation führte. Der Wert des neuen Won fiel innerhalb von nur zwei Monaten nach Einführung auf weniger als ein Zehntel, und es herrschte eine ausgeprägte Verkaufszurückhaltung, und der Preis für ein Kilogramm Schweinefleisch stieg schnell von etwa 50 auf 2'000 ₩. Zusätzlich zum japanischen Yen stieg auch der Reispreis um das 30-fache, was dazu führte, dass der Handel auf dem Schwarzmarkt eingestellt und die Lohnzahlungen an die Arbeiter eingestellt wurden. Darüber hinaus warfen Bürger, die ihr Vermögen verloren hatten, nordkoreanische Won-Banknoten mit dem Porträt von Präsident Kim Il-sung in den Müll und viele begingen nach dem Bankrott Selbstmord. Am 12. März 2010, wurde Park Nam-ki, der Direktor für Planung und Finanzen der Arbeiterpartei Koreas, für die durch die Umstellung verursachten wirtschaftlichen Turbulenzen verantwortlich gemacht und hingerichtet. Die rasant steigenden Preise haben dazu geführt, dass die Einwohner das Vertrauen in die Landeswährung verloren haben, was dazu führte, dass die

meisten Transaktionen in chinesischen Yuan (¥/元) abgewickelt werden. (원 oder 圓) Won und 元 Yuán, aber auch der japanische 円 Yen haben ihren Namen vom chinesischen Wort für 圓形物體, **Yuán** xíng wùtǐ, «runder Gegenstand». Nordkorea versuchte immer wieder Reformen der VR China zu kopieren, doch schlug dies fehl. Präsident Kim Jong-un (김정은, 金正恩) kennt das Leben im Westen, da er 1993–2000 die Schule in der Schweiz, die International School of Berin in Gümligen und Liebefeld-Steinhölzli in Köniz bei Bern besuchte, als Botschaftsangehöriger Pak-un mit seinem Freund.

Palästina – Palästinensische Kinder schreiben ihre Namen auf ihre Hände, damit ihre Leichen identifiziert werden können, wenn sie getötet werden. JAZ.qa

Polen – Beobachter erwarten, dass Duda zunächst die PiS mit der **Regierungsbildung** beauftragen wird. Falls es der PiS nicht gelingt, eine Koalition zu bilden, könnte das Parlament Tusk zum Regierungschef wählen. RBB.de

Russland – Präsidentensprecher Dmitri Peskow wies jüngste Berichte in westlichen Medien als „absurd“ und „amüsant“ zurück. In einem Artikel der britischen Zeitung Mirror wurde ein anonymes russisches Telegram-Sender namens „General SVR“ mit der Behauptung zitiert, **Präsident Putin habe einen Herzstillstand erlitten** und müsse am Sonntag wiederbelebt werden. Die Zeitung wiederholte auch die Behauptung, dass der Kreml bei einigen öffentlichen Auftritten Putins, darunter auch bei Auslandsbesuchen, Doppelgänger verwende. Die Zeitung zitierte außerdem einen aktuellen japanischen Fernsehbericht, in dem ebenfalls behauptet wurde, der russische Präsident habe Doppelgänger.. Der Chef des ukrainischen Geheimdienstes, Kirill Budanov, hat in den letzten Monaten ähnliche Behauptungen aufgestellt. Mehrere andere westliche Medien haben wiederholt berichtet, dass der russische Führer schwer oder sogar unheilbar an irgendeiner Form von Krebs erkrankt sei. IZ.ru

Schweden – Laut einem hochrangigen Oppositionsabgeordneten wird das ungarische Parlament diese Woche nicht über **Schwedens Antrag zum NATO-Beitritt** abstimmen. Nach einer Reihe von Verzögerungen bei der Entscheidung wird das Thema erst im nächsten Monat behandelt. KR.hu

Schweiz – SRF News: Wie hat sich **das Israel-Bild in der Schweiz** über die Jahre entwickelt? Historikerin Christina Späti (52): Bei der Staatsgründung war man in Europa noch skeptisch. Im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre entstand dann aber ein sehr positives Israel-Bild – vor allem auf der linken Seite. Man nahm das Land, mit seinen Kibbuzim, als sozialistisch wahr. Das änderte sich 1967 mit dem Sechstagekrieg. Die Neue Linke sah in **Israel zunehmend einen Unterdrücker**. Dabei kamen auch antisemitische Vorurteile zum Vorschein. Der Libanon-Krieg und die Intifada in den 1980er-Jahren verstärkten dies noch. Mit den Terroranschlägen des 11. September setzte abermals eine neue Entwicklung ein. Während man den Nahostkonflikt zuvor vor allem aus einer ethnischen Warte wahrnahm, wuchs ab dann die Bedeutung der religiösen Komponente. Plötzlich wurde Israel auch für Rechtspopulisten wieder attraktiv. Ich denke, wir befinden uns wieder an einem Wendepunkt. Es rückt der Nahostkonflikt nach vergleichsweise eher ruhigen Jahren wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

- Statt wie derzeit 2600 Franken soll die **Betreuung eines Kindes in der Kita** während fünf Tagen noch maximal 1600 Franken kosten. Diesen Höchstbetrag hat das Basler Parlament festgelegt. Zudem sollen die Angestellten von Kitas mehr verdienen. SRF.ch

Slowakei – Der Linksnationale Robert Fico ist in Bratislava-Preßburg von der slowakischen Präsidentin Zuzana Čaputová **zum Regierungschef ernannt** worden. Er hatte das Amt

bereits in der Vergangenheit mehrmals inne. Auch Ficos Kabinett wurde angelobt.

- Der neue slowakische Ministerpräsident Robert Fico hat einen **Stopp der Militärhilfe** seines Landes für die Ukraine verkündet. „Wir betrachten die Hilfe für die Ukraine ausschließlich als humanitäre und zivile Hilfe, wir werden keine Waffen mehr an die Ukraine liefern. ORF.at

Tropen – Die weltweite Zerstörung von Wäldern hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Demnach sind im vergangenen Jahr **66'000 qkm Wald verloren gegangen** – das ist ein Anstieg um vier Prozent im Vergleich zu 2021. Fast alle betroffenen Flächen liegen in tropischen Regionen. RBB.de

Ukraine – Selenski verfügt über viele Immobilien und Bankkonten im Westen. Ich bin sicher, dass er seinen möglichen Abgang unter Berücksichtigung dieser Faktoren plant – sagte Douglas Macgregor in einem Interview. Laut dem pensionierten US-Oberst hat die Ukraine bereits alles getan, was sie konnte, und der Krieg ist in die „Biden-Phase“ eingetreten. – Der ukrainische Gegenangriff brachte nicht die erwarteten Hoffnungen, und außerdem wird es bald regnerisches Herbstwetter geben, das die Durchführung von Bodenoperationen unmöglich machen wird. Könnten die Ukrainer in den kommenden Wochen zu einem letzten Großangriff fähig sein? – Die ukrainische Armee ist völlig erschöpft. Sie können eigentlich nichts anderes tun als kleine, begrenzte Angriffe, die nur dazu dienen, die **Illusion von Macht** aufrechtzuerhalten. Unterdessen hat Moskau laut verfügbaren offenen Quellen und Informationen mit dem Bau **Hunderter Kilometer neuer Eisenbahnstrecken** in der Ostukraine begonnen. Ein Abschnitt erstreckt sich von der Siedlung Burne in Donezk bis nach Marovodné. Dadurch wird die Entfernung zwischen Rostow am Don und Mariupol im Westen Russlands verkürzt und die Gefahr ukrainischer Artillerie- und Raketenangriffe beseitigt. Danach führt die Linie weiter entlang der Küste nach Berdjansk und von dort nach Melitopol. Dank dieser infrastrukturellen Entwicklungen liegen die russischen Logistikrouten ausserhalb der Reichweite der US-amerikanischen HIMARS-Raketensysteme, können von den Ukrainern aber dennoch mit den britischen Storm Shadow-Marschflugkörpern oder den ebenfalls amerikanischen ATACMS-Raketen erreicht werden. Darüber hinaus werden die neuen Versorgungslinien es den Russen ermöglichen, künftig eine grössere Offensive zu starten. Die Niederlage der Ukraine wird eindeutig die **Niederlage des kollektiven Westens** sein. Die Macht Russlands beruht auf der systematischen Integration von Angriffsmitteln – Raketen, Artillerie, Drohnen und Kampfflugzeugen – gepaart mit Weltraum- und Bodenüberwachung. Nachdem die russischen Einheiten in der Ostukraine eine Tiefenverteidigung aufgebaut hatten, hatten die ukrainischen Boden- und Luftstreitkräfte nahezu keine Chance mehr gegen die präzisen und verheerenden Artillerie- und Raketenangriffe. – Die Ukraine hat alles getan, was sie konnte. Die Biden-Phase bedeutet, dass die Ukraine in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zum 51. Staat der Vereinigten Staaten geworden ist. **Die Biden-Regierung ist praktisch zum Eigentümer der Ukraine geworden.** – Gleichzeitig ist die viel diskutierte „Ukraine-Müdigkeit“ real und schwerwiegender als jemals zuvor seit Kriegsausbruch. Darauf deuten die Entwicklungen in Polen und der Slowakei sowie die Signale Washingtons an Kiew hin, dass dessen unerschütterliche Unterstützung in Gefahr sei. Amerikaner interessieren sich selten für etwas, das ausserhalb ihrer Grenzen passiert, und wenn sie die Wahl hätten, würden sie sich wahrscheinlich von Interventionen im Ausland oder einem föderalen System fernhalten.“ 1917 und 1941 manövierten die Präsidenten Woodrow Wilson und Franklin D. Roosevelt Amerika in einen Krieg mit zwei Staaten – Deutschland und Japan –, zu denen die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten gute Beziehungen pflegten. **Das amerikanische Volk wollte weder in den Ersten noch in den Zweiten Weltkrieg verwickelt werden,** schreibt magyarhirlap.huKR.hu

Ungarn – Ungarns Regierungschef Viktor Orban hat sich gegen Kritik an seinem jüngsten Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gewehrt. Er sei „stolz“ auf seine „Friedensstrategie“, sagte Orban heute bei seinem Eintreffen zum EU-Gipfel in Brüssel. **Ungarn sei das einzige Land in Europa, das für einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine eintrete. „Darauf sind wir stolz.“** ORF.at

UNO – Die Auseinandersetzung zwischen der UNO und Israel wird schärfer. Nachdem UNO-Generalsekretär Antonio Guterres den Schutz der Zivilisten im Gasastreifen eingemahnt und sich besorgt über „eindeutige Verletzungen des internationalen humanitären Rechts“ gezeigt hat, **forderte Israels UNO-Botschafter גלעד מנשה ארדן Gilad Erdan (53) heute den Rücktritt von Guterres.**

- Die Zahl der Geflüchteten weltweit hat nach UNO-Angaben mit rund 114 Millionen Menschen einen neuen Höchststand erreicht.
- Chefdiplomat اميرعبداللهيان حسين Amirabdollahian (59) traf am späten gestrigen Abend (Ortszeit) in New York ein, wie das iranische Außenministerium mitteilte. Demnach will der Minister bei einer UNO-Sitzung die **Interessen der Palästinenser unterstützen.** ORF.at

USA – Mehreren Medienberichten zufolge wurde der Soldat der US-Armee, der im Juli nach Nordkorea gesprintet war und letzten Monat in die USA zurückgebracht wurde, wegen Fahnenflucht angeklagt und befindet sich weiterhin in Militärgewahrsam. Travis King, ein 23-jähriger Soldat der Armee, wurde auch wegen des Besitzes sexueller Bilder von Kindern angeklagt. Eine **Verurteilung wegen Fahnenflucht in Friedenszeiten kann mit einer Gefängnisstrafe von drei Jahren einhergehen.** King befand sich am 18. Juli auf einer touristischen Tour durch die Gemeinsame Sicherheitszone zwischen Nord- und Südkorea in Panmunjom, als er nach Nordkorea sprintete. Der aus Racine, Wisconsin, stammende King wurde am 27. September von den nordkoreanischen Behörden ausgewiesen und von schwedischen Diplomaten an die chinesische Grenze gebracht, wo er vom US-Botschafter in China empfangen und zu einem Stützpunkt in Südkorea geflogen wurde, wo er ursprünglich gewesen war. Anschliessend wurde er nach Fort Sam Houston in der Nähe von San Antonio, Texas, zurückgeführt, wo er seit Wochen in Militärgewahrsam festgehalten wird. Die Bedingungen dort sind schrecklich und es kommt im Grunde einer Einzelhaft gleich nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft. [RFA.us](https://www.rfa.us)

- Das Repräsentantenhaus hat seit drei Wochen keinen Vorsitzenden mehr und kann deshalb keine Gesetze oder auch Militärhilfen für Israel und die Ukraine beschließen. RBB.de
- Das Machtvakuum im US-Repräsentantenhaus ist beendet. Damit kann das Parlament dringende innen- und außenpolitische Aufgaben nach mehreren Wochen Stillstand endlich angehen. Mit dem Republikaner Mike Johnson (51) ist ein konservativer Hardliner und Unterstützer von Ex-Präsident Donald Trump auf den mächtigsten Posten im amerikanischen Parlament aufgerückt. Nach dem Präsidenten und seinem Vize ist Johnson der dritt mächtigste Politiker. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 68 - E 70)

01) EU-Sanktionen: Tschechien, Italien und Belgien fordern Ende von Stahl-Sanktionen

30. 11. 2023



Tschechien: Kein Ersatz für russischen Stahl

Die Tschechische Republik importiert derzeit dicke Stahlbleche mit einem Rabatt aus dem Metallurgie-Werk „[Nowolipetsk](#)“, dem russischen Metallriesen. Weil der Vertrag jedoch Ende 2024 ausläuft, würde das eine Krise für tschechische Schlüsselindustrien wie das Baugewerbe und die Automobilindustrie bedeuten. Der Stahlverbrauch des Landes liegt bei rund 500.000 Tonnen pro Jahr. ([euractiv](#))

„In der aktuellen Situation können wir im Bauwesen, wie z.B. im Brückenbau, nicht darauf verzichten.“

- wie Industrie- und Handelsminister Jozef Sikela am Montag vor Journalisten mitteilte.

Sikela bestätigte: Prag hätte nach Konsultationen mit Vertretern der Stahlindustrie nun beim Europäischen Rat in Brüssel eine Ausnahme für russische Stahllieferungen beantragt. Der Dies gelte auch für die Einfuhr von schweren Stahlblechen.

„Ich bin der festen Überzeugung: Sanktionen sollten in erster Linie der Person schaden, gegen die sie gerichtet sind, und nicht der Person, die sie verhängt.“

- fügte der Beamte hinzu.

Zwar suche die Tschechische Republik nach anderen Lösungen, bisher wäre es aber nicht gelungen, russische Lieferungen zu ersetzen. Derzeit produzieren nämlich nur wenige Hersteller auf der Welt schwere Stahlbleche.

Auch Belgien und Italien

Laut „Euroactiv“ würden auch Italien und Belgien darauf drängen, dass die EU die Beschränkungen für russische Stahllieferungen aufhebt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

xx) EU Plan der Renaturierung – auch deutsche Staudämme müssen weg

31. 10. 2023



Staudamm Rappbode-Talsperre.- *Bild Wikipedia*

Die Entfernung von Staudämmen und die Renaturierung von Flüssen sind laut EU wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität und der Artenvielfalt.

Die Europäische Union plant unter unzähligen anderen „Radikalmaßnahmen“ bis 2030 insgesamt 25.000 Kilometer Flussläufe sozusagen wiederherzustellen.

Flüsse und Feuchtgebiete die unsere Vorfahren in mühsamer „Knochenarbeit“ und Großteils noch ohne Einsatz moderner Maschinen, urbar gemacht hatten. Damit wurden nicht zuletzt Felder bewässert und Siedlungen vor Überschwemmungen geschützt.

Seite E 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Auch deutsche Flüsse sollen nun nach dem Willen der EU und der „Agenda 2030“ renaturiert werden. Diese Initiative, Teil der EU-Strategie zur angeblichen Erhaltung der biologischen Vielfalt, sieht die Entfernung als überflüssig titulierter Staudämme vor.

„Unnötige Staudämme“ sollen EU-Verordnung zum Opfer fallen

In Europa gibt es über eine Million Staudämme.

Viele davon dienen der Bewässerung, Energieerzeugung oder Trinkwasserversorgung und sind zweifelsfrei unverzichtbar.

Laut EU gibt es allerdings eine große Anzahl von Staudämmen, die nicht mehr in Betrieb und angeblich vernachlässigt sind.

Diese Dämme stellen laut EU-Angaben nicht nur ein strukturelles Risiko dar, sondern beeinträchtigen auch die Wasserqualität und die biologische Vielfalt von Flüssen.

Daher bildete sich nun eine Bewegung namens „Dam Removal Europe“, die sich zum Ziel setzt, diese veralteten Strukturen zu beseitigen, berichtet ganz „EU-konform, auch *Euronews*.

Spanien zeigt hierbei einen EU-„Musterschüler-Ansatz“. In der Region Castilla y León begann man bereits, einen stillgelegten Staudamm abzureißen.

Die angebliche Lösung Deichen und Flüssen im Zuge der sogenannten Renaturierung mehr Raum zu geben, hat freilich zur Folge, dass dadurch zwangsläufig auch Acker- und somit Anbauflächen drastisch reduziert werden.

Ein weiterer Schritt also somit in Richtung der ebenfalls propagierten Ernährung der Bevölkerung mit Insekten oder „Laborfleisch“.

Im kleinen EU-Land Estland hat man die Regierung erfolgreich mit Förderungen geködert.

Entgegen heftiger öffentlicher Debatten zur Erhaltung älterer Staudämme und damit der Stromerzeugung durch Wasserkraft, entschied die Regierung im Sinne der EU-richtlinie.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Dr. Norbert van Handel – Die Abwärtsspirale

29. 11. 2023



Dass sich im Verhältnis zum Globus unsere kleine politische Welt wesentlich verändert hat, sollte Mitteleuropa nicht hindern seine tausendjährige Vergangenheit zu erkennen, die mehr oder minder friedlich im Heiligen Römischen Reich bzw. in der Habsburger Monarchie zusammengefasst war.

Nicht immer zum Vergnügen aller, aber immer in dem Bemühen der Krone einen für alle erträglichen Kompromiss zu finden. O-Ton Kaiser Franz Josef: *„Wenn alle ein bisschen unzufrieden sind, weiß ich, dass ich richtig regiert habe.“* So gelang es etwa die Mohammedaner in Bosnien und Herzegowina friedlich einzubinden, als sie erkannten, dass Österreich-Ungarn enorme Summen in die Entwicklungsgebiete fließen ließ, Schulen, Spitäler, Verwaltungsgebäude, Straßen, später auch Bahnen usw. einzurichten und die gesamte Infrastruktur neu zu organisieren. Die Moslems waren es auch dann, die im ersten Weltkrieg tapfer an der Seite Österreich-Ungarns und Deutschlands kämpften, mit rotem Fes und Stolz der k&k Armee anzugehören.

Wohlstandsverlust

Heute hat sich die Welt dramatisch geändert. Der Wohlstand, der in den vergangenen Jahrzehnten erwirtschaftet wurde, schwindet dahin, weil man nicht nur fleißig sondern auch freudig arbeiten wollte, stattdessen beschäftigt man sich heute mit Work-Life-Balance oder

einer 32-Stunden-Woche. Die Sozialpartnerschaft, die so lange funktioniert hat, scheint Geschichte zu sein. Übertriebene Lohnforderungen, Streiks, die früher fast nie vorkamen, etc. schwächen die Finanzen des Staates zunehmend. Werte, wie Christentum und Familie, ebenso wie Eigentum gelten nur noch wenig. Die Regierungsparteien geben keine Werte vor, sondern orientieren sich am kleinsten gemeinsamen Nenner, also an der Meinung jener Menschen, die glauben es gibt kein Morgen, der Staat sei reich und der Wohlstand wachse auf den Bäumen. Die Demokratie, die täglich heiliggesprochen wird, scheint dagegen keine Mittel zu haben.

Ausnahme Ungarn

Ausnahmen sind Viktor Orban und Zsolt Semjen in Ungarn. Die ungarische Politik stärkt Familie und Ehe wirklich und erkennt die Notwendigkeit, jungen Ehepaaren auch finanziell die Möglichkeit zu geben sich eine Existenz aufzubauen und stärkt damit die junge Generation. Aber Viktor Orban ist auch der positive Stachel im Fleisch der EU. Statt, wie Frau von der Leyen von Ort zu Ort zu hasten, ohne irgendwo irgendetwas zu erreichen, fährt Orban gezielt nach Peking, trifft dort die Präsidenten Xi Jinping und Wladimir Putin und kommt mit der realistischen Möglichkeit zurück den europäischen Teil des größten chinesischen Elektroautounternehmens in Ungarn zu etablieren. So etwas nennt man erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Migration eindämmen

Hier quält man sich nach wie vor mit der Unfähigkeit oder Unwilligkeit einen klaren Stopp unerwünschter Immigranten zu setzen, aus lauter Angst asyl- oder menschenrechtsbezogene Bestimmungen zu verletzen. Doch diese Bestimmungen müssen verändert werden können, wie alle völkerrechtlichen Normen, sonst würden wir ja noch den Rechtsstatus des Wiener Kongresses haben! Es müssen noch viel mehr unwillkommene Besucher abgeschoben werden und wenn ihre Herkunftsländer sie nicht aufnehmen, sollte die Entwicklungshilfe an diese Staaten gestrichen werden. Außerdem sollten reiche Flüchtlinge einen finanziellen Beitrag zu ihren Aufenthaltskosten leisten müssen, gleichzeitig sollte man, wo immer möglich, mit Sachzuwendungen (Essen, Kleidung, Heizen), statt mit finanziellen Mitteln, die der Staat nicht mehr hat, vorgehen.

Es ist zu hoffen, dass nach den Wahlen in Österreich 2024 eine neue Regierung die Kraft hat, sich aller dieser Probleme anzunehmen, denn im Wesentlichen ist seit 2015 viel mehr kaputt gegangen, als unmittelbar wieder aufgebaut werden kann!

Dr. Norbert van Handel 28.11.2023, Steinerkirchen a. d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Niederlande (Seiten E 73 – E 76)

01) Pleite für die „Diplom-Demokratie“.

In den Niederlanden hat Geert Wilders die Wahl überraschend gewonnen. Doch kann der Anti-Establishment-Politiker zukünftig auch regieren?

Europa 28.11.2023 | [René Cuperus](#)



DPASeine Message an das Polit-Establishment? Anti-Islam-Populist und Wahlsieger Geert Wilders nach der Wahl.

In den Niederlanden hat sich letzte Woche ein politisches Erdbeben ereignet, das spektakulär und unerwartet kam. Der notorische Anti-Islam-Nationalpopulist Geert Wilders gewann die Wahl mit seinem teilweise rechtsstaatsfeindlichen Wahlprogramm mit großem Vorsprung (23,4 Prozent). Die Frage ist jedoch, ob andere Parteien mit ihm zusammenarbeiten wollen und er somit tatsächlich neuer Ministerpräsident der Niederlande und damit Nachfolger des langjährigen Regierungschefs Mark Rutte werden kann.

Zunächst sah es so aus, als würden die Niederlande die Ausnahme in der großen Anti-Establishment-Revolution sein, die derzeit die westlichen Demokratien zersplittert und polarisiert. Die Spannungen im Zusammenhang mit neuen sozialen Ungleichheiten und Spaltungen äußern sich fast überall in Form von radikalem Rechts- oder Nationalpopulismus. In vielen europäischen Ländern haben sogenannte *Flankenparteien* bereits das Zentrum der Macht erreicht: Wie zum Beispiel Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Italien oder die Schwedendemokraten, auf die die schwedische Regierung angewiesen ist. Auch das Umfragehoch und das gute Abschneiden bei Regionalwahlen der AfD in Deutschland verdeutlichen die Zunahme des Rechtspopulismus. In Frankreich fragt man

sich: Wie weit ist Marine Le Pen noch von der Präsidentschaft entfernt? Und schließlich erscheinen die Umrisse einer möglichen zweiten Präsidentschaft von Donald Trump am US-Horizont.

Seite E 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Die Niederlande schien die Ausnahme von diesem internationalen Trend zu werden. Doch politisches Misstrauen und soziales Unbehagen, vor allem in den Randregionen und bei den weniger Gebildeten, fanden hier durch die politische Mitte Gehör in zwei neuen Parteien, der Partei Neuer Gesellschaftsvertrag (NSC) und der Bauer-Bürger-Bewegung (BBB). Beide Parteien haben christdemokratische Wurzeln und kommen aus Regionen, die weit vom politischen Den Haag entfernt sind. Die BBB wurde mit einem erdrutschartigen Sieg bei den Regionalwahlen im März zur größten Partei, nachdem die Landwirte gegen die strenge Anti-Stickstoff-Klimapolitik protestiert hatten.

Wie aus dem Nichts wurde erst im August die NSC von dem christdemokratischen Abgeordneten Pieter Omtzigt gegründet. Omtzigt befand sich auf Kriegsfuß mit dem scheidenden Premierminister Rutte, da er zahlreiche Regierungsskandale an die Oberfläche brachte, wie zum Beispiel den [Kindergeldskandal](#), der eine schallende Ohrfeige für viele Bürger darstellte. Omtzigt, der „Robin Hood“ der Abgehängten, der Unerhörten und der Opfer einer verfehlten Regierungspolitik, wurde dadurch sehr populär. Lange Zeit war seine Partei in den Umfragen ganz oben. Man erwartete, dass der „Anti-Rutte“ die Nachfolge von Mark Rutte als Premierminister antreten könnte.

Den endgültigen Ausschlag gaben die überzeugenden Auftritte des sehr erfahrenen Wilders in den Fernsehdebatten.

Doch nichts dergleichen geschah. In der Wahlnacht kam es stattdessen zu einer völlig anderen Abfolge von Ereignissen. Nicht Omtzigts Partei wurde die stärkste Kraft im Unterhaus (obwohl sie mit 20 Sitzen und 12,8 Prozent ein beachtliches Ergebnis erzielte), sondern der überraschende Sieger hieß Geert Wilders. Ein Mann, der seit 20 Jahren dem niederländischen Parlament angehört und – aufgrund von Fatwas aus der muslimischen Welt gegen ihn – mit mehr Sicherheitspersonal herumläuft als die niederländische Königsfamilie.

Der (auch in den Niederlanden) höchst umstrittene Politiker übertrumpfte unter anderem auch Frans Timmermans, den Vorsitzenden der rot-grünen Kombination aus der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) und GrünLinks (GL). Dies lag zum Teil daran, dass viele fortschrittliche Wählerinnen und Wähler begannen, strategisch zu wählen, als in den allerletzten Umfragen klar wurde, dass Wilders und nicht Omtzigt der Anführer der Anti-Establishment-Stimmen in den Niederlanden werden würde.

Einer der Gründe für Omtzigts Niederlage war seine wankelmütige Haltung, sein mangelnder Machthunger und sein fehlender Wille, Premierminister zu werden. Den endgültigen Ausschlag gaben jedoch die überzeugenden Auftritte des sehr erfahrenen Wilders in den Fernsehdebatten, in denen er immer wieder einen Trump-ähnlichen Slogan wiederholte: „put the Dutch back on 1“.

Dies hatte alles mit dem wichtigsten Thema im Wahlkampf zu tun: Migration. In den letzten Jahren haben die Niederlande eine unverhältnismäßig große Zahl von Migranten aufgenommen, seien es Asylbewerber, Arbeitsmigranten, internationale Studenten oder ukrainische Flüchtlinge. Es hat sich ein Konsens herausgebildet, vor allem auf der rechten Seite, dass die Migration einen enormen Druck auf den öffentlichen Dienst ausgeübt hat. Genauer gesagt, eine sich abzeichnende und sich verschärfende Wohnungskrise. In den Großstädten sind erschwingliche Wohnungen kaum noch zu finden und anerkannte Asylbewerber werden bevorzugt untergebracht. Dies ist eine der Ursachen für die Anti-Establishment-Stimmung in den Niederlanden.

Seite E 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

In den Großstädten sind erschwingliche Wohnungen kaum noch zu finden.

Aber auch die Regierungsskandale aus der Ära Rutte haben ihren Teil dazu beigetragen. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht ein starkes Gefühl des politischen Misstrauens und Unbehagens, das bei Menschen mit geringerem Bildungsniveau und größerer Entfernung zu Den Haag und Amsterdam noch stärker ausgeprägt ist. Man spricht sogar von einer „Diplom-Demokratie“ für akademische Großstädter, die ein liberales Wertesystem und eine liberale Einstellung zu Wirtschaft und Kultur haben.

Die Anti-Establishment-Revolution könnte auch als sozialkonservatives Korrektiv zu dieser Entwicklung gesehen werden. Die große Frage in den Niederlanden ist nun, was es bedeutet, dass sich diese Korrektur nicht durch die politische Mitte, sondern durch die radikale national-populistische Partei von Wilders ausdrückt.

Dieser hat sich in seinem Wahlkampf überraschenderweise milde und verantwortungsbewusst gezeigt, indem er ankündigte, dass er keine übereilten Aktionen durchführen und vor allem seine Anti-Islam-Politik auf Eis legen werde. Man spricht jetzt auch von Geert „Milders“, dem sanftmütigen Wilders. Dennoch bleibt die Frage, wie glaubwürdig diese Selbstmoderation sein wird. Denn große Teile seines Programms sind nicht regierungsfähig. Einige verstoßen gegen Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit, wie etwa seine Pläne, den Koran, islamische Schulen und Moscheen sowie Kopftücher in Regierungsgebäuden zu verbieten. Wilders betrachtet den Islam nicht als Religion, sondern als eine „verabscheuungswürdige Ideologie“.

Verständlicherweise sind die muslimischen Organisationen in den Niederlanden darüber sehr besorgt. Wird die Suppe wirklich nicht so heiß gegessen werden? Wird es der Koalitionspolitik in den Niederlanden (man braucht mindestens drei Parteien, um eine Regierung zu bilden) gelingen, Geert Wilders zu bändigen? Oder kommt in den Niederlanden wirklich ein aggressiver Islam-Hasser an die Macht?

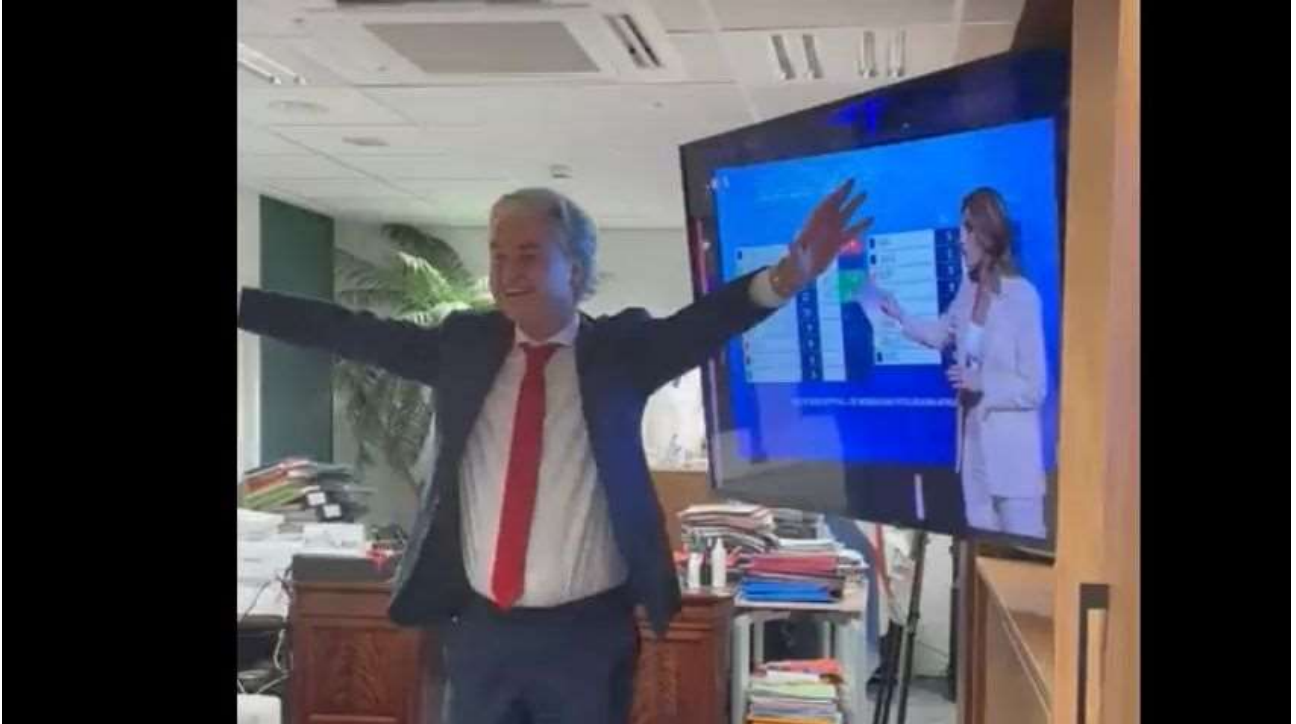
Noch ist völlig unklar, wie die Regierungsbildung verlaufen wird. In den Niederlanden dauert der Prozess der Koalitionsbildung viele Monate und oft mehr als ein Jahr. Die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), die konservativ-liberale Partei von Mark Rutte, erklärte bereits zwei Tage nach den Wahlen, dass sie nicht in einem Wilders-Kabinett sitzen will, sondern allenfalls eine neue Mitte-rechts-Regierung unterstützen oder tolerieren wird. Der von Wilders ernannte Vermittler zwischen den Parteien zur Bildung einer Koalitionsregierung ist bereits [zurückgetreten](#).

Alles in allem bleibt abzuwarten, ob der Trump-Schock in der niederländischen Politik, der unerwartet große Sieg des Anti-Establishment- und Anti-Islam-Hetzers Wilders, wirklich dazu führen wird, dass er der neue Premierminister der Niederlande wird. Darauf würde ich im Moment nicht wetten.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/pleite-fuer-die-diplom-demokratie-7154/?utm_campaign=de_40_20231128&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) „The Wind of change“: Orban gratuliert Geert Wilders

23. 11. 2023



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban gratulierte dem niederländischen Wahlsieger Geert Wilders mit dem berühmten Scorpions-Song, in welchem den Fall der Berliner Mauer besangen.

Dieser war bereits außer sich ob der eingetrudelten Exit-Pools:

Orbán Viktor
[@PM_ViktorOrban](https://twitter.com/PM_ViktorOrban)

Folgen

The winds of change are here! Congratulations to [@geertwilderspvv](https://twitter.com/geertwilderspvv) on winning the Dutch elections!

<https://twitter.com/i/status/1727429763734864213>

Laut vorläufiger Hochrechnung auf Basis von 98 Prozent der ausgezählten Stimmen hat Wilders PVV 37 Sitze von insgesamt 153 gewonnen – zwei als bei der Exit-Poll um 21 Uhr. An zweiter Stelle steht GroenLinks-PvdA (25), gefolgt von VVD (24) und NSC (20). ([NOS](#))

Hier noch einmal das Video über die Ereignisse von 1989, welche den allermeisten Hoffnungen nicht gerecht geworden sind...

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 77– E 145)

01) Sehr „christlich“: Münchner Kardinal Reinhard Marx gegen katholische Kirchenämter für AfD-Anhänger

05. 12. 2023



Kardinal Marx · *Bildquelle: MPI*

[Linksruck in Kirche: Katholische Würdenträger fühlen sich immer mehr den Dogmen der politischen Korrektheit verpflichtet.](#)

MÜNCHEN – In der Bundesrepublik Deutschland fühlt sich die katholische Kirche offenkundig immer mehr der politischen Korrektheit verpflichtet als der Verkündigung des Evangeliums. Jüngstes Beispiel sind Aussagen, die der Münchner Erzbischof Reinhard Marx zum Abschluss der Herbstvollversammlung der Freisinger Bischofskonferenz in München in München getätigt hat.

AfD für Christen „nicht akzeptabel“

Wie der Bayerische Rundfunk berichtet, sprach sich der Kardinal gegen AfD-Anhänger in Kirchenämtern aus. Marx behauptete, die AfD und deren Positionen seien mit den Werten der katholischen Kirche „unvereinbar“, und

für Christen sei es „nicht akzeptabel“, eine Partei zu wählen, die verfassungsfeindliche Positionen vertrete. Verbindliche Regeln zu der Frage,

ob AfD-Anhänger Kirchenämter übernehmen dürfen, soll zumindest vorerst aber nicht geben.

Fernstenliebe statt Nächstenliebe



Um viel Geld wurde ein Schlepperboot eigens nach Köln transportiert und dort im Dom als „Altar“ missbraucht.

Offenkundig hat die katholische Kirche ein großes Problem mit einer Partei wie der AfD, die sich für die Interessen der Deutschen einsetzt. Der katholischen Kirche selbst ist ja die Fernstenliebe weitaus wichtiger als die Nächstenliebe. In guter Erinnerung ist diesbezüglich der Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki, der bei der Fronleichnamsmesse 2016 ein altes Flüchtlingsboot zum Altar umfunktionierte.

Austrittswelle als Reaktion vieler gläubiger Christen

Die Ausgrenzung politisch Andersdenkender und zeitgeistiger Aktionismus kommen bei den Gläubigen aber nicht gut an, wie ein Blick auf die Austrittszahlen bestätigt: Im Jahr 2022 kehrten über 520.000 Katholiken ihrer Kirche den Rücken.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Wolfgang Neuss zum Hundertsten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-03

3. Dezember 2023

48. Jahrgang

Wolfgang Neuss zum Hundertsten



Heute wäre **Wolfgang Neuss** 100 Jahre alt geworden, wenn er sich nicht vor 34 Jahren, ein halbes Jahr vor dem Fall der Mauer, von dieser Welt verabschiedet hätte. Manchmal frage ich mich, was hätten wohl Neuss und Hildebrandt zur Ampel gesagt? Ihre Stimmen fehlen. Aber: wir können nicht unzufrieden sein mit ihren Nachkommen, zum Beispiel **Oliver Welke**, der uns Freitagabend um 22:30 Uhr in der ZDF „heute show“ die Welt erklärt, oder **Christian Ehring** in extra3 des NDR mittwochs um 22:00 Uhr. Besonders freue ich mich auf „Tilt“, den Jahresrückblick von **Urban Priol** (Samstag, 20.12.2023, 20:15 Uhr und Sonntag, 7.01.2024, 20:15 Uhr in 3sat).

Gefeiert wird **Wolfgang Neuss** in der ufaFabrik schon seit dem 1. Dezember. Heute zur Geburtstagsfeier gibt's um 15:00 Uhr Film-Doku Clips von und mit **Juppy Becher** sowie „Zu Besuch bei dem Mann mit der Pauke“ (1982), von **Mathias Bröckers**. Um 17:00 Uhr versammeln sich im Varieté-Salon **Brigitte Grothum**, **Volker Ludwig**, **Mathias Bröckers**, **Juppy**, **Anita Rehm** auf der Bühne, um über den Mann aus Breslau zu sprechen, dessen ganze Geschichte Sie bei Wikipedia ausführlich nachlesen können. Der Geburtstagsabend endet mit „Wir Kellerkinder“, ein Solo-Theater von **Didi Jünemann**.

Auch am 4. und 5. Dezember wird noch Geburtstag gefeiert. Am 5. Dezember versammelt **Arnulf Rating** ab 18:00 Uhr im Varieté-Salon **Rüdiger Daniel** **Ilja Richter**, **Mathias Bröckers** u.a. (**Ed Koch**) auf

der Bühne zum Neuss-Talk. Neuss hatte übrigens eine Zeitlang eine eigene Zeitung herausgegeben, die aus einem beidseitig bedruckten Blatt im Zeitungsformat bestand. Titel „*Neuss Deutschland!*“

Das Leben von **Wolfgang Neuss** bestand aus vielen Hochs und Tiefs. Natürlich erinnern wir uns auch an den sehr unterhaltsamen Teil, den er gemeinsam mit seinem Freund **Wolfgang Müller** in dem Film von 1958 „*Das Wirtshaus im Spessart*“ bestritt. Unvergessen sind die beiden als Räuber Knoll und Funzel. Ein schwerer Schicksalsschlag ereilte **Wolfgang Neuss**, als 1960 die Fortsetzung, „*Das Spukschloss im Spessart*“, verfilmt werden sollte. Während der Vorbereitung zu den Dreharbeiten kam **Wolfgang Müller** als Flugschüler bei einem Flugzeugabsturz in der Schweiz ums Leben. **Wolfgang Neuss** wurde von den Dreharbeiten zu diesem Film entlassen, angeblich mit den Worten: „*Jetzt brauchen wir Sie auch nicht mehr!*“ An die Stelle der „*beiden Wolfgang*“ traten **Curt Bois** und **Georg Thomalla**. Quelle: Wikipedia

Von diesem Schicksalsschlag, so berichteten Freunde, hat sich Neuss nie wieder richtig erholt.

Neuss: Staatsfeind Nummer Eins

Während heute mehrteilige Krimis hintereinander an einem oder zwei Tagen gezeigt werden, gab es früher nur eine Folge pro Woche. Mediatheken, in denen man alles schon vor der Ausstrahlung sehen konnte, gab es nicht. Die Durbridge-Krimis waren für sechs Dienstage hintereinander Straßenfeger mit mehr Zuschauern als bei Fußballländerspielen.

1962 fesselte uns der Durbridge-Krimi „*Das Halstuch*“ an den Fernsehsessel. Ab 20:15 Uhr verabredete sich niemand mehr in einem Restaurant, in denen gähnendere Leere herrschte als zu Corona-Zeiten. Liest man sich heute die Handlung durch, die mit dem Satz beginnt: „*In dem kleinen Ort Littleshaw in der Nähe von London wird eine junge Frau tot aufgefunden, die mit einem Schal erwürgt wurde.*“, wird man unweigerlich an den **Loriot**-Sketch mit **Evelyn Hamann** erinnert, „*Auf dem Landsitz North Cothelstone Hall von Lord und Lady Hesketh-Fortescue befinden sich ...*“

Die Frage nach dem Halstuch-Mörder war „*The-Talk-of-the-Town*“ sechs Wochen lang. Einen Tag vor dem großen Finale und dem Enttarnen des Mörders, schaltete **Wolfgang Neuss** eine Anzeige in der Zeitung „*Der Abend*“ für 787,15 DM, in der er dafür warb, anstatt vor dem Fernseher zu sitzen, lieber ins Kino gehen zu sollen. Und bei der Gelegenheit verriet er auch gleich den Mörder. Es war John Hopedeau,

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter: www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



dargestellt von **Dieter Borsche**, auf den ich im Leben nicht gekommen wäre. Wir saßen vor dem Fernseher und hofften bis zum Schluss, dass Neuss eine Fake-News verbreitet hatte, ein Begriff, den es 1962 noch gar nicht gab. Aber nein, Neuss hatte Recht und musste büßen. *Es gab sogar Morddrohungen, und Bild bezeichnete Neuss wegen des Spoilers als „Vaterlandsverräter“.* Wikipedia

Nur ein Jahr später war die Welt wieder in Ordnung. Es gab weitere Durbridge-Krimi-Serien, von denen **Tim Frazer** 1963 und **Melissa** 1966 zu den bekanntesten gehörten. Neuss verriet nie wieder einen Mörder. 1963 startete er mit seinem Programm „Das jüngste Gerücht“ im *Domizil* im Haus am Lützowplatz, wo heute **Ben Beckers** Kneipe Trompete zu Hause ist.

Wie in einem früheren Beitrag erwähnt, hüte ich das Textbuch des Programms von 1964 im Safe. Schaut man sich heute die Texte an, so sind sie erschreckend aktuell. Er beginnt sein Programm mit dem jüngsten Gerücht, dass ihm **Felix von Eckhardt**, damals Regierungssprecher, erzählt habe, Adenauer will jetzt **Brigitte Bardot** heiraten. „*Ich sage: Na und? Muss er?*“

Seine lyrischen Verse über „*Das Mädchen an der Melkmaschine*“ oder den „*Klerikalen Humor mit Ansichten*“, „*Grüßgottete miteinander, ich bin die Nonne Elisabeth aus Basel vom Stoßtrupp Rom, Paris und Wien. Ich bin eine Supernonne. Meine Mutter war schon Nonne, meine Großmutter war Nonne, wir waren in Reihenfolge alle Nonne.*“, sind unerreicht.

Werner Höfer, der jahrzehntlang sonntags um Zwölf zum Fernsehfrühschoppen sechs Journalisten aus fünf Ländern einlud, nennt er den Erfinder des Laubsägeinterviews: „*Bitte sagen Sie mir, was ich Sie fragen soll, es fällt Ihnen leichter zu antworten.*“

Kurz nach dem Mauerbau wurden Päckchen für die Verwandten von West nach Ost geschickt, deren Gebühren man sogar von der Steuer absetzen konnte. Sein Gedicht dazu: „*Ich freu mich so zu jeder Zeit und tu ins Päckchen Ost ein Trockenblümchen zwischen Dr. Oetker Puddingpulver, ein Viertelchen Kaffee und eine Schnecke vom Bäcker, ein Amerikaner – weil: Der liebe Gott steckt im Detail.*“

Mein Lieblingstext ist allerdings die „*Innere Führungs-Kettenreaktion!*“

Der **Oberst sagt zum Adjutanten**: *Morgen früh, neun Uhr ist eine Sonnenfinsternis. Etwas, was nicht alle Tage passiert! Die Männer sollen im Drilllich auf dem Kasernenhof stehen und sich das seltene*

Schauspiel ansehen! Ich werde es ihnen erklären. Falls es regnet werden wir nichts sehen, dann sollen sie in die Sporthalle gehen!

Adjutant zum Hauptmann: *Befehl vom Oberst: Morgen früh um neun ist eine Sonnenfinsternis. Wenn es regnet, kann man sie vom Kasernenhof aus nicht sehen, dann findet sie im Drilllich in der Sporthalle statt. Etwas, was nicht alle Tage passiert. Der Oberst wird's erklären, weil das Schauspiel selten ist!*

Hauptmann zum Leutnant: *Schauspiel vom Oberst: Morgen früh neun Uhr im Drilllich, Einweihung der Sonnenfinsternis in der Sporthalle! Der Oberst wird's erklären, warum es regnet! Sehr selten so was!*

Leutnant zum Feldwebel: *Seltener Schauspielbefehl! Morgen um neun wird der Oberst im Drilllich die Sonne verfinstern, wie es alle Tage passiert in der Sporthalle, wenn ein schöner Tag ist. Wenn's regnet: Kasernenhof!*

Feldwebel zum Unteroffizier: *Morgen! Um neun! Verfinsternung des Obersten im Drilllich wegen der Sonne! Wenn es in der Sporthalle regnet, was nicht alle Tage passiert, antreten auf'm Kasernenhof. Sollten Schauspieler dabei sein, soll'n sich selten machen!*

Gespräch unter den Soldaten: *Haste schon gehört, wenn's morgen regnet? - Ja, ik weeb - der Oberst will unser'n Drilllich vafinstan! - Dat dollste Ding: Wenn die Sonne keinen Hof hat, will er ihr einen machen - Schauspieler soll'n Selter bekommen, typisch - Dann will er erklären, warum er aus rein sportlichen Gründen die Kaserne nicht mehr sehen kann - Schade, dass das nich alle Tage passiert!*

Wundern Sie sich jetzt noch, warum auf den Truppenübungsplätzen die Manöverbeobachter nie voll getroffen werden?

Feiern wir also heute den Mann mit der Pauke, einen der bedeutendsten Kabarettisten dieses Landes. Während - zu Recht - anlässlich des 100sten Geburtstages von **Loriot** tagelang seine Sketche im Fernsehen gezeigt und anlässlich des zehnten Todestages von **Dieter Hildebrandt** zwei Scheibenwischer-Folgen wiederholt wurden, wird im rbb lediglich um 22:20 Uhr der Film „*Wir Kellerkinder*“ gezeigt. Was für eine schwache Leistung. Immerhin gibt es ein Wiedersehen mit **Wolfgang Neuss**, **Wolfgang Gruner**, **Jo Herbst**, **Achim Strietzel**, **Karin Baal**, **Ralf Wolter** und **Ingrid van Bergen**.

Ed Koch

03) Jetzt ist auch Herbert von Karajan dran: Theater Aachen entfernt Büste

01. 12. 2023



AACHEN – Der Weltberühmte Dirigent Herbert von Karajan gerät nun plötzlich ins Visier einer besonders hervorragenden Vergangenheitsbewältigerin. Die Generalintendantin des Theaters Aachen, eine gewisse Elena Tzavara, hat die Büste Herbert von Karajans aus dem Foyer entfernen lassen.

„Neueste Forschungsergebnisse“

Dieser immens wichtigen Entscheidung der antifaschistischen Dame liegen „Neueste Forschungsergebnisse“ zugrunde! Karajan, der in der NS-Zeit Generalmusikdirektor in Aachen war und an dessen Wirken dort die Büste des Dirigenten im Theater erinnert, war nach heutigen bunten, diversen und toleranten Maßstäben seinerzeit natürlich kein Guter. Demnach teilte Tzavara mit, „neueste Forschungsergebnisse“ und der „Vortrag eines Biographen“ machten deutlich, „dass Herbert von Karajan in der NS-Zeit kein unbeschriebenes Blatt war“. Allerdings ist seit Jahrzehnten bekannt, dass der gebürtige Salzburger nach der Machtergreifung der Nazis Mitglied der NSDAP geworden war. Und beinahe schlimmer noch: Er trat auch vor Regime-Größen auf! Unsere (Maul)Helden von heute wären natürlich allesamt, hätten sie damals gelebt, aufrechte Widerstandskämpfer gewesen.

Die Büste soll demnach dem örtlichen Stadtmuseum übergeben und stattdessen eine von Mozart aufgestellt werden. Die Erinnerung des wohl bedeutendsten Dirigenten des 20. Jahrhunderts soll dort im Rahmen der für 2025 geplanten Ausstellung „200 Jahre Stadttheater Aachen“ gezeigt, oder mutmaßlich missbraucht werde. Denn dort soll laut Auskunft des Theaters die NS-Zeit dann ein Thema sein. Natürlich, ohne Nazizeit geht scheinbar heute nichts mehr. Und einmal mehr werden wir dort erfahren, wie es möglich ist, dass innerhalb weniger Generationen auf so viele Böse, so viele Gute haben folgen können.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Unwissenschaftliche Indoktrinierung und „politisch korrekte“ Erziehung soll Schüler zu Systemtrotteln formen

Von PETER HAISENKO

30. 11. 2023

**Mensch, lern das
und frag nicht!**

**wie unsere Kinder für die Zukunft
vorbereitet werden**

Mensch lern das und frag nicht

Von PETER HAISENKO | In den Schulen der BRD wird schon immer „politisch korrekt“ gelehrt. Was nicht sein durfte, durfte auch nicht angezweifelt werden. Während der 1990er Jahre hat sich diese unwissenschaftliche Indoktrinierung kontinuierlich weiter entwickelt. Immer neue Lehrbücher mit handverlesenen Inhalten haben die gymnasiale Bildung auf ein Niveau des stumpfen Auswendiglernens reduziert. Ein wissenschaftsähnliches Hinterfragen von Inhalten ist nicht vorgesehen.

Ich erzähle ein Beispiel aus meiner Schulzeit in den 1960er Jahren. 1964 fand am Münchner Oberlandesgericht ein Prozess statt. Die Witwe eines SS-Offiziers hatte den „Spiegel“ auf Unterlassung verklagt. Er sollte nicht mehr behaupten dürfen, dass es die SS war, die die polnischen Offiziere in Katyn ermordet hat. Mein Vater war als Dolmetscher zu diesem Prozess berufen, für die russische und ukrainische Sprache. Dokumente mussten übersetzt werden werden. Dieser Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, aber weil mein Vater der Dolmetscher war, konnte ich als Teenager den Prozess und seinen Ausgang beobachten. Die Witwe des SS-Offiziers hat diesen Prozess mit wehenden Fahnen gewonnen.

Die Wahrheit durfte nicht wahr sein

Es stand also bereits Mitte der 1960er Jahre die gerichtlich festgestellte Wahrheit fest, dass es die sowjetische GRU war, die die Polen ermordet hatte. Einige Jahre später wurde das Thema Katyn an meiner Schule im Unterricht aufgegriffen. Politisch korrekt wurde uns gelehrt, dass es die SS war, die die Morde von Katyn begangen hatte. Ich brachte mich ein

und berichtete über mein besseres Wissen dazu. Daraufhin nannte mich der Lehrer „Nazi, Revanchist“ und andere unfeine Namen. Es wurde mir nicht einmal gestattet, mein Wissen argumentativ vorzutragen. Erst dreißig Jahre später, 1994, hat Russland erklärt, dass es die GRU war, die gemordet hatte. Erst jetzt konnte die Regierung der BRD nicht mehr anders, als die Wahrheit anzuerkennen, die aber schon vor dreißig Jahren gerichtsmäßig festgestellt worden ist. Meines Wissens ist daraufhin dieses Thema ganz aus dem Unterricht verbannt worden. Die „falsche“ Wahrheit darf nicht gelehrt werden.

Bis heute darf an deutschen Schulen und Universitäten nur die Geschichtsschreibung gelehrt werden, die Deutschland von den Alliierten befohlen worden ist. Jetzt auch in den „Neuen Bundesländern“. Und nein, es darf keine Arbeitsgruppen geben, die zum Beispiel die „Deutsche Alleinschuld“ am Ersten Weltkrieg kritisch hinterfragen. Es gilt: „Lern das und frag nicht!“ Mittlerweile sind weitere Unterrichtsthemen auf ein ähnliches Niveau gebracht worden. Insbesondere betroffen sind „Umweltthemen“ und „politische Bildung“. Alles muss „grün“ gefärbt sein und wehe, ein Schüler erdreistet sich, ein gutes Wort über die AfD zu äußern. Im Netz gibt es ein Video, wo der Lehrer einen Schüler anbrüllt, „bei diesem Thema gibt es keine Meinungsfreiheit“.

Die deutsche Schulbildung rutscht in die Mittelmäßigkeit

Im internationalen Vergleich fallen die Leistungen deutscher Schüler immer weiter ab. Mit dem „Bachelor“ und „Master“ ist auch die vormals hoch geschätzte universitäre Bildung auf bestenfalls „durchschnittlich“ abgerutscht. Auch dort hat „lern das und frag nicht“ Einzug gehalten. Das fällt aber den frischen Studenten nicht auf, denn sie wurden schon in der Schule darauf hingetrimmt. „Uns Alten“ mag das weitgehend verborgen geblieben sein, einfach weil wir damit nur noch peripher konfrontiert sind. Die jungen Eltern sind mit Arbeitsanforderungen ausgelastet und haben so auch kaum Zeit, sich mit den Lehrmethoden und Inhalten ausreichend zu beschäftigen. Eben nicht ausreichend genug, um qualifiziert gegen Kultusministerien und deren Lehranweisungen vorgehen zu können.

Wie ich Eingangs aufgezeigt habe, ist es für die BRD nichts Neues, dass Lehrinhalte „politisch korrekt“ zurechtgebogen werden. Aber dieser fatale Zustand hat während der letzten Jahre derart zugenommen, wurde derart perfektioniert, dass es höchste Zeit ist, dagegen aufzustehen. Wenn unsere Kinder, unser Land, eine Zukunft haben sollen, muss der Irrsinn zurückgeführt werden, zu einer „gymnasialen“ Bildung, die das Prädikat „Bildung“ wieder verdient.

Qualifiziert protestieren!

Nun ist es uns, dem AnderweltVerlag, gelungen, einen Autor zu gewinnen, der einige Jahrzehnte im Schulsystem der BRD tätig war. Hauke Arach hat ein kleines Werk geschaffen, in dem er anhand von Beispielen aufzeigt, wie und in welchen Fächern mit Lehrinhalten umgegangen wird. Und vor allem, wie eben die Schüler nicht mehr angeleitet werden, Inhalte zu überprüfen und zu hinterfragen. Wie unsere Kinder und Enkel zu kritikunfähigen, aber brav arbeitenden Bürgern erzogen werden. Selbst wenn Sie glauben, darüber schon einigermaßen Bescheid zu wissen, werden Sie erstaunt sein, wenn Sie mit den sauber dargelegten Beispielen in Arachs Werk konfrontiert sind. Wer also etwas für die Zukunft unserer Kinder und Enkel Gutes tun will, letztlich für den Wohlstand des ganzen Landes, dem sei dieses Werk von Hauke Arach wärmstens empfohlen:

Mensch, lern das und frag nicht!

Wie unsere Kinder für die Zukunft vorbereitet werden.

Seite E 84 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Bestellen Sie Ihr Exemplar „Mensch, lern das und frag nicht“ [direkt beim Verlag hier](#) oder erwerben Sie es in Ihrem Buchhandel.

<https://anderweltverlag.com/p/mensch-lern-das-und-frag-nicht>

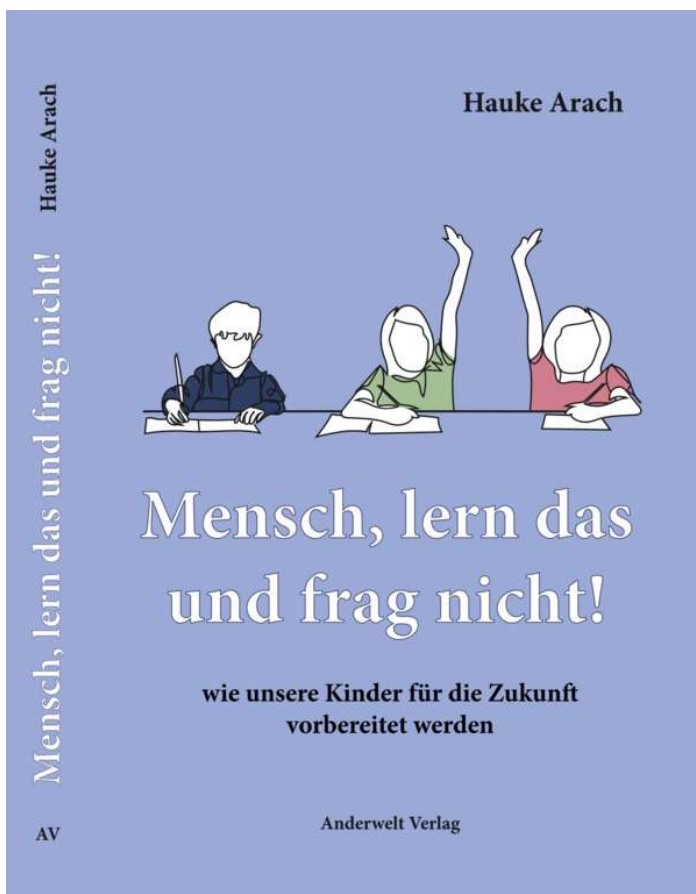


Dieser Beitrag erschien zuerst auf anderweltonline.com

Zum Autor:

Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des [Anderwelt-Verlages](#) und Herausgeber von [AnderweltOnline.com](https://anderweltonline.com)

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/e-autos-wir-fahren-mit-braunkohle/>



Die Kritik an unserem Schulsystem hat in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen, immer mehr Eltern wollen ihre Kinder diesem System nicht mehr bedingungslos aussetzen und starten Initiativen zur Gründung von Privatschulen.

Wissenschaft, so die Kritik, werde nicht mehr als Diskurs vermittelt, sondern als eine nicht zu hinterfragende Wahrheitsverkündung.

Der Autor ist seit Jahren an der pädagogischen Front und zeigt an konkreten Beispielen aus Schulbüchern zu Geschichte, Biologie, Erdkunde und Politik, was unsere Jugend nach den Vorstellungen der Bildungspolitik lernen soll, und, vor allem, was ihr vorenthalten wird.



Anderwelt Verlag

12,90 (D)

AV

Mensch, lern das und frag nicht!

Hauke Arach

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) FDP im „Ampel-Modus“ – Kubicki und seine „gesponserte Luxuskreuzfahrt“

30. 11. 2023



„MS Europa 2“ (251 Suite-Kabinen, sieben Restaurants, mehrere Pools, 3D-Kino, Theater)
Bild: Christian Wyrwa

Anhaltende vehemente Kritik gibt es nun anlässlich der Karibik-Luxuskreuzfahrt von Bundestagsvize Wolfgang Kubicki.

Kubicki reiste, samt Gattin, angeblich als Gegengeschäft für einen Auftritt als Autor kostenlos auf dem Karibik-Luxus-Kreuzfahrtschiff.

„Fragwürdiger Auftritt“ auf Kreuzfahrtschiff

Wer das Amt des stellvertretenden Bundestagspräsidenten ausübe, habe eine gewisse Vorbildfunktion, erklärte ausgerechnet die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Mihalic, gegenüber dem [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#).

Ähnlich äußerte sich SPD-Fraktionsvize Miersch. Dazu. Zuvor hatte CSU-Generalsekretär Huber gegenüber der [Bild erklärt](#), Kubicki fehle jedes Gespür angesichts einer Luxus-Kreuzfahrt, die mehr koste, als die meisten Deutschen im Monat verdienen. Hierbei dürfte die SPD wieder einmal gewaltig an der Realität vorbeischrappen, was die Einkünfte der Bürger betrifft. Vielmehr wurde in Zusammenhang mit der Luxusreise in einigen Medien bereits eine Summe von knapp 100.000 Euro kolportiert.

Die Organisation Lobby Control nannte den Vorgang problematisch.

Reise sei im „üblichen Rahmen“

Kubicki verteidigte freilich seine Reise. Es sei üblich, dass neben Kost und Logis auch die Anreise übernommen werde. Nun jedoch mit Maß und Ziel, was hierbei klar den üblichen Rahmen zu sprengen scheint.

Den Hinweis auf seinen Vorbildcharakter relativierte der FDP-Vize. Vizekanzler Habeck von den Grünen sei für ihn auch kein Vorbild.

Kubicki war als Autor Gast einer Talkshow an Bord eines Karibik-Kreuzfahrtschiffs. Nach Angaben von *Bild* waren er und seine Frau acht Tage lang unterwegs gewesen. Überdies hatte Kubicki zu Gunsten der Luxusreise auch noch den FDP-Parteitag in Schleswig-Holstein „geschwänzt“ was freilich die Parteikollegen wenig erfreute.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Organspendengesetz neu – kein Widerspruch zu Lebzeiten somit Recht zur Entnahme gefordert

30. 11. 2023



Bild: gesundheit.gv

So kurz wie „schockierend“ gesagt beinhaltet die Forderung nach einem neuen Organspende-Gesetz die „simple Tatsache“, dass wer zu Lebzeiten nicht widerspricht, dem dürfen Organe entnommen werden.

Von einigen Bundesländern gefordert

Mehrere Bundesländer forderten nunmehr die Bundesregierung auf, ein neues Gesetz für Organspender vorzulegen. Demnach sollen alle hirntoten Patienten automatisch zu Organ Spendern werden, sofern sie zuvor (also quasi zu Lebzeiten) nicht ausdrücklich widersprechen würden.

Seite E 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Ein diesbezüglich neues Organspende-Gesetz über die sogenannte „Widerspruchslösung“ beantragten Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen am 24. November im Bundesrat. Nach einem Bericht des [Ärzteblatts](#) vom 24. November wollten die drei Bundesländer damit die Zahl der Organspenden erhöhen.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/147616/Laenderinitiative-fuer-mehr-Organ Spenden-durch-Widerspruchsloesung>

„Umgekehrter Fall“ soll angestrebt werden

Nach aktueller Rechtslage können einem Verstorbenen nur dann Organe entnommen werden, wenn er sich damit zu Lebzeiten einverstanden erklärt hat, sich also de facto als Organspender deklariert. Dies muss dann aber auch schriftlich vorliegen.

Bei fehlender Erklärung könnten allerdings auch jetzt schon die Angehörigen des Verstorbenen „in seinem Sinne zustimmen“, erläuterte das Ärzteblatt das geltende Recht.

Die geltende Lösung sei allerdings gescheitert, habe der Gesundheitsminister von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann von der CDU, erklärt. Nach seiner Auffassung wäre die Zahl der bereitwilligen Spender viel zu niedrig. Zurzeit warteten in der Bundesrepublik 8.500 Patienten auf eine Organspende. Die Zahl der Bundesbürger mit Spenderausweis nannte das Ärzteblatt jedoch nicht.

Jedenfalls sei die Anzahl für Laumann „nicht akzeptabel“. Ganz ähnlich sehe das der baden-württembergische Gesundheitsminister Manfred Lucha von den Grünen. Die Zahl der Organspenden würden seit zehn Jahren auf einem „beschämend niedrigen Niveau“ stagnieren.

Beschämend niedriges Niveau an Organspenden

Kai Klose, grüner Gesundheitsminister in Hessen, wies auf den Widerspruch zwischen der, nach seiner Bewertung hohen Spendenbereitschaft, und dem tatsächlichen niedrigen Organspendenergebnis hin. Weil die Menschen ihm zu Folge ja schließlich bereit seien, Organe zu spenden, brauche man laut Klose eine neue Regelung. Diesbezüglich fordere der grüne Minister auch zeitgleich ein Zentralregister für Organspenden und insgesamt „bessere Strukturen“.

Bereits im Jahr 2020 habe der Bundestag über ein Gesetzesvorhaben zur Verstärkung der Organspenden entschieden. Der entsprechende konkrete Gesetzesentwurf habe aber zu der Zeit keine Mehrheit gefunden. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, der das Gesetz schon 2020 unterstützt habe, begrüße nun die neue Länderinitiative, so das *Ärzteblatt*. Die Fachausschüsse würden bereits über die neue Gesetzesvorlage mit der Widerspruchslösung beraten.

Seit dem Krieg in der Ukraine mehren sich allerdings auch [Berichte](#), wonach mit den Organen der, in der Ukraine gefallenen Soldaten, Handel betrieben würde, unter anderem auch in Deutschland. Der wohl berechtigten Frage, wofür man heutzutage überhaupt so viele Organe benötigt, wird jedoch in dieser Debatte zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

<https://freedert.online/kurzclips/video/176759-patruschew-ukrainische-soldaten-werden-als-organspender-missbraucht/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Klimaschutz: Die Ampel entsendet über 250 Mitarbeitern zur Weltklimakonferenz nach Dubai

29. 11. 2023



Am Donnerstag startet die Weltklimakonferenz in Dubai. Der Weltklimagipfel dauert vom 30. November und bis zum 12. Dezember. Dass natürlich der Weltenretter Nr.1, das bunte Deutschland, dort großspurig vertreten ist, versteht sich von selbst. Erstaunlich jedoch die Anzahl der Klimaretter, die dafür beinahe zwei Wochen in das Emirat einreisen: Etwa 250 Personen werden auf Staatskosten sich dort wichtigmachen. Ein netter Urlaub für Günstlinge der rot/grünen Ampel.

Um die Kosten des Trips hält man sich bedeckt, man schweigt diskret, so [bild.de](https://www.bild.de) unter Berufung aus einer Unions-Anfrage an Jennifer Morgan, die Klima-Staatssekretärin im Außenministerium von Annalena Baerbock.

Die deutsche Delegation setzt sich demnach wie folgt zusammen:

- 40 Mitarbeiter aus dem Kanzleramt
- 48 Mitarbeiter aus dem Wirtschaftsministerium
- 60 Mitarbeiter aus dem Außenministerium
- 25 Mitarbeiter aus dem Umweltministerium
- 36 Mitarbeiter aus dem Entwicklungsministerium
- Sieben Mitarbeiter aus dem Finanzministerium
- Fünf Mitarbeiter aus dem Gesundheitsministerium
- Fünf Mitarbeiter aus dem Landwirtschaftsministerium
- Vier Mitarbeiter aus dem Verkehrsministerium

Seite E 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Aber halt, das ist noch nicht alles: Dazu kommen noch Mitarbeiter der Bundesbank, vom Deutschen Wetterdienst, vom Umweltbundesamt, vom Thünen-Agrarinstitut und Personenschützer für die Delegation. Insgesamt sind es weit über 250 Mitarbeiter. Wieviel die Reise insgesamt kostet, wurde natürlich nicht beantwortet. Auch das versteht sich von selbst.

Bleibt zu hoffen, dass die Herrschaften noch vor dem Abflug die Flugscham ob des hohen CO2 Ausstoßes, den so ein Ausflug mit sich bringt, überwinden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Beschämend. Von Ed Koch



Beschämend

Als im Oktober 2021 **Gil Ofarim** bekanntgab, dass ihn ein Mitarbeiter in einem Leipziger Hotel beim Einchecken aufgefordert habe, seine Halskette mit dem Davidstern abzulegen, war wohl bei den meisten Menschen die Reaktion „Das darf doch wohl nicht wahr sein!“ Und wo sonst als in Sachsen kann einem das passieren.

Warum sollte man auch Zweifel an der Aussage des Sohns von **Abi Ofarim** (1937-2018) und dessen dritter Ehefrau **Sandra Hirt** haben. **Abi & Esther Ofarim** waren in den 1960er Jahren ein angesagtes israelisches Gesangsduo. Die Karriere von **Gil Ofarim** blieb bislang weit hinter den Erfolgen seines Vaters zurück. Daran wird sich künftig nichts ändern, nach Ofarim gestern eingestand, dass er sich die Geschichte ausgedacht habe. Wer will diesen Mann noch auf die Bühne lassen?

Wir haben alle die damaligen Reaktionen noch vor Augen, die Demonstrationen vor dem Hotel, den Shitstorm, den der Hotelmitarbeiter ertragen musste. Selbst als immer mehr Zweifel aufkamen, weil auf den Überwachungsvideos kein Davidstern zu sehen war, glaubten viele an die Version von Ofarim. Und er selbst wich von seiner Darstellung nicht ab.

Zwei Jahre lang hielt sich die Geschichte in den Medien, und seien wir ehrlich, viele glaubten Ofarim mehr als dem Hotelangestellten, denn so etwas denkt sich doch niemand aus. Überlassen wir es den Psychologen, herauszufinden, welche Persönlichkeitsstörung Herr Ofarim hat, um so eine miese Show abziehen zu müssen.

In einer Zeit, in der sich jüdische Mitbürger nicht mehr trauen, den Davidstern sichtbar zu tragen und die Kippa unter einem Basecap verbergen, ist der Fall Ofarim Wasser auf die Mühlen derer, die einem Juden so und so nichts glauben und dem Staat Israel schon gar nicht. Es ist für diese Menschen einfacher zu glauben, dass die Hamas eine Freiheitsbewegung ist und man sich gegen Israel wehren muss, indem man Geiseln nimmt und Babys den Kopf anschlägt.

Falls Interesse besteht, hier die ganz traurige Geschichte des **Gil Ofarim**, der das normale Leben, das der Hotelangestellte führte, von einer Sekunde auf die andere zerstört hat, was mit Geld und einer Entschuldigung nicht wieder gutzumachen ist.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article248771048/Gil-Ofarim-Verteidiger-bearbeiteten-ihntagelang-seine-Luege-zu-offenbaren.html>

Am Montagabend fand endlich ein klares Solidaritäts-Statement der Kulturschaffenden für Israel statt. Dazu bedurfte es der Initiative zweier jüdischer Mitbürger, des Pianisten **Igor Levit** und des Publizisten **Michel Friedman**, 50 Tage nach dem Hamas-Massaker in Israel. Wie schön wäre es doch gewesen, wenn **Thomas Gottschalk** und **Günther Jauch** so eine Initiative ergriffen hätten und das Konzert zeitgleich auf allen Sendern live ausgestrahlt worden wäre. Nun muss man die rund vierstündige Aufzeichnung von Montag in der ARD-Mediathek suchen.

Die Liste der Mitwirkenden ist lang, und jede und jeder verdient es, erwähnt zu werden: **Margot Friedländer**, **Wolf Biermann**, „Die Toten Hosen“, **Michel Friedman**, **Dunja Hayali**, **Malakoff Kowalski**, **Cosima Soulez Larivière**, **Joana Mallwitz**, **Simon Bode**, **Jens Harzer**, **Tim Mälzer**, **Luisa Neubauer**, **Ulrich Noethen**, **Sven Regener**, **Alexander Scheer**, **Maria Schrader**, **Katharina Thalbach**, **Christian Thielemann**, **Jörg Widmann** und **Paul Zichner**.

Wie schwer muss es der 102 Jahre alten **Margot Friedländer** gefallen sein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Sie ist 2010 in ihre Heimatstadt zurückgekehrt und muss jetzt miterleben, dass sich ständig tausende von Israel-Feinden in Demonstrationen zusammenscharen, während Solidaritätskundgebungen für Israel selten stattfinden und nur mäßig Zulauf erhalten.

Es ist beschämend, wie sich die Stadt präsentiert, in der der millionenfache Mord an jüdischen Menschen mit industriellen Mitteln der Vernichtung beschlossen wurde.

Umso mehr ist denen zu danken, die auf die Straße gehen oder dagegen ansprechen. Dass die Klimaaktivistin **Luisa Neubauer** im Berliner Ensemble dabei war, ist ihr hoch anzurechnen, zumal dies als deutliches Zeichen gegen die verwirrenden Aussagen der Fridays-For-Future-Gründerin **Greta Thunberg** gewertet werden kann.

Der Schaden, den Ofarim und Thunberg angerichtet haben, ist nicht wieder zu reparieren.

Ed Koch

09) Grüne Europa Spitzenkandidatin als ultimative Antifa-Sympathisantin

27. 11. 2023



Bild; European Parlament, CC BY 2.0 , via Wikimedia Commons (bearbeitet)

Die frisch gekürte Grünen-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Terry Reintke, posierte höchst provokant wie selbstbewusst mit einer Antifa-Flagge im Europaparlament.

Die 36-Jährige wird angeblich als nächste EU-Kommissionspräsidentin gehandelt.

Entlarvende Fotografien von Parteikollegen

Von 23. bis 26. November fand der Grünen-Parteitag in Karlsruhe statt. Die alten Parteichefs [Ricarda Lang](#) und [Omid Nouripour](#) wurden beide wiedergewählt. Als Spitzenkandidat für die Europawahl entschied man sich für ein eher unbekanntes Gesicht, die aus dem Ruhrgebiet stammende 36-jährige Terry Reintke.

In ihrer Bewerbungsrede kündete sie allen voran an, gegen eine Verschärfung der Migrationspolitik kämpfen zu wollen, „*unser Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit endet nicht an den europäischen Außengrenzen.*“

Weiter möchte sie „mit aller Kraft gegen einen europäischen Rechtsruck“ kämpfen. Die Parteien rechts der EVP (Europäische Volkspartei) bezeichnete Reintke pauschal wie plakativ als „Rechtsextreme“ und „Faschisten“. Der EVP warf sie vor, nicht zu wissen, ob sie mit Demokraten den Kompromiss suchen oder mit „Rechtsextremisten“ die Axt an den „Green Deal“ legen wolle. Sie werde die Liberalen und Konservativen stets daran erinnern, dass „nie wieder“ bedeute, nicht mit „Faschisten“ zusammenzuarbeiten, egal wo.

Allerdings scheint Reintke erwartungsgemäß keine großen Probleme mit Extremismen aus dem linken Spektrum zu haben. Ein Bild zeigt sie gemeinsam mit den Parteikollegen Jan Albrecht und Ska Keller hinter einer Antifa-Flagge im EU-Parlament posierend. Das Bild wurde 2014 auf dem offiziellen Account von Ska Keller auf X gepostet. Keller erwähnt Terry Reintke in ihrem Tweet namentlich.

Ein weiteres Bild, das von Reintke auf ihrem X-Account gepostet wurde, zeigt die Grünen-Politikerin selbst bei einer Antifa-Demo in Dortmund im Jahr 2018. Die Grüne Jugend Dortmund hatte sich an einer Gegendemonstration unter dem Motto „Dortmund, bunt statt braun“ beteiligt. Auf dem Banner der Organisation stand, „kein Huf breit dem Faschismus“. Reintke kommentierte das Foto auf Twitter mit den Worten, „Und alle so, ANTIFA! Wir stellen uns in Dortmund den Nazis in den Weg. Gegen den Rechtsruck in Europa!“

In ihrer Position hat Reintke gute Chancen auf einen etwaigen Posten als EU-Kommissarin, falls die deutsche Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht erneut kandidieren sollte. Die Grünen haben momentan das Vorschlagsrecht für den Sitz des deutschen Kommissars

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) KW 47 (20. – 26.11.2023). Brauch ich nicht! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-29

26. November 2023

48. Jahrgang

KW 47 Brauch ich nicht!



Foto: Crataegutt

Kennen Sie diese nervige Dame aus dem Werbefernsehen, die an einem Aufzug vorbeigeht und in die Kamera trötet: „Brauch ich nicht!“ Dank **Crataegutt**, einer „pflanzlichen Unterstützung für Herz und Kreislauf“ braucht sie weder einen Aufzug noch eine Parkbank zum Ausruhen. Bravo. Das schaffen viele auch ohne Unterstützung der Pharmaindustrie.

An den Satz „Brauch ich nicht!“ musste ich in dieser Woche besonders häufig denken, zum Beispiel, als die CDU mit dem Klassiker „Magnetschwebbahn“ um die Ecke kam. Sofort meldeten sich alle möglichen Pro- und Contra-Experten. Ich würde mich mehr darüber freuen, wenn auf einem U-Bahnhof nicht die Durchsage zu hören wäre, dass irgendwo ein Schaden am Stellwerk für die Einstellung des Zugverkehrs gesorgt hat. Immer seltener fahrende, dafür umso vollere Busse, braucht auch niemand. Dann doch lieber ein Flugtaxi, aber noch sind wir nicht so weit.

Olympiabewerbung? Wo sollen bitte die Athleten wohnen? Ein neues olympisches Dorf, das anschließend dem Wohnungsmarkt zugutekommt? Tolle Idee. Die Bewerbung bezieht sich auf das Jahr 2036. Daran würde mich vor allem stören, dass Bezüge zu 1936 hergestellt würden. Vielleicht aber heißt der Bundespräsident dann **Björn Höcke**, würde doch passen.

Geert Wilders hat in den **Niederlanden** schon jetzt das Ziel erreicht, das Höcke in **Thüringen**, passenderweise für den „Antikriegstag“, den 1. September 2024, anstrebt. Umfragen zufolge liegt die AfD in Thüringen bei 34 Prozent, zwölf Punkte vor der CDU und 14 vor der Linken, die noch den Ministerprä-

sidenten stellt. Über Splitterparteien wie SPD, Grüne und FDP muss man in Thüringen kein Wort verlieren. Auf Bundesebene trennen CDU und AfD gerade mal noch neun Prozent, 31 zu 22. Das ist fast das Ergebnis, was Wilders in den Niederlanden verbuchen konnte, 23,6 Prozent.

Was ist bloß los in Europa. Finnland, Schweden, Italien, Ungarn, überall befinden sich Rechtspopulisten in der Regierung, und in Polen wollen sich trotz Wahlniederlage die Rechten nicht, Achtung Wortspiel: **verpissen**. 2024 stehen in **Österreich** Wahlen an, die FPÖ liegt derzeit mit 29 Prozent auf Platz Eins, vor SPÖ 25 und ÖVP 23 Prozent.

In **Frankreich** muss **Marine Le Pen** mit ihrer rechten „Nationalen Sammlungsbewegung“ auf eine neue Chance bis 2027 warten. 2022 landete die Partei mit knapp 19 Prozent auf Platz drei, derzeit liegt sie in Umfragen auf Platz Eins mit 26 Prozent. Während **Emmanuel Macron** 2027 nicht wieder als Präsident kandidieren darf, kann Le Pen erneut antreten.

Rechtsextreme in Deutschland und Europa? Brauch ich nicht!

Der **Berliner Kurier** meldete am 23. November, dass beim für **Rechtsextremismus** zuständigen Staatsschutz rund 300 Verfahren liegen geblieben sind. „Nun ermittelt die Polizei gegen Kollegen in den eigenen Reihen. Politiker verlangen Aufklärung.“

Als habe man einen Fuchs in einen Hühnerstall geworfen, so reagieren die Koalitionäre der Ampel auf das 60-Milliarden-Urteil aus Karlsruhe. Es ist nicht zu glauben, dass es keinen Plan B gab, denn so unwahrscheinlich war der Richterspruch nun auch nicht. Nun steht mal wieder die **Schuldenbremse** auf dem Spiel, die offenbar mehr Fluch als Segen ist. Für eine Lockerung dieser Schuldenbremse sprechen sich laut ZDF-Politbarometer lediglich 35 Prozent aus, 61 Prozent wollen sie unverändert erhalten.

Ist beispielsweise die **Gas- und Strompreisbremse** fast einem Drittel der Bevölkerung egal? Finanzminister Lindner will zum Jahresende den Fuß von der Bremse nehmen. Gas- und Strompreise sind inzwischen zwar wieder gesunken, aber doch wohl auch wegen der Bremse. Kluge Äußerungen hört man aus **Rentnerkreisen**, denen das Wiederhochsetzen der Mehrwertsteuer bei Restaurantbesuchen wenig ausmacht. „Dann gehen wir eben einmal weniger in ein Restaurant“, lautet die Parole. Tolle Idee, es könnte nur sein, dass, wenn viele so handeln, an der Tür des Lieblings-Griechen, -Kroaten oder -Italiens ein Schild zu lesen ist, auf dem steht „Geschlossen!“

1



Von allem, was wir nicht brauchen, wären allerdings die Energiebremse und die ermäßigte Mehrwertsteuer bei Restaurantbesuchen zwei wenig verzichtbare Punkte.

Kein Mensch braucht hingegen einen neuen **Bahnstreik**. Ehrlich gesagt, zweifle ich an dem Verstand der Verhandler. Ist es unter erwachsenen Menschen nicht möglich, einen Kompromiss zu erzielen? Das schafft ja in Einzelfällen sogar die Ampel-Regierung. Wir alle sind bei den Verhandlungen nicht dabei. Was für eine Atmosphäre muss aber herrschen, wenn der kleinste Gewerkschaftsboss mit dem größten Mundwerk die Gegenseite ständig beleidigt?

Ich weiß nicht, wie viele Filme ich schon über mit **Napoleon** gesehen habe. Warum es jetzt sein musste, sein Leben in zweieinhalb Stunden noch einmal zu erzählen, weiß ich nicht. Nach allem, was zu lesen ist, braucht diesen Film kein Mensch. „Rein historisch ist der Film eine absolute Katastrophe.“, sagt der Historiker **Thomas Schuler**. Im Film schaut Napoleon bei der Hinrichtung von **Marie-Antoinette** 1793 in Paris zu. „Das Problem ist nur: Der echte Napoleon befand sich zu diesem Zeitpunkt in Südfrankreich, nicht in Paris.“ Selbst das im Film erwähnte Geburtsdatum stimmt nicht, er kam nicht im Februar 1768, sondern am 15. August 1769 zur Welt. 200 Millionen Dollar verpulvert.

Was auch niemand braucht, sind diese unsäglichen **Kriege in der Ukraine und Israel**. Wie ein ungezogenes Kleinkind feuert Putin seine iranischen Drohnen weiterhin auf Kiew ab. Und in Israel führen die Hamas-Terroristen den jüdischen Staat am Nasenring durch den Gaza-Streifen, feilschen um jede einzelne Geisel und bekommen dafür in doppelter Anzahl rechtkräftig verurteilte Glaubensgenossen frei. So sehr ich mich über jede gerettete Geisel freue, so sehr widert mich der Preis an, der für ihre Freilassung bezahlt werden muss.

Ein harter Schnitt!

Zum Schluss werfen wir einen Blick auf die unterhaltsame Seite des Lebens. **Thomas Gottschalk** kämpfte sich durch seine letzte „Wetten, dass...?“-Sendung. Unglaublich: Das „aktuelle Sportstudio“ konnte fast pünktlich anfangen, weil Gottschalk nicht überzog.

Ich bin kein Freund von **Thomas Gottschalk**, sein platter Moderationsstil ist weder informativ noch witzig, eher banal. Dennoch habe ich vermutlich alle Sendungen gesehen, und erinnere mich vor allem an die ersten Jahre mit **Frank Elstner** gern zurück.

Auch **Wolfgang Lippert** und **Markus Lanz** haben mich davon nicht abgehalten, sie waren teilweise angenehmer als dieser unglaubliche Selbstdarsteller aus Bamberg. „Wetten, dass...?“ ist ein Format, an das alle anderen Sendungen nicht herankommen, was vor allem an der Mischung aus Talk, Show und Spannung liegt.

Auch in der letzten Sendung wurden grandiose Wetten präsentiert. Wie kann man Hähne an ihrem Gekrächzte erkennen oder einen Hund dazu bringen, Zahlen zu erkennen oder anhand von Strichcodes feststellen, um welche Wette es sich aus früheren Sendungen handelt? Unglaublich, aber wahr.

Auch die Mischung der Gäste auf dem legendären Sofa bekommt man nicht so schnell zusammen. Dass Gottschalk sich bei den Namen mehrmals verhaspelte, war peinlich, aber er darf das. Bedächtig schritt er durch den Saal, eben wie ein älterer Mann, mit dem man fast schon Mitleid haben kann. Ja, es wird Zeit für ihn, in den Ruhestand zu gehen, was er natürlich nicht macht, sondern bei privaten Sendern weiterhin seine Rente aufbessern wird.

Der musikalische Teil war es immer schon wert, sich die Show anzusehen. **Take That**, nur noch zu dritt, präsentierten ihren Klassiker „Back for Good“ und **Helene Fischer** stellte eine Neufassung von „Atemlos“ mit der Rapperin **Shirin David** vor. Mein persönliches Highlight war nach dem Auftritt von **Cher**, als **Stefanie Stappenbeck** und **Jan-Josef Liefers** „I Got You, Babe“ sangen.



Am Ende holte **Mike Krüger** Gottschalk mit einem Bagger ab, der ihn aus dem Saal fuhr. Die Schlussworte durfte **Frank Elster**, der Erfinder der Show, sprechen, der sich bei Gottschalk bedankte, für 154 Sendungen. Trotz der vielen dummen Sprüche bleibt „Wetten, dass...?“ ein wichtiger Teil deutscher Fernsehunterhaltung. Hoffentlich gibt es in zehn Jahren nicht eine Neuauflage mit **Kai Pflaume**.

Ed Koch

11) Den Bock zum Gärtner gemacht- Windkraft höchst fragwürdig

26. 11. 2023



Bild: Nationalpark Bayerischer Wald

Neue Daten erhärten skurrile Wechselwirkung zwischen dem angeblich menschengemachten Klimawandel und den eingeleiteten grünen Gegenmaßnahmen.

Zusammenhang zwischen Borkenkäfer-Plage und Windrädern

So skurril es in erster Betrachtung erscheinen mag, ein nicht unerheblicher Einfluss der in Deutschland bereits errichteten Windkraftanlagen auf die derzeit grassierende Borkenkäfer-Plage in unseren Wäldern kann nun nicht mehr ausgeschlossen werden.

Demnach wurde „eine Übereinstimmung zwischen der vermehrten Trockenheit der letzten 17 Jahre und der seither zunehmenden Inbetriebnahme großer Windparks in Deutschland festgestellt“, bemerkte dazu ein Sprecher des Meteorologischen Institutes Leipzig.

Die aktuell noch laufende Studie stütze sich auf die Datenlage einer, bereits 2018 erschienenen Arbeit des Max-Planck-Instituts und der Harvard Universität, wonach eine Erwärmung des Binnenklimas in den USA durch bereits errichtete WKAs als zweifelsfrei gesichert nachgewiesen werden konnte.

Wie aus den Vergleichsdaten hervorgehe, bremsen bereits die, in der Nordsee befindlichen Offshore-Anlagen, feuchte maritime Luftmassen und lassen einen Großteil der für unser Binnenklima zuständigen Wolken bereits über dem Meer abregnen.

Eine veränderte Luftdrucksituation, die sich scheinbar überall dort wiederhole, wo es auch Windparks im Landesinneren gibt.

Windräder verursachen Trockenheit

Das hieße also, Windräder und Trockenheit bedingen einander auf skurrile Weise. Als trauriges Beispiel solcher anthropogenen Einflüsse zogen die Forscher den Harz heran, der

Seite E 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

bekanntlich von allen Seiten von WKAs umgeben ist. Flachwurzler wie die Rotfichte leben allerdings vom Regen. Sie ist wohl deshalb am auffälligsten befallen, weil sie aufgrund des Wassermangels nicht mehr ausreichend die Gänge des gefürchteten Kupferstechers und des Buchdruckers verharzen kann.

Nun prüfen Forscher Hinweise, wonach das Immunsystem der Fichtenbestände durch bereits errichtete Windkraftanlagen beeinträchtigt ist.

Nach Angabe der Experten kommt es im lokalen Bereich zusätzlich zu einer vertikalen Luftverteilung, wonach die Verdunstungsfeuchte der Böden durch eine Verwirbelung der Rotorblätter nach oben gebracht und trockene Luft auf den Boden gedrückt werde.

Was somit der weniger werdende Regen nicht schafft, nämlich das Absinken des Grundwasserspiegels, das würde dann der Luftsog der Rotoren zusätzlich verstärken.

Sollte sich also diese Datenlage verdichten und damit der Verdacht, der angeblich menschengemachte Klimawandel würde durch die eingeleiteten grünen Gegenmaßnahmen erst richtig Fahrt aufnehmen.

Das Windrad wäre daher aus ökologischen Gründen nicht mehr tragbar und müsste über kurz oder lang aus der Energiewende ausscheiden. Bereits errichtete Windparks müssen dann zurückgebaut werden, was allerdings ein neues Problem auf den Plan rufen wird, Bestandteile der Windräder können derzeit noch nicht umweltgerecht entsorgt werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Besuch aus Frankreich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-28

25. November 2023

48. Jahrgang

Besuch aus Frankreich

Am 23. und 24. November 2023 besuchte der Präsident des französischen Senats **Gérard Larcher** in Begleitung der Senatoren **Cédric Perrin**, **Jean-François Rapin**, **Audrey Linkenheld** und **Ronan Le Gleut** Berlin.

Der Senat ist vergleichbar mit unserem Bundesrat und Larcher nach Staatspräsident **Emmanuel Macron** die Nummer Zwei in Frankreich.



Foto: Bundesrat | Steffen Kugler

Die amtierende Bundesratspräsidentin und Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, **Manuela Schwesig**, begrüßte ihren Amtskollegen vor dem Bundesratsgebäude am 24. November.



Die französische Delegation auf der Tribüne des Plenarsaals des Bundesrats. Foto: Bundesrat | Steffen Kugler

Larcher wurde mit seiner Delegation während der Plenarsitzung des Bundesrates begrüßt. Im Anschluss führte er Gespräche mit der Präsidentin **Manuela Schwesig** sowie der Vize-Präsidentin **Anke Rehlinger**.

Tags zuvor, am 23. November, besuchte **Gérard Larcher** gemeinsam mit **Manuela Schwesig** das Mahnmal der ermordeten Juden Europas, wo er einen Kranz niederlegte.



Foto: Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern

Nach der Kranzniederlegung sagte **Manuela Schwesig**: „Deutschland und Frankreich sind heute enge Freunde. Uns verbindet inzwischen eine langjährige Partnerschaft. Wir trauern gemeinsam um die Millionen Juden, die in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt und ermordet wurden. Deutschland hat in der Zeit von 1933 bis 1945 schwerste Schuld auf sich geladen. Daraus resultiert eine Verantwortung für die Zukunft. Wir müssen alles dafür tun, dass sich das, was damals geschah, nie wiederholt. Deutschland und Frankreich treten gemeinsam für Demokratie, Freiheit und Toleranz ein.“ Danach führten Schwesig und Larcher ein Gespräch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, **Dr. Felix Klein**.



Foto: Abgeordnetenhaus Berlin

Es war nicht Larchers erster Besuch in Berlin. Vom 22. bis zum 23. März 2018 war er auf Einladung des damaligen Präsidenten des Bundesrates und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, **Michael Müller**, mit einer Delegation in Deutschland. In Berlin besuchte er auch das Abgeordnetenhaus und wurde von Präsident **Ralf Wieland** empfangen.

Gérard Larcher ist seit 2008 Präsident des Senats mit einer Unterbrechung von 2011 bis 2014. In Deutschland übernimmt für jeweils ein Jahr ein Ministerpräsident das Amt des Bundesratspräsidenten.

1



Vor der Heimreise nach Paris besuchten Präsident Larcher und die Senatoren die Berlin Dependence von **Schneider Electric** auf dem **EUREF-Campus**. SE gehört zu den bedeutendsten französischen Unternehmen, nicht nur im eigenen Land, sondern weltweit. 1836 gründeten **Adolphe** und **Eugène Schneider** den Konzern, der heute rund um den Globus über 150.000 Menschen beschäftigt und in 100 Ländern vertreten ist.



Für den ersten Neubau auf dem EUREF-Campus Berlin übergab **Reinhard Müller** am 9. Juni 2013 die Schlüssel an Schneider Electric. In den neuen EUREF-Campus Düsseldorf zieht SE als Ankermieter im kommenden Jahr mit seiner Deutschlandzentrale und rund 750 Beschäftigten ein.

SE bietet digitale Energie- und Automatisierungslösungen für Effizienz und Nachhaltigkeit und kombiniert weltweit führende Energietechnologien, Automatisierung in Echtzeit, Software und Services zu integrierten Lösungen für Häuser, Gebäude, Datacenter, Infrastrukturen und Industriezweige.

Im [paperpress-Newsletter](#) vom 9. Juni 2013 gingen wir der Frage nach: „Wie kam Schneider Electric eigentlich zu EUREF? Schließlich hat **Reinhard Müller** keine Zeitungsanzeige geschaltet, in der stand, suche Mieter. **Rada Rodriguez** (damals Vorsitzende der Geschäftsleitung von SE) und **Reinhard Müller** erinnern sich für uns. Schneider Electric war auf der Suche nach einem geeigneten Standort in Berlin und wandte sich voller Vertrauen an BerlinPartner. Obwohl EUREF dort gelistet war, bot man Schneider nur Standorte an, die ungeeignet waren. Schließlich kam

- wie so oft im Leben - der Zufall ins Spiel. Und dieser hieß **Friedbert Pflüger**, ehemaliger CDU-Politiker und heute erfolgreicher Unternehmer, der auf **Klaus Wedemeier**, ehemaliger SPD-Bürgermeister von Bremen und heute Repräsentant von Schneider Electric, stieß. Pflüger wusste gleich, dass der EUREF-Campus genau das ist, was Schneider sucht und braucht. Alles Weitere ging dann seinen Weg.“



In perfektem Französisch begrüßte EUREF-Vorstandssprecherin **Karin Teichmann** die Delegation des französischen Senats und führte die Gruppe über den EUREF-Campus zu den Highlights Energiewerkstatt und zeeMobase.



Das besondere Interesse galt natürlich den Aktivitäten von Schneider Electric.



Gruppenbild mit Dame bei Schneider Electric: v.l. Senator **Ronan Le Gleut**, **Hugues de Jarcy** (SE), Senator **Jean-François Rapin**, Senatorin **Audrey Linkenheld**, **Alexander Söchtig** (SE), Präsident **Gérard Larcher**, **Matthias Bölke** (SE) und Senator **Cédric Perrin**.

Ed Koch

auch Fotos auf dieser Seite

13) „Seltsame Explosion“ von „Psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen“

23. 11. 2023



Bild: facebook

Mindestens die Hälfte der Flüchtlinge in Deutschland wird als psychisch krank deklariert. Meist leiden sie laut Definition angeblich unter posttraumatischen Belastungsstörungen PTBS (40 bis 50 Prozent) oder unter angeblichen Depressionen (50 Prozent).

Auch bei Flüchtlingskindern in Deutschland sind neuerdings Erkrankungen aufgrund traumatischer Erlebnisse besonders häufig „festgestellt worden“.

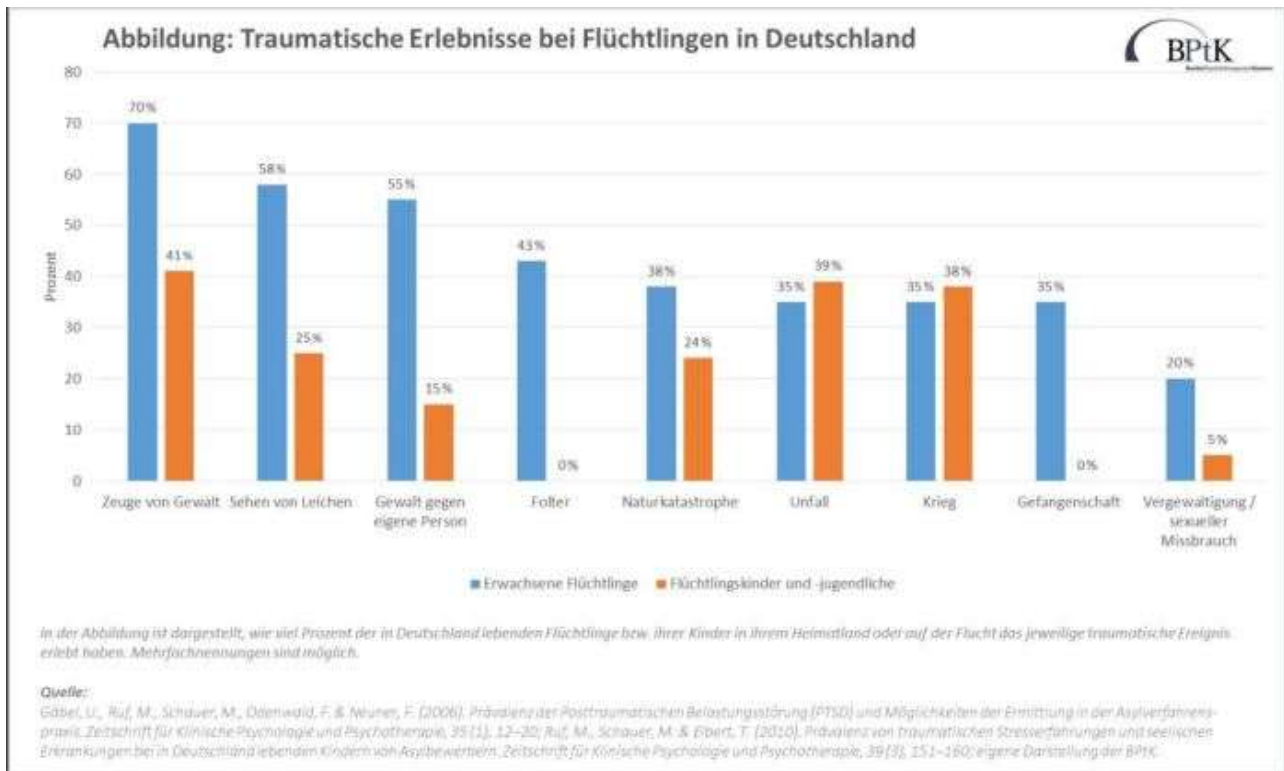
Dieses „Faktum“ sorgt offenbar auch in den meisten Fällen von Asylstraftätern dafür, dass diese entweder straffrei ausgehen oder mit sehr milden Bestrafungen „davonkommen“.

Jedes fünfte dieser Kinder ist also an einer PTBS erkrankt.

Das ist somit 15 Mal häufiger als bei Kindern, die in Deutschland geboren wurden. Dies sind nun die zentralen Inhalte des Standpunktes „Psychische Erkrankungen bei Flüchtlingen“, den die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) vorstellte.

Den kompletten Text und einen Überblick über die hierzu zusammengestellten traumatischen Erlebnisse von Flüchtlingen sind im [link](#) bzw. der Grafik nach zu lesen.

https://www.psychotherapeutenkammer-berlin.de/system/files/20150916_bptk_standpunkt_psychische_erkrankungen_bei_fluechtlungen_2_.pdf



Quelle siehe Grafik

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Innovationsaward 2023 an Startups des deutschen und europäischen Mittelstands vergeben.



paperpress

seit 1976



Nr. 619-24

22. November 2023

48. Jahrgang

Innovationsaward 2023 an Startups des deutschen und europäischen Mittelstands vergeben



Gamebook Studio HQ GmbH und **energy robotics GmbH** sind die deutschen Preisträger des jährlich von der **Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)** vergebenen Innovationspreises. Als europäische Vertreter überzeugten die schwedische **Xertified AB** und die spanische **Bio Waste Fiber SL** mit ihrer Bewerbung.

Voraussetzung für eine Nominierung sind mit jährlich wechselndem Schwerpunkt ein besonderes Engagement der Unternehmen in den jeweiligen Märkten sowie innovative erfolgreiche Ideen kombiniert mit sozial verantwortlichem unternehmerischem Handeln. 2023 lag der Fokus auf Startups.

Ralph Weinbrecht und **Angelika Syring** als Bundesvorsitzende der AGS hoben explizit die Rolle und Bedeutung des Mittelstands für die deutsche und europäische Wirtschaft hervor. „Gerade in schwierigen, auch politisch herausfordernden Zeiten ist es umso mehr von Bedeutung, dass wir auf die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer achten. Wir brauchen sie, sie sind wichtig für die wirtschaftliche Stabilität. Auch deshalb arbeiten wir als AGS intensiv mit unseren europäischen Partnern zusammen. Es braucht uns alle“, hob Weinbrecht hervor. Syring ergänzt: „Gründen ist nichts für Weicheier. Unternehmertum braucht Mut. Es ist auch Aufgabe der Politik, hier zu ermutigen und Rahmenbedingungen zu gestalten, die jungen Gründerinnen und Gründern die Lust auf Innovation, auf neues Denken, kreatives Schaffen und Ideen für Morgen machen.“

Bernd Westphal MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, lobte die gute Zusammenarbeit zwischen der AGS als starke Stimme der Selbstständigen. Bundeskanzler **Olaf Scholz** hob in einer Videobotschaft die wichtige Mittler-Rolle zwischen Politik und Wirtschaft hervor.

Dr. Christoph Matznetter, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes wies ebenfalls in einer Videobotschaft auf die enge Zusammenarbeit mit der AGS als Vorbild für andere europäische Partnerorganisationen hin.

Sebastian Roloff MdB als Laudator für die schwedische Xertified AB (<https://xertified.com>): „In einer immer komplexer werdenden Welt spielt die Digitalisierung eine entscheidende Rolle. Damit wächst auch die Bedeutung von Cyber Security. Häufig sind unsere Unternehmen noch unzureichend sensibilisiert. Xertified entwickelt überzeugende Produkte, um auch die Arbeit unserer mittelständischen Unternehmen noch sicherer zu machen.“

Dr. Holger Becker MdB als Laudator für Gamebook Studio HQ GmbH (<https://gamebook.studio>) betonte: „Wir müssen Lust auf Gründung machen. Die Wirtschaft braucht neue Ideen, braucht neue Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Gamebook Studios leisten einen großartigen Beitrag in ihrem Forschen nach der besten Verbindung von Gaming, Story Telling und sozialer Verantwortung.“

Andreas Larem MdB als Laudator für die Energy-Robotics GmbH (<https://de.energy-robotics.com>): „Wir haben hier ein überzeugendes und positives Beispiel, wie Robotik und KI unsere Arbeitswelt erleichtern und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessere Bedingungen schaffen können. Schwere körperliche und gesundheitsgefährdende Arbeiten werden durch Robotik ersetzt – wir brauchen viel mehr solcher Beispiele.“

Cesar Garcia Arnal vom spanischen AGS-Partner UPTA als Laudator der spanischen Bio Waste Fiber SL: „Ich bin begeistert und beeindruckt über den engagierten und unbeirrbaren Einsatz für Nachhaltigkeit der Bio Waste Gründerinnen. Nur wenn wir alle gemeinsam nach neuen Lösungen suchen, um noch mehr für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu tun, werden uns auch sichtbare Erfolge gelingen.“

Als besonderen Gast begrüßte die AGS einen früheren Preisträger, die Worker gUG (<https://worker.de/de/ueber-worker>). Sie entwickelt kreative Lösungen, um Geflüchtete und Unternehmen miteinander in Kontakt zu bringen. Ursprünglich gegrün-



det, um die Situation für Geflüchtete zu verbessern, ist diese Initiative im Kontext des Fachkräftemangels von besonderer Bedeutung.

Die AGS ist die zentrale Kontaktstelle der Partei für Wirtschaft und Mittelstand. Ziel ihrer politischen Arbeit ist es, Marktwirtschaft und soziale Partnerschaft miteinander zu verbinden. Die AGS trägt Wünsche, Anregungen und Sorgen der Wirtschaft in die Partei, die Parlamente und Regierungen hinein und engagiert sich dort für deren politische Umsetzung.

Die AGS arbeitet parteioffen. Jeder Unternehmer, Selbständige oder Manager kann in der Arbeitsgemeinschaft unabhängig von einer Parteimitgliedschaft mitarbeiten. Mitglied der AGS kann nur sein, wer selbständig oder unternehmerisch tätig sowie Mitglied der SPD ist. Mehr als 27.000 Selbständige, Unternehmer und Unternehmerinnen sind Mitglieder in der SPD.

<https://ags.spd.de/>

Quelle: AGS

15) KW 46 (13. – 19.11.2023). Der Schlechte-Laune-Report. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-22

19. November 2023

48. Jahrgang

KW 46

Der Schlechte-Laune-Report

Alkohol ist keine Lösung. Sich zu betrinken, bringt nur Kopfschmerzen und dann ist die Laune noch schlechter als ohnehin. Inzwischen weiß man aber kaum noch, was einem aus dem Tal der Grausamkeiten ziehen soll.

Zurzeit mache ich mal wieder eine Pause von „Talk-Shows“, wie lange, weiß ich nicht, vielleicht für immer. Keine Maischberger, keine Illner, keine Will, kein Klamroth, kein Lanz. Nur noch Ehring und Welke, da kann man wenigstens über den ganzen Quatsch noch lachen.

Christian Ehrings extra-3 NDR vom 15.11.2023
<https://www.ardmediathek.de/video/extra-3/extra-3-vom-15-11-2023-im-ndr/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS9wcm9wbGFuXzE5NjMzOTczOF9nYW56ZVNibmR1bmc>

Oliver Welkes heute-show ZDF vom 17.11.2023
<https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-vom-17-november-2023-100.html>

Es widert mich an, wenn ich sehe, dass demokratisch gewählte Regierungschefs wie Biden und Scholz solchen Typen wie Xi oder Erdogan die Hand schütteln. Wie groß war doch die Aufregung als Außenministerin Baerbock Xi einen Diktator nannte. Das sei un-diplomatisch, wurde ihr vorgehalten. Mag sein, dass Wahrheit und Diplomatie nicht zusammenpassen, aber was ist Xi sonst? Die Abhängigkeit von Staaten wie China und der Türkei ist beängstigend.

Das Olympiastadion war gestern Abend fest in türkischer Hand. Das Spiel der deutschen gegen die türkische Nationalmannschaft hätte Herrn Erdogan gefallen. Sage noch jemand, wir seien zu unseren türkischen Einwanderern nicht freundlich genug, schließlich haben wir sie 3:2 gewinnen lassen.

Gut möglich, dass an diesem Samstagabend Hansi Flick vor dem Fernseher saß, mit einer ungesunden Mischung aus Verzweiflung und Genugtuung ein ums andere Mal aus dem Sitzmöbel sprang und rief: „Seht Ihr? Seht Ihr?“ Denn was die deutsche Nationalmannschaft da im Berliner Olympiastadion beim 2:3 gegen die Türkei anbot, war ein Rückfall in nicht allzu weit entfernte Zeiten, in denen Flick als Bundestrainer an der Seitenlinie stand. Man möchte ob des wilden, im Streben nach Kontrolle aber wieder einmal unkontrollierten Auftritts der DFB-Elf ausrufen: Nicht schon wieder! Haben sie nichts gelernt?

Quelle: t-online

Gewerkschafts-Boss **Weselsky** hat in dieser Woche den Dampf seines Potenzmittels inhaliert. Was für dicke Eier dieser Sachse doch haben muss. Nachdem es seiner Mini-Gewerkschaft gelungen ist, das **Schiennennetz** weitestgehend lahmzulegen, holt er sich nun das Mandat seiner Mitglieder für eine Urabstimmung zum unbefristeten Streik. Keine Verhandlungen, wozu auch. Während richtige Gewerkschaften während einer Urabstimmung nicht streiken, schließt **Weselsky** weitere Streiks nicht aus. Schön, dann bleiben wir zu Weihnachten alle mal zu Hause.

Damit in Berlin **weniger Busse** fahren, braucht es keinen Streik. Es gibt zu wenig Fahrer, also müssen wir länger an den Haltestellen warten. Und in den weniger Bussen wird's dann kuschelig in einer Zeit, wo man aus allen Ecken von **Corona-Infizierten** hört. Ja, es geht wieder los. Vielleicht nicht so schlimm wie beim letzten Mal, aber immerhin.

Die Bundesregierung hat mal wieder eine **Klatsche aus Karlsruhe** bekommen, und plötzlich fehlen 60 Milliarden Euro. Als erste Sparmaßnahme fällt den Politikern sofort das ungeliebte Elterngeld ein. Und aus der Beibehaltung der **7-Prozent-Mehrwertsteuer für Restaurants** wird auch nichts. Hoffentlich rechnet irgendeiner mal nach, ob es sich gelohnt hat, auf rund 3,3 Milliarden Steuereinnahmen zu verzichten, wenn weitere Restaurants schließen müssen und keine Steuern mehr zahlen können.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Speisen zum Mitnehmen oder Essenslieferungen weiterhin mit sieben Prozent besteuert werden, während man im Restaurant für den gleichen Salat 19 Prozent zahlt, nur weil man dort sitzt. In 23 EU-Staaten gilt der reduzierte Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie, nur nicht ab Januar 2024 in Deutschland.

Man kann über **Markus Söder** sagen, was man will, wenn er aber Recht hat, hat er Recht. „Die gesenkte Mehrwertsteuer in der Gastro muss bleiben. Sonst wird Essen noch teurer! Dazu muss die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0% gesenkt werden. Das gilt nicht nur für Gemüse und Salat, sondern auch für Fleisch, Fisch, Milchprodukte, Brot, Süßigkeiten und Eis. Das entlastet Familien enorm. Die Ampel muss endlich die Bürger entlasten und nicht dauernd belasten.“

Ein Restaurantbesuch darf nicht zum Luxus werden und nur Gutverdienern vorbehalten bleiben. Für viele Familien ist der wöchentliche oder bald nur noch monatliche Besuch in einem Restaurant ein Höhepunkt. Gerade jetzt ist der Verzehr eines Gänsebratens in



einer Gaststätte etwas ganz Besonderes, inzwischen über 20 und sogar 30 Euro teuer.

Der „**Letzten Generation**“, die sich vielleicht noch einen Restaurantbesuch leisten können, ist es gelungen, die Polizei, die das Brandenburger Tor bewacht, auszutricksen. Und so beschmierten die Freunde des guten Klimas das Tor von der anderen Seite.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat sich für Berlin ein besonderes Weihnachtsgeschenk ausgedacht. Fünf Tage vor Heiligabend will es verkünden, ob in Berlin **noch einmal nachgewählt** werden muss, wovon inzwischen ausgegangen werden muss. Die Frage ist nur, ob komplett oder in bestimmten Wahlkreisen. Der Landeswahlleiter hat schon mal den 11. Februar 2024 als Wahltag ins Spiel gebracht, eineinhalb Jahre vor der nächsten regulären Wahl.

Schlechte Nachrichten gibt es auch aus den USA.

„Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat mit Blick auf die US-Wahlen 2024 einen juristischen Sieg in Colorado errungen. Diverse Kläger hatten in verschiedenen US-Bundesstaaten versucht, Trumps Namen von Wahlzetteln für die Präsidentenwahl 2024 zu streichen. Sie argumentieren mit einem Verfassungszusatz, wonach Personen von Wahlen ausgeschlossen sind, die einen ‚Aufstand‘ gegen die Verfassung angezettelt haben. Doch das Urteil ist eindeutig: Trumps Name darf auf der Wahlliste bleiben.

Mit Blick auf die Kapitol-Attacke am 6. Januar 2021 schreibt Richterin Sarah Wallace in ihrer Entscheidung zwar, dass das Gericht zu dem Schluss gekommen sei, dass Trump mit der konkreten Absicht gehandelt hat, politische Gewalt anzustacheln und sie gegen das Kapitol zu richten, um die Bestätigung des Wahlergebnisses zu stören. Der Republikaner habe mit seiner Rede damals zu ‚unmittelbarer gesetzloser Gewalt‘ aufgerufen. Seine Worte und sein Verhalten seien die ‚tatsächliche Ursache‘ des Sturms auf das Kapitol gewesen. Doch Richterin Wallace kam zu dem Schluss, dass sich die Klausel, auf die sich die Kläger zu stützen zu versuchten, explizit nicht auf das Präsidentenamt bezieht. Zu dieser Entscheidung waren auch Gerichte in den Bundesstaaten Michigan und Minnesota gekommen.“ Quelle: t-online

Dazu fällt einem nichts mehr ein. In einem knappen Jahr, am 5. November 2024, findet die Präsidentschaftswahl in den USA statt. Schade, dass die Raketen von **Elon Musk** schon beim Start explodieren, sonst könnte man sich auf den Mond retten. Und wo bleibt das Positive? Keine Ahnung. **Ed Koch**

16) Beatrix von Storch löst mit Rede zum Selbstbestimmungsgesetz Tumulte und Ordnungsrufe aus

19. 11. 2023



<https://unser-mittleuropa.com/beatrix-von-storch-loest-mit-rede-zum-selbstbestimmungsgesetz-tumulte-und-ordnungsrufe-aus/>

In einer hervorragenden Rede bringt Beatrix von Storch wieder den ganzen Irrsinn der Geschlechtsselbstbestimmung auf den Punkt. Auslöser ihrer Analyse ist der Plan der Regierung flächendeckende „Gender-Identitätsberatungsstellen einzuführen für alle, die nicht wissen, ob sie Männlein oder Weiblein sind“, so die Abgeordnete.

Von Storch: „Jeder Wahnsinn erreicht einmal seinen Höhepunkt“

Im Kern geht es darum, so von Storch, dass man in Zukunft einmal im Jahr sein Geschlecht ändern kann. Das daraufhin notwendige Ändern der jeweiligen Dokumente und zwar sogar rückwirkend bezeichnete die AfD- Abgeordnete als staatliche Urkundefälschung. Als von Storch dann auf den Umstand hinwies, dass man in Zukunft mit einem Bußgeld von 10.000 Euro belegt wird, nämlich dann, wenn man zum Abgeordneten Ganserer, „Herr Ganserer“ und nicht „Frau Ganserer“ sagt, brachen hysterische Tumulte aus. Am Ende der brillanten Rede von Storch setzte es neben einer langatmigen Ermahnung einen ersten Ordnungsruf seitens der Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau.



Stein des Anstoßes: Ganserer hier im Bayrischen Landtag als Markus (l.) und als Tessa (r.)

Im Nachgang folgte ein weiterer Ordnungsruf, als von Storch eine blödsinnige Unverschämtheit des nach ihr folgenden Redners richtigstellte und nochmals auf Herrn Ganserer zu sprechen kam, der bekanntlich als Frau dank Frauenquote im Bundestag sitzt.

Hier die Rede samt den Ordnungsrufen:

Schon einmal löste Beatrix von Storch einen Tumult wegen Ganserer aus. Hier unser Bericht dazu vom letzten Jahr samt Video:



[UPDATE: Frauenquoten-Grüner löst im Bundestag heftige Kontroversen aus](#)

Das ist sogar für „Emma“ zu viel: Grüner sitzt dank Frauenquote im Bundestag, weil er sich als Frau fühlt. Mitunter taucht in linken Kreisen die Frage auf, ob ein Mann, der sich gerade als Frau fühlt und aus fortschrittlicher Sicht auch sofort als eine Frau einzustufen ist, im Falle einer Verurteilung seine Strafe auch in ... [UPDATE: Frauenquoten-Grüner löst im Bundestag heftige Kontroversen aus weiterlesen](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**17) Kritischer TV-Sender AUF1 soll zum Schweigen gebracht werden:
Sendeverbot in Deutschland**

16. 11. 2023



Wenn es um die Meinungs- und Deutungshoheit geht, ist dem Establishment jedes Mittel recht. Diesmal geht es um den österreichischen TV-Sender AUF1. Das kritische unabhängige Medium darf in der Bundesrepublik Deutschland nicht per Satellit senden. Laut der „Kommission für Zulassung und Aufsicht“ (ZAK) verstoße eine Kooperation zwischen AUF1 und dem deutschen Sender „Schwarz Rot Gold TV“ gegen den Medienstaatsvertrag. Konkret wird als Begründung des Sendeverbots angegeben, durch die Ausstrahlung von AUF-1-Inhalten um Programm von „Schwarz Rot Gold TV“ sei dessen redaktionelle Eigenständigkeit nicht mehr gegeben, was einen Verstoß gegen den Medienstaatsvertrag darstelle.

Mit einer formaljuristischen Begründung, die der freiheitliche Mediensprecher und Generalsekretär Christian Hafenecker in einer Aussendung als „hanebüchen“ bezeichnet, will das System ein unbequemes Medium zum Schweigen bringen. Denn AUF1 trat bei Themen wie Corona, Einwanderung, Klimawandel oder Globalismus stets objektiv in Erscheinung. So merkt die „Tagesschau“ auf ihrem Internetauftritt an, im AUF1-Programm „wird längst ein breites Spektrum an einschlägigen Verschwörungsideologien bedient und AfD-Politikern wie Alice Weidel und Höcke eine Bühne geboten“.

Aus Sicht der sogenannten und selbsternannten Qualitätsmedien, insbesondere dem zwangsgebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dürfen AfD-Politiker nur herablassend und gehässig behandelt werden.

Hafenecker sieht im Sendeverbot für AUF1 in Deutschland außerdem einen Anschlag auf die Meinungs- und Informationsfreiheit und fordert ÖVP-Medienministerin Raab auf, nicht einfach den Kopf in den Sand zu stecken. Darüber hinaus warnt der FPÖ-Politiker, auch wenn die Rechtslage in Deutschland eine andere sein mag, vor einer „Ampelkoalition“:

„Denn in unserem Nachbarland sieht man tagtäglich und auch am Beispiel dieses Sendeverbots, was passiert, wenn sich autoritäre Linksparteien einhängen.“

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) 60.000.000.000 EURO. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-17

15. November 2023

48. Jahrgang

60.000.000.000 Euro

Wie kann es sein, dass gut bezahlte Regierungsjuristen zu der Auffassung gelangen konnten, 60 Milliarden Euro, die für Corona-Hilfen vorgesehen waren, aber nicht benötigt wurden, in einen Klimafonds umleiten zu dürfen und heute vom Bundesverfassungsgericht erfahren mussten, dass dies ein grober Fehler war? Wie viele Rechtsauffassungen gibt es eigentlich?

In der Regierungsbefragung hielt Bundeskanzler **Olaf Scholz** heute an seiner Auffassung, richtig gehandelt zu haben, fest, betonte aber, dass er sich natürlich dem Urteil des obersten deutschen Gerichts fügen werde. Muss ein Bundeskanzler diese Tatsache extra betonen, ist das nicht selbstverständlich? Die Regierungsjuristen haben mal wieder versagt und eine Lehrstunde aus Karlsruhe erhalten. Oder hat die Regierung gepokert in der Hoffnung, es könnte schon gutgehen? 197 Abgeordnete von CDU und CSU haben geklagt und Recht bekommen. Können sie sich aber wirklich darüber freuen?

Die Corona-Pandemie wurde als „*außergewöhnliche Notsituation*“ deklariert, die es dem Bundestag erlaubt, Kreditermächtigungen zu erteilen. Das gilt gemäß Artikel 115 Abs. 2 des Grundgesetzes im „*Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen.*“ Fast schon kurios ist, dass die Bundesregierung zuerst Kredite über 180 Milliarden Euro aufgenommen hat und diese Summe um 60 auf 240 Milliarden aufstockte. Wie sich herausstellte, war das unnötig, denn eben diese 60 Milliarden blieben letztlich übrig. Sie hätten aber nicht für andere Maßnahmen verwendet werden dürfen.

Gut gemeint, aber schlecht umgesetzt, war die Idee, diese 60 Milliarden in den „*Klima- und Transformationsfonds*“ zu stecken, wo fraglos das Geld dringend gebraucht wird. Da stellt sich die Frage, ob die Klimakrise keine sich anbahnende Naturkatastrophe ist, also eine „*außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt?*“

Man sagt es ja ungern, aber diese dilettantische Politik der Bundesregierung schafft kein Vertrauen. Vielleicht sollten die Juristen in den Ministerien nach Hause geschickt und alle Gesetze im Voraus nach Karlsruhe gesandt werden.

Ed Koch

1

19) Nervensäge Weselsky. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-16

15. November 2023

48. Jahrgang

Nervensäge Weselsky

Mein auf Journalisten bezogener Lieblingspruch lautet: „Von Nichts eine Ahnung, aber zu allem eine Meinung.“ Danach verfare auch ich sehr häufig. Also: ich war Sozialdemokrat und Sozialarbeiter, billige mir also ein gewisses Maß an Sozialkompetenz zu. Was ich allerdings im aktuellen Kampf der Weselsky Mini-Gewerkschaft erlebe, die 8.000 Beschäftigte vertritt, halte ich für asozial.

Von dem ganzen Konflikt verstehe ich natürlich nichts. Worüber wird gestritten? Die Bahn hat mit der EVG, die 180.000 Beschäftigte vertritt, im August einen Tarifvertrag abgeschlossen. Unter anderem mit einem Inflationsausgleich von 2.850 Euro, der im Oktober ausgezahlt wurde. Weselsky will 3.000 Euro. Für die EVG-Beschäftigten gibt es 410 Euro mehr, die GDL fordert 555 Euro.

Die Taktik dahinter ist klar. Weselsky will verdeutlichen, dass man als Gewerkschaftsmitglied bei ihm bessergestellt ist als bei der Konkurrenz. Es geht nicht nur um mehr Gehalt, sondern auch um mehr Mitglieder.

Die Laufzeiten der Verträge sind mit zwölf Monaten viel zu kurz, es reicht, wenn nach 24 Monaten wieder gestreikt wird.

Was ich inzwischen unerträglich finde, sind die Forderungen nach weniger Arbeit bei gleichem Lohn. Weselsky fordert 35 statt bisher 38 Stunden Arbeitszeit. Ein Gewerkschaftsboss kann unbenommen seine Forderungen vortragen, warum muss Weselsky dabei immer dieses dümmlich grinsende Gesicht machen, mit dem er seine Macht demonstriert und uns das 1863 von **Georg Herwegh** aus Anlass der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aus dem die spätere SPD hervorging, verfasste Gedicht in Erinnerung ruft: „Mann der Arbeit, aufgewacht! Erkenne deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“

Deutschland hat seine wirtschaftliche Größe und Bedeutung nicht durch Freizeitvergnügungen, sondern durch harte Arbeit erworben. Wo soll das hinführen, wenn immer weniger gearbeitet werden soll bei gleichbleibendem Lohn, zum „bedingungslosen Grundeinkommen“? Nichts tun, aber Geld bekommen. Von wem? Wer erwirtschaftet das Geld, von dem sich dann die anderen auf ihrer Work-Life-Balance-Wolke einen schönen Lenz machen? Natürlich ist es schön, wenn man um sein Privatleben herum eine bezahlte Beschäftigung stricken kann. Wenn ich

mir heute moderne Büroetagen anschau, dann ähneln die eher einer Wellness-Lounge als einem Arbeitsplatz. Ruhebereiche mit weichen Sofas, ein Kicker oder eine Tischtennisplatte, damit man nicht einrostet, natürlich eine Kaffee- und Tee-Theke, eine Box mit Süßigkeiten und vermutlich fünfzelliges Kloppapier in den gekachelten Räumen, damit sich der vom Rumsitzen wunde Hintern erholt. Ja, wir arbeiten, um zu leben, wir leben vor allem aber auch, um zu arbeiten.

Eigentlich sollten die Tarifverhandlungen zwischen der DB und der GDL heute und morgen fortgesetzt werden. Ist es nicht eine Frage des Anstands, wenigstens in dieser Zeit nicht zu streiken? Ich finde das asozial. Von heute 22:00 Uhr bis morgen 18:00 Uhr können alle Bahnreisenden, in Berlin betrifft es auch die S-Bahn, sehen, wie sie ans Ziel kommen. Und Weselsky grinst. Inhaltlich mag die Kritik Weselskys am Bahnvorstand vielleicht richtig sein, ist es aber nötig, seine Verhandlungspartner ständig zu beleidigen?

Was immer bei den gegenwärtigen Verhandlungen herauskommt, die Zeche zahlen am Ende nicht nur die Nutzer der Bahn, sondern alle Steuerzahler.

Ed Koch

20) Dies und Das. Von Ed Koch



Dies und Das

Kriegstüchtig

Mit seinen Worten von der „Kriegstüchtigkeit“ der Bundeswehr hat Verteidigungsminister **Boris Pistorius** eine breite Debatte ausgelöst. Sogar **Markus Söder**, sonst nie um deftige Worte verlegen, sagte: *„Wir finden es wirklich gut, wenn die Bundeswehr endlich verstärkt wird. Aber wir teilen ausdrücklich nicht die Zielrichtung der Bundesregierung, kriegstüchtig und kriegsbereit zu sein. Wir halten es für eine echt unglückliche Metapher und auch eine unglückliche Zielrichtung.“* Quelle: BR24

Kritik kam auch vom SPD-Abgeordneten **Ralf Stegner**: *„Die Zeitenwende darf keine Militarisierung des Denkens bewirken. Wir dürfen die Kriegsangst in der Bevölkerung nicht verstärken und die Menschen damit zusätzlich verunsichern. Deutschland muss keine militärische Führungsmacht in der Welt sein.“* Quelle: Tagesspiegel

Auch **Anton Hofreiter** von den Grünen distanzierte sich von der Wortwahl des Verteidigungsministers: *„Ich verstehe, was der Verteidigungsminister meint, hätte persönlich aber andere Worte gewählt. In Zeiten, in denen Russland die europäische Sicherheitsordnung beseitigt und einzig auf das Recht des Stärkeren setzt, müssen wir in der Lage sein, unser Bündnisgebiet zu verteidigen.“* Quelle: t-online

Es gab aber auch Lob für **Boris Pistorius**. **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) sagte t-online: *„Die Vokabel ist ehrlich und trifft es auf den Punkt.“* *Die Lage „sprachlich zu verweichlichen, damit wir uns besser fühlen, ist unehrlich und naiv.“* Und der Militärexperte **Carlo Masala** schrieb auf X: *„Deutschland will keinen Krieg führen und schon gar nicht anfangen, aber wir verteidigen uns auch nicht mit Wattebäuschen, sondern mit Waffen im Falle eines Angriffs. Und dann ist Verteidigung ein Teil des Krieges.“*

Auf unseren gestrigen Beitrag schrieb uns ein Leser: *„Bin total einverstanden mit Ihrem Text. Ich war erschrocken, als ich den Satz hörte.“* Ein anderer Leser schrieb: *„Das ist doch nur ein wenig zielführendes Spiel mit Worten. Die Ukraine wurde angegriffen, befindet sich seitdem ‚im Krieg‘ mit Russland, nicht ‚in der Verteidigung‘ und ist gottseidank ‚kriegstüchtig‘, ‚verteidigungstüchtig‘ reicht nämlich nicht, wenn man angegriffen wird, Teile seines Landes verliert und wieder zurückerobern muss. Nein, Pistorius hat völlig recht: Wer abschrecken will, muss kriegstüchtig sein, alles andere ist nur weichgespültes Gerede von Leuten, die immer noch glauben, wir könnten uns aus allem heraushalten.“*

„Ich bin für eine Klimademonstration hierhergekommen, nicht, um politische Ansichten zu hören.“ Der Mann wurde unter Buhrufen unsanft von der Bühne entfernt, wobei sich die Unmutsbekundungen nicht auf seinen unfreiwilligen Abgang bezogen, sondern auf seine Worte. Die Klima-Demo wurde somit zu einer propalästinensischen Veranstaltung, zumal Thunberg noch Öl ins Feuer goss und vor 85.000 Teilnehmenden rief: *„No climate justice on occupied land.“* (*„Auf besetztem Land gibt es keine Klimagerechtigkeit.“*)

Greta

Greta Thunberg, die offenkundig auf Israel anspielte, hätte zumindest noch anfügen sollen, dass dies auch für die Krim und die Ost-Ukraine gelten muss. Das Verhalten Thunbergs in Amsterdam ist kein Einzelfall. Via X und Instagram hatte sie Ende Oktober verbreitet: *„Heute streiken wir aus Solidarität mit Palästina und Gaza. Die Welt muss ihre Stimme erheben und einen sofortigen Waffenstillstand, Gerechtigkeit und Freiheit für die Palästinenser und alle betroffenen Zivilisten fordern.“* Von Solidarität mit Israel, gar über das Massaker der Hamas am 7. Oktober, verlor die Schwedin kein Wort. Ein Journalist schrieb in diesen Tagen, dass Thunberg lieber freitags zur Schule hätte gehen und am Fach politische Weltkunde teilnehmen sollen.

Die deutsche Vereinigung von **Fridays for Future** hatte sich zuletzt immer wieder von der Schwedin distanziert. *„Ich setze mich persönlich dafür ein, dass wir globale Prozesse aussetzen, bis wir sicher*



sein können, dass eine einzelne Gruppe nicht länger globale FFF-Accounts für Desinformation und Hass nutzen kann", so Klimaaktivistin **Luisa Neubauer**.

Quelle: BR24

Das Wort hat die Landesvorsitzende

Es ist manchmal gut, wenn man mehrere Funktionen hat. Als Mitglied einer Landesregierung schickt es sich nicht, die Bundesregierung zu kritisieren, es sei denn, es betrifft die Grünen, die man so und so nicht leiden kann. Und so hat sich die Bürgermeisterin Berlins und Vorsitzende der Berliner SPD, **Franziska Giffey**, als Partei-Chefin und nicht als Regierungsmitglied geäußert.

Zur geplanten Streichung des Programms „Respekt Coaches“ erklärte Giffey: „Das wichtige und erfolgreiche Programm der Respekt Coaches streichen zu wollen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Dieses Programm unter dem Leitsatz ‚Lass uns reden - Reden bringt Respekt‘ gegen Ausgrenzung, Gewalt, Rassismus und Judenhass wurde 2018 in meiner Zeit als Bundesfamilienministerin ins Leben gerufen.

Es kommt da zum Tragen, wo es besonders gebraucht wird: In den Brennpunkt-Schulen bundesweit. Die Respekt Coaches sind für viele tausende Schülerinnen und Schüler seitdem wichtige Ansprechpartnerinnen und Vermittler. Programme gegen Antisemitismus einzusparen, können wir uns besonders in diesen Zeiten ganz sicher nicht leisten. Ich erwarte, dass das Bundesfamilienministerium (geleitet von der Grünen Lisa Paus, Anm.d.Red.) hier die richtigen Prioritäten setzt. Und ich hoffe, dass die Fraktionen im Deutschen Bundestag diesen Fehler in der Haushaltsbereinigung korrigieren.“

Programmhinweis



Foto: Frank Schubert

Andreas Dorfmann (Mitte) diskutiert heute Abend um 19:30 Uhr auf tv.berlin mit **Manfred Benedikter** (r.) und paperpress-Herausgeber **Ed Koch** über

das Thema „Armes Deutschland: Keine Wohnung, kein Geld, keine Perspektive?“. Benedikter ist Mitglied der CDU und Vorsitzender des freien Trägers **Lunte e.V.** aus Rostock. www.lunte-rostock.de

Die Linke löst sich auf

Das ist heute mal wieder ein historischer Tag. Mit Ach und Krach hat es die Linke bei der letzten Bundestagswahl 2021 gerade noch geschafft, den Fraktionsstatus zu erhalten. Nicht aus eigener Kraft, denn sie kam nur auf 4,9 Prozent, also knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde. Weil aber drei Abgeordnete, zwei in Berlin, einer in Leipzig, ihre Wahlkreise direkt gewannen, durften noch 36 Kandidaten von den Landeslisten dazukommen. Diese Regelung ist inzwischen abgeschafft worden. Aktuell hat die Linke Fraktion bis heute 38 Mitglieder.

Wie bekannt, haben **Sahra Wagenknecht** und acht weitere Bundestagsabgeordnete die Partei verlassen, und heute auch die Fraktion. Ihr Mandat geben sie nicht zurück, sondern bilden jetzt eine Gruppe mit eingeschränkten Rechten. Die übrigen Linken sind nun auch keine Fraktion mehr, sondern die zweite, wenn auch größere linke Gruppe im Bundestag. Immerhin darf **Petra Pau** ihren Posten als Vize-Präsidentin des Bundestages behalten. Schlechter geht es den rund 100 Mitarbeitenden, die nach Auflösung der Fraktion sofort ihre Jobs verlieren, ohne Kündigungszeit. Einige wenige werden als Mitarbeitende der Abgeordneten weitermachen können. ARD

Wann das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ als Partei an den Start geht, ist noch ungewiss. Offenbar wird geplant, an der Europa-Wahl am 9. Juni 2024 teilzunehmen. Eine Umfrage von **INSA** im Auftrag von **BILD** vom Oktober sieht die Wagenknecht-Partei aus dem Stand bei zwölf Prozent, knapp hinter den Grünen mit 12,5 Prozent. Die Union käme auf 26,5 Prozent, die AfD folgt mit 18 Prozent. Kanzler **Olaf Scholz** und seine SPD würden 15,5 Prozent der Stimmen erzielen und die FDP wäre mit 5,5 Prozent knapp im Bundestag vertreten. Die Linken hingegen würden mit vier Prozent den Bundestageinzug verpassen. Quelle: t-online

Warten wir also die Entwicklung ab. Im Augenblick haben wir andere Probleme als uns mit dem Ego-Trip von Frau Wagenknecht weiter zu beschäftigen.

Ed Koch

21) Die „Asyl-Beschlüsse“ sind eine Mogelpackung – derzeitige Grenzkontrollen verhindern keine Asylbetrüger-Einreise

Von PETER HAISENKO

13. 11. 2023



Von PETER HAISENKO | Der Kanzler lässt sich feiern und bezeichnet die Ergebnisse der Asyl-Konferenz als einen „sehr historischen Moment“. Tatsächlich hat sich aber nichts geändert, nur die Gemeinden sind ruhig gestellt worden mit Zusagen für weitere Zahlungen. Auch Innenministerin Faeser bezeichnet ihre Grenzkontrollen als große Tat. Die sind aber sinnlos.

Was sollen Grenzkontrollen für Migranten bewirken, wenn der Grenzübertritt dabei nicht verhindert wird? Jeder, der an den Grenzen kontrolliert wird und Asyl ruft, darf einreisen. Zumeist erhalten die dann eine betreute Weiterreise in ein Aufnahmезentrum. Kostenfrei. Diese Kontrollen helfen nicht einmal, Identitäten der Migranten festzustellen. Die meisten haben ihre Pässe schon weggeworfen oder verstecken sie. Sobald diese Migranten von der Grenzpolizei in Empfang genommen werden, werden sie mit Steuergeldern versorgt. Manch einer von diesen tingelt dann mit mehreren erfundenen Identitäten von Amt zu Amt und kassiert mehrfach Versorgungsleistungen. Andere bestreiten ihre Einnahmen mit Rauschgifthandel. Nichts davon wird durch Grenzkontrollen verhindert. Das Geld dafür sollte man besser einsparen.

Der Kanzler hat versprochen, die Anzahl an Abschiebungen drastisch zu erhöhen. Sie soll etwa verdoppelt werden. Klingt ja richtig gut? Vergessen Sie´s! Wenn man Nichts, oder fast Nichts verdoppelt, bleibt es immer noch Nichts. Gut, das war jetzt etwas übertrieben, aber es geistern Zahlen herum, die von einer Erhöhung der Abschiebezahlen von aktuell weniger als 20.000 auf etwas über 30.000 berichten. Gleichzeitig kommen aber 200.000 neu ins

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Land. Da bleiben also immer noch 170.000 übrig, die zumeist kein Anrecht auf Asyl haben und nur geduldet dem Steuerzahler zur Last fallen. Mit denen zusammen, „die nun mal schon hier sind“, muss der Steuerzahler andauernd einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag aufbringen. Daran wird sich nichts ändern, nach diesem historischen Moment.

Geld soll Proteste ersticken

Die Situation in den Gemeinden ist prekär. Die immer lauter werdenden Proteste werden jetzt mit Steuermitteln erstickt. Die sind zweckgebunden und sollen unter anderem für neue Containerdörfer und den Umbau von Turnhallen in Migrantenquartiere verwendet werden. Die Kriterien für eine Duldung illegal eingereister sollen verwässert, erleichtert werden. Zweit- und Drittfrauen dürfen nach wie vor nachgeholt werden. Bigamie? Ach ja, das war mal strafbar. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird zur Schleuderware. Mehr Sachleistungen sollen statt Bargeld gegeben werden, aber auch das ist nichts Neues. Das durften Gemeinden schon vorher, jedenfalls theoretisch, wenn sie sich einem „Shitstorm“ von den Grünen aussetzen wollten. Und natürlich eine Chipkarte als Bezahlungsmittel. Wie viele von diesen werden Migranten mit diversen Identitäten dann haben? Kurz und schlecht, es ändert sich nichts, was auch nur annähernd zu einer Problemlösung beitragen könnte.

Werfen wir noch einen Blick auf Bürgergeld und Kindergrundsicherung. Wer erhält denn Bürgergeld? Offizielle Zahlen sind schwer zu finden, aber manch einer hat sich die Mühe gemacht, da genauer hineinzusehen. Die Behauptung steht im Raum, dass von allen Bürgergeldempfängern nur etwa fünf Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Und Bürgergeld ist ja nicht nur die 500 Euro. Da kommt noch Miete, Heizung und der neue Kühlschrank, Fernseher und was man halt so braucht dazu. Klar gesagt, leben illegale Migranten im Duldungsstatus mit Kost und Logis und einem großzügigen Taschengeld von Ihren und meinen Steuern. Da kommt oben drauf noch die Kindergrundsicherung. Auch hier sind es vornehmlich Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder aus kinderreichen Migrantenfamilien, die davon profitieren. Und da wird geleugnet, dass es Faktoren gibt, die nach wie vor Migranten ins Migrantenparadies Deutschland locken. Auch daran hat sich nichts geändert.

Sind jetzt alle AfD?

Was man jetzt für Sprüche aus den Parteien hören kann zum Migrationsproblem, dafür hat man die AfD vor Jahren als rechtsextrem und fremdenfeindlich gescholten. Nur die Grünen stehen fest zum Vernichtungsprogramm unseres Landes. Auch die AfD ist da eher still, denn alles, was jetzt plötzlich salonfähig geworden ist, entspricht den alten Forderungen der AfD. Das muss sie nicht noch einmal sagen. Dennoch steht die Frage im Raum, ob es diesen Sinneswandel der Sozen und Merkelisten gegeben hätte, ohne den Höhenflug der AfD. Betrachtet man aber, was bei diesen Asylbeschlüssen an wirksamen Maßnahmen herausgekommen ist, ist es nicht mehr als das übliche substanzlose Propagandageschwätz ohne praktischen Wert.

Wollte man wirklich das Migrationsproblem lösen, müssen die illegalen Grenzübertritte unterbunden werden und alle abgeschoben werden, die keinen Asylstatus erhalten haben. Die Duldung Illegaler muss sofort aufgehoben werden. Hunderttausende, nicht Zehntausende, müssen des Landes verwiesen werden. Geht das überhaupt? Abgesehen von den Migranten, die seit Jahren nachts mit Flugzeugen nach Deutschland verbracht worden sind, sind die illegalen Migranten auf dem Landweg, meist zu Fuß, in unser Land eingedrungen. Was spricht dagegen, diese auf demselben Weg in derselben Weise zurückzuschicken, wie sie gekommen sind? Und weil auch ich kein Unmensch bin, würde

ich sogar zugestehen, den Re-Migranten ein Wegegeld mit auf den Weg zu geben. Selbst wenn das ein paar tausend Euro wären, würde das schnell die Steuereinkommen um Milliarden entlasten. Stellen Sie sich vor, wie gut ein paar Milliarden Euro der Sanierung des deutschen Bahnsystems täten. Um nur ein Beispiel zu nennen und den Wahnsinn mit der Unterstützung von Ukrainern nicht extra zu benennen. Zivil und militärisch. Insbesondere daran ändert sich nämlich auch nichts.

Wurden wir jemals gefragt?

Mit den Asyl-Beschlüssen ändert sich in absehbarer Zeit nichts. Die illegale Zuwanderung wird nicht gestoppt. Die üppige Alimentierung auch nicht. Einzig die Proteste aus den Gemeinden werden zurückgehen, weil sie Geld aus dem Steuertopf erhalten. Geld, das die BRD nicht hat, sondern als Kredit aufnehmen muss. Hat man uns jemals gefragt, ob wir Kredite haben wollen, mit denen die Lage jeden Tag verschärft wird? Ob wir 100 Milliarden „Sondervermögen“ wollen, um unser Land wieder kriegsfähig zu machen? Ob wir damit einverstanden sind, den Sportunterricht einzustellen, um Migranten in den Turnhallen unterbringen zu können? Ach ja, wir leben ja in einer Demokratie! Im besten Deutschland aller Zeiten.

Hat man uns gefragt, ob wir den mit den Migranten importierten Judenhass wollen? Ob wir es begrüßen, wenn unsere Ordnungskräfte jetzt damit beschäftigt sind, antisemitische



Migranten zu bekämpfen, die auch viel Geld kosten und anderswo fehlen? Die die Grenzen schützen könnten, die man Merkel zufolge nicht schützen kann? Ein Staat, der seine Grenzen aufgegeben hat, ist kein Staat mehr. Der migrantische Straftaten nicht, oder nur mit Samthandschuhen verfolgt? Aber jeden verunglimpft bis verfolgt und verhaftet, der rechtmäßiges Handeln anmahnt? Die „Ergebnisse“ der Asylbeschlüsse sind Augenwischerei und haben nur ein Ziel: den Höhenflug der AfD stoppen. Aber glaubt wirklich jemand, man würde jetzt CDU oder Scholz wählen, anstatt das Original, von dem alle gerade abgeschrieben haben?

Seite E 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

In diesem Sinn bewährt sich die BRD als beispielhaftes Mitglied des Imperiums der Lügen. Man verkauft uns „Erfolge“, die keine sind und nichts bewirken werden. Deutschland muss komplett neu aufgestellt werden, aber solange wir das Vasallentum gegenüber den USA nicht aufgeben, wird das nicht möglich sein. Soros „young global leaders“ sorgen dafür, dass Deutschland untergeht. Was bleibt da noch übrig außer zu rufen: Putin hilf!



Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des Anderwelt-Verlages und Herausgeber von AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Kriegstüchtig. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-14

13. November 2023

48. Jahrgang

Kriegstüchtig

Zuerst die gute Nachricht am Beginn der 46. KW. Als hätten die Wähler des **Landkreises Dahme-Spreewald** die Botschaft der Demokratieveranstaltung der **Heinrich-Böll-Stiftung**, die sie am Freitag vom **EU-REF-Campus** aus ins Land sandte, gehört, nämlich Bündnisse zu bilden. Das ist erneut den demokratischen Parteien gelungen, um einen AfD-Kandidaten zu verhindern. Zwar war die Wahlbeteiligung mit 47,9 Prozent recht bescheiden, aber rund 70.000 von 147.000 haben ein deutliches Statement abgegeben. 64,8 Prozent erhielt der unabhängige Kandidat Herzberger und 35,2 Prozent der AfD-Vertreter Kotré.

Weniger erfreulich ist die Diskussion über die „Kriegstüchtigkeit“, die gestern Abend im „Bericht aus Berlin“ mit dem beliebtesten Politiker des Landes, Verteidigungsminister **Boris Pistorius** (SPD), geführt wurde. Er bestand in dem Interview auf dem Begriff „kriegstüchtig.“ Nun, noch sind wir entfernt davon, dass, wenn es an der Tür klingelt, der Russe davorstehen könnte. Putin müsste nicht zuerst Polen angreifen, denn dort würde ihm ein Widerstand wie in der Ukraine erwarten. Kriege werden aber seit langem nicht am Boden gewonnen, sondern dadurch, dass man aus der Luft ein Land zerstört und anschließend nur noch die Trümmer einsammeln muss.

Für russische Raketen dürfte es kein Problem sein, Berlin zu erreichen. Dem größten Kriegsverbrecher des neuen Jahrtausends ist es ab einem bestimmten Punkt egal, ob er auch NATO-Staaten angreift. Bevor es zum Gegenschlag käme, würde vermutlich erst einmal der NATO-Rat einberufen werden. Ob dann alle zum Gegenschlag bereit sind, oder es Putin-Freund Erdogan, den wir am Freitag dieser Woche in Berlin ertragen müssen, verhindert, ist offen.

Zurück zur Rhetorik. Pistorius ist Verteidigungs- und nicht Kriegsminister. Die Bundeswehr, die von Pistorius Vorgängern aus CDU/CSU und SPD kaputtgespart wurde, muss dringend verteidigungstüchtig gemacht werden. Warum wird eine andere Vokabel verwendet, die überwiegend Unmut auslöst, nicht nur bei den Friedensbewegten. Die Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung ist eine unverzichtbare Grundlage. Eine Demokratie muss wehrhaft nach innen und außen sein, aber keine Kriege führen. Herr Pistorius sollte die Bundeswehr aufrüsten, verbal aber abrüsten.

Ed Koch

1

23) Die Zukunft der Demokratie. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-12

11. November 2023

48. Jahrgang

Die Zukunft der Demokratie

Natürlich ist die Demokratie die beste Staatsform, die es gibt. Aber nicht einmal die Hälfte der Länder dieser Erde können von sich sagen, dass sie eine Demokratie sind. Weil alles untersucht wird, was auf dieser Welt passiert, kümmert sich die britische Zeitschrift **The Economist** seit 2006 darum, einen Demokratie-Index zu erstellen. Der Grad der Demokratie wird in 167 Ländern berechnet. 193 Länder sind in der UN vertreten. 26 Länder sind graue Flecken.



Quelle: ETU-Bericht 2022

Schaut man sich die Weltkarte an, kann einem angst und bange werden, vor allem, wenn mal auf den östlichen Teil schaut. Sie ahnen es, grün bedeutet demokratisch. Je dunkler das Grün, desto besser. Man beachte den farblichen Unterschied zwischen Kanada und den USA. Von gelb bis dunkelbraun wird es immer schlimmer, vom Hybridregime bis zur blanken Diktatur. 45,3 Prozent der Länder können sich als demokratisch betrachten, in 36,9 Prozent gelten Menschenrechte nichts. Es gibt keine freie Meinungsäußerung, sondern nur die staatlich verordnete. Völlig unverständlich ist die Sehnsucht vieler Menschen nach autoritären Führern, die ihnen vor allem das Mit- und Nachdenken ersparen.

Apropos Führer. Es ist 100 Jahre her, als unter Führung von **Erich Ludendorff** und **Adolf Hitler** in Bayern ein Putsch gegen die Demokratie stattfand, der niedergeschlagen wurde. Und auf den Tag genau heute vor 100 Jahren wurde Hitler festgenommen und später wegen Hochverrats verurteilt. Dass Veräter standrechtlich erschossen gehören, führte Hitler in seinem „Dritten Reich“ erst ab 1933 ein. Wenn dieser Grundsatz 1923 in Bayern gegolten hätte, wäre der Welt viel verspart geblieben.

Sich immer und immer wieder um unsere Demokratie Gedanken zu machen, ist angesichts des Erstarkens der Rechtsextremen, nicht nur in Deutschland, das Gebot der Stunde. Die den Grünen nahesteh-

ende **Heinrich-Böll-Stiftung** hat sich in dieser Woche, vom 8. bis 10. November, des Themas angenommen. Nach zwei Online-Veranstaltungen mit jeweils rund 300 Teilnehmenden, kamen am 10. November auf dem **EUREF-Campus** 500 Menschen zusammen. Allein die Location sollte als Zeichen verstanden werden, ist doch der Campus einer der Zukunftsorte Berlins.

In die Überschrift „Die Zukunft (in) der Demokratie“ wurde das „in“ in Klammern gesetzt. Genau darum geht es, um unsere Zukunft in einem demokratischen Land. „Angesichts der Gleichzeitigkeit verschiedener Krisen wird die Zukunftsfähigkeit der Demokratie auf die Probe gestellt. Die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft (in) der Demokratie lebt vom Miteinander und der Kontroverse, vom vielfältigen Engagement und vom Vertrauen in Politikerinnen und Politiker und Institutionen.“ heißt es in der Beschreibung zu der Veranstaltung.



Für die erste Gesprächsrunde, moderiert vom Vorstandsmitglied der Stiftung, **Jan Philipp Albrecht**, waren **Luisa Neubauer**, dem deutsche Gesicht von **Fridays for Future**, und Landwirtschaftsminister **Cem Özdemir** angekündigt worden. Özdemir war im Bundestag jedoch unabkömmlich und so sprang für ihn **Lukas Beckmann** ein, der von 1991 bis 2010 Fraktionsgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag war.

Die Diskussion wäre vermutlich anders verlaufen, wenn statt Beckmann Özdemir auf dem Podium gesessen hätte. So selbstkritisch zu sein, wäre wohl einem Bundesminister schwergefallen. Beckmann sieht nicht die Demokratie in einer Krise, sondern die Politik in einer „schweren Krise“. Die Demokratie könne nichts dafür, wie man mit ihr umgehe, sie ist nur der Rahmen dafür, wie man mit Minderheiten oder sozialen und ökologischen Fragen umgehe. Es gebe, so Beckmann, Millionen Menschen, die noch nie in einer öffentlichen Veranstaltung gesagt haben, was sie denken. Für diese Menschen müssen Räume

1



geschaffen werden. Es gehe nicht darum, Recht zu bekommen, sondern gehört zu werden. Wahlen seien keine programmatischen Veranstaltungen, es gehe vielmehr um Grundrichtungen und kulturelle Fragen. Ihm bereite es Sorgen, wie Politik gemacht werde.

Interessant war, dass Beckmann ansprach, was er schon in den 1980er Jahren gesagt habe, nämlich mit der CDU sprechen zu müssen. Und **Luisa Neubauer** berichtete vom 85sten Geburtstag von **Klaus Töpfer** und wie angenehm sie diese Feier und die Gespräche empfand. Menschlich verstehen sich offenbar Christdemokraten und Grüne besser als beim medialen Schlagabtausch. Auch an einem Freitag, dem 10., kann man Pech haben. 19 Minuten nach Beginn der Diskussion um 13:00 Uhr meldete der **SPIEGEL** das Aus zwischen CDU und Grünen in Hessen. Darauf ging im Laufe der Veranstaltung niemand ein, auch nicht am Abend, als an einer weiteren Gesprächsrunde Grünen-Chefin **Ricarda Lang** teilnahm.

Lukas Beckmann fuhr in seiner kritischen Betrachtung der Lage fort. Die Politik leide an sich selbst und die Situation sei bedrohlich. Die Grünen hätten Fehler gemacht, einen Satz, den man von dieser selbstbewussten Partei selten hört. Nicht alle Projekte der Grünen gut waren. Eine Zwischenruferin wollte wissen, welche. Darauf ging er nicht ein, es hätte vermutlich zu lange gedauert, darauf zu antworten.

Beckmann sprach ein Thema an, über das wir uns wenig Gedanken machen. 2019 ist der damalige Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** nach Mexiko gereist, um dort Pflegekräfte für Deutschland anzuwerben. Auch in anderen Ländern werden Pflegekräfte angeworben. Niemand würde auf die Idee kommen, sich als Pflegebedürftiger auf den Weg nach Mexiko oder Polen zu machen. Von dort aber Fachkräfte abzuwerben, sei offenbar vollkommen in Ordnung. Für ihn sei das eine Art von Kolonialismus.

Das Thema der Diskussion hieß: „Demokratie und Freiheit in Zeiten des Klimawandels.“ Die technische Machbarkeit von Maßnahmen zum Klimaschutz stelle niemand in Frage, aber die gesellschaftliche, so Neubauer. Die Mehrheit der Menschen sei für Klimaschutz, aber die Menschen haben Angst davor, dass sie durch den Klimaschutz benachteiligt werden. Klimaschutz und die soziale Frage werden oft wie ein zerstrittenes Ehepaar behandelt. Jede Maßnahme müsse daraufhin überprüft werden, so Neubauer, dass sie dem Anspruch der Menschen auf soziale Gerechtigkeit gerecht wird.

Luisa Neubauer berichtete von ihrer 91-jährigen Oma, in deren Bücherschränken sich alles befindet, was jemals über Klimaschutz geschrieben wurde. Darunter befinden sich sehr alte Bücher. Die Oma fragt zurecht, was ist in den vielen Jahren passiert. **Lukas Beckmann** pflichtet ihr bei und erinnert an die erste Umweltkonferenz des Jahres 1972 und an die aufrüttelnden Fernsehsendungen von **Hoimar von Ditfurth** Anfang der 1970er Jahre. (ZDF-Sendereihe *Querschnitte*). Seit 50 Jahren wissen wir, dass die Klimakatastrophe unausweichlich ist, wenn man nichts unternimmt. Was passiert ist, will nicht nur Luisas Oma wissen.

In der fast 75-jährigen Geschichte der Bundesrepublik sind die Grünen seit 43 Jahren dabei und tragen Mitverantwortung, rechnet **Lukas Beckmann** vor. Sehr viele im Publikum waren in dieser Zeit schon aktiv. Sicherlich haben sie nicht damit gerechnet, dass ihnen ein grünes Urgestein schlechtes Gewissen einredet und damit ins Wochenende schickt.

Zum Schluss noch ein paar Sätze von **Luisa Neubauer**. Es könne nicht sein, dass man einerseits fordere, dass sich junge Menschen einbringen sollen, und sie andererseits kriminalisiert, wenn sie sich einbringen. Ist Freiheit, fragt Neubauer, die Abwesenheit von Abhängigkeit? Nein, sagt sie, Freiheit ist mitzubekommen, wie diese Freiheit aussieht. Ihr versöhnliches Fazit: Politik braucht Zuversicht.



Am Nachmittag wurden in fünf Foren alle relevanten Bereiche zum Thema Demokratie diskutiert. Und zum Schluss versammelten sich auf dem Podium u.a. der CDU-Politiker **Ruprecht Polenz**, Grünen-Vorsitzende **Ricarda Lang** und der Vize-Chef der IG Metall **Jürgen Kerner** zum Thema „Bündnisse für die Zukunft der Demokratie“. Da gab es wenig Streit und die erkennbare Bereitschaft, Bündnisse zu schließen. Nie war diese Bereitschaft dringender notwendig als in diesen Zeiten.

Ed Koch
(auch Fotos)

24) Politischer Aschermittwoch 2024. Ticketverkauf startet heute



paperpress

seit 1976



Nr. 619-10

11. November 2023

48. Jahrgang

Politischer Aschermittwoch 2024

Ticketverkauf startet heute



Am 14. Februar 2024 um 20 Uhr lädt Gastgeber und Moderator **Arnulf Rating** zum 20. Politischen Aschermittwoch der scharfen Zungen in die Hauptstadt ein. Mit **Luise Kinseher**, **Erwin Pelzig**, **Lutz von Rosenberg-Lipinsky**, **Christoph Sieber** und **Mathias Tretter** empfängt er erneut Spitzenkräfte des deutschsprachigen Kabarett, um diesen Tag der Abrechnung und des Aufbruchs live zu zelebrieren.

Wie bereits im vergangenen Jahr findet der Politische Aschermittwoch im stilvollen Konzertsaal der Universität der Künste (UdK Berlin) statt. Für einen auch musikalisch spannenden Rahmen sorgt das Punk-Trio **STROM**. Tickets ab 24 bis 89 Euro gibt es ab dem 11.11.2023 unter www.aschermittwoch-berlin.de, unter Tickettelefon (030) 40 818 824 und an allen bekannten VVK-Kassen.

Klare Kante statt trübe Brühe

Einmal im Jahr zieht es unsere führenden Politikdarsteller jenseits von Wahlen zum wählerischen Volk. Das ist ihr Politischer Aschermittwoch in der Provinz. Es fließt reichlich Bier unter dem Vorwand, dem Wahlvolk reinen Wein einzuschenken. Was scharf daherkommt, ist oft nur schal, abgestanden und nüchtern schwer zu ertragen.

Während sich die Parteivertreter derart ins Hinterland und Nebulöse entfernen, geht es beim Politischen Aschermittwoch in Berlin zur Sache. Auch und gerade in Kriegszeiten wie diesen. Hier tritt niemand auf, um Wählerstimmen einzusammeln. Hier geht es darum, sich der Phrasendreschflügel der Politik zu erwehren. In Zeiten zunehmender Verwirrung und übergriffigen Versuchen des betreuten Denkens gilt es, in engen Meinungskorridoren Türen zu öffnen, um Hirne und Herzen durchzulüften.

20 Jahre Politischer Aschermittwoch Berlin

Seit nunmehr 20 Jahren treten beim Politischen Aschermittwoch Berlin Wortkünstler auf, die sich eigens zu diesem Anlass zusammentun. Alles begann 2005 mit einer (nicht öffentlichen) Veranstaltung des Pantheon Theaters Bonn auf Einladung des damaligen Bundestagspräsidenten **Wolfgang Thierse** in Berlin. Mitwirkende waren damals u.a. **Rainer Pause & Norbert Alich** und **Hagen Rether**. **Rita Baus**, die damalige Künstlerische Leiterin des Pantheon Theaters, ging nach diesem Abend auf den Berliner Kabarettisten **Arnulf Rating** zu, ob sie nicht gemeinsam eine öffentliche Aschermittwochs-Veranstaltung auf die Beine stellen könnten. Die Idee hatte **Arnulf Rating** bereits mit **Rainer Pause**, Kabarettist und Gründer des Pantheon-Theaters, im Nachgang des Berliner Maulhelden-Festivals (2002-2004) diskutiert. Die Kölner Kollegen konnten damals nicht zum Festival kommen, weil sie in diverse Karnevalsveranstaltungen eingebunden waren. So entstand die Idee, am Aschermittwoch den Parteien wirklich gute Starkredner entgegenzusetzen.

Der erste (öffentliche) Politische Aschermittwoch Berlin fand 2006 in der Arena Berlin statt, organisiert vom Pantheon Theater Bonn und Arnulf Ratings Maulhelden Büro. Seit dem Jahre 2010 wird die Veranstaltung allein von Arnulf Ratings Maulhelden Büro organisiert.

Zum Politischen Aschermittwoch Berlin stehen in jedem Jahr eine Handvoll auserlesener Künstler auf der Bühne, die sonst so kaum gemeinsam zu erleben sind, darunter Abdelkarim, Alfons, Lothar Bölck, HG. Butzko, Matthias Deutschmann, Wiglaf Droste, Horst Evers, Lisa Fitz, Rainald Grebe, Anny Hartmann, Nils Heinrich, Dieter Hildebrandt, Luise Kinseher, Marc-Uwe Kling, Axel Pätz, Erwin Pelzig, Volker Pispers, Lisa Politt, Urban Priol, Hagen Rether, Nico Semsrott, Simone Solga, Serdar Somuncu, Wilfried Schmickler, Georg Schramm, Florian Schroeder, Nessie Tausendschoen, Max Uthoff, Dietmar Wischmeyer und viele mehr.

1



Seit 2007 wird die Veranstaltung musikalisch begleitet, u.a. von Rainald Grebe und Die Kapelle der Versöhnung, später für viele Jahre von der IG Blech (der „Kapelle mit der Lizenz zum Tröten“), seit 2020 von Andrej Hermlin und The Swingin' Hermlins, 2024 vom Punk-Trio STROM.

Der Politische Aschermittwoch Berlin begeistert dabei nicht nur in jedem Jahr weit über tausend Zuschauer live, sondern wird von mehreren Radiostationen in Deutschland übertragen und erreicht mittlerweile auch über das Netz immer mehr Fans.

Mit dabei sind diesmal:

Die Mama Bavaria des deutschen Kabarets

Luise Kinseher

„Sie braucht nur die Bühne zu betreten und schon ist es um den Besucher geschehen.“ *Schwäbische Zeitung*

Aufgemerkt - der Mann mit Köpfchen unter dem Hut

Erwin Pelzig

„Wenn Pelzig auf seine ureigene Art die Welt erklärt, ist das politisches Kabarett am Puls der Zeit.“ *Weiler Zeitung*

Deutschlands lustigster Seelsorger:

Lutz von Rosenberg-Lipinsky

„Das ist knallhart und rundherum unkorrekt, pointiert und ungemein treffsicher.“ *Mannheimer Morgen*

Nicht nur mitternachts spitz

Christoph Sieber

„Der Galgenhumorist Christoph Sieber folgt in seinen Programmen den Spuren großer Kabarettisten wie Dieter Hildebrandt und Georg Schramm.“ *Frankfurter Rundschau*

Der sarkastische Wortkaskadeur

Mathias Tretter

„Tretter schafft es, bei gleichbleibend hohem, intellektuellen Anspruch in einem derart unverschämte locker-nonchalante Duktus und Habitus zu reden und zu spielen, dass man in Gedanken noch kein halbes Mal abschweift.“ *Süddeutsche Zeitung*

und als Gastgeber

Arnulf Rating

„Wie er mit großem Scharfsinn und Sprachwitz in Hochgeschwindigkeit die Themen der Zeit reflektiert und analysiert, hat Klasse...“ *Weserkurier*

Musikalisch wird der 20. Politische Aschermittwoch fetzig unter Spannung gesetzt von der Punkband STROM

(Änderungen vorbehalten)

Bildnachweis: Martina Bogdahn (Kinseher), T. Kurda (Sieber), Dita Vollmond (Pelzig), Dominik Rechenbach (Tretter), Jörn Hartmann (Rating), Promo (von Rosenberg-Lipinsky)

20. Politischer Aschermittwoch Berlin

Mittwoch, 14. Februar 2024, Beginn: 20 Uhr
Konzertsaal der UdK Berlin, Hardenbergstraße 33,
10623 Berlin-Charlottenburg

Tickets 24 bis 89 Euro

Tickettelefon: (030) 40 818 824 (Ortstarif), Tickets erhältlich über <https://aschermittwoch-berlin.de/> sowie an den bekannten VVK-Stellen oder bei Ticketmaster

Infos www.aschermittwoch-berlin.de

Veranstalter Maulhelden

Web: www.maulhelden.de

25) Neuwahlen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-10

10. November 2023

48. Jahrgang

Neuwahlen?

Es sieht nicht gut aus für die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Im aktuellen ARD-DeutschlandTrend liegen SPD und Grüne bei jeweils 15 Prozent, die FDP bei fünf. Zusammen also 35 Prozent, weit entfernt von einer Mehrheit. Die Union aus CDU und CSU liegt bei 30 Prozent, die AfD bei 21 Prozent.

Die Linke würde mit vier Prozent erneut nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen können. Und da die Regel abgeschafft wurde, wonach eine Partei, die drei Direktmandate gewinnt, auf Fraktionsstärke aufgestockt wird, hätte sich die Sache bei der nächsten Wahl erledigt. Das „*Bündnis Sahara Wagenknecht*“ ist noch nicht am Start, kann also bei Umfragen noch nicht berücksichtigt werden. Mal abwarten, was passiert, wenn es so weit ist.

Wenn es schlecht um eine Regierung steht, werden die Rufe nach Neuwahlen immer lauter. Knapp ein Drittel der Befragten spricht sich für den Fortbestand der jetzigen Regierung unter Bundeskanzler **Olaf Scholz** und seiner beiden streitsüchtigen Problemkinder **Robert Habeck** und **Christian Lindner** aus. 41 Prozent hingegen wollen vorgezogene Neuwahlen. 16 Prozent hätten gern eine so genannte Große Koalition aus Union und SPD. Diese käme aber nur auf 45 Prozent, was vielleicht sehr knapp an Mandaten ausreichen könnte.

Dass 86 Prozent der AfD-Anhänger eine Neuwahl befürworten, ist logisch. Das würde ihr aber wenig nutzen, denn eine Zusammenarbeit, gar eine Koalition, würde mit ihr niemand eingehen.

Für die Union kämen Neuwahlen zur Unzeit. Sie hat nicht einmal einen Kanzlerkandidaten. Hat die SPD eigentlich einen? Neuwahlen, das sollte allen klar sein, wären keine Lösung. Was würde ein Unions-Kanzler in der jetzigen Zeit besser machen können, außer Reden ohne Kunstpausen zu halten. Eine Regierung ist für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt worden und diese endet im Herbst 2025. So lange hat gefälligst die jetzige im Amt zu bleiben und zu arbeiten. Nur, weil ein Gesetz schlecht kommuniziert wurde und die meisten das, was davon übriggeblieben ist, nicht verstehen, kann man nicht Neuwahlen ausrufen.

In Krisenzeiten wie diesen wäre die Regierung allerdings gut beraten, wenn sie die größte Oppositionspartei bei vielen wichtigen Fragen mit ins Boot holte. Die Lage, in der wir uns befinden, ist sehr kompliziert

und vor allem auch bedrohlich. Nicht alle Probleme lassen sich mit als Sondervermögen kaschierten Schulden lösen. Statt Neuwahlen wäre der Autor die-



ses Beitrages lieber für eine Regierung der nationalen, nein nicht Front, sondern Verständigung. Das wäre dann die „*Simbabwe-Koalition*“, wobei

die Union mit nur einem schwarzen Streifen im Gegensatz zu den anderen mit jeweils zwei, etwas schlechter wegkäme. SPD, Grüne, FDP und Union sollten sich für eine bestimmte Zeit zusammentun.

Das Thema Migration muss gemeinschaftlich gelöst werden, denn das treibt die Wähler zur AfD. Auch die Bekämpfung des Antisemitismus kann gemeinschaftlich besser bewältigt werden. „*Antisemitische Straftaten haben in Deutschland deutlich zugenommen, besonders nach dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober. Im vergangenen ARD-DeutschlandTrend kam zutage, dass die Mehrheit einen zunehmenden Antisemitismus sieht, und zwar über die Parteilager hinweg. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (56 Prozent) wünscht sich in der aktuellen Befragung mehr Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland.*“ ARD

Es gibt also viel zu tun.

Ed Koch

Informationen zur Umfrage dimap.

Erhebungszeitraum: 07. bis 08. November 2023

Fallzahl: 1.195 Befragte (701 Telefoninterviews und 494 Online-Interviews)

Durchführendes Institut: Infratest dimap

Die Ergebnisse sind auf ganze Prozentwerte gerundet, um falsche Erwartungen an die Präzision zu vermeiden. Denn für alle repräsentativen Befragungen müssen Schwankungsbreiten berücksichtigt werden. Diese betragen im Falle einer Erhebung mit 1000 Befragten bei großen Parteien rund drei Prozentpunkte, bei kleineren Parteien etwa einen Punkt. Hinzu kommt, dass der Rundungsfehler für kleine Parteien erheblich ist. Aus diesen Gründen wird keine Partei unter drei Prozent in der Sonntagsfrage ausgewiesen.

1

26) Ein Tag, der es in sich hat. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-08

9. November 2023

48. Jahrgang

Ein Tag, der es in sich hat

Über Feier- und Gedenktage habe ich mich sehr häufig an dieser Stelle geäußert. Jedes Bundesland setzt seine eigenen Prioritäten, in Brandenburg wird der Reformationstag am 31. Oktober gefeiert, in Berlin, als einzigem Bundesland, der Weltfrauentag am 8. März. Dass Frauen in Berlin trotzdem nicht für gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten, steht auf einem anderen Blatt. Nicht nur, weil es immer weniger Mitglieder der christlichen Kirchen gibt, sondern weil es überflüssig ist, bin ich strickt gegen die Verlängerung von Ostern, Pfingsten und Weihnachten um einen weiteren Tag.

Das Erinnern an die wirklich wichtigen Tage überlassen wir den Politikern in Gedenkstunden, die sich der arbeitende Teil der Bevölkerung nicht einmal im Fernsehen anschauen kann.

Werfen wir einen Blick auf die Zeittafel des 9. November, eines Tages, der alles in sich birgt, um als gesetzlicher Gedenktag deklariert werden zu können. Gedenktag ja, aber nicht schulfrei. Ganz im Gegenteil. Für Lehrkräfte muss es der Tag sein, an dem sie sich im Rahmen eines historischen Fachtages an ihre Schülerinnen und Schüler wenden sollten.

9. November 1918

Ausrufung der Republik in Deutschland. Der wenige Wochen zuvor berufene Reichskanzler **Max von Baden** verkündet angesichts der bevorstehenden Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg eigenmächtig die Abdankung von **Kaiser Wilhelm II.** und betraut **Friedrich Ebert** (SPD) mit den Amtsgeschäften. Eberts Genosse **Philipp Scheidemann**, der ihn im Februar 1919 als Regierungschef ablösen wird, ruft von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die Deutsche Republik aus. Am selben Tag, jedoch einige Stunden später, verkündet **Karl Liebknecht**, einer der Anführer des linksrevolutionären Spartakusbundes, vom Berliner Stadtschloss aus eine als Räterepublik gedachte Freie Sozialistische Republik Deutschland.

In den nachfolgenden, regional teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern einer sozialistischen Räterepublik und denen einer pluralistisch-parlamentarischen Demokratie unterliegen die Anhänger des Räteremodells. Liebknecht selbst wird zwei Monate später zusammen mit **Rosa Luxemburg** am 15. Januar von reaktionären Freikorps ermordet. In der weiteren Folge wird im August 1919 das als Weimarer Republik

bezeichnete erste demokratisch strukturierte Staatswesen in Deutschland konstituiert (benannt nach der in Weimar tagenden Nationalversammlung).

9. November 1923

Der Nationalsozialismus wird erstmals international wahrgenommen. **Adolf Hitler**, der bis dahin in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannte Parteichef der NSDAP, unternimmt einen Putschversuch gegen die demokratische Reichsregierung bewusst am 5. Jahrestag der Ausrufung der Republik. Das Unternehmen, das 20 Todesopfer fordert, scheitert bereits nach wenigen Stunden vor der Münchner Feldherrnhalle. Hitler nutzt den anschließenden Prozess, um sich als Führungsfigur der völkischen Bewegung zu inszenieren.

Er wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aber bereits nach neun Monaten „wegen guter Führung“ vorzeitig entlassen. Als er zehn Jahre später an die Macht gelangt und eine totalitäre Diktatur in Deutschland errichtet, erklärt er den 9. November zu einem Gedenk- und Feiertag. An ihm finden während der NS-Diktatur alljährlich staatliche Trauerfeiern statt, bei denen der sogenannten „Blutzeugen der Bewegung“ gedacht wird. Auf einer solchen Feier fand, am Abend des 8. November 1939, das gescheiterte Bomben-Attentat des Georg Elser auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller statt.

9. November 1938

Nach dem Mordanschlag auf einen deutschen Diplomaten in Paris inszenieren die Nationalsozialisten die Novemberpogrome (bis in die Gegenwart ist die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 oft auch unter dem euphemistischen Begriff „Reichskristallnacht“ bekannt). In der NS-Propaganda werden die vor allem von SA- und SS-Mitgliedern in Zivilkleidung begangenen Ausschreitungen als Ausdruck des „Volkszorns“ gegen die Juden dargestellt.

In ganz Deutschland und Österreich werden jüdische Geschäfte und Einrichtungen demoliert, Synagogen in Brand gesteckt. Hunderte von Juden werden innerhalb weniger Tage ermordet. Diese Ereignisse markieren den Übergang von der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung zur offenen Verfolgung der Juden in der Diktatur des Nationalsozialismus. Während des Zweiten Weltkriegs mündet der nationalsozialistische Antisemitismus in den heute als Holocaust bezeichneten industriell betriebenen Völkermord an etwa sechs Millionen europäischen Juden und weiteren ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen in den Vernichtungslagern des NS-Regimes.

1



9. November 1967

Bei der feierlichen Amtseinführung des neuen Rektors der Hamburger Universität entfalten Studenten ein Transparent mit dem Spruch „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“, der zum Symbol der 68er-Bewegung werden wird.

9. November 1969

Die linksextremistische Terrororganisation Tupamarios West-Berlin platziert eine Bombe im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin. Die Bombe explodiert jedoch nicht.

9. November 1989

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze verdeutlicht und verstetigt den Erfolg der friedlichen Revolution in der DDR, dem am 3. Oktober 1990 die deutsche Wiedervereinigung folgt. Der 9. November ist zeitweilig als Nationalfeiertag des vereinigten Deutschland im Gespräch. Auch aus Rücksicht auf das Gedenken an den 9. November 1938 wird im Einigungsvertrag 1990 jedoch der 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit bestimmt.

*Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: Wikipedia*

27) Wagenknechts „Erbe“ – Liquidation der Partei „Die Linke“

08. 11. 2023



Bild: Reuters / Annegret Hilse

Als Folge des Bruches mit Sahra Wagenknecht und deren Ankündigung eine eigene Partei zu gründen, wird Die Linke nur noch als sogenannte Gruppe im deutschen Parlament vertreten sein.

Dietmar Bartsch plant nun die Linksfraktion kommende Woche aufzulösen.

„Wagenknecht machts möglich“

„Wir haben entschieden, dass wir in der nächsten Woche die Liquidation einleiten werden“, erklärte Noch-Fraktionschef Dietmar Bartsch dazu am 7. November.

Die Linksfraktion im Bundestag will nächste Woche ihre Auflösung beschließen und dabei auch gleich ein Datum dafür festlegen. Dies teilte Fraktionschef Dietmar Bartsch nach einer Fraktionssitzung in Berlin mit, wie die [Süddeutsche Zeitung berichtet](#).

Als Ursache kann der Bruch mit Sahra Wagenknecht und neun weiteren Abgeordneten unwiderlegbar angenommen werden.

Bartsch erklärte in diesem Zusammenhang, „wir haben entschieden, dass wir in der nächsten Woche die Liquidation einleiten werden.“

Zu diesem Zeitpunkt werde auch festgelegt, „zu welchem Datum diese Liquidation beginnt“. Diesen Termin könne er jetzt noch nicht nennen, so Bartsch. „Am 14. November kann ich Ihnen sagen, zu welchem Datum das passiert.“

Als Gruppe hätte die Linke deutlich weniger parlamentarische Rechte und bekäme weniger staatliche Unterstützung. Mehr als 100 Mitarbeiter müssen sich einen neuen Job suchen.

Dennoch rechnen sich sowohl die Rest-Linke um Spitzenkandidatin Carola Rackete als auch die „Wagenknecht-Partei“, die erstmals im Jahr 2024 bei Wahlen antreten will, gute Chancen bei den kommenden EU-Wahlen aus.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Habeck gibt zu: „Maßgeblicher Teil des Wohlstands wird verlorengehen“

Von NIKI VOGT

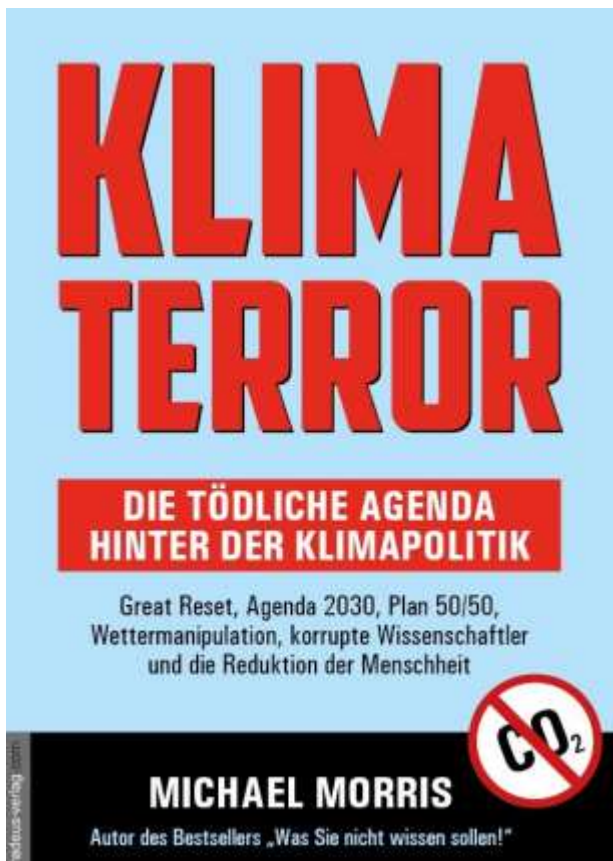
08. 11. 2023



Wahlwerbung der Grünen

„Maßgeblicher Teil des Wohlstands wird verlorengehen“: Habeck & Co betreiben bewusst die Verarmung und Deindustrialisierung Deutschlands

Von NIKI VOGT | Die vor zwei Wochen veröffentlichte Industriestrategie des Vizekanzlers und Wirtschaftsministers Robert Habeck kann nicht mehr umhin, nebenbei einzuräumen, dass seine Politik verheerend für den Industriestandort Deutschland ist. Dennoch gibt er sich entschlossen, weiterzumachen und lässt die Deutschen wissen: „Ein maßgeblicher Teil des Wohlstands“ werde verloren gehen. Diese Formulierung dürfte noch geschönt sein, wenn er das schon zugeben muss.



Deutschlands Niedergang: Inkompetenz oder Absicht?

Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: Entweder Robert Habeck hat aus Inkompetenz und Ahnungslosigkeit in kürzester Zeit Deutschland in den Ruin geführt (was durchaus möglich ist), dann müsste er sofort das Ruder herumreißen und eine völlig andere Strategie fahren. Zum Beispiel die Atomkraftwerke wieder ans Netz bringen, CO₂-Steuern brutal kappen, Industriestandorte durch Anreize stützen, Heiz- und Dämmgesetze überarbeiten und entschärfen...

Oder er macht stur weiter mit der zerstörerischen „grünen Transformation“, was notabene belegt, dass er Deutschland vorsätzlich zerstört. Und das was er in seiner Industriestrategie wohlverpackt offenbart, ist genau das.

Altkanzler Helmut Schmidt sagte einmal, wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen. Herr Minister Habeck hat Visionen, und zwar Horrorvisionen. Aber hier hilft kein Arzt mehr. Leider müssen wir Bürger seine Visionen ausbaden.

Unfassbar: Habeck kündigt glasklar Verarmung und Deindustrialisierung an

Seine „Visionen“ legt er in seiner veröffentlichten „Industriestrategie“ unter dem Titel „[Industriepolitik in der Zeitenwende](#): Industriestandort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschaftssicherheit stärken“ dar. Wem das zu lang ist, [hier gibt es die Kurzfassung](#).

Wohl formuliert, ein bisschen zugeben, dass man wohl nicht alles richtig gemacht hat. Aber schön verpackt und mit viel positivem Wortgeklingel weichgespült, wird klar, dass man den schädlichen Kurs eben nicht korrigieren wird, sondern dass „Zeitenwende“ und „Erneuerung“ Euphemismen für einen beinharten Plan sind: Schluss mit Wohlstand und angenehmem Leben, die Grüne Mangel- und Züchtigungswirtschaft geht erst richtig los.

Seite E 129 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

„Wir verlieren die Industrie und damit nicht nur Arbeitgeber und Branchen, sondern einen maßgeblichen Teil des Wohlstands“

Das sagte Minister Habeck wörtlich bei der Vorstellung seiner Industriestrategie. In dem Strategiepapier steht auch unmissverständlich, dass „existenzbedrohende Energiepreise“ kommen werden. Im Strategiepapier heißt es dazu wörtlich:

„Die Transformation zur Klimaneutralität und die damit verbundene Erneuerung unseres Wohlstandes bieten mittel- und langfristige Chancen, verursachen im Übergang aber auch große Anstrengungen und Kosten für die Industrie und ihre Beschäftigten.“

In einem Satz: Die Grüne Transformation ist ein Verarmungs- und Zerstörungsprogramm mit ungewissem Ausgang.

Dann kommt eine Rechtfertigungs-Suada, die in Teilen zwar zutrifft aber eben andere Lösungen erfordert, als noch mehr an falscher Politik:

„Schließlich haben sich die Standortbedingungen bereits über eine lange Zeit auch deshalb verschlechtert, weil notwendige Reformen und Investitionen ausgeblieben sind: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde vernachlässigt, die Infrastruktur nicht erneuert, gefährliche Abhängigkeiten wurden zementiert oder sogar neu geschaffen, die Bürokratie ist ausgefertigt, der Fachkräftemangel wurde nicht entschieden angegangen.“

Die Industriestrategie ist verlogen und ignoriert gefährliche Probleme

Reformen und Investitionen mögen nicht ausgereicht haben oder falsch/wirkungslos gewesen sein. Nur die linksgrüne Politik ist noch um Längen verheerender. Der Ausbau der „Erneuerbaren“ ist keineswegs vernachlässigt worden, sondern jeder bescheuerte Hype wurde mit Hunderten Millionen subventioniert und vieles stellt sich mittlerweile als Fehlallokation heraus — beispielsweise die giftigen Quecksilber-Energiesparlampen oder die buchstäblich brandgefährliche Elektromobilität.

Die Elektroautos sind eine Sackgasse, weil die wenigen, die jetzt schon herumfahren, das Stromnetz schon sehr belasten. Noch mehr Elektroautos können kaum versorgt werden. Wer nicht eine eigene Solaranlage hat, wird bei den Strompreisen noch mehr geschröpft, als durch fossile Betankung. Im Winter droht dann flächendeckender, kompletter Ausfall der Mobilität. Die „Grüne Zeitenwende“ sieht allerdings auch vor, den Individualverkehr möglichst abzuschaffen.



Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Was passiert, wenn im Winter ein stundenlanger Stau auf der Autobahn entsteht? Die Batterien sind schnell leer, wenn man in der Karre nicht erfrieren will. Und dann? Wie sollen Hunderte E-Autos mit leeren Batterien wieder flott gemacht werden? Verbrenner mit leerem Tank braucht man nur mit fünf Litern zu betanken und sie fahren sofort wieder. Da kauft man denen im Stau, die einen Ersatzkanister haben, denselben ab und los geht's. E-Autos brauchen nicht nur Stunden zum Aufladen, es gibt auch keine „Ersatzkanister“, und es kann auch kein Tankwagen an den Stauanfang kommen und jedem mal schnell 5 Liter für ein paar Euro einfüllen – und so im Stau von vorne nach hinten die „trockenen“ Fahrzeuge kurz betanken und den Stau auflösen.

Das wird irgendwann eine Tragödie geben. Wie will man die Menschen vor dem Erfrieren retten? Mit Elektrobussen durch die Rettungsgasse fahren und alle abholen? Dann bleiben Hunderte verlassener Autos so lange auf der blockierten Autobahn, bis sie einzeln abtransportiert werden, die Batterien von Hunderten E-Autos aufgeladen sind und ihre Besitzer einen Weg finden, sie auf einem Sammelplatz irgendwie abzuholen??

Gleichzeitig schaltete man umweltschonende Atomkraftwerke ab, bezieht aber Atomstrom aus den angrenzenden Ländern, was in der CO₂-Bilanz (wenn die überhaupt von Bedeutung ist) keinen Vorteil bringt.

Die Windparks zerstören Naturschutzgebiete, der Infraschall schädigt Mensch und Tier und die Rotoren zerschmettern pausenlos Vögel und Insekten — und in den Offshore-Parks stranden Wale und andere Meerestiere, die durch das Gewummer der Windräder desorientiert sind. Ganze Wiesen und Felder werden mit Solarpaneelen zugestampft.

Dieses drängende Problem der Energie-Unsicherheit wird im besagten Strategiepapier überhaupt nicht adressiert. Alle zittern wieder vor dem Winter, ob es Blackouts geben wird und die linksgrüne Regierung kauft wie verrückt Flüssiggas von den Amis, das ebenfalls ein fossiler, CO₂-emittierender Brennstoff ist und mit fossilem, umweltverschmutzenden CO₂-Schiffsdiesel wird dieses Flüssiggas über den Atlantik geschippert, um in Tanklagern, die an den Ostsee-Stränden die Natur zerstören, gelagert zu werden. Davon steht kein Wort in dem Machwerk.

Außer der Erwähnung der „existenzbedrohenden Energiepreise“ wird dieses Riesenproblem für Wirtschaft und Bevölkerung nicht mehr behandelt, geschweige denn Lösungsansätze vorgestellt. Der deutsche Dummbürger interessiert nicht. Alle sollen teure Wärmepumpen installieren, was das Stromnetz besonders im Winter, wo die Dinger dann auch Hochtouren laufen müssten, um aus der kalten Winterluft noch Wärme herauszupressen, komplett überfordern würde.

Energie wird und soll dauerhaft extrem teuer sein

Das gibt Minister Habeck auch offen zu. Aber eine überzeugende Antwort, warum man das will, gibt es nicht. Aber man plant auch noch, die Kohlekraftwerke, die uns noch vor dem Energie-Desaster halbwegs schützen, ebenso abzustellen. Allerdings wird das kaum gehen, Der [Kohleausstieg ist auf absehbare Zeit nicht](#) durchzuziehen.

Außer dem Versprechen, die Energiesicherheit durch noch mehr teuren und ineffizienten Flatterstrom aus „Erneuerbaren“ bereitzustellen, kommt da nichts. Es dürfte selbst dem verblendeten Deutschlandhasser Habeck klar sein, dass das nicht funktioniert, so wie es bisher ja auch nicht funktioniert hat. Vier Billionen Dollar wurden in den letzten zehn Jahren weltweit in die „Energiewende“ gepumpt. Doch der Anteil fossiler Brennstoffe am Energiemix

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

ist derselbe. Das gilt auch für Deutschland. Der CO₂-Ausstoß ist nicht kleiner geworden. Deutschland hat zwar ein ganzkleinbisschen, völlig unbedeutend weniger CO₂ mittelbar oder unmittelbar emittiert, aber seine Wirtschaft erheblich geschädigt

„Bloomberg schätzt, dass die deutsche Energiewende bis 2030 weitere 1.000 Milliarden Euro kosten wird. Wir sind weltweit einer der Spitzenreiter dieser beispiellosen Geld- und Ressourcenverschwendung.“

Und es wird immer noch mehr Schaden angerichtet

Die Ampelregierung hat mit ihrem „Energie-Effizienzgesetz“ noch mehr Schaden in Gang gesetzt. In Minister Habecks Industriestrategie-Papier wird fabuliert, wie fundamental die Bedeutung der grünen Energie-Effizienz sei, um Deutschland als wettbewerbsfähigen Industriestandort fit zu machen. Fachleute sehen darin aber ein effizientes Wirtschafts-Schrumpfprogramm. Denn der Energieverbrauch soll bis 2030 um 22 Prozent sinken. Gegenüber 2008 wären das 26,5 Prozent!

Der Chef des Münchener ifo-Institutes rechnet auf der Seite der Organisation vor, dass dieses Ziel eine zwangsweise weitere Schrumpfung der Wirtschaft um 14 Prozent bedeutet, die bisherige Steigerung der Energie-Effizienz bereits eingerechnet – es sei denn, die energetische Effizienz würde sich verdreifachen. Er schreibt:

„Die erforderliche Steigerung, um das bislang erwartete Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, ist jedoch gewaltig. Die Energieeffizienz müsste jedes Jahr um 4 % zunehmen. Gegenüber der bisherigen Wachstumsrate ist das fast eine Verdreifachung. Ist das möglich? Das weiß heute niemand. Man kann sicherlich mehr tun, um Energie einzusparen, aber diese Einsparungen werden mit wachsender Energieeffizienz immer schwerer. Die niedrig hängenden Früchte auf diesem Gebiet sind bereits geerntet. (...) Neben vielen Belastungen durch die Energiewende bestand bislang die Chance, dass künftig, zumindest während die Sonne scheint und der Wind weht, in großen Mengen klimafreundliche Energie verfügbar sein könnte. Neue energieintensive, aber flexible Industrien könnten entstehen und Wohlstand sichern. Die Vorgabe, den Energieverbrauch zu senken, unabhängig davon, wie die Energie erzeugt wird, kann diese Chance zerstören. Die deutsche Politik will in wirtschaftlich ohnehin schwerer Zeit ein Gesetz verabschieden, das den Energieverbrauch unnötig einschränkt und massive ökonomische Risiken mit sich bringt. Dass sie damit EU-Vorgaben folgt, ist keine Rechtfertigung, denn an diesen Vorgaben hat die Bundesregierung mitgewirkt.“



Demotivation, Enttäuschung, Misstrauen, Wut und Fatalismus machen sich breit

Ein klares Zeichen dafür, wie vertrauenswürdig ein Industriestandort ist, sieht man an den Investitionen in die Wirtschaft des jeweiligen Landes. Und hier zeigt sich, dass im vergangenen Jahr [deutsche Unternehmen](#) und Investoren ganze 132 Milliarden Dollar (124,5 Milliarden Euro) mehr im Ausland investiert haben, als umgekehrt ausländische Firmen in den Standort Deutschland. Das ist ein untrüglicher Indikator, der die rückläufige Standortattraktivität Deutschlands bestätigt. Bekanntermaßen schüttelt die Welt den Kopf über die dummen Schafsdeutschen, die sich diese zerstörerischen Wirtschaftspolitik auch noch gefallen lassen.

Die „Epoch Times“ schreibt in diesem Sinne im Beitrag [„Klimapolitik als Dolchstoß für den Wirtschaftsstandort Deutschland?“](#):

„Laut einem Report der Bertelsmann Stiftung deutet vieles darauf hin, dass die hochgesteckten Klimaziele der Bundesregierung den Wirtschaftsstandort Deutschland noch unattraktiver machen könnten. Dabei schwächelt Deutschland ohnehin schon. Der neue Megatrend-Report der Bertelsmann Stiftung, ‚Der grüne Standort-Wettbewerb‘, offenbart, wie die ehrgeizige Klimapolitik der Bundesregierung der Industrie und der Wirtschaft schaden könnten.“

Die Bertelsmann-Stiftung, bisher immer ein treibender Faktor dieser ganzen Woke- und Grün-Agenda bekommt plötzlich kalte Füße und schreibt in dem Beitrag [„Megatrend-Report #5: Der grüne Standortwettbewerb“](#)

„In unserem fünften Megatrend-Report beschäftigen wir uns mit der Frage, wie Deutschland seine Standortattraktivität in Zeiten globaler Krisen und Konflikte erhalten kann. Zwar zeichnet sich der Wirtschaftsstandort noch durch international wettbewerbsfähige Produkte aus. Allerdings setzen zahlreiche nationale und internationale Entwicklungen sowie Megatrends diese preisliche Wettbewerbsfähigkeit zunehmend unter Druck. Ohne ein wirtschaftspolitisches Gegensteuern droht die Standortattraktivität Deutschlands zu schwinden – mit entsprechenden Auswirkungen auf den Wohlstand.“

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, bewertete diese Investitionsdifferenz zulasten Deutschlands als „historisch hoch“. Weiter erklärte er: *„Wohin Kapital aus Deutschland fließt, hat mit der zu erwartenden Rendite und den Zukunftsaussichten des Standorts zu tun. Und da fällt der deutsche Standort zurück.“*

Dieser Beitrag erschienn zuerst auf [dieunbestechlichen.com](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Mainstream-Medien stürzen ab – egal ob BILD, FAZ, taz oder WELT

07. 11. 2023



Bild: erziehungstrends.info

Absturz: „Bild“, „Welt am Sonntag“ und „Bild am Sonntag“ verlieren bis zu einem Drittel der Leser

Der Niedergang der Mainstream-Medien geht unaufhörlich weiter

Wie die aktuelle Auswertung der neuesten Quartalsauflagen zeigt, stürzen die einst großen deutschen Zeitungen ab: Die *Bild Zeitung* wurde im dritten Quartal nur noch von 814.828 Deutschen entweder im Abo oder einzeln gekauft. Das entspricht einem Minus im Vergleich zum Vorjahresquartal von 11,1 Prozent.

Starke Einbußen muss auch die linke *Süddeutsche Zeitung* hinnehmen. Sie verlor 8,6 Prozent, die *Frankfurter Allgemeine* 7,4 Prozent und das *Handelsblatt* 6,0 Prozent. Es folgen *Die Welt* und die *taz* mit einem Minus von 4,2 bzw. 3,3 Prozent.

Minus bis zu 34,2 Prozent

Auch die Auflagen der Wochen- und Sonntagszeitungen stürzten ab. Die *Bild am Sonntag* fuhr mit 369.238 Abos und Einzelverkäufen ein Minus von 34,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal ein. Der Grund dafür dürfte die Einstellung der Sonntagszustellung an die Haustür sein. Auch die *Welt am Sonntag* wird sonntags nicht mehr zugestellt, was ein Minus von 16,7 Prozent brachte. Die *Zeit* verlor im Vergleich nur moderat, nämlich 1,4 Prozent, gefolgt von der *Jungen Freiheit* mit einem Minus von 3,6 Prozent.

80 von 100 Titeln verlieren

Weiter bergab geht es auch am Publikumszeitschriftenmarkt. 80 der 100 erfolgreichsten Titel büßten Verkäufe gegenüber dem Vorjahr ein, 13 sogar mehr als 15 Prozent, sechs davon sogar mehr als 20 Prozent. Darunter fallen der *Spiegel* mit minus 6,3 Prozent und der *Stern* mit minus 11,7 Prozent. Der *Focus* kam mit einem Minus von 0,5 Prozent mit einem blauen Auge davon.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) ACHTUNG REICHELT!

Von Julian Reichelt

07. 11. 2023



JULIAN REICHELT! Deutschland im Herbst 2023: Islamisten demonstrieren auf unseren Straßen für die Errichtung eines Kalifats. Es ist das Ergebnis einer historisch gescheiterten Migrationspolitik, gegen die niemand etwas sagen durfte. Im Gegenteil. Wir wurden gezwungen und werden jeden Tag gezwungen, dafür zu bezahlen, dass jede Kritik, jeder leise Zweifel, jede abweichende Meinung verunglimpft, verhöhnt, vertuscht, verschwiegen, kriminalisiert, gecancelt, niedergebrüllt wird. Wir finanzieren zwangsweise eine Milliardenindustrie der Propaganda.

Menschen bei ARD und ZDF sind reich geworden, indem sie uns belogen und die Realität unterdrückt haben. Menschen wie Anne Will, Louis Klamroth, Anja Reschke, Georg Restle, die Einpeitscher des Merkelismus.

https://www.youtube.com/watch?v=rnUw_4KW6ks&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2F&feature=emb_imp_woyt

[01:00](#) Das Erbe der Merkel-Ära

[02:56](#) Der Staat lässt Islamisten gewähren

[06:52](#) Die Regierung der leeren Gesichter

[09:16](#) Die Allahu-Akbar-Kanzlerin

[09:58](#) Migrations-Propaganda von ARD & ZDF

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Wieder so ein verdammter Gedenktag. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-04

7. November 2023

48. Jahrgang

Wieder so ein verdammter Gedenktag

Der November ist ein düsterer Monat, geprägt durch den Volkstrauertag und Totensonntag. Heute ist es genau einen Monat her, dass eine Terrororganisation, die sich als politische Partei tarnt, Israel überfallen und wahllos Menschen abgeschlachtet hat, darunter viele Kinder, denen der Kopf abgeschlagen wurde. Dass Israel diesen Tag mit 9/11 vergleicht, ist nur allzu verständlich.

Die Reaktion der Israelis fällt so konsequent aus, wie der Angriff auf ihr Land. Zu leiden hat immer die Zivilbevölkerung. Die mutigen Hamas-Terroristen fahren in Krankenhäusern, verstecken sich eben genau hinter dieser Zivilbevölkerung, die ihnen vollkommen egal ist. Kollateralschäden werden billigend in Kauf genommen.

Israel wird ein Genozid an den Palästinensern vorgeworfen, ausgerechnet von denen, die Israel von der Landkarte ausradieren und ihre Bevölkerung vernichten wollen.

Es würde helfen, wenn die Hamas die Geiseln freiläße und damit aufhörte, ständig neue Raketen auf Israel abzufeuern. Die Angriffe der Hisbollah aus dem Süden Libanons auf Israel, verschärfen die Lage unnötig. Ebenso allerdings wie das Vorgehen israelischer Siedler im Westjordanland gegen dort lebende Palästinenser, die sie nicht nur bei der Olivenerte drangsalieren. Und die Hisbollah versteht sich als „Partei Gottes“, was für eine Blasphemie.

Ein in Berlin in Frieden und Freiheit lebender Palästinenser beklagt sich auf einer Demonstration, dass sich Deutschland nur für Israel einsetze, nicht aber für die Palästinenser. Was für ein Unsinn. Allein 2021 wurden knapp 300 Millionen US-Dollar an Entwicklungsgeldern in den Gaza-Streifen und in das Westjordanland überwiesen. Ob dieses Geld tatsächlich bei den Betroffenen angekommen ist, lässt sich ebenso wenig unabhängig überprüfen, wie die derzeitigen Kriegsgeschehnisse. Dass dieses Geld jetzt eingefroren wurde, ist nicht zu kritisieren. Deutschland setzt sich sehr wohl, wie andere Länder auch, für die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen ein. Es fließt auch deutsches Geld in Hilfslieferungen. Abgesehen vom Abwurf medizinischer Geräte Jordaniens auf den Gaza-Streifen, ist die Unterstützung aus anderen arabischen Ländern nicht bemerkenswert. Die Solidarität beschränkt sich allein auf Kriegsgeräte.

Ohne die Ursache der israelischen Reaktion auf den Terrorakt vom 7. Oktober im Hinterkopf zu haben, finden weltweit propalästinensische Demonstrationen statt. 30.000 Teilnehmende in London, 19.000 in Paris, 17.000 in Düsseldorf, 9.000 in Berlin. „Spitzenreiter“ in dieser traurigen Statistik ist die US-Hauptstadt Washington D.C. „Die Veranstalter sprachen von der größten propalästinensischen Demonstration in der Geschichte der Vereinigten Staaten, an der 300.000 Menschen teilgenommen hätten. Auch Prominente wie Schauspielerin Susan Sarandon und der Sänger Macklemore waren dabei.“

Quelle: SPIEGEL

Wo finden eigentlich die Demonstrationen statt, die sich für das Existenzrecht Israels einsetzen? Der Teilnehmerkreis ist überschaubar. Vor dem Brandenburger Tor waren es nicht einmal 10.000 Teilnehmende. Und an Mahnwachen nehmen noch weniger teil, 280 Menschen in Karlsruhe oder 500 in Düsseldorf. Das ist beschämend. Der einseitige Blick sehr vieler Menschen auf das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, ohne auch nur einen Wimpernschlag für das Leid der Israelis übrig zu haben, widert mich an.

Heute soll um 18:30 Uhr vor dem Brandenburger Tor der Opfer des Terroraktes gedacht werden.

Ja, es gibt auch ein Existenzrecht Palästinas. Und ja, die seit Jahrzehnten geforderte Zweistaatenlösung ist nicht mit der Vehemenz verfolgt worden, wie es sinnvoll gewesen wäre. Das ist auch das Verschulden der jetzigen israelischen Regierung, die so sehr mit ihrer undemokratischen Justizreform beschäftigt war, dass sie den Terrorakt auf ihr Land nicht verhindert hat. **Benjamin Netanjahu** hätte anstandshalber sofort nach dem 7. Oktober zurücktreten müssen. Solange der Krieg läuft, und das kann noch sehr lange der Fall sein, hält er sich im Amt. An dieser Stelle aber noch einmal der Kernsatz: All das rechtfertigt nicht 7/10.

Der November ist auch der Monat, in dem die Kataloge mit den Weihnachtskarten zugestellt werden. Darunter fast ausnahmslos Motive mit „*Frohe Weihnachten*“, wohl kaum! Bei **Unicef** habe ich ein einziges Motiv mit dem Wunsch „*friedvolle Weihnachten*“ gefunden. Der Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen.

Auf meinem Kalenderblatt steht: „*Man ist meistens nur durch Nachdenken unglücklich*“ (Joseph Joubert)

In diesem Sinne...

Ed Koch

1

32) Unfassbar: Evangelische Kirche will noch mehr Asyl-Einwanderer in Deutschland haben

04. 11. 2023



Annette Kurschus.- Bild: Wikipedia/EKvW/Jörg Dieckmann Lizenz: CC BY-SA 4.0 DEED

Weit über zwei Millionen Asylanträge in den letzten zehn Jahren gestellt

Einmal mehr zeigt sich, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Teil der Einwanderungslobby bzw. eine Vorfeldorganisation der Grünen ist. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sprach sich die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus für noch mehr Asyl-Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland aus: „Grundsätzlich müsste unser reiches Land in der Lage sein, noch mehr Menschen aufzunehmen.“

„Deutlich mehr legale Zugangswege nach Europa“

Wenig überraschend forderte die Kirchenvertreterin auch „deutlich mehr legale Zugangswege nach Europa“, und die Festlegung einer Obergrenze für die Aufnahme sogenannter Flüchtlinge sind für Kurschus „populistische Nebelkerzen“ und unvereinbar mit dem Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention. Außerdem sei die Grenze der Aufnahmekapazität für Einwanderer über das Asylsystem „noch lange nicht erreicht“.

Grenzen zur Selbstaufgabe „noch lange nicht erreicht“

Die Theologin meint, dass die Aufnahme von Asyl-Einwanderern aus christlicher Sicht ihre Grenze dort findet, „wo es zur Selbstaufgabe kommt“. Und diese Grenze habe die Bundesrepublik laut Kurschus „noch lange nicht erreicht“.

Die Statistik zeigt jedoch ein völlig anderes Bild. In den letzten zehn Jahren wurden in Deutschland weit über zwei Millionen Asylanträge gestellt. 2015, also in jenem Jahr, als die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, die übrigens die Tochter eines evangelischen Pfarrers ist, ihren verhängnisvollen „Wir schaffen das!“-Sager tätigte, waren es 476.649 Asylanträge, und im Jahr darauf 747.545. Und heuer wurden allein im ersten Halbjahr 251.213 Asylanträge in Deutschland gestellt.

Gutmensch auf Kosten der Steuerzahler

Darüber hinaus kommt die Politik der offenen Tür die deutschen Steuerzahler teuer zu stehen. Für 2023 sind alleine im Bundeshaushalt 27,6 Milliarden Euro für den Bereich Flüchtlinge und Asyl vorgesehen, davon 10,4 Milliarden Euro für „Sozialtransferleistungen nach Asylverfahren“, wie das Internetportal Statista mitteilt.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Chancen in Krisenzeiten nutzen. Von Ed Koch



Chancen in Krisenzeiten nutzen

Es gibt genügend Probleme zu bewältigen, um die Welt zu retten. Die Auswirkungen des Klimawandels sind überall spürbar, ob Hitzewellen oder Flutkatastrophen. Niemand braucht in solchen Zeiten, in denen es darum geht, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakatastrophe wenigstens aufzuhalten, wenn schon nicht gänzlich zu verhindern, so etwas Unsinniges wie einen Krieg. Anstatt für das Überleben der Menschheit zu kämpfen, wird ein Land überfallen und werden Menschen getötet. Das allein genommen, ist schlimm genug. Wenn aber so ein verbrecherischer Akt auch noch dazu führt, dass wir in eine Energiekrise geraten, ist dies genau eine Krise zu viel.

Um zu beraten, welche Chancen es dennoch in Krisenzeiten gibt, ist es sinnvoll, wenn sich Experten mit der Generation an einen Tisch setzen, die in den nächsten Jahrzehnten versuchen müssen, die Welt nicht untergehen zu lassen.



Konferenz im Audi-Max des TU Campus EUREF

Am 3. November fand auf dem Campus EUREF der Technischen Universität Berlin ein Symposium zum Thema „Challenges in Sustainability: The Great Transition as a Challenge and Chance in Times of Crisis“, („Herausforderungen der Nachhaltigkeit: Der große Wandel als Herausforderung und Chance in Krisenzeiten“) statt.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom TUB Master-in-Energy, Mobility2Grid, dem EUREF-Talent Campus und dem nexus Institut. In diesem Jahr wurde das Symposium durch die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gefördert und fand im Rahmen der „Berlin Science Week 2023“ statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Förd-

erung einer stärkeren Vernetzung von Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft.



Professor Hans-Liudger Dienel begrüßte die Anwesenden

Am Freitag, dem 3. November 2023, hat sich die Konferenz mit den wichtigsten Herausforderungen und Trends beim Übergang zu emissionsfreien Infrastrukturen befasst und dabei insbesondere die Bereiche Energie, Mobilität und Gebäude aus deutscher und europäischer Planungsperspektive hervorgehoben. Entscheidungsträger/innen aus Politik und Verwaltung sowie Branchenpioniere und Forschende aus unterschiedlichen Disziplinen haben ihr Fachwissen, neueste Lösungen und innovative Ideen zur Bewältigung der heutigen Herausforderungen im Bereich der Nachhaltigkeit vorgestellt. Die Konferenz diente als einzigartige Plattform für sinnvolle Diskussionen, Networking und vertiefenden Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Industrie. Im Mittelpunkt stand die gemeinsame Vision für eine grünere und widerstandsfähigere Zukunft.



Richard Schmidt von WILO zum Thema Wasserstoff - Konkurrenz oder Vollendung der Elektrifizierung. Foto: EUREF

Das Podium war hochkarätig besetzt, unter anderem mit der TU-Präsidentin **Geraldine Rauch**, den TU-Professoren **Hans-Liudger Dienel**, **Joachim Müller-Kirchenbauer**, **Dietmar Göhlich** von Mobility2Grid, **Alexander Reinhold** von Convex Energie,



Iris Bruckhaus von Schneider Electric, **Bianca Stoehr** von SPIE, Professor **Martin Faulstich** von der TU Dortmund, **Birgit Detig** von Arcadis, **Barbara Engel** vom Karlsruher Institut für Technologie, **Benjamin Wagner** von der Hochschule Bremerhaven, **Richard Schmidt** von WILO und **Stefanie Wolff** von NOW, um nur einige Namen zu nennen.

Im Anschluss an das Symposium findet heute, am 4. November 2023, eine Alumni*-Konferenz statt, die TU-Absolventen, internationale Experteninnen und Experten und derzeit Studierende der kooperierenden Masterprogramme zu einem Wiedersehen mit gegenseitigem Lernen und Wissensaustausch zusammenbringt.

*Alumni bezeichnet Absolventinnen und Absolventen einer Hochschule.



Begrüßt wurden die Teilnehmenden am 3. November von **Karin Teichmann**, der Geschäftsführerin der TU-Campus EUREF gGmbH und Vorstandssprecherin der EUREF AG. Sie gab einen kurzen Abriss, was sich

seit der Gründung des Campus im Jahre 2008 rund um die Themen Klimaschutz, Energie- und Mobilitätswende bis heute entwickelt hat. Sie ließ nicht unerwähnt, dass Politik, Presse und Wirtschaft am Anfang den Plänen skeptisch gegenüberstanden. „Aber: Heute sind wir eine der offiziellen Zukunftsorte Berlins.“ so Teichmann, und beantwortet gleich die Frage, was das bedeutet: „EUREF ist ein Ort der Begegnung von Wirtschaft und Wissenschaft. Der Campus ist ein Ort, an dem Menschen arbeiten – aber auch lehren und lernen. Zusammen! Gemeinsam mit unseren Partnern des TU-Campus EUREF arbeiten wir an der Erstellung von Projekten und Veranstaltungen zur Unterstützung von Co-Innovation und Co-Creation auf dem EUREF-Campus. Denn wir alle wissen: Es braucht Mut und vor allem viel harte Arbeit, um etwas zu bewirken.“, sagte **Karin Teichmann**.

Sie wies in ihrer Rede darauf hin, dass Unternehmen wie die auf dem EUREF-Campus, etwas bewegen wollen, und deshalb auf ihre Mitarbeiter angewiesen sind. Sie appellierte an die Studierenden: „Bleiben Sie bitte auf dem Laufenden und helfen Sie mit, an einer besseren Zukunft zu arbeiten.“

„Wir brauchen politische Maßnahmen, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Und deshalb sprechen wir als privater Immobilien-

entwickler so oft mit der Politik. Diese Maßnahmen erfordern gesellschaftliche Akzeptanz. Als Zukunftsort wollen wir dazu beitragen.“, so Teichmann.



Karin Teichmann und Professor **Martin Faulstich** von der TU Dortmund, der die Keynote zur Konferenz hielt.

Und „Last but not least: Es braucht Orte zum Diskutieren. Was den EUREF-Campus besonders macht, ist vor allem die Intelligenz der hier arbeitenden Akteure und ihr tägliches Miteinander. Das geht nur gemeinsam – dafür steht der Campus. Hier arbeiten Weltklasse-Wissenschaftler. Denn unser Ziel ist dasselbe. Wir müssen uns gegenseitig inspirieren. Und dafür brauchen wir einen echten, persönlichen Austausch untereinander.“, schloss **Karin Teichmann** ihre Rede.



Mit der Politik reden, heißt natürlich auch, die Politik reden zu lassen. Diesen Part übernahm der Staatssekretär für Wirtschaft, Energie und Betriebe, **Michael Biel**.

Seine ersten Worte galten der Location: „Der EUREF-Campus ist einer der innovativsten Orte Berlins. Hier wird die Zukunft nicht nur gedacht, sondern bereits umgesetzt und aktiv gelebt. Es ist nicht verwunderlich, dass man sich hier ein wenig wie in einem echten Labor fühlt.“, sagte Biel.

Die Transformationsprozesse, die auf der Konferenz im Mittelpunkt standen, sind, so Biel, „ein Themenkomplex, der auch uns in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Energie sehr am Herzen liegt. Denn es gibt mehrere parallele Transformationsprozesse, die sowohl unsere Wirtschaft als auch die Gesellschaft insgesamt vor große Herausforderungen stellen:



- Die Digitalisierung schreitet immer noch rasant voran und verändert langjährige Geschäftsmodelle und Arbeitskompetenzen
- Dekarbonisierung ist für die Zukunft unseres Planeten absolut notwendig, entwickelt sich aber auch schnell zu einem Aktivposten im internationalen Wirtschaftswettbewerb und nicht zuletzt
- Demografische Veränderungen und der stark wachsende Bedarf an Fachkräften."



„Mit seinen rund 180.000 Unternehmen und Betrieben, Deutschlands größtem Startup-Ökosystem und einer herausragenden Digital-, Gesundheits- und Kreativwirtschaft verfügt Berlin über

beste Potenziale, diese Herausforderungen zu meistern. Unser Ziel ist es, dass die Berliner Wirtschaft auch in den nächsten Jahren stärker wächst als der Bundesdurchschnitt.“, führte der Staatssekretär aus.

Und weiter: „Zuletzt hat sich die Berliner Wirtschaft in einer Zeit sich überschneidender Krisen als besonders widerstandsfähig erwiesen. Wir konnten die Folgen der Pandemie und die durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine ausgelösten globalen Schockwellen mit Energiekrise, Lieferkettenproblemen und steigender Inflation überwinden und für weiteres Wachstum sorgen. Daher sind wir zuversichtlich, die kommenden Herausforderungen zu meistern. Unser Ziel ist es, Berlin zum Innovationsstandort Nummer eins in Europa zu entwickeln, der für Klimaneutralität, Energieeffizienz und höchste Wettbewerbsfähigkeit steht.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir die Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (InnoBB) entwickelt. Der Schwerpunkt der koordinierten Innovationspolitik beider Länder liegt auf der Stärkung und Förderung von Unternehmen, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen in fünf großen Wirtschaftszweigen: Gesundheitswesen, IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft, Transport, Mobilität und Logistik, Optik und Photonik und Energietechnik.

Unser Ziel ist es, in diesen Innovationsfeldern zu den weltweit führenden Unternehmen zu gehören und für *Innovation und Wachstum in der gesamten Hauptstadtregion zu sorgen.*"

„Ein weiteres, auch für Berlin sehr zentrales Thema“, so Michael Biel, „wird hier und jetzt debattiert: Der Fachkräftemangel. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung kürzlich zahlreiche Gesetze geändert, insbesondere im Hinblick auf die Einwanderungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitnehmer. Darüber hinaus setzen wir auf mehr Aus- und Weiterbildung sowie eine stärkere Beteiligung von Frauen an der Berliner Wirtschaft.

Wir stärken Förderprogramme für Gründerinnen und Unternehmerinnen und setzen uns im Rahmen eines breiten Ausbildungsbündnisses das Ziel, die Zahl der Ausbildungsplätze bis Herbst 2025 um 2.000 zu erhöhen.

Um die tiefgreifenden Transformationsprozesse der Berliner Wirtschaft zu unterstützen, gehen wir auch neue Wege. Vor allem beim Thema Dekarbonisierung. Die Energie- und Klimakrise ist eines der drängendsten Themen unserer Zeit. Der Schock und die Folgen des Ukraine-Krieges haben die Energiesituation drastisch verschärft, aber auch der Klimawandel hat sich beschleunigt.

Mit dem Sonderfonds <Klimaschutz, Resilienz und Transformation> legen wir den finanziellen Grundstein dafür, dass Berlin schnellstmöglich unabhängiger von fossilen Energieträgern wird. Der Sonderfonds wird zunächst ein Volumen von fünf Milliarden Euro haben, kann später aber um bis zu fünf Milliarden Euro erweitert werden. Wir werden Maßnahmen zur Energieeinsparung finanzieren und die Umstellung auf erneuerbare CO₂-neutrale Energiequellen beschleunigen. Dies betrifft den Gebäudesektor, die Mobilität, die Wirtschaftswende sowie die Energieerzeugung und -versorgung."

Michael Biel schloss seine Rede mit dem Hinweis: *„Der Wohlstand unserer Stadt hängt ganz wesentlich davon ab, wie wirksam wir dem Klimawandel entgegenwirken. Deshalb müssen wir Wirtschaftswachstum und Klimaneutralität ganz konkret verbinden und gemeinsam mit unseren Unternehmen die Energie- und Wärmewende, die Mobilitätswende und den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben.“*

Auf dem TU-Campus EUREF werden Studierende aus der ganzen Welt als MBA (*Master of Business Administration*) in den Studiengängen Gebäudenachhaltigkeit, Energiemanagement, Europäisches und internationales Energierecht und Nachhaltiges Mobilitätsmanagement ausgebildet. Das Motto von **Young Euro Classic** steht Pate: *„Hier spielt die Zukunft“*

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch

34) fahr'n, fahr'n, fahr'n mit der Deutschen Bahn. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-01

2. November 2023

48. Jahrgang

fahr'n, fahr'n, fahr'n mit der Deutschen Bahn...

Es ist mal wieder an der Zeit, positiv über die Deutsche Bahn zu berichten. 31.10. Berlin-Minden mit dem Amsterdam InterCity, der hält wenigstens in Minden, während die ICEs nur durchbrausen. Rund zehn Minuten verspätete Abfahrt, aber auf die Sekunde genaue Ankunft. 01.11. Minden-Berlin, wieder mit dem Amsterdam InterCity, zehn Minuten verspätete Abfahrt, zehn Minuten früher am Berliner Hauptbahnhof. Was will man mehr. Die Toiletten funktionierten und das Bord-Bistro hatte geöffnet. Das alles ist nicht immer so. Die Pünktlichkeitsquote liegt bei 63,5 Prozent, man hat also eine Zweidrittelchance das alles klappt. Und wenn dem so ist, freut man sich umso mehr.

Benimm-Kurs

Dem Service-Mitarbeiter im Bord-Bistro verdanke ich einen lehrreichen Schnellkurs in gutem Benehmen. Ich neige dazu, immer gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Weil das Bistro noch geschlossen hatte, der Kollege aber schon zugegen war, fragt ich, wann denn das Bistro öffne. Antwort: „Guten Tag!“ Ich vermutete, dass er mich nicht verstanden hatte und wiederholte meine Frage. Antwort: „Guten Tag!“ Cent weise fiel bei mir der Euro bis mir klar wurde, dass es nur eine Möglichkeit gab, zu erfahren, wann das Bistro öffnet. Also. Neustart. „Guten Tag“, sagte nun auch ich und schloss meine Ursprungsfrage an, auf die ich jetzt eine qualifizierte Antwort bekam. Es dauere noch zehn Minuten, bis seine Vorbereitungen abgeschlossen seien.

Ich kam nach 15 Minuten zurück und als ich mit meiner Bestellung dran war, begrüßte ich den Kollegen mit den Worten, „Schönen guten Tag“, was dieser mit einem Lächeln quittierte. „Könnte ich bitte eine Currywurst bekommen?“ „Ja, ich habe allerdings keine Brötchen.“ „OK, dann bitte mit Pommes.“ „Pommes bekommen wir erst in Hannover.“ „OK, dann eben nur Wurst mit Soße.“ Ich bestellte noch einen Latte Macchiato. „Den bekommen Sie anstelle des fehlenden Brötchens zur Currywurst dazu.“ Was für ein gutes Geschäft.

Merke: Höflichkeit zahlt sich aus. Manchmal sogar unmittelbar. Und bitte immer erst einen guten Tag wünschen, bevor man sein Anliegen vorträgt. Eigentlich ist das selbstverständlich. Ich bin stolz darauf, im hohen Alter noch dazugelernt zu haben...

Was für ein schönes Städtchen

Da ich erst am späteren Nachmittag im Nachbarort Porta Westfalica verabredet war, blieben mir zwei gute Stunden zur Erkundung von Minden. Viel zu wenig. Fortsetzung folgt.

Am Bahnhof begrüßte mich ein treuer **paperpress**-Leser, der in Minden wohnt, in der Nähe geboren wurde und die Gegend nie verlassen hat.



Karl-Heinz Ochs kennt natürlich Minden wie seine Westentasche. Per Auto fahren wir die wichtigsten Stationen in der Stadt an der Weser ab und wanderten auch zu Fuß durch die hügeligen Straßen.

Minden liegt im Nordosten von Nordrhein-Westfalen und ist Verwaltungssitz des ostwestfälischen Kreises Minden-Lübbecke im Regierungsbezirk Detmold. Mit 83.076 Einwohnern (Stand 31. Dezember 2022) ist sie die viertgrößte Stadt der Region Ostwestfalen-Lippe. Die Mittelstadt liegt an der Weser und bildet das historisch politische Zentrum des Mindener Landes.

Minden wurde um das Jahr 800 gegründet. Die Stadt war bis zum Westfälischen Frieden Bischofssitz des Bistums Minden und Hauptstadt des Hochstifts Minden, kam danach unter brandenburgische Verwaltung und wurde zur Festungsstadt ausgebaut. In preußischer Zeit war Minden Verwaltungssitz des Fürstentums Minden sowie ab 1719 von Minden-Ravensberg. Ab 1816 wurde Minden Verwaltungssitz für den gleichnamigen Regierungsbezirk Minden.

Heute ist Minden durch sein Wasserstraßenkreuz bekannt, an dem sich Mittellandkanal und Weser in einem Bauwerk kreuzen. In der Stadt finden sich zahlreiche Bauten der Weserrenaissance sowie der Mindener Dom, der als ein wichtiges architektonisches Wahrzeichen gilt. Quelle: Wikipedia



Das Wasserstraßenkreuz ist imposant, unten fließt die Weser und in einer Brücke darüber der Mittelkanal. Das hat was, wenn man mit dem Auto auf eine Brückenunterführung zufährt und oben ein Schiff entlang gleiten sieht.

Politisch gesehen ist die SPD in Minden stärkste Kraft. 21 von 50 Sitzen im Stadtrat belegt die SPD, gefolgt von 15 der CDU und neun der Grünen. Linke, FDP und AfD spielen nur am Rande eine Rolle. Seit 2015 ist der Sozialdemokrat **Michael Jäcke** Stadt-oberhaupt.

Melitta sagt Ihnen sicherlich etwas. Kaffeefilter und alles drumherum. 1908 in Minden gegründet und noch heute dort ansässig und in Familienbesitz. Und natürlich kennen Sie auch **EDEKA**. Das Gebiet von EDEKA Minden-Hannover mit Sitz in Minden erstreckt sich auf Ostwestfalen, Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt über **Berlin** bis nach Brandenburg, also von der niederländischen bis zur polnischen Grenze der Bundesrepublik Deutschland. Als genossenschaftlich organisierter Verbund sind die Edeka-Kaufleute die Besitzer der Regionalgesellschaft Edeka Minden-Hannover. *Wikipedia*

Für den Autor dieses Beitrages war der Anblick des Firmengeländes besonders „bewegend“, hatte er doch das Vergnügen, von 1967 bis 1970 als Auszubildender zum Groß- und Außenhandelskaufmann im Dienste dieses Unternehmens zu stehen.

Minden ist eine grüne Stadt mit einem reichhaltigen kulturellen Angebot. Hier lässt es sich gut leben, bestärkt unser Leser **Karl-Heinz Ochs**. Die Stadt hat mehrere Ebenen, die sich Dank der Rolltreppen im Modehaus Hagemeyer gut überwinden lassen. In der Altstadt gelangt man vom Erdgeschoss in die dritte und damit obere Ebene. Natürlich gibt es auch Stufen und andere nach oben führende Wege.

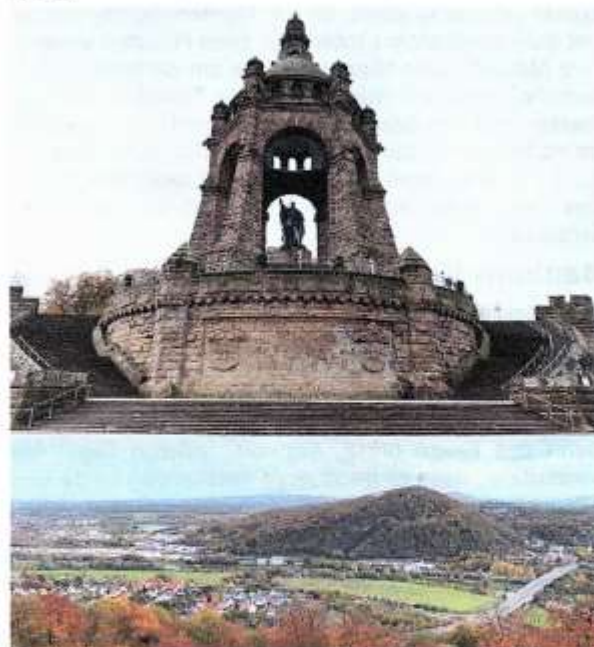
Gunter Demnigs Stolpersteine-Projekt ist auch in Minden bekannt. Vor ein paar Tagen wurden wieder ein paar Steine verlegt und unser Leser **Karl-Heinz Ochs** hatte noch weitere im Kofferraum, die in Kürze verlegt werden. Er ist ehrenamtlich für das Projekt tätig. Auf dem „**Pfad der Erinnerung**“ führt er Rundgänge durch. Er war langjähriger Geschäftsführer beim Lokalen Aktionsplan Minden (LAP).

Weitere Informationen unter:

<https://stolpersteine-minden.de/>

Ein herzliches Dankeschön an **Karl-Heinz Ochs** für diesen eindrucksvollen Einblick in die Stadt Minden. Der Rundgang und vor allem der Meinungsaustausch wird fortgesetzt...

Ein Anteil von 35,4 Prozent Katholiken in NRW rechtfertigt es offenbar, den 1. November, Allerheiligen, zum Feiertag zu erheben. Protestanten gibt es nur 22,4 Prozent, die aber gern den katholischen Feiertag mitbegehen. Gehen. Ja. Da ist es natürlich logisch, dass ein Schuhgeschäft in Cammer, ein paar Kilometer östlich von Minden, einen Feiertagsverkauf durchführt, für Kind und Kegel, wie es so schön heißt.



Südlich von Minden liegt **Porta Westfalica**, eine gemütliche Kleinstadt und das Tor zu Westfalen. Die 36.500 Einwohner genießen ihren Ort in wunderschöner Umgebung und sind vor allem stolz darauf, einzige deutsche Stadt mit lateinischem Namen zu sein. PW ist leicht zu finden. Über der Stadt thront das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, das an **Wilhelm I.** (1797-1888), den ersten deutschen Kaiser, erinnert. Das 88 Meter hohe Denkmal wurde vier Jahre nach seinem Tod errichtet. Von dort oben hat man einen herrlichen Blick auf die Porta Westfalica.

Und all das ist nur zweieinhalb Stunden von Berlin entfernt. Eine Reise, die sich lohnt. Und wenn Sie so viel Glück wie ich haben, bringt Sie der InterCity Amsterdam pünktlich dorthin.

Ed Koch
(auch Fotos)

35) BKA-Bericht: Dramatischer Anstieg der Migranten-Kriminalität

Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

02. 11. 2023



Bild: pxhere.com (CC0 1.0)

48.000 Deutsche wurden 2022 Opfer von Gewaltstraftaten.

Mit deutlicher Verspätung und medial weitgehend unbeachtet erschien am 18. Oktober das [BKA-Bundeslagebild](#) „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ für das Jahr 2022. Die Gründe für die verspätete Veröffentlichung dürften kaum im fachlichen Bereich liegen, zumal die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) seit Monaten vorliegt. Wahrscheinlicher ist ein Zusammenhang mit dem Termin Landtagswahlen in Bayern und Hessen (8. Oktober), vor dem man die Wähler nicht mit schlechten Nachrichten irritieren wollte.

Zahl tatverdächtiger Einwanderer um 11,9 Prozent gestiegen

Immerhin ist die Zahl der tatverdächtigen Einwanderer 2022 gegenüber dem Vorjahr von 127.489 auf 142.721 gestiegen (+11,9 %). Dabei ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen, da die Statistik nur die aufgeklärten Fälle enthält, bei denen ein oder mehrere Tatverdächtige ermittelt wurde. Auf Einwanderer entfallen 7,4 Prozent aller Tatverdächtigen bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 3,4 Prozent.

Der ebenfalls deutlich gestiegene Bevölkerungsanteil von Asylsuchenden und Geflüchteten resultiert nicht nur aus Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine (etwa 1 Million), sondern auch aus deutlich gestiegenen Asylbewerberzahlen aus Afghanistan (+54,8 %), Syrien (+39,2 %) und der Türkei (+ 273,8 %).

Insbesondere letzteres hat deutliche Folgen für die Kriminalitätszunahme in allen Bereichen, während der Anteil der Einwanderer aus der Ukraine an den Tatverdächtigen weit unter dem Anteil sonstiger „Schutzsuchender“ liegt.

Seite E 145 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Noch einmal überproportional ist der Anteil tatverdächtiger Einwanderer in den Bereichen Straftaten gegen das Leben (10,6 Prozent aller Tatverdächtigen), Vermögens- und Fälschungsdelikte (9,7 %), Diebstahl (10,6 %), Rohheitsdelikte (8,2%) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (7,7 %).

Auffällige Steigerungen der Straftaten gegenüber dem Vorjahr finden sich in den Bereichen Diebstahl (+41,4 %!). Rohheitsdelikte (+13,1 %) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (+9,4 %). Letztere umfassen unter anderem 1.133 Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe im besonders schweren Fall.

Straftaten gegen das Leben

Im Bereich der Täter-Opfer-Beziehung bot sich auch 2022 das inzwischen leider schon gewohnte Bild, wonach deutsche Staatsbürger weitaus häufiger Opfer von Gewaltstraftaten von Einwanderern werden als umgekehrt. Zitat:

„Unter den insgesamt 93.217 Opfern von Straftaten mit tatverdächtigen Einwanderern/Einwanderinnen befanden sich 47.923 Deutsche und damit 18,1 % mehr als im Vorjahr (2021: 40,5934). Der Anteil der deutschen Opfer lag somit bei 51,4 % (2021: 48,7 %).“

Umgekehrt wurden 12.061 Einwanderer Opfer einer Straftat mit mindestens einem deutschen Tatverdächtigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 146 – E 162)

Aus technischen Gründen mussten einige gescannte Berichte von paperpress leider gelöscht werden. Wir bedauern das!

01) Nie wieder ist Jetzt! Deutschland steht auf. 10. Dezember 2023



paperpress

seit 1976



Nr. 620-04

5. Dezember 2023

48. Jahrgang



10. Dezember 2023

NIE WIEDER IST JETZT!

Deutschland steht auf

Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** und zivilgesellschaftliches Bündnis rufen zur Solidaritätsveranstaltung am 10. Dezember 2023 in Berlin auf

Gesicht zeigen für ein friedliches und respektvolles Miteinander, gegen Antisemitismus, Judenhass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Ein breites Bündnis aus allen gesellschaftlichen Bereichen ruft für Sonntag, den 10. Dezember 2023, zu einer großen Solidaritätsveranstaltung auf, um sich dem zunehmenden Antisemitismus, dem Hass und der Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt und in unserem Land entgegenzustellen. Schirmfrau der Veranstaltung ist Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, mitten in Berlin Gesicht zu zeigen für ein friedliches und respektvolles Miteinander und sich Antisemitismus, Hass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzustellen.

Der Demonstrationzug sammelt sich um 13 Uhr am Großen Stern (Siegessäule) und zieht über die Straße des 17. Juni zum Brandenburger Tor. Dort werden unter anderem sprechen:

- Die Präsidentin des Deutschen Bundestages, **Bärbel Bas**
- Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**
- Der Sänger und Entertainer **Roland Kaiser**
- Der israelische Botschafter, **Ron Prosor**
- Der Publizist Prof. Dr. Dr. **Michel Friedman**

Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** erklärt dazu: *„Die Solidaritätsveranstaltung 'Nie wieder ist Jetzt!' unterstütze ich sehr gerne als Schirmfrau und Rednerin. Der Deutsche Bundestag hat am 12. Oktober einstimmig beschlossen, sich jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzustellen. Wir brauchen jetzt einen Schulterschluss von Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Sport, um mit einem breiten Bündnis wie diesem gemeinsam Flagge zu zeigen. Es ist sehr wichtig, dass am 10. Dezember möglichst viele Menschen in Berlin für ein friedliches und respektvolles Miteinander in Deutschland zusammenstehen. Lassen Sie uns gemeinsam ein kraft-*

volles Signal gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen!“

An dem Bündnis „Nie wieder ist jetzt! Deutschland steht auf“ beteiligen sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Institutionen des Sports, Unternehmen, Unternehmensverbände, große Berliner Institutionen und die Kirchen.

„Ziel ist es, ein kraftvolles und unüberhörbares Signal – aus dem Herzen der Hauptstadt – in die Welt zu senden, dass weder in Berlin noch irgendwo sonst in Deutschland jedwede Form von Antisemitismus, Hass oder Fremdenfeindlichkeit geduldet wird“, sagt Nicolai Schwarzer, Sprecher und Mitinitiator des Bündnisses. „Wir stehen für ein friedliches und respektvolles Miteinander aller Kulturen und Religionen in unserer Stadt und in unserem Land ein. Wenn knapp 80 Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft wieder Davidsterne an Hauswände geschmiert werden und Jüdinnen und Juden Angst vor Angriffen und Anfeindungen haben, dann ist das unerträglich, beschämend und nicht zu dulden. Wir wollen jetzt gemeinsam aufstehen, Gesicht zeigen und zusammenhalten! Für alle Menschen, gleich welcher Herkunft und Religion, die unsere Werte und unser Grundgesetz achten und friedlich miteinander leben wollen.“

Mit einer gemeinsamen und gut hörbaren Stimme wollen die Initiatoren, Partner und Unterstützer des Bündnisses dem Antisemitismus, der sich aktuell wieder besonders deutlich zu erkennen gibt, dem Rassismus, dem Hass und der Hetze mit ihrer Stimme entgegentreten. Alle Bürgerinnen und Bürger sind zur Teilnahme aufgerufen und eingeladen.

www.niewiederistjetztberlin.de

Im Bündnis „Nie wieder ist jetzt! Deutschland steht auf“ engagieren sich unter vielen anderen: Hertha BSC, Landessportbund Berlin, Berliner Fußball-Verband, ALBA Berlin, Eisbären Berlin, Füchse Berlin, BR-Volleys, Scout24, Bayer AG, Mercedes-Benz AG, LiveKomm, HGHI Holding GmbH, Wefox, GASAG AG, Budde Group, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, **Iris Berben, Günther Jauch, Hape Kerkeling, Barbara Schöneberger, Sandra Maischberger, Tim Bendzko, Johannes B. Kerner, Tim Mälzer, Arne Friedrich, Sonya Kraus, Thomas Hermanns**, Deutsche Bank, Berliner Sparkasse, Berliner Volksbank, Deutsche Bischofskonferenz (DBK), Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Zentralrat der Juden in Deutschland, Jüdische Gemeinde Berlin Chabad, Jüdische Gemeinde zu Berlin, Alhambra Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft der



KZ-Gedenkstätten in Deutschland, Deutscher Kultur-
rat, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,
Stiftung Berliner Mauer, Initiative Berlin gegen
Antisemitismus, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur, Ständige Konferenz der NS-
Gedenkorte im Berliner Raum (Stiftung Denkmal für
die ermordeten Juden Europas, Topographie des Terrors,
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Haus der
Wannsee-Konferenz, Gedenkstätte und Museum
Sachsenhausen), Robert-Havemann-Gesellschaft,
Archiv der DDR-Opposition, Gedenkstätte Hohenschön-
hausen, Deutscher Fußball-Bund (DFB), Immobilienverband
Deutschland (IVD), Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA),
Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI), Rotary
in Deutschland, Charité Universitätsmedizin Berlin.



02) 20 Jahre IKEA Tempelhof. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-31

28. November 2023

48. Jahrgang

20 Jahre IKEA Tempelhof



In meinem Terminkalender steht unter dem 27. November 2003: 06:45 Uhr IKEA-Eröffnung. Bevor das Publikum um 08:00 Uhr ins neue Haus am Sachsendamm 47 gelassen wurde, feierte man schon mal mit Ehrengästen aus Politik und Medien. Irgendwo muss ich auch noch den Bierkrug haben, den man erst austrinken und dann mitnehmen durfte. Das Eröffnungsdatum ist eingraviert. 40.000 Kunden stürmen gleich am ersten Tag die neue Filiale.

2002 fand die Grundsteinlegung auf dem ehemaligen Gelände des Reichsbahnausbesserungswerkes statt und schon am 3. September 2003 wurde Richtfest gefeiert. 90 Millionen Euro investierte IKEA zu einer Zeit, als Berlin eine schrumpfende Stadt war, an deren Zukunft nicht alle glaubten. Bei IKEA verfährt man allerdings nach dem Satz des Gründers **Ingvar Kamprad**, der aus den Anfangsbuchstaben seines Namens, dem Bauernhof, auf dem er aufwuchs, Elmtaryd, und dem nahegelegenen Dorf Agunnaryd, den Firmennamen kreierte: *„Wenn andere Herausforderungen sehen, sehen wir Möglichkeiten.“*

91.000 qm Fläche wurden bearbeitet, aus denen das Haus mit 21.000 qm Verkaufsfläche und rund 2.000 Parkplätzen über- und unterirdisch entstanden. IKEA Tempelhof war das 32ste Kaufhaus in Deutschland und das dritte in Berlin. Viele Jahre gab es nur das Haus in Spandau, wohin wir Südlichter reisen mussten, um ein Billy-Regal zu erwerben.

Wenn auch der Einzelhandel am Tempelhofer Damm nicht begeistert war, so waren es doch die Kunden. Am Tempelhofer Damm gab zwar es kein Möbelhaus, aber viele Geschäfte, die das anboten, was IKEA in seinem Markt zu günstigen Preisen auch hat, vom berühmten Teelicht über Gardinen bis hin zu Leuchtmitteln.

IKEA Tempelhof liegt übrigens in Schöneberg, wenn auch direkt an der Grenze zu Tempelhof. Schon ein

Blick auf die Schöneberger Postleitzahl 10829 könnte ein Hinweis sein, wenn sich nicht der auf demselben Gelände befindliche Heimwerkermarkt, BAUHAUS-Schöneberg nennen würde, obwohl er die Tempelhofer Postleitzahl 12103 hat. Früher wäre das ein Streitpunkt gewesen, da aber Tempelhof und Schöneberg seit 2001 ein Bezirk sind, ist es egal. 2003 hieß der nahegelegene S-Bahnhof noch Papestraße, 2006 wurde das Südkreuz daraus. Hier weist ein großes Schild darauf hin, dass es nicht mehr weit ist bis zu IKEA.



Der erste Chef des Hauses, **Herbert Steins**, wurde von seiner Nachfolgerin **Catharina Jank**, natürlich zur Jubiläumsfeier eingeladen. Diese fand zu einer zivileren Zeit als 2003 statt, nämlich um 13:30 Uhr.



Musik gab es natürlich auch. Die Band bewies, dass man auch auf ausgedienten Keksdosen trommeln kann. In ihrer Begrüßung wies **Catharina Jank** darauf hin, dass gegenwärtig 501 Mitarbeitende im Haus beschäftigt sind. Am Eingang begrüßte die Besucher ein Hinweisschild mit der Information, dass sich ein Teil der Belegschaft im Streik befinde und es zu Verzögerungen und erhöhten Wartezeiten kommen könnte. Davon war allerdings nichts zu merken, die Schlangen an den Kassen sind ohnehin traditionell lang. Die Glückwünsche für den Bezirk überbrachte

1

03) Staatsbegräbnis. Von Ed Koch



Staatsbegräbnis

Obwohl es ein vom Staat finanziertes Begräbnis ist, heißt es natürlich nicht so, wenn jemand ohne Angehörige und Hinterlassenschaften verstirbt. Die korrekte Bezeichnung lautet „*Ordnungsbehördliche Bestattung*.“



Am 15. August ist der frühere Radiomoderator von 100,6 und RIAS Berlin sowie spätere Leiter des MedienPoints Tempelhof, **Henning Hamann**, nach langer Krankheit verstorben.

Am 16. November wäre er 72 Jahre alt geworden. Er verstarb in einem Pflegeheim, dessen Mitarbeitende sich liebevoll bis zuletzt um ihn kümmerten. Er hat keine Verwandten und war mittellos. In Fällen wie diesen kümmert sich der Staat. Zuständig ist das bezirkliche Gesundheitsamt.

Bis alles geklärt war, dauerte es bis zum 2. November. Dann fand das „Staatsbegräbnis“ auf dem Domfriedhof der Kath. St. Hedwig-Gemeinde an der Liesenstraße in Mitte statt. Ein Friedhof mit einer äußerst interessanten Geschichte, über die wir nach diesem Beitrag berichten.

Mir schwirrten alle möglichen Szenarien im Kopf herum, wie diese Beisetzung vonstattengehen könnte. Zigmal habe ich zuvor das Bestattungsunternehmen kontaktiert, um den Termin zu erfahren. Eine Benachrichtigung war nicht möglich, immer wieder anrufen und nachfragen, wurde mir gesagt. Vom Ablauf der Beisetzung war ich in höchstem Maße überrascht, sind doch immerhin 285 Menschen in den vergangenen zwölf Monaten allein in Tempelhof-Schöneberg, wo **Henning Hamann** lebte, verstorben. Ich war darauf eingerichtet, dass mehrere Verstorbene gleichzeitig beigesetzt werden.

Die Sonne schien an diesem Novembertag und bis auf ein paar Bauarbeiten an der Kirchhofsmauer fand nichts statt. Eine kleine Gruppe verbliebener Freunde und Weggefährten versammelte sich vor der Kapelle. Darunter Hamanns Nachbarin **Ilona Steffen** und ihr Lebensgefährte, die jedes ungewöhnliche Geräusch in der Wohnung über ihnen wahrnahmen. Und wenn Henning Hamann mal wieder gestürzt war, stürmten

sie gleich nach oben, um zu helfen. Im März zog er in ein Pflegeheim in der Nachbarschaft um, weil es ohne Betreuung allein nicht mehr ging. Schon zuvor, aber vor allem jetzt kümmerte sich das Ehepaar **Eckhard** und **Ilona Hohn** um ihn. Hohn kannte Hamann schon aus den 1970er Jahren, als dieser noch als Discjockey unterwegs war. Beide versorgten ihn mit seinen Lieblingsgetränken und dann und wann einer Currywurst. Als er noch in seiner Wohnung lebte, besuchten ihn dort auch regelmäßig alte Freunde und brachten ihn einen Döner vorbei, nur das Fleisch, ohne Soße und Zwiebeln. Auch wenn es nur wenige waren, die ihn bis zum Schluss begleiteten, so ist er dennoch nicht einsam gestorben.

Bevor die Urne für eine „*Ruhezeit*“ von 20 Jahren in der Erde versenkt wurde, konnten die Freunde, darunter auch zwei Mitarbeiter des **Kulturrings Berlin**, dem Träger der **MedienPoints**, in der Kapelle Abschied nehmen. Der Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung klärte uns auf, wie die Zeremonie abläuft. Was niemand wusste und auch vorher nicht gesagt bekam, war, dass man bestimmte „*Leistungen*“ hätte „*buchen*“ können, wie beispielsweise Musik.



An der Beisetzung nahm auch der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Matthias Steuckardt**, teil. Sein Wunsch, etwas sagen zu dürfen, konnte erfüllt werden, für 35 Euro cash. Tja.

Henning Hamann wurde im Juni 2016 die Verdienstmedaille des Bezirks Tempelhof-Schöneberg verliehen. Darauf und die damit verbundene Tätigkeit von Hamann würdigte der Vize-Bürgermeister in seiner Rede. Nicht nur das, Steuckardt brachte auch einen seinen schönen Kranz mit.



Im Hintergrund erklang Orgelmusik und die Kirchofs-Glocke läutete. Es war eine würdevolle Verabschiedung.



Diese Plakette ist vorläufig und wird durch eine grüne mit den eingepägten Daten des Verstorbenen ersetzt. Einsam sind die hier beige-setzten Menschen nicht. Das Feld ist groß auf dem jene liegen, die ohne Verwandte, die sich um eine andere Art der Beisetzung hätten kümmern können, verstorben sind.



Zu loben sind die staatlichen Stellen, die sich um die Beisetzungen kümmern. Selten war ich so angenehm überrascht vom Behördenhandeln. Das bezieht sich nicht nur auf die Beisetzung selbst. Das Bezirksamt und der Kirchenkreis Tempelhof-Schöneberg richteten darüber hinaus eine Gedenkfeier aus, die am 23. November in der Apostel-Paulus-Kirche stattfand. Die Feier, zu der alle Freunde und Nachbarn eingeladen waren, wurde durch eine Pressemitteilung öffentlich bekannt gemacht. Alle Namen der 285 Verstorbenen wurden verlesen.

Für das Bezirksamt nahmen Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** und der für ordnungsbehördliche Bestattungen zuständige Stadtrat **Oliver Schworck** teil. Den Kirchenkreis vertraten die stellvertretende

Superintendentin **Juliane Göwecke** sowie Superintendent **Michael Raddatz**. Stadtrat Schworck erklärte zuvor in einer Pressemitteilung: „Wir beobachten mit großer Sorge die wachsende Zahl der Menschen, die am Ende ihres Lebens einsam sind, die keine sozialen Kontakte mehr pflegen, die keiner Gruppe angehören und schließlich so allein zurückbleiben, dass sogar ihr Tod erst spät bemerkt wird. Diese Menschen wollen wir mit unserer Gedenkfeier in die Mitte unserer Gesellschaft zurückholen, indem wir ihnen gemeinsam einen würdevollen Abschied bereiten.“



Richteten die Gedenkfeier aus und verlasen die Namen der Verstorbenen, darunter Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Stadtrat Oliver Schworck, Superintendent Michael Raddatz, die stellvertretende Superintendentin Juliane Göwecke, Dr. Josef Wienecke von der katholischen Pfarrei St. Matthias, Murat Gül, Vorsitzender der Islamischen Föderation, die frühere Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler sowie Mitarbeitende des bezirklichen Gesundheitsamtes und Ehrenamtliche der Gemeinde.



Die frühere Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, **Angelika Schöttler**, verlas unter anderem den Namen von **Henning Hamann**. Er zumindest hatte das Privileg, nicht einsam sterben zu müssen, auch wenn es keine Angehörigen mehr gab. So doch zumindest ein paar Freunde, die ihn bis zuletzt im Pflegeheim besuchten. Und auch die Mitarbeitenden des Pflegeheims kümmerten sich um ihn.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** wies in seiner Rede darauf hin, dass es durch verschiedene Umstände jeden treffen könnte, in Einsamkeit sterben zu müssen. Er appellierte daran, wachsam zu sein,



auf seine Nachbarn zu schauen und sich um sie zu kümmern. Es sei wichtig, dass einsame Menschen wieder Anschluss fänden. Oltmann dankte allen, die die Gedenkfeier möglich gemacht haben.

Die stellvertretende Superintendentin **Juliane Göwecke** betonte, dass der Name für den ganzen Menschen stehe und es deshalb wichtig sei, jeden einzelnen zu erwähnen. Die Mitwirkenden teilten sich die lange Namensliste auf. Zwischendurch wurden kirchliche und weltliche Texte verlesen und sorgte **Nur Ben Shalom** mit seiner Klarinette für die musikalische Umrahmung.



Etwa 25 Gäste nahmen an der bewegenden Feier teil, was nicht verwundert, wurde doch an einsam Verstorbene erinnert. Die eine Stunde dauernde Feier war ein sehr würdevoller Abschied für die vielen Menschen, um die sich am Ende ihres Lebens kaum noch jemand kümmerte.

Von einer „*ordnungsbehördlichen Bestattung*“, die in den Zuständigkeitsbereich nicht etwa des Ordnungsamtes, sondern des Gesundheitsamtes gehört, hatte ich zuvor noch nie etwas gehört. Somit hatte ich keine Vorstellung davon, wie die Beisetzung erfolgt. Die Beisetzung und Gedenkfeier haben mich sehr beeindruckt und berührt. Staat und Kirche stehen oft zurecht in der Kritik. Wie sie sich aber gemeinsam um Menschen am so genannten Rand der Gesellschaft kümmern, ist äußerst lobenswert.

Wie wir erfahren, finden die Gedenkfeiern in allen Berliner Bezirken im November kurz vor dem Totensonntag statt. Die Religionszugehörigkeit oder auch keine spielt keine Rolle. Eine gute Geste ist es, dass Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche und der Islamischen Föderation die Namen der Verstorbenen gemeinsam verlesen. Wie sagte Frau Göwecke, der Name steht für den ganzen Menschen, zu Lebzeiten und über den Tod hinaus.

Eine ganz besondere Kirche

Die **Apostel-Paulus-Kirche** in Schöneberg ist dank einer finanzieller Unterstützung durch die Stiftung Denkmalschutz mit einem Block-Heizkraftwerk ausgestattet worden. Dieses BHKW, das mit Biogas betrieben wird, wird die Kirche klimaneutral heizen und ist damit das erste Projekt seiner Art in Berlin. Die Idee zur Investition stammt von **Reinhard Müller**, dem Erfinder des **EUREF-Campus** und Gründer der Stiftung Denkmalschutz.

Die Kirche ist das zweitgrößte Gotteshaus in Berlin und wurde bisher mit fossiler Energie beheizt. Die Gemeinde, zu der die Kirche gehört, möchte mit dieser Maßnahme ein Vorbild im Klimaschutz setzen. **Der erste klimaneutrale Gottesdienst findet an Heiligabend statt**, um 11:00 Uhr für Familien mit Kleinkindern, 15:00 Uhr Familiengottesdienst mit Musicalaufführung, 18:00 Uhr Christvesper mit Superintendent **Michael Raddatz** und um 22:00 Uhr Christmette im Kerzenschein.



Vor dem Altar der Apostel-Paulus-Kirche: v.l. Geschäftsführer der Gasag Solutions GmbH **Gunnar Wilhelm**, Pfarrerin **Martina Steffen-Elis**, Superintendent **Michael Raddatz** und EUREF-Gründer **Reinhard Müller**.

Die Gasag Solutions GmbH hat das BHKW unter dem Altar installiert und wird es betreiben. Die Investitionskosten belaufen sich auf 250.000 Euro. Da die Kirche nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen ist und andere Optionen wie Photovoltaik oder Wärmepumpen nicht geeignet waren, wurde das BHKW als die beste Lösung ausgewählt. Die Apostel-Paulus-Kirche, in der unter anderem auch viele Events stattfinden, wird somit der zweite CO₂-freie Veranstaltungsort in Berlin nach dem EUREF-Campus Berlin.
Quelle: EUREF AG



Ein ganz besonderer Friedhof



Der Domfriedhof liegt direkt an der Mauer, von der links im Bild noch ein Stück zu sehen ist, und an der S-Bahn-Strecke, die von Pankow nach Lichtenrade führt.



Auf großen Stelltafeln wird die Geschichte des Friedhofs an der Liesenstraße erklärt. Die Liesenstraße liegt an der Grenze zwischen den Berliner Ortsteilen Mitte und Gesundbrunnen. An ihrer südöstlichen Seite verlief die Berliner Mauer. Eine Stelltafel steht genau an der Stelle, wo früher ein Wachturm stand.

An der Liesenstraße entstanden in den 1830er und 1840er Jahren, zu einem Zeitpunkt, als das Gelände am nördlichen Stadtrand Berlins lag, drei Friedhöfe. Als ältester Friedhof wurde ab 1830 der evangelische Domfriedhof I der Oberpfarr- und Domkirche genutzt. 1834 folgte der katholische alte Domfriedhof der St.-Hedwigs-Gemeinde und ein Jahr später wurde der Friedhof der Französisch-reformierten Gemeinde eingeweiht. Diese drei Friedhöfe liegen nebeneinander an der Südseite der Liesenstraße. Der

Friedhof II der Französisch-Reformierten Gemeinde ist unter anderem die letzte Ruhestätte des märkischen Schriftstellers **Theodor Fontane** (1819–1898) sowie seiner Frau **Emilie** (1824–1902). Dieses Grab wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und später wieder neu angelegt. Nach 1990 wurde die Grabstätte zweimal neugestaltet, zuletzt 2012 nach historischen Fotografien. Wie alle anderen Grabstätten der Friedhöfe konnte auch das Grab Fontanes bis 1989 nur mit Passierschein besichtigt werden.

Am 11. November, nur wenige Tage nach der Beisetzung von Henning Hamann, wurde eine Ausstellung eröffnet. Die wilde Stadtlandschaft an der Liesenstraße, auf der Grenze zwischen Mitte und Gesundbrunnen, erinnert an das Brachen-Berlin der Kalten Krieges-Jahre und der Wendezeit. Hier, auf den Gräberfeldern dreier Konfessionen, verlief von 1961 bis 1989 der „antifaschistische Schutzwall“ - die Berliner Mauer.

Was die Teilung der Ober- und Unterwelt damals für Tote und Lebende bedeutete, zeigt am historischen Ort eine neue Freiluft-Ausstellung: auf dem Friedhof der St. Hedwigs-Gemeinde. Zwei Schülergruppen des Humboldt-Gymnasiums (Berlin-Tegel) und des John-Lennon-Gymnasiums (Berlin-Mitte), ein Gestalter und ein Historiker haben dafür eine Ausstellungsanlage entworfen, intensive Forschungsarbeit in Archiven betrieben und Alltagsgeschichten der Ost-West-Stadt aus der Friedhofsperspektive erzählt. „Geteilte Unterwelt“ wurde finanziert durch Mittel der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.

Auf dem Domfriedhof der katholischen St. Hedwig-Gemeinde liegen viele prominente Persönlichkeiten, so zum Beispiel **Lorenz** und **Louis Adlon** vom gleichnamigen Hotel, oder **Matthias Bauer**, dessen Café in dem Gassenhauer von **Walter Kollo** Berühmtheit erlangte: „*Untern Linden, Untern Linden, gehn spazieren die Mägdelein, wenn du Lust hast anzubinden, dann spaziere hinterdrein. Fängst du an bei Café Bauer, sagt sie dir noch: «Ich bedauer!».* Bist du am Pariser Platz, schwupp, da ist sie schon dein Schatz!“ Damit haben wir auch etwas Heiteres in dem Artikel untergebracht, was **Henning Hamann** sehr gefallen hätte.

Nun hat der Moderator des RIAS-Volldampfadios, wenn auch viel zu früh, an diesem schönen Ort seine Ruhestätte bezogen. RIP, lieber Henning.

Ed Koch

Quellen: Wikipedia – Pfarrei Bernhard Lichtenberg
Fotos: Ed Koch

04) 85 Jahre danach - Antisemitismus, hausgemacht und importiert



paperpress

seit 1976



Nr. 619-21

18. November 2023

48. Jahrgang

Dokumentation

85 Jahre danach – Antisemitismus, hausgemacht und importiert



Der Historiker **Prof. Dr. Michael Wolffsohn** hat am 09. November 2023 im Berliner Abgeordnetenhaus eine bewegende Rede gehalten, die in voller Länge unter dem Link angehört werden kann. Den Wortlaut der Rede geben wir Ihnen nachfolgend zur Kenntnis.

Foto: wolffsohn.de

<https://www.youtube.com/watch?v=n1TPII1EDWc>

Rabenschwarz wird meine Ansprache – und doch nicht ganz. Seit dem Hamas-Massenmord vom 7. Oktober 2023 sowie den diesbezüglichen Jubel- oder zumindest Sympathiebekundungen auf Berliner, deutschen und vielen Straßen der Welt kann ich nicht wie zuvor über den NS-Deutschen 9. November 1938 denken, werten und sprechen. Daher ist dies die zweite Fassung meiner Rede. Die erste, meiner bisherigen Weltsicht gemäß optimistischen, hatte ich Ende September dieses Jahres abgeschlossen.

Vielleicht, hoffentlich, sehe ich zu schwarz. Sehen Sie es mir nach. Das ist die eine Seite, die Makroebene. Die andere, die Mikroebene: Ich kann Sie beruhigen. Trotz allem ist die Bundesrepublik für mich ein gutes Deutschland. Seit Jahren und besonders seit dem 7. Oktober dieses Jahres erreichen meine Familie und mich herzerwärmende Signale aufrichtiger Verbundenheit, Freundschaft und Zuneigung von Freunden und Bekannten, Unbekannten und auch – ohne Namen zu nennen – aus Berlins Politik, aus Ihrem Hause, aus der Publizistik und Kultur. Genug der Vorrede.

„Der Mensch ist des Menschen Wolf.“ In Ihrer dreitausendjährigen Geschichte haben ganz besonders Juden überall und immer den Wahrheitsgehalt dieses Plautus-Satzes aus dem zweiten vorchristlichen Jahrhundert erfahren. Die meisten schreiben ihn **Thomas Hobbes** zu. Bezogen auf die christliche Welt erleben Juden das überwiegend Wölfische am Menschen seit zweitausend Jahren, bezogen auf die islamische Welt „erst“ seit 1.400 Jahren.

Das bedeutet: Jüdisches Leben war und ist Existenz auf Widerruf. Nicht erst seit 1933, dem deutschen Pogrom vom 9. November 1938 und dem sechsmilli-

onenfachen Judenmorden erleiden Juden einen Zivilisationsbruch nach dem anderen. Zivilisation, das ist der Schutz des Menschen vor sich selbst, also das verinnerlichte und nach außen formalisierte Regelwerk von Rücksichtnahme und Menschlichkeit. Zivilisationsbruch bedeutet daher: Der Damm der Menschlichkeit ist mal mehr, mal weniger gebrochen, aber eben gebrochen. Zuletzt den Juden gegenüber durch die Hamas-Mord- und Blutorgie.

Jüdisches Leben war vom Ende antikjüdischer Staatlichkeit im Jahre 70. n. Chr. bis zur Gründung Israels im Jahre 1948 Existenz auf Widerruf für Juden als innenpolitische Minderheit. Die Antwort darauf war seit 1897 der Zionismus und als dessen Verwirklichung der jüdische Staat, also Israel. Versprochen – und gehalten – hat der Zionismus dies: Als Mehrheit im eigenen Staat seien Juden fürs Überleben nicht mehr von der Gnade der Nichtjuden abhängig.

Innenpolitische Sicherheit also wurde versprochen, nicht außenpolitische. So bleibt jüdische Existenz in Israel außenpolitisch Existenz auf Widerruf und in der Diaspora innenpolitische Existenz auf Widerruf. Zur Zeit des mörderischen deutschen Zivilisationsbruches gab es für Juden nicht einmal den innenpolitischen Zufluchtsort. Heute brüllt der Mob nicht nur auf Deutschlands Straßen, sondern weltweit „Tod Israel!“ und „Tod den Juden!“.

Juden raus. Nicht nur aus Israel. Raus. Doch wohin? Ins multinationale Berlin-Neukölln, ins weitgehend mononationale Dahlem? Nach Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Syrien, in die Türkei, den Irak oder Iran? Auch dort wurden sie, bereits vor Zionismus und Israel sowie erst recht seitdem diskriminiert und liquidiert. Zurück also in die jeweilige Heimat ihrer Vorfahren, wo sie so heimisch waren, dass die anderen Einheimischen sie, je nach Bedarf, tolerierten oder liquidierten und einen Zivilisationsbruch nach dem anderen inszenierten?

Dass die toten Juden, wie in der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 von Gesellschaft und Politik, so auch heute, beweint werden, ist historisch betrachtet, eine löbliche Ausnahme. Die toten Juden werden beweint, allerdings lebende und wehrhafte Juden meist kritisiert. Jüdische Wehrhaftigkeit gehört nicht ins Programm des traditionellen Rollenspiels.

Wunderbar sarkastisch brachte es Heinrich Heine rund hundert Jahre vor der „Reichskristallnacht“ in seinem Gedicht „An Edom“ auf den Punkt. Gedichtet für und gerichtet an war es an Heines fiktiven christlichen Bruder. Historisch und aktualisierend politisch



zutreffend erweitern wir es um unsere muslimischen Geschwister.

Heinrich Heine:

Ein Jahrtausend schon und länger,
Dulden wir uns brüderlich,
Du, du duldest, dass ich atme,
Dass du rasest, dulde Ich.
Manchmal nur, in dunkeln Zeiten,
Ward dir wunderlich zu Mut,
Und die Liebefrommen Tätzchen
Färbtest du mit meinem Blut!
Jetzt wird unsre Freundschaft fester,
Und noch täglich nimmt sie zu;
Denn ich selbst begann zu rasen,
Und ich werde fast wie Du.

Hier sprach nicht nur Heines literarisches Ich, auch sein persönliches. Er irrte leider. Deutschlands und Europas Juden „rasten“ bzw. tobten nicht. Sie ließen sich töten. Deshalb sagt die Mehrheit der Jüdischen Welt „Nie wieder Opfer!“ und „notfalls töten, um das Morden zu beenden“. Richtig. Hingegen haben aufgeklärte Deutsche aus ihrer Geschichte die für sie selbst ebenfalls richtige Lehre gezogen: „Nie wieder Täter!“

Erinnerung und Geschichte also als Falle, nicht Brücke. Dabei vergessen viele Deutsche gerne diese Tatsache: Die Freiheit, die sie im Westen seit 1945 und im Osten seit 1990 genießen, wurde nur dadurch möglich, dass die Alliierten im Zweiten Weltkrieg Millionen Deutsche und ihre Helfer töteten, um das deutsche Massenmorden zu beenden.

Heute (nicht damals) spricht man vom Kriegsende 1945 daher als „Befreiung“. Alleine, ohne Hilfe von außen, konnten sich „die“ Deutschen nicht von den NS-Verbrechern und letztlich von sich selbst befreien. „Töten, um das Morden zu beenden“. Eigentlich müsste es jeder Deutsche angesichts der Deutschen Geschichte verstehen.

Zwei judenpolitische Ebenen verlaufen parallel und simultan: Ebene eins: Gedenken an den Pogrom der Reichskristallnacht und „Nie wieder Auschwitz!“. Ebene zwei: schon lange vor dem „Tod-den-Juden“-Gebrüll am Kurfürstendamm im Juli 2014 oder im Oktober 2023 in Berlin-Neukölln. Nicht nur der Mob grölte jene Parolen. Vergleichbares unter den vermeintlichen Eliten. Nicht nur an der FU Berlin, nicht nur heute.

1974, volle Mensa an der FU, ein linker Agitator beschimpft megafon-gestärkt. „Der da, Wolffsohn heißt er. Er ist ein Faschist, er war in der Armee Israels“.

Heute antijüdische Hasstiraden selbst an Elite-Universitäten wie Harvard, Yale, Princeton oder Cornell, Oxford, Cambridge und London oder an der Sorbonne.

Ohne Bezug auf den jüdischen Staat, den es noch nicht gab, wohl aber auf „die“ Juden hörte sich das in Hitlers Reich, schon lange vor der Programnacht vom 9. November 1938 und von NS-Studenten bereits vor der Machtübergabe an Hitler nicht viel anders an. Die Mehrheit der deutschen Professoren gehörte 1933 zu den ersten „Märzgefallenen“, also denen, die sich schnellstens mit dem NS-Staat identifizierten und solidarisierten.

Schlussfolgerung eins: Bildung schützt weder vor Torheit noch Antisemitismus oder Unmenschlichkeit. Es ist gut und bestens gemeint, wenn heutzutage Millionenbeträge in die politische Bildung investiert werden. Bildung ist gut und notwendig. Doch naiv ist es, Bildung, ja, die Aufklärung, als Allheilmittel zu betrachten. Erinnert sei, dass unter den Philosophen der Aufklärung nicht nur Voltaire, die Ikone der Aufklärung, ein übler Antisemit war. Bildung, verstanden als Addition von Wissen, bedeutet keineswegs auch Herzensbildung.

Herzensbildung, das dokumentiert auch die Soziologie der Judenbeschützer im NS-Verbrecherstaat, findet man eher bei weniger Gebildeten. Herzensbildung ist kein Vorrecht der Gebildeten, man findet sie ebenso bei Analphabeten. Meine nicht-akademische Urgroßmutter Sidonie hatte es krasser formuliert: „Hochstudiert und doch saudumm.“

Schlussfolgerung zwei, bezogen auf die Gegenwart: „Tod den Juden“ und „Tod Israel“. Daran erkennen wir: Judenhass und Israelhass gehören zusammen. Ein Inhalt, ein Begriff eint sie: Antisemitismus. Von Anfang an war das so, denn: ohne Judenhass kein Zionismus und kein Israel. Und seit Israel bezieht sich der Judenhass sowohl auf Israel als auch die Juden der Diaspora.

So gesehen, ist Israelhass nur die geografische Erweiterung des Antisemitismus bezogen auf das historische Ursprungsland der Juden. Wer daher über 1933 und 1938 bis 1945 redet, kann über 2023 nicht schweigen. Wegen der inhaltlichen und geschichtlichen Kontinuität.

Ein fundamentaler Unterschied besteht zwischen damals und heute: 1933 und von 1938 bis 1945 betrieb der deutsche Staat die Mordmaschinerie an den Juden Europas. Heute will der deutsche Staat uns Juden beschützen. Und dafür natürlich den allerherz-



lichsten Dank. Er will. Aber kann er es? Individuell tut er es, und dafür bin auch ich persönlich dankbar. Auf der Makroebene kann er es ohne amerikanische und israelische Hilfe im Anti-Terrorkampf nicht.

Nur so viel: Zweifel an der Schutzwilligkeit des deutschen Staates bestehen nicht, wohl aber an seiner Schutzfähigkeit. Nicht nur der Schutzfähigkeit seinen jüdischen Bürgern, sondern all seinen Bürgern gegenüber. Das sowohl judenpolitische als auch allgemeine Schutzdefizit des Staates ist gegenwärtig nicht nur ein deutsches Problem, sondern ein westeuropäisches.

Heutzutage gefährden vornehmlich drei Gruppen nicht nur die Juden, sondern alle Bürger Europas. Erstens die Internationale der radikalfaschistischen Rambos und ihre weichen, bürgerlichen Spielarten mit oder ohne Nadelstreifen. Zweitens die extremistische Linke, einschließlich ihrer linksliberalen, kulturbürgerlichen Legitimatoren. Drittens die islamischen Fundamentalisten. Heute fordern sie „Tod Israel!“ oder „Tod den Juden!“ und morden ebenso Nichtjuden – wie am 19. Dezember 2016 auf dem Weihnachtsmarkt an Berlins Gedächtniskirche.

Alle drei Gruppen wollen die offene Gesellschaft zerstören. Staatsversagen auf der ganzen Linie, ebenso mediales, gesellschaftliches und pädagogisches, denn: Bis zum 7. Oktober 2023 wurden nicht alle drei antisemitischen Großgruppen benannt und bekämpft, sondern fast ausschließlich nur der neofaschistische Antisemitismus. Wer auf die beiden anderen Antisemitismen, besonders den islamistischen, hinwies, wurde als „islamophob“, Apologet der Rechtsextremisten oder gar als Nazi diffamiert.

Sicherheit nicht nur für die Juden, für alle Bürger, ist die Pflicht des Staates und nicht der Bürger. Wie seine Vorgänger lenkt daher Kanzler Scholz, wie viele andere Politiker, von dieser staatlichen Bringeschuld ab, wenn er an die Zivilcourage der Bürger appelliert. Ist ihm bewusst, dass er als Personifizierung des staatlichen Gewaltmonopols eben dieses aushöhlt und, wie jüngste Beispiele zeigen, pro-jüdische Zivilcourage lebensgefährlich sein kann?

Kein Zweifel: Der Antisemitismus der deutschen Nationalsozialisten war ein Eigengewächs. Der alt- und neubundesdeutsche Antisemitismus ist in seiner israelpolitischen Verflechtung sowohl importiert als auch hausgemacht. Gerne wird, sozusagen à la carte, nur der eine oder andere Antisemitismus erwähnt. Betrachten wir kurz beide. Ich erwähne zuerst einige Beispiele für den hausgemachten Antise-

mitismus und dann für den, weitgehend aus der islamischen Welt importierten Antisemitismus. Bücher könnte man mit anderen Beispielen füllen. Nicht zuletzt aus der DDR. Dank dem 9. November 1989 gibt es sie nicht mehr. Ihr antisemitisches Erbe wurde – auch lange nach der Wiedervereinigung – totgeschwiegen. Bis es, weil jedermann sichtbar, nicht mehr zu verschweigen war. Dieses rot überpinselte, braune, systemsprengende Erbe wird unsere Demokratie vor weitere Zerreißproben stellen.

Unerwähnt lasse ich unbestreitbare und unumstrittene Belege. Von rechtsaußen etwa: Die Nazi-Ära als „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte oder „Mahnmal der Schande“. Faktenfrei und kontrafaktisch von Linksaußen bis linksliberal: „Israel als kolonialistisches Gebilde des weißen Mannes“, obwohl der jüdische Staat nach dem Holocaust gegen die britische Kolonialmacht erkämpft werden musste.

Zum hausgemachten Antisemitismus

Seit 1969 wurden Israels Botschafter jahrelang von linken studentischen Schreihälsen konsequent an diversen deutschen Universitäten – „Elite“ der Nation? – niedergeschrien und am Reden gehindert. Rationalität? Wissenschaft? Siedlungspolitik als Stein des Anstoßes? Damals gab es im Westjordanland 700 jüdische Siedler, heute 700.000. Das bedeutet: Mit oder ohne Siedler – die Juden sind schuld. Frei nach dem Jerusalemer Patriarchen in Lessings „Nathan der Weise“: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt!“ Nicht von Außenseitern, Randgruppen, Randpersonen oder der Mitte der Gesellschaft, sondern von der Spitze der Republik sei kurz die Rede.

Bundeskanzler Willy Brandt

Einerseits Antifaschist, Widerstandskämpfer. Andererseits: 11. Februar 1970, wörtlich in einer nahoststrategischen Sitzung des engsten Koalitionskreises: Zitat: „Israelpolitik sei fortan 'ohne Komplexe' zu führen.“ Tags zuvor hatten palästinensische Terroristen Passagiere eines El-Al-Fluges von München nach Tel Aviv getötet und verletzt.

Einerseits Israelpolitik „ohne Komplexe“, andererseits Brandts zurecht ikonischer Kniefall am Warschauer Ghetto-Mahnmal vom 7. Dezember 1970. Doch die höchsten deutsch-jüdischen Repräsentanten nach Polen mitreisen zu lassen, hatte sich Brandt geweigert. Komplett komplexfrei wurde die Münchner Olympiade nach dem palästinensischen Terror vom 5. September 1972 fortgesetzt. „The games must go on“, hatte IOC-Präsident Brundage gefordert. Demselben Mann hatte es **Adolf Hitler** zu ver-



danken, dass 1936 die Olympiade in Berlin stattfand – trotz der Judenpolitik seit 1933 und trotz der Nürnberger Rassegesetze von 1935. Im Jom-Kippur-Krieg vom 1973 drohte Israel die Auslöschung. „Ohne Komplexe“ verbot die sozial-liberale Regierung Brandt-Scheel den USA, Israel mit Waffennachschub aus und über die Bundesrepublik zu versorgen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt

Einerseits Enkel eines Juden und ganz eindeutig eine weiße Weste in brauner Zeit. Andererseits Herbst 1980: Premier Begin Israel sei die größte Gefahr für den Weltfrieden, so Helmut Schmidt. Derselben Begin und Sadat war kurz davor der Friedensnobelpreisträger für das Friedensabkommen mit Ägypten verliehen worden.

April 1981: Der Kanzler wollte „hunderte“ deutsche Panzer an Israels damaligen Feind Saudi-Arabien liefern. Dort, in Saudi-Arabien, sprach er in einem ARD-Interview über Hitler-Deutschlands Verbrechen an namentlich genannten Völkern Europas und fügte bei der Völkernennung ein „et cetera, et cetera“ hinzu. Juden blieben namentlich unerwähnt und waren wohl dem „et cetera, et cetera“ zuzuordnen.

Außerdem behauptete der Kanzler: Deutschland trage durch den Holocaust eine indirekte Schuld am Elend der Palästinenser. Der Kanzler verschwieg – oder wusste nicht –, dass der Palästinensenführer Amin Hussein, Großmufti von Jerusalem, im Zweiten Weltkrieg mit Hitler-Deutschland kooperiert, in Hitlers Berlin, also hier um die Ecke, Asyl erhalten und für die Waffen-SS von Hitler und Himmler auf dem Balkan Muslime mobilisiert hatte.

Bundeskanzler Helmut Kohl

Einerseits neben und außer Konrad Adenauer wohl die Lichtgestalt deutsch-jüdisch-israelischer Beziehungen. Andererseits: Sein zeitweiliger Regierungssprecher **Peter Boenisch** verkündete 1983, und ausgerechnet in Saudi-Arabien, unwidersprochen: Bundesdeutsche Politik dürfe nicht länger von Auschwitz überschattet werden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder

Ein bestenfalls freundliches, ansonsten geradezu demonstratives Desinteresse an Deutsch-Jüdischem und erst recht Deutsch-Israelischem – ohne verbalmantale Ausrutscher.

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Ebenfalls eher eine Lichtgestalt deutsch-jüdisch-israelischer Beziehungen. Israels Sicherheit als deutsche „Staatsräson“. Andererseits ihre Iran-Politik, die Is-

raels Existenz objektiv bedrohte und bedroht. 2015, Migrationspolitik. Einerseits Signal vorbildlicher Humanität, andererseits durch beispiellose Naivität Import von Inhumanität. Nicht nur gegen Juden. Und gefährdete das Atomabkommen aus dem Jahre 2015 mit dem Iran nicht etwa Israels Existenz? Ja, sagen fast alle Israelis und Juden.

Bundeskanzler Olaf Scholz

Einerseits eines von vielen markig-verbalen Politiker-Bollwerken gegen Antisemitismus. Andererseits August 2022: Palästinenser-Präsident Abbas in Berlin. Vor der Presse beschuldigt er Israel, „50 Holocausts“ an den Palästinensern verbrochen zu haben. Der Kanzler stand schweigend daneben. Und das in der Zeit, da in Deutschland und der Welt über die „Stürmer“-ähnlichen Exponate der Kasseler documenta 15 gestritten wurde und die Regierung Scholz deshalb ohnehin mit geschichtsethischen Problemen konfrontiert war.

Des Kanzlers Parteifreund, unser Außenminister von 2013 bis 2018, **Sigmar Gabriel**: Erst nannte er Israel einen Apartheidstaat. Dann Bedauern. Aber, weil amtlich abgesegnet, bis heute überall wirksam in der Welt. Um Missverständnisse zu vermeiden, stelle ich klar: Keiner der genannten Akteure, keines der Beispiele führte zum neuerlichen Judenhass in Deutschland und damit zur Brücke vom 9. November 1938 zum 7. Oktober 2023 und den Folgen. Doch sie alle waren Etappen der Radikalisierung, der Enthemmung, der Gewöhnung und „Normalisierung“ eines neuen Judenhasses.

Ein Ignorant, wer meint, dass solche Signale in der Bevölkerung unbeachtet und folgenlos bleiben, zumal Amtsträger trotz allem selbst bei Antiautoritären à la carte als Autoritäten gelten. Umfragen bestätigen den Befund: Seit rund vierzig Jahren zählt Israel, nebst Nordkorea, in der deutschen Öffentlichkeit zu den weltweit unbeliebtesten Staaten. Dieser Output ist bei diesem hausgemachten Input kein Wunder.

Zum importierten Antisemitismus

Seit 1933 und noch schlimmer von 1938 bis 1945 waren die antijüdischen Täter in Deutschland nur einheimische Deutsche. Anders als bisher die amtlichen Statistiken beweisen seit Jahren repräsentative Befragungen von Juden, die in Deutschland und Europa von verbaler und körperlicher Gewalt betroffen waren: Bei Weitem die meisten Täter kamen erstens aus dem muslimischen Milieu, zweitens aus dem linksextremistischen und drittens aus dem rechtsextremistischen.



Mitte Oktober dieses Jahres erklärte das Bundesministerium des Innern, in Wortzucker verpackt: Die Statistik sei bislang mehr kosmetisch als realistisch gewesen.

Das bedeutet: Aus moralisch-migrationspolitischen Motiven wurde das Problem totgeschwiegen. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Ja, Deutschland hat (nachträglich!) die Gefahren aus der Vergangenheit erkannt – und dabei die Gegenwart verkannt.

Mit falschen Diagnosen keine Therapie

Weil folgenlos, wurde muslimischer Judenhass ermutigt, die allgemeine Bevölkerung frustriert, und immer mehr Menschen tendieren zu Anti-System-Aktiven von Rechts- und Linksaußen. Wird die bundesdeutsche Demokratie, wie einst die Weimarer, doch ganz demokratisch vom linken und rechten Rand zerfressen?

Seit den späten 1960er Jahren sind Deutschland und Westeuropa Nebenschauplätze der Nahostkonflikte, besonders des arabisch-iranisch-israelischen. Vom islamistischen Terror gefährdet sind dabei alle Bürger, doch Juden ganz besonders, im Prinzip alle Juden. Das bedeutet: Gegenwärtiges deutsches Gedenken an Diskriminierung und Liquidierung von Juden ist ohne die muslimische Dimension nicht mehr denkbar. Das gilt erst recht – obwohl nicht nur in Deutschland willentlich ignoriert oder dementiert – für die historische und theologische Dimension.

Zur theologischen Dimension: Im Koran, Sure 5, Vers 60, sowie in der mündlichen Überlieferung, der Sunna, ist der Hass auf das Judentum unbestreitbar. Juden als Affen und Schweine! Ich verzichte auf weitere Belege. Es gibt sie zuhauf, trotz deutlich sanfterer Aussagen. Wer das bestreitet, kennt die Materie nicht.

Bei der historischen Dimension verbinde ich die historisch-politische Makro- mit der familiären Mikroebene. Wie die Wolffsohns konnte meine mütterliche Familie Saalheimer im März 1939, also im letzten Augenblick, Hitlers Deutschland entkommen. Mein Berliner Großvater **Karl Wolffsohn** war von August 1938 bis Februar 1939 in sogenannter „Schutzhaft“ der Gestapo. In der Pogromnacht 1938 war er tatsächlich vor dem Mob sozusagen „geschützt“ – ausgerechnet von der mörderischen Gestapo.

Mein Bamberger Großvater **Justus Saalheimer** wurde am 9. November 1938 in seinem Heim überfallen, geschlagen, nur mit Unterhosen bekleidet aus der Wohnung gezerrt und dann ins KZ Dachau verschleppt. Es folgte die zwingend an die Ausreise aus

Deutschland verknüpfte Freilassung beider Großväter. Unter Zurücklassung ihres gesamten Vermögens. Versteht sich.

Flucht nach Britisch-Palästina. Dort tobte vom April 1936 bis zum April 1939 der „Arabische Aufstand“, sprich: der Krieg der Palästinenser gegen die britische Mandatsmacht sowie vor allem gegen die Juden in Palästina. Ihr Anführer war **Amin el Hussein**, seines Zeichens Großmufti von Jerusalem. Er war geistlicher und zugleich politischer Führer der Palästinenser. Heute würde man ihn einen Islamisten-Führer nennen.

Die Saalheimers wohnten in unmittelbarer Nähe von Sarona, einer Siedlung der aus Württemberg stammenden, pietistischen Templer. Keine angenehme Nachbarschaft, denn: 17 Prozent der damals in Palästina lebenden Templer waren NSDAP-Mitglieder. Nicht nur sie, fast alle Templer unterstützten die Palästinenser im Kampf gegen Juden und Briten. Beide hielten Juden und Briten für ihre Feinde.

Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Britisch-Palästina donnerten täglich Bomben auf die Saalheimers und ihre Tel Aviver Nachbarn. Wie für alle Juden in Zion bedeutete auch für die Saalheimers Flucht nicht automatisch Sicherheit. Seit dem 7. Oktober 2023 weiß, wer wissen will: Noch immer ist das Leben der Juden Israels und woanders Existenz auf Widerruf.

Die Rolle von Jerusalems Großmufti, dem Palästinenserführer **Amin el Hussein**, habe ich erwähnt. Ergänzt sei, dass er im Mai 1941 mit anderen Nationalisten und Islamisten einen prodeutschen Aufstand gegen die dort stationierten Briten angezettelt hatte. Auf die vielen anderen historischen Belege für die enge Partnerschaft von arabischen und islamischen Akteuren mit NS-Deutschland und Deutschen bis und lange nach dem Holocaust sei hier verzichtet.

Vergessen sollten wir auch nicht die illegale Partnerschaft deutscher Firmen bei der Fast-Vollendung der Atombombe von Iraks Diktator **Saddam Hussein**. Den atomaren Holocaust des jüdischen Staates verhinderten am 6. Juni 1981 israelische Bomber. Sie zerstörten den Atommeiler bei Bagdad. Bonn gab sich „betroffen und bestürzt“. Die illegale Giftgasproduktion deutscher Firmen für den Irak in den folgenden 20 Jahren zu verhindern, gelang selbst der israelfreundlichen Helmut-Kohl-Regierung zunächst nicht. Das schaffte sie erst, nachdem 42 irakische Raketen im Januar und Februar 2001 in Israel eingeschlagen waren. Zur Aufarbeitung der deutschen NS-Geschichte gehört also auch die Kollaboration mit



Muslimen. Eine solche Aufarbeitung bedeutete keine antiislamische Provokation, sondern notwendige Reflexion für eine, wohlgeleitet, gemeinsame Aktion.

Die bisher in und von Deutschland als rein einheimisch deutsch praktizierte Aufarbeitung der NS-Zeit führt zwangsläufig bei unseren muslimischen Bürgern zu dieser Wahrnehmung: „Geht mich nichts an. Müssen und sollen die Nachfahren der Alt-Deutschen unter sich ausmachen“. Eben nicht. Und gerade dieses Eben-Nicht kann, wenn gemeinsam angepackt, ein gemeinsames, Bewusstsein schaffen.

Zur historisch-politischen Dimension arabisch-deutscher Kooperation gehört ebenfalls die Kollaboration der RAF-Terroristen und anderer deutscher Linksterroristen (sowie der Schar ihrer Sympathisanten) mit dem palästinensisch-arabischen und internationalen Terrorismus. Ein geplanter und gottlob missglückter – von den meisten längst vergessener – deutsch-palästinensischer Terrorakt führte zu diesem deutschen Neunten November, dem 9. November 1969. Damals versuchten die „Tupamaros Westberlin“ ein Bombenattentat auf **Heinz Galinski**, den damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Es war der erste sichtbare Hassbeweis des deutschen Linksterrorismus und -extremismus gegen Juden und, ja, Israel. Sagt jemand, dass Linksextremisten oder sowjetorientierte Linke gegen Judenhass immun wären? Wenn ja, sei an die judenmörderische Politik Stalins erinnert; an die zu zahlreichen Hinrichtungen führenden antijüdischen Schauprozesse im Ostblock, auch in der DDR; an die enge Zusammenarbeit der DDR mit palästinensischen und anderen Terroristen.

Trotz allem und nach allem im Dritten Reich sowie danach: Diese Bundesrepublik ist für mich ein gutes Deutschland, obwohl, neben anderen Defiziten, von einer Willkommenskultur gegenüber den wenigen deutschjüdischen Rückkehrern nach 1945 lange keine Rede sein konnte.

Das erfuhr zum Beispiel der hessische Generalstaatsanwalt **Fritz Bauer**, **Richard Kornitzer**, faktenbezogen, fiktional verdichtet, in **Ursula Krechels** großartigem Roman „Landgericht“ und seit 1949 auch mein Großvater **Karl Wolffsohn**. Abgesehen von einer Ausnahme scheiterte er mit all seinen Rückgabe- und Entschädigungsbemühungen seinerzeit an der bundesdeutsch-braunen Justiz und starb, wörtlich, am gebrochenen Herzen. Meinem 1954 zurückgekehrten Vater erging es ähnlich. Er wurde schließlich depressiv. Nach zwölf Prozessjahren ver-

fügte der Bundesgerichtshof 1962, dass mein Vater der Dresdner Bank eine Ehrenerklärung zukommen lassen müsse. Sie hätte bei der „Arisierung“ der seinerzeit weltberühmten Varietés „Scala“ und „Plaza“, deren Mitbegründer und Miteigentümer **Karl Wolffsohn** gewesen war, nicht aus politischen, sprich: antisemitischen Motiven heraus gehandelt. Außerdem wurde mein Vater wegen „Rufmordes“ zu einer Strafzahlung von 30.000 DMark an das Finanzinstitut verurteilt, und 1965 erlebte mein Vater die quasi zweite Arisierung des familiären Anwesens am Zehlendorfer Stölpchensee.

Wie unterschiedlich individuelle Erfahrungen mitunter sind, zeigt der erste Besuch meiner mütterlichen Großeltern in Bamberg 1951. Bei ihrer einstigen Pelzhändlerin wollten sie einfach so vorbeischaun. „Einen Moment, Frau Saalheimer“, sagte die mittelalte Dame und ging nach hinten. „Diesen Pelz haben Sie nicht abgeholt, bevor sie nach Palästina flohen.“ Längst hatten meine Großeltern das wertvolle Stück vergessen.

Zum anderen: Als sie an ihrer vormaligen Wohnung in Bamberg klingelten, rief die Nachmieterin nach hinten: „Jesses, die Juden sind wieder da!“ Einerseits – andererseits: Wer die hier nur skizzierten Fakten kennt, kann nicht überrascht sein, dass sowohl in Deutschland als auch in Europa, 85 Jahre nach der Pogromnacht und den folgenden sechs millionenfachen Judenmorden die Schonzeit für uns Juden definitiv vorbei ist. Dennoch: Unsere Bundesrepublik ist das beste Deutschland, das es je gab. Wie lange noch? Es kriselt gewaltig. Und wenn es so weitergeht, gehen nicht nur viele tausend Juden Frankreichs oder neuerdings der USA weg, sondern auch die Juden Deutschlands. Wohin? Wo gibt es jüdische Existenz ohne Widerruf?

Die Jüdische Weltgeschichte zeigt: Wo und wenn es Juden gut geht, geht es dem Land gut. Deutschland hatte bis 1933 die Wahl. Es entschied falsch und es erging ihm schlecht. Es hatte ab 1949 wieder die Wahl – und entschied richtig. Deutschland ging es bestens. Heute steht Deutschland wieder vor der Wahl. Wie wird es entscheiden? So wie die zahlreichen, echten Freunde, die Juden und Israel in Deutschland haben? Hoffen wir es.

05) Wolfgang Neuss zum 100sten. Von Ed Koch



Wolfgang Neuss zum 100sten



In meiner kleinen Schatzkammer befinden sich zwei Exponate, die es in mein Testament schaffen werden. Es sind die Schallplatte und das Textbuch zu **Wolfgang Neuss** „Jüngstem Gerücht“ aus den Jahren 1964/65. Ich weiß bloß noch nicht, wer der Begünstigte sein wird. Bewerbungen werden entgegengenommen.

Wolfgang Neuss war der, sagen wir mal „Satireheld“ meiner Jugend. Mit 16 hätten meine Eltern das mir zugedachte Taschengeld gleich an Neuss überweisen können, denn es wurde in Eintrittskarten für seine Auftritte investiert. Investiert ist der richtige Begriff, denn was ich bei ihm über Politik und den unverstellten Blick darauf gelernt habe, war prägend für mein weiteres Leben.

Im Haus am Lützowplatz hatte **Konrad Hammer**, genannt Jule, im Souterrain des Vorderhauses eine Kneipe mit dem Namen das „Domizil“ eingerichtet. Dort trat ab 1963 **Wolfgang Neuss** mit seinem legendären Programm „Das jüngste Gerücht“ auf. Inhaltlich wurde das Programm immer wieder aktualisiert, so dass es sich lohnte, immer wieder mein Taschengeld dorthin zu tragen. Heute befindet sich an selber Stelle übrigens die von **Ben Becker** gegründete Kneipe „Trompete“.

Zum 100sten Geburtstag von **Wolfgang Neuss** am 3. Dezember werde ich Ihnen meine Lieblingspassagen aus dem Textbuch präsentieren.



Nach dem Absturz ins von Drogen geprägten Leben ist es der ufaFabrik zu verdanken, dass die Erinnerung an **Wolfgang Neuss** wachgehalten wird. 1923 geboren, feierte Neuss seinen 65sten Geburtstag in der ufaFabrik. Ein halbes Jahr später starb er. Die ufaFabrik hat einen ihrer Säle nach ihm benannt, und dort beginnt am Freitag, dem **1. Dezember** um

18:00 Uhr, ein fünftägiges Festival zu seinen Ehren mit Zeitzeugen, Filmdokumenten, Vorträgen, einer Ausstellung und einer Live-Theateraufführung. Am **1. Dezember** gibt es um 18:00 Uhr zuerst einen Vortrag (inkl. Film Clips) von **Falko Hennig** und um 20:00 Uhr eine Film-Dokumentation über „Das Neuss Testament“ (2009) mit **Rüdiger Daniel**.

Am **2. Dezember** geht es um 18:00 Uhr weiter mit einer Ausstellungseröffnung, 20:00 Uhr, „Kein 'Noise' ohne Müller“, Vortrag mit Musik von **JS. Strauss** und um 21:00 Uhr die Film-Doku „Der Mann mit der Pauke“ mit **Anita Rehm**.

Der **3. Dezember**, der Geburtstag, beginnt um 15:00 Uhr mit Film-Doku-Clips von und mit **Juppy Becher** sowie „Zu Besuch bei dem Mann mit der Pauke“ (1982), von **Mathias Bröckers**. Um 17:00 Uhr steht eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen auf dem Programm, u.a. mit **Brigitte Grothum**, **Volker Ludwig**, **Arnulf Rating** und **Ilja Richter**. Der Tag endet ab 20:00 Uhr mit einem Solo-Theater von **Didi Jünemann** „Wir Kellerkinder“.

Am **4. Dezember** stehen auf dem Programm: 18:00 Uhr, Das allerletzte Kurz-Interview mit Neuss, **Anita Rehm**, „Kein 'Noise' ohne Müller“, kurzer Vortrag mit Musik, **JS. Strauss** und um 20:00 Uhr, „Wir Kellerkinder“, Solo-Theater mit **Didi Jünemann**.

Zum Schluss am **5. Dezember**, lädt um 18:00 Uhr **Arnulf Rating** Gäste ein und werden das allerletzte Kurz-Interview mit Neuss, „Kein 'Noise' ohne Müller“ und „Wir Kellerkinder“ wiederholt.

Tickets und ausführliche Informationen unter: www.ufafabrik.de

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: ufaFabrik

06) Beschämend. Von Ed Koch



Beschämend

„32 Tage nach dem Schwarzen Schabbat, dem 7. Oktober 2023, kamen gestern Abend leider nur etwa 300 bis 400 Menschen zum Brandenburger Tor, um ihre Solidarität mit ISRAEL kundzutun und den Opfern des Massakers vom 7.10. zu gedenken.



Beeindruckend und ein Zeichen der Hoffnung war, dass sehr viele Exil-Iraner ihre Sympathie für Israel zum Ausdruck brachten. Die vielen persischen Fahnen waren Ausdruck dessen. Gemeinsam und einend war die Verachtung und Ablehnung auf dieses Mullah-Terror-Regime in Teheran.“, schrieb uns ein Teilnehmer der Veranstaltung.



Empathie sieht anders aus, in einer Stadt, von der aus der millionenfache Mord an jüdischen Menschen 1942 bei Cognac und Häppchen von einer kriminellen Mörderbande „im Namen des deutschen Volkes“ auf der so genannten „Wannseekonferenz“ beschlossen wurde. Eine Bande, die sich nicht von den Hamas-Terroristen unterscheidet.



Es ist auch beschämend, dass sich laut eines Berichtes der rbb-Abendschau kaum ein politischer Repräsentant auf der Veranstaltung hat sehen lassen.

rbb24-Abendschau vom 7. November 2023
Ausschnitt von Minute 07:00 bis 10:00

https://www.rbb-online.de/abendschau/video/20231107_1930.html



Ed Koch
Fotos: Privat

07) Hafenstadt Berlin. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 619-07

8. November 2023

48. Jahrgang

Hafenstadt Berlin

Natürlich sind zusammengenommen alle Hafenanlagen in Berlin nicht mit denen in Hamburg zu vergleichen. Googelt man aber nach Berliner Häfen, so werden 24 Einträge angezeigt. Treptow, Schöneberg, Tegel, Lichtenfelde, Neukölln, Tempelhof, überall gibt es einen Hafen, Letztgenannter sogar mit abgeschlossener Shopping-Mall. Bei den Himmelsrichtungen fehlt keine, wobei der Westhafen der bedeutendste ist. Heute ging es um den Südhafen in Spandau, der einer neuen Zukunft entgegenzieht.



Der Ausbau des Südhafens Spandau ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der Stadt. Bis 2029 soll es vollendet sein. Der Regierende Bürgermeister, **Kai Wegner**, Verkehrssenatorin **Manja Schreiner**, Wirtschaftsstaatssekretär **Dr. Severin Fischer**, Bezirksbürgermeister **Frank Bewig** und die Geschäftsführerin der BEHALA, **Petra Cardinal**, kamen am heutigen Mittwoch, den 8. November 2023, zum symbolischen Spatenstich.

Der Südhafen Spandau ist nach dem Westhafen der zweitgrößte Hafen Berlins. Er ist national und international gut angebunden. Nun soll er modernisiert und ertüchtigt werden. In Zukunft sollen hier die Wasserstraße, Straßen und Schiene den Westhafen entlasten. Dies ist Teil der Berliner Strategie, mehr Güter über das Wasser und die Schiene zu transportieren und so den Verkehr auf der Straße zu entlasten.

Kai Wegner: „Berlin als Hafenstadt hat eine lange Tradition, nun wird der Spandauer Hafen, der zweitgrößte Hafen Berlins, saniert und modernisiert. Mit dem ersten Spa-



tenstich hat die Verwirklichung eines Investitionsvorhabens mit einem Volumen von 98 Millionen Euro begonnen. Das Projekt verbindet auf einzigartige Weise Wasser, Schiene und Straße. Mit diesem Zukunftsprojekt stärken wir die Nachhaltigkeit im Transportsektor.“



Manja Schreiner: „Unsere Berliner Wasserwege sind ein Schatz, den es noch zu heben gilt. So geht klimafreundlicher Güterverkehr. Indem wir die Möglichkeiten dafür am Südhafen erweitern, erleichtern wir Logistikern die Entscheidung, ihre Verkehre auf

Wasser zu verlegen. Das wird uns dabei helfen, Berlin bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten.“

Severin Fischer: „Der Ausbau des Spandauer Südhafens ist ein zukunftsweisendes Projekt für den Wirtschafts- und Logistikstandort Berlin. Wir wollen in Berlin einen nachhaltigen und stadtverträglichen Wirtschaftsverkehr fördern und erschließen hier in Spandau mehr Möglichkeiten, Güter über das Wasser und die Schiene zu transportieren. Damit entlasten wir Berlins Straßen und stärken darüber hinaus unsere Attraktivität für Logistik und Handel. Die Bedeutung dieses Projekts zeigt sich auch darin, dass 88 Millionen Euro aus GRW-Mitteln (Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) von Seiten der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zur Verfügung gestellt werden, um dieses Infrastrukturprojekt von stadtweiter Relevanz zu fördern.“

Frank Bewig freute sich über die Würdigung Berlins für seinen Bezirk und unterstrich die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für eine funktionierende Stadt. Seit Jahren gebe es die Diskussion über die Schulenburgbrücke, die jetzt im Zuge der Maßnahmen einen Ersatzneubau erhält. Ein versteckter Ort in Spandau werde sich nun entwickeln, so der Bürgermeister.

Petra Cardinal wies darauf hin, dass die angestrebte Verkehrswende die nötige Infrastruktur brauche, vor allem auch auf den Schienen- und Wasserstraßen. Der Westhafen sei sehr gut



1



ausgenutzt in seiner Fläche und der Südhafen ist das Gelände, „das ein sehr hohes Potenzial hat, das wir jetzt gemeinsam nutzen wollen“. Frau Cardinal freut sich besonders, dass eine Struktur gefunden wurde, die übergreifend ist, von der Senatskanzlei, über die BEHALA, bis hin zu den Senatsverwaltungen für Umwelt, Wirtschaft, Finanzen und Bauen. Alle sind in einem Steuerungs- und Lenkungskreis eingebunden. Der Lenkungskreis sei dafür da, besondere Schwierigkeiten zu lösen. Bisher habe der Lenkungskreis noch nie getagt, was ein gutes Zeichen ist. Letztlich blieb der BEHALA-Chefin nur noch, sich bei allen für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Und dann kam es zum Höhepunkt der nasskalten morgendlichen Veranstaltung am Südhafen, dem symbolischen Spatenstich. Da sich das auf dem Wasser schlecht macht, hatte die BEHALA einen Sandhügel aufschütten lassen, damit die Protagonisten etwas auf ihre Spaten bekamen.



v.l. Frank Bewig, Petra Cardinal, Kai Wegner, Manja Schreiner und Severin Fischer.

Ganz unbekannt ist der Spandauer Südhafen allerdings nicht, spätestens, seitdem die DHL dort täglich ihr Solarboot belädt und mit 350 Paketen zum Westhafen schippert.



Und natürlich ließ es sich die DHL nicht nehmen, mit ihrem Boot bei den Feierlichkeiten vorbeizuschauen. Während **Manja Schreiner** das Boot schon kennt,

war es für **Kai Wegner** und **Frank Bewig** die erste Begegnung, was alle zu einem Gruppenfoto bewegte.



v.l. Manja Schreiner, Kai Wegner, Andreas Schwager (Leiter des Projektes nachhaltige Transport- und Zustellösungen der Deutschen Post DHL) und Frank Bewig.

Das Gesamtvorhaben „**Spandauer Südhafen**“ umfasst folgende vier Unterprojekte:

1. Ausbau und Modernisierung des Unterhafens sowie der Kaianlagen, um den Hafen zukunftsfähig zu machen und Güterverkehre von der Straße aufs Wasser und die Schiene zu holen. Hierfür wird der Hafen mit neuen Technologien ausgestattet – wie etwa leisen Straßenbelägen oder Stromsäulen für Schiffe.
2. Erneuerung und Ausbau des Zuführgleises vom Hafen zum Bahnhof Ruhleben. Die Zugführung wird über die östliche Kreuzung gehen.
3. Die Umgestaltung der anliegenden Kreuzungsbereiche im Bereich der Schulenburgbrücke verbessert die Sichtbeziehungen und erhöht den Fahrkomfort für alle Verkehrsbeteiligten.
4. Der Ersatzneubau der Schulenburgbrücke soll künftig den Anforderungen einer mobilitätsorientierten Stadt entsprechen und allen Verkehrsbeteiligten ausreichend Platz bieten. Für die Bauzeit werden verkehrliche Lösungen, wie etwa eine Behelfsbrücke, untersucht.

Am Donnerstag, dem 16. November 2023, von 17:00 bis 19:00 Uhr, ist eine erste Öffentlichkeitsveranstaltung geplant. Hier können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über das Projekt informieren. Ort: Gemeindesaal der Evangelischen Melancthon-Kirchengemeinde, Pichelsdorfer Straße 79, 13595 Berlin

Weitere Informationen zum Bauvorhaben:

www.berlin.de/sen/uvk/mobilitaet-und-verkehr/infrastruktur/brueckenbau/schulenburgbruecke/

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch

Quelle: Pressestelle der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt.

Österreich (Seiten E 163 – E 173)

01) Österreich: Aufregung um „Nikolaus-Verbot“ in Kindergarten – nur FPÖ protestiert dagegen

05. 12. 2023



Symbolbild: Der Nikolaus ist in unserer woken, bunten und toleranten Gesellschaft unerwünscht.

Am 6. Dezember kommt der Nikolo. Aber darf er auch überall hinein? Wie die „Kronen-Zeitung“ erfuhr, erhält der Heilige zumindest in einer Bildungseinrichtung in Niederösterreich tatsächlich Hausverbot, berichtet krone.at Die Aufregung bei den betroffenen Eltern ist groß, denn ein Kindergarten erblickt Traumatisierungsgefahr bei den Kleinen. Die Begründung: Derzeit seien aufgrund der Kindergartenoffensive besonders viele Unter-Dreijährige im Haus, die sich trotz Vorbereitung in der Gruppe vor dem „großen Mann mit Bart und Mütze“ fürchten könnten. Eltern liefen bereits im Vorfeld dagegen Sturm, wandten sich auch an die Gemeinde In Feld am Wagram im Bezirk Tulln (Niederösterreich). Dort entschieden sich die „Pädagoginnen“ nämlich einstimmig dagegen, den Nikolo ins Haus zu lassen und legen Absurdes nach:

„Bei einzelnen Integrationskindern ist teilweise nicht eindeutig bekannt, welche traumatischen Erfahrung sie erfahren haben und sie sollen sich im Kindergarten sicher aufgehoben fühlen“, heißt es von Seiten der „Pädagoginnen“.

Wenn grausliche Drag Queens auf die Kleinen losgelassen werden, gibt es da wohl keine Bedenken, dass die armen Kinder dann zurecht verwirrt werden.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, wie es denn möglich war, dass Jahrhunderte lang Kinder sich auf den Nikolaus freuten, ohne anschließend psychologisch betreut zu werden. In Wahrheit geht es da wohl um die Entchristianisierung unserer Gesellschaft – das ist auch der Grund warum die FPÖ offenbar als einzige Kraft sich gegen diese Tendenz wehrt, denn für die örtlichen Freiheitlichen ist dieses Verbot ein Skandal:

Seite E 164 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

„Die Begründung der Gemeindeführung, es gebe pädagogische Gründe, die ein Verbot des Nikolos rechtfertigen würden, überschreitet die Grenze zur Absurdität“,

so Gemeinderat Michael Witt, für den der Nikolo das Sinnbild für das Gütige, Barmherzige und Sanfte sei. Der blaue Landtagsabgeordnete Andreas Bors bringt die Sache auf den Punkt:

„Wir sagen Nein zu dieser falsch verstandenen Toleranz und einem Nikolo-Verbot im Kindergarten!“

Kein Wunder, dass für immer mehr Leute die FPÖ als einzig wählbare Partei in Frage kommt.

Weiter Vorwand zum Verbot „Diversität“ und „kulturelle Unterschiede“

Einen anderen Vorwand zum Verbot des Nikolos in einem Kindergarten lieferten die Betreiber einer Kindertagesstätte in Salzburg. Dort wurde ein Nikolaus-Auftritt wegen „Diversität“ und „kulturellen Unterschieden“ und „Angst der Kinder“ untersagt. [Wir berichteten](#) in unseren beliebten SHORT NEWS darüber.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ein Selbstmord und ein ÖSI-Präsident: Korruptions-Vorwürfe in der Fassaden-Demokratie

27. 11. 2023



Pilnacek und Sobotka

Der neueste Korruptions-Skandal, in welcher der österreichische ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, verwickelt ist, verwundert eigentlich in Österreich niemanden wirklich: Zeigt er doch nur in erneut erschreckendem Maße, wie es sich die Mächtigen im Lande richten – wie zu Metternichs Zeiten. Und dass eine politische Aufklärung mit funktionierender Trennung der drei Gewalten, Legislative, Judikative Exekutive nie existierte:

Dubioser Selbstmord nach Alko-Geisterfahrt und Führerscheinabnahme

Am Anfang steht ein Selbstmord: Und zwar der des einst mächtigsten Beamten im Justizministerium, Christian Pilnacek, welcher in der Nacht zum 20. Oktober nahe Krems tot aufgefunden wurde. Vorausgegangen war, dass er als alkoholisierte Geisterfahrer auf der Autobahn von der Polizei gestoppt wurde.

Dem wiederum vorausgegangen war, dass der 60-Jährige wegen des Verdachts auf Parteilichkeit zugunsten der ÖVP und Dienstrechtsverletzungen durch die Grüne Justizministerin Alma Zadic suspendiert worden war.

„Ich soll Ermittlungen gegen die ÖVP einstellen“

Nun „erschüttert“ ein, in einer geselligen Runde heimlich aufgenommener 90-mütiger, Tonbandmitschnitt die Fassaden-Republik Österreich erneut. Die Aufzeichnung soll aber ohne das Wissen Pilnaceks am 28. Juli 2023 in einem Wiener Innenstadtlokal erfolgt sein:

Seite E 166 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Pilnacek berichtet darin, dass ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gesagt hätte: Letzterer würde ihm nicht helfen, weil er bisher der ÖVP nicht ausreichend geholfen habe.

„Man verlangt, dass ich Ermittlungen einstelle. Das kann ich nicht, das mache ich nicht! Da kamen ÖVP-Minister, selbst als eine Hausdurchsuchung bei der ÖVP schon stattgefunden hat, kam man zu mir und fragte, warum drehe ich das nicht ab? Ich habe immer gesagt, ich kann es nicht, ich mach es nicht, ich will es nicht.“ (Pilnacek)

Der einst mächtigste Justizbeamte beschuldigt dabei auch die ÖVP, indem er dieser eine Mitschuld an seiner eigenen Demontage gibt:

„In jedem Gespräch sagt der Sobotka (Anmerkung: ÖVP-Nationalratspräsident): 'Du hast selber versagt, Du hast es nie abgedreht.' (Anmerkung: Die Ermittlungen gegen die ÖVP). Aber das geht nicht und ich mache es nicht. Wir leben in einem Rechtsstaat“. (Pilnacek, [oe24](#))

Pilnacek gesteht auch: Er hätte ÖVP-ler auch gefragt, ob sie etwas für seine Unterstützung machen würden. Die Antwort Sobotkas soll gewesen sein:

„Du warst ja nie bei uns. Das Zweite ist, dass sie gesagt haben: Du hast ja nie eine Hausdurchsuchung bei uns verhindert“. Und er fügt hinzu: 'So denken die'“. (Pilnacek)

Brisant, wenn auch nicht verwunderlich: Die Tonbandaufnahmen sollen bereits seit Wochen vorliegen, doch das Boulevard-Blatt „Krone“ hielt sie lange unter Verschluss. Erst nachdem bekannt wurde, dass der öffentlich-rechtliche Sender ORF dies tat, legte die „[Krone](#)“ nach.

Sobotka ist auf Legislatur-Zeit sakrosankt

Diesen für eine moderne Demokratie mit Gewaltenteilung eigentlich untragbaren Zustand weiß auch der feige Grüne Koalitionspartner, der es somit bei Lippenbekenntnissen belässt:

Sobotka sei „*anstandslos*“ und verhalte sich „*wie ein König*“ – wie die Grüne Nationalrats=abgeordnete Barbara Neßler gegenüber der „APA“ jammerte. Denn:

„Einmal gewählt, ist er quasi wie ein König der Legislaturperiode und so verhält sich Sobotka leider auch.“

Die ganze politische Verkommenheit der Grünen ehemaligen Anti-Korruptionspartei erkennt man an dem kindischen Aufbegehren einer Grünen Fassaden-Demokratin. Denn – so die Neßler: Sie würde, falls Sobotka nach der kommenden Nationalratswahl wieder für das Nationalratspräsidium kandidieren soll, „*ihn jedenfalls nicht wählen*.“ – Besser wäre es wohl gewesen, sie hätten das Autokraten-Gesetz als Regierungspartei außer Kraft gesetzt.

<https://unser-mittleuropa.com/oesterreichischer-parlamentspraesident-vor-dem-krise-winter-prost-auf-neues-hauben-parlaments-restaurant/>



[Wiener Parlamentspräsident vor Krisen-Winter – abgehoben wie Scholz: „Prost! auf neues Hauben-Parlaments-Restaurant!“ \(Videos\)](#)

Selbst der größte Österreich-Kritiker der Gegenwartsliteratur, Thomas Bernhard (1929 – 1989), wäre bei diesem Schauer-Politstück an die Grenzen seines gefürchteten Zynismus gekommen: „Jetzt hat alles seinen Tiefpunkt erreicht, nicht nur politisch... Was diese Leute aus Österreich gemacht haben, ist unbeschreiblich: eine geist- und kulturlose Kloake. Dieser größenwahnsinnige Republikanismus.“ (Thomas Bernhard: „Heldenplatz“) Was war passiert? Nationalratspräsident ... [Wiener Parlamentspräsident vor Krisen-Winter – abgehoben wie Scholz: „Prost! auf neues Hauben-Parlaments-Restaurant!“ \(Videos\)](#) [weiterlesen](#)



„Die Totenruhe wird gestört“ (Blasphemischer ÖVP-Bundeskanzler Nehammer)

Typisch aber für eine Fassaden-demokratie: Mangelndes Schuldbekenntnis der Machthaber. Die ÖVP mauert – munter wie eh und jeh – für den eigenen Parlamentspräsidenten und schiebt die Schuld auf den Maulwurf, den sie in der (laut Umfragen) derzeit stärksten Rechts-Fraktion, der FPÖ vermutet.

Geradezu grotesk-blasphemisch: ÖVP-Kanzler und Parteichef Karl Nehammer beruft sich bei den Vorfällen auf die Störung der Totenruhe

„Um Politik zu machen, wird die Totenruhe gestört.“

- so Nehammer im Pressefoyer nach dem Ministerrat auf Journalistenfragen,

Denn Pilnacek könne sich ja selbst nicht mehr dazu äußern. Obwohl er es ja vice versa auf dem Tonbandmitschnitt getan hat

„Wir erleben hier gerade einen Tiefpunkt der politischen Auseinandersetzung“, „moralisch nicht vertretbar“.

Seite E 168 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Und typisch für jeden Fassaden-Demokraten: Er werde sich daher nicht an dieser Diskussion beteiligen. ([Die Presse](#))

„Deshalb ist er nun tot“ (Mephistopheles zu einer Witwe in Goethes „Faust“)

„Ich kann nicht mehr“ (Pilnacek)

Völlig egal scheint den Macht-Habern aber auch die Meinung der Witwe des Verstorbenen, Caroline Pilnacek zu sein:

„Christian hat sich nicht das Leben genommen. Ihm wurde das Leben genommen.“ ([weekend](#))

Auf alle Fälle lautete die Abschieds-SMS von Pilnacek an einen Freund:

„Ich kann nicht mehr.“ (oe24)

War doch Pilnacek mehr als zwanzig Jahre lang im Justizministerium tätig und stand er in einer langjährigen Feindschaft mit der – mittlerweile ebenfalls in die Kritik geratene – „Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft“. Immer wieder war von einer Hetzjagd der Grünen Justizministerin Alma Zadic gegen Pilnacek die Rede. Denn: Sämtliche Verhandlungen gegen ihn gingen zugunsten seiner aus. Die durch Zadic ausgesprochene Suspendierung blieb bis zu seinem Selbstmord aufrecht.

„Willkür-Justiz hat Pilnacek in den Tod getrieben“

„An Willkür grenzende Justiz-Skandalverfahren gegen Unschuldige, übertroffen noch durch – substanzlose – existenzvernichtende Verhängung der U-Haft, rechtswidrige Weitergabe von (unwahren) Akteninhalten an Medien, Unterstützung menschenrechtswidriger Vorverurteilung Unschuldiger. All das prägt die österreichische Justiz. Nun gibt es ein Justiz-Todesopfer. Mutmaßlich von der Justiz in den Tod getrieben. Pilnacek, ein – intern-unbequemer, Jurist. Einer, der im menschenverachtenden Justizverfolgungs-Mainstream nicht kritiklos mitgespielt hat. Von der Justiz zu Tode gehetzt.“ (Rechtsexperte [Pöttl](#))

<https://unser-mittleuropa.com/korruption-in-oesterreich-anlassfall-vorarlberger-polit-paten-tum/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Wels (OÖ): Kriminalisierungsversuch von Islamisierungsgegnern gescheitert – Freispruch vor Gericht

Von KURT GUGGENBICHLER

10. 11. 2023

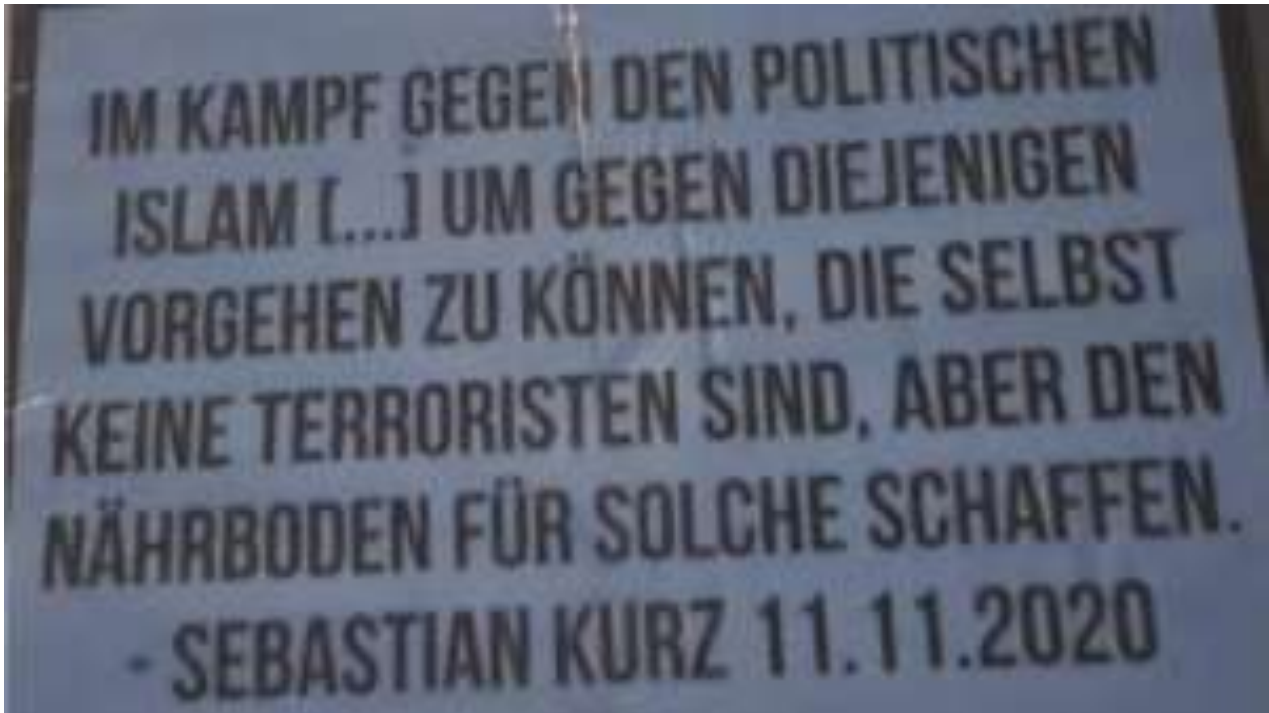


Wels (OÖ): Kriminalisierungsversuch von Islamisierungsgegnern gescheitert – Freispruch vor Gericht

Von KURT GUGGENBICHLER |Trotz des Freispruchs von fünf jungen Männern der identitären Bewegung, die wegen Verhetzung der islamischen Religion angeklagt waren, machten bei dem am Donnerstag, 9. November, im Landesgericht Wels in Oberösterreich über die Bühne gegangenen Prozess weder Justiz noch das BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) eine gute Figur.

Denn was sich letztlich ein Akt der Meinungsfreiheit herausstellte, hätte der Staatsanwalt gern als eine strafbare Handlung verurteilt gesehen. Dabei waren die patriotischen jungen Männer mit ihrer Protestaktion, bei der sie auch ein Kreuz vor der Moschee in Vöcklabruck errichtet hatten, nicht gegen den Islam zu Felde gezogen, sondern nur gegen den politischen Islamismus.

Ex-Bundeskanzler Kurz für Bekämpfung des politischen Islam



Für einen Kampf gegen den politischen Islam hatte sich davor auch schon Bundeskanzler Sebastian Kurz ausgesprochen, ohne dafür vor den Kadi gezerrt zu werden. Aber die Identitären, die ihr Kreuz mit einer Tafel versehen hatten, auf dem das Bekenntnis des Bundeskanzlers von der Bekämpfung des Islamismus' vermerkt war, wurden wegen Religionsverhetzung angeklagt.

In Vöcklabruck möglicherweise sogar Salafisten am Werk

Um zu beweisen, dass es gute Gründe für ihre Aktion gab, weil die Betreiber der Moschee in Vöcklabruck doch nicht so harmlos sind wie es gern dargestellt wird, mussten die Ankläger selbst und auf eigene Kosten recherchieren und sogar einen Gutachter bemühen, um endlich ein wenig Klarheit zu gewinnen, über die undurchsichtigen Verhältnisse um die Vorgänge am Ort ihrer Protestaktion.

Der Gutachter Dr. Guido Steinberg bestätigte schließlich auch vor Gericht, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass in Vöcklabruck die islamische Bruderschaft, möglicherweise sogar die Salafisten, ihre Finger im Spiel hätten.

Verfassungsschutz auf einem Auge blind

Das Landesamt für Verfassungsschutz zeigte sich diesbezüglich unwissend. Dazu könne man nichts sagen, erklärte einer der Vertreter der Behörde vor dem Richter, weil man von alledem überhaupt keine Kenntnis hätte.

Sollten aber nicht gerade Verfassungsschützer einen Informationsvorsprung haben? Wenn man sich allerdings nur um die rechte Szene kümmert, verliert man alles andere aus dem Auge bis es wieder einmal zu spät ist oder bis man von fremden Geheimdiensten rechtzeitig mit Material versorgt wird.

Staatsanwalt will den Freispruch nicht hinnehmen

Für Rechtsanwalt Ewald Stadler, einer der beiden Verteidiger der Angeklagten, ist es jedenfalls traurig, dass – im Hinblick auf die Nachforschungen seiner Mandanten – heute schon einfache Bürger die Arbeit des BVT erledigen müssen.

Hätten sie es nicht getan, wäre ihr Freispruch möglicherweise fraglich gewesen. Der Staatsanwalt will zwar gegen den Freispruch berufen, doch dürfte er damit nicht gute Chancen haben. Außerdem sollte er den ohnehin überforderten Gerichtsbetrieb mit Bagatellen nicht weiter behelligen.

Zum Autor: Kurt Guggenbichler war Mitbegründer und Chefredakteur des „Wochenblick“. Sein journalistisches Handwerk hat er bei der „Goslarschen Zeitung“ in Norddeutschland erlernt, wo er acht Jahre lang als Redakteur, Reporter und Kolumnist tätig war. Wieder zurück in seiner Heimat, arbeitete Guggenbichler in der Funktion eines Ressortleiters dann 25 Jahre lang für die „Oberösterreichischen Nachrichten“. Zum „Wochenblick“ wechselte er einige Zeit nach seiner Tätigkeit als Chefredakteur der Tageszeitung „Oberösterreichs Neue“ und für AUF1-Info ist Guggenbichler nun als Nachrichten-Redakteur, Kommentator und Reporter im Einsatz.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ehemalige Österreichische Außenministerin Kneissl kommentiert anhaltende Debatte um Entzug ihrer Staatsbürgerschaft

03. 11. 2023



Bild: telegram

In der Alpen-Republik kommt die mehr als fragwürdige Debatte um einen möglichen Staatsbürgerschaftsentzug der ehemaligen Außenministerin Dr. Karin Kneissl offenbar nicht zur Ruhe.

Die ehemalige Chefdiplomatin Österreichs und profunde weltweite Energieexpertin hatte, nach [massivsten Anfeindungen in ihrem Heimatland](#) „Asyl“ im Libanon gefunden. Seit geraumer Zeit ist sie für die Universität St. Petersburg tätig und leitet ebendort den Think-Tank „GORKI“.

Nun hat sie sich auf ihrem [Telegram-Kanal](#) zur Debatte in Österreich wie folgt geäußert.

Einige Anmerkungen zur anhaltenden Debatte in Österreich über den Entzug meiner Staatsbürgerschaft aufgrund der Tatsache, dass ich jetzt an der Staatlichen Universität St. Petersburg arbeite:

Sowohl der Direktor der Wiener Diplomatischen Akademie, an der ich 17 Jahre lang lehrte, Herr Brix, als auch der ehemalige Dekan der Juristischen Fakultät der Wiener Univ. Herr Mayer, mein Lehrer für öffentliches Recht, hat diese Option seit meiner Anstellung an einer russischen Universität mit Journalisten diskutiert. gilt nach ihrer Auslegung des österreichischen Strafrechts als „schädlich für den österreichischen Staat“. Herr Mayer ging in seinen Kommentaren sogar so weit: Alles hänge davon ab, wie sie sich in Zukunft verhalte.

Angesichts der vielen Artikel, die in diesen Tagen in österreichischen Medien veröffentlicht werden, von der Boulevardzeitung bis zur Presseagentur APA, sowie den anhaltenden Vorwürfen der Spionage, des Hochverrats usw. möchte ich Folgendes sagen, da ich nicht einmal in der Lage bin, vor Gericht zu gehen Österreich.

Kein einziger Anwalt hat darauf hingewiesen, dass der Entzug meiner Staatsbürgerschaft mich zu einem Staatenlosen machen würde. Es war Österreich, das in den 1930er Jahren Zehntausenden Österreichern die Pässe einzog, weil sie Juden, Kommunisten usw. waren. Um Staatenlosigkeit vorzubeugen, traten internationale Abkommen in Kraft. In der österreichischen Öffentlichkeit kein Wort darüber, was auffällt, obwohl ich mich an vieles gewöhnt habe, was aus dem Land kommt, in dem ich mein ganzes Leben lang gedient habe, bis ich im Herbst 2020 gezwungen war, aufzuhören.

Als Außenminister habe ich öffentlich dargelegt, dass auch verurteilten Terroristen die österreichische Staatsbürgerschaft nicht entzogen werden kann, wenn sie nicht über eine Doppelstaatsbürgerschaft verfügen. In meinem Fall kenne ich mein Verbrechen nicht. Die Menge an Vorwürfen in den Medien ist jedoch beeindruckend und geht wöchentlich weiter.

Ich habe nicht vor, in mein Land zurückzukehren, angesichts der anhaltenden Schikanen, der ständigen Morddrohungen und solcher Debatten über mich. Die Liste ist lang und auf vielen Ebenen sehr aussagekräftig über die Denkweise.

Ich bin dankbar, dass ich in Russland wieder unter sicheren Bedingungen mit meinen Tieren arbeiten, unterrichten und leben kann. Es ist einfach großartig, wieder im akademischen Leben zu sein und eine Struktur aufzubauen, Ideen zu entwickeln usw. Mein aufrichtiger Dank geht an alle, die mir beim Neustart geholfen haben. Die 16 Monate, die ich im Libanon überlebt habe, nachdem ich im Frühjahr 2022 aus der EU vertrieben wurde, waren hart,

Seite E 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

aber ich bin den Libanesen dankbar, dass mir ein Land und Papiere gegeben wurden, damit ich für eine Übergangszeit bleiben konnte. Zwei Jahre lang war ich Steuerzahler in diesem Land, das allen Widrigkeiten zum Trotz überlebt.

Ich habe 36 Jahre lang bis Dezember 2021 in Österreich Steuern gezahlt. Und heute Morgen habe ich den folgenden Text gelesen, den ich gerne teilen möchte, da er noch einmal Folgendes verdeutlicht: In Österreich und Australien geht es Terroristen besser als einem normalen Bürger wie mir.

Alles in allem könnte man auch diese „Vorgänge“ wohl als warnendes Zeichen der Zeit sehen, das den Weg des Westens unmissverständlich skizziert.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seiten E 174 – E 185)

01) Nachbetrachtung der Wahlen in Südtirol

Das Ergebnis dieser Landtagswahl brachte ein Novum in der **Geschichte Südtirols**: Die regierende Südtiroler Volkspartei hat zum ersten Mal so viele Stimmen verloren, dass sie zum Regieren einen deutschen Koalitionspartner benötigt.

[Bitte lesen Sie dazu diese SID-Analyse von C. Kollmann.](#)

Landtagswahlen 2023 – Eine Analyse des Ergebnisses von Cristian Kollmann



Bild Cristian Kollmann: Süd-Tiroler Freiheit; Bildkomposition: SID

Am 28.11.1948 hatte die Südtiroler Volkspartei (SVP) mit 67,6% der Stimmen einen überragenden Erfolg errungen. Mit Recht wurde sie als Sammelpartei der Südtiroler angesehen.

Die Südtiroler Landtagswahlen brachten am 22. Oktober 2023 ein dramatisches Ergebnis. Nach 75 Jahren, am 22.9.2023, endete mit nur mehr 34,5% der Stimmen der bisherige Siegeslauf der SVP innerhalb der Volksgruppe, sie wurde im Vergleich zu 1948 halbiert. Viele Wähler hatten offenbar nicht mehr erkennen können, ob die SVP unter der Führung des Landeshauptmannes Arno Kompatscher (SVP) noch für andere Ziele als die Sicherung gut dotierter Mandate und Posten eintrete.



Landeshauptmann Arno Kompatscher hat stets seine Verbundenheit mit Rom und den Italienern betont. Hier sieht man ihn auf einem Alpini-Treffen in Bozen. Seinen deutschen und ladinischen Landsleute hat dies vielfach nicht so gut gefallen.

Der bekannte Südtiroler Toponomastik-Experte und Sprachhistoriker Cristian Kollmann hat über die derzeitige Situation in Südtirol nachstehende Analyse zur Verfügung gestellt. Er zeigt die Varianten der noch möglichen Koalitionen auf, die dem geschlagenen LH Arno Kompatscher (SVP) verbleiben.

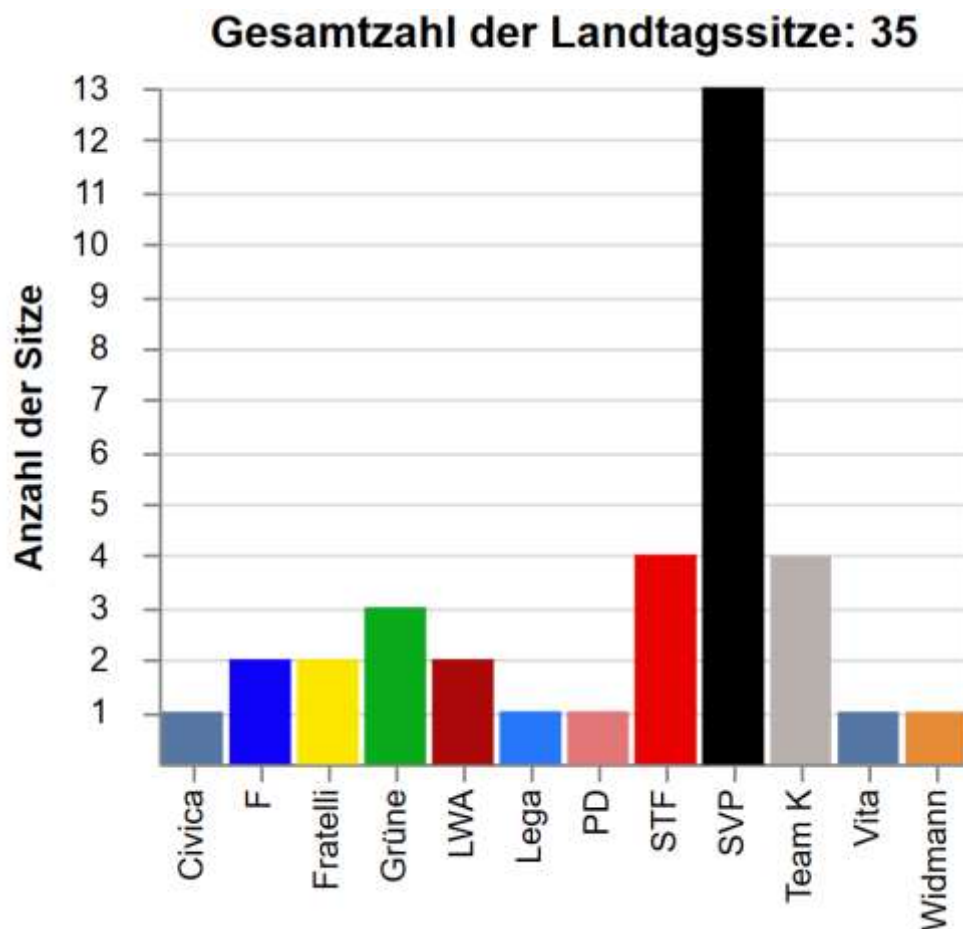
Neuer Landtag in Südtirol – Kommt die Wende?

von Cristian Kollmann

Am 22. Oktober 2023 fanden in Südtirol Landtagswahlen statt. 16 Parteien waren angetreten und zwölf haben es in den Landtag geschafft. Nachstehend das Ergebnis für sie im Detail:

Partei	Stimmen	Prozent	Sitze
Südtiroler Volkspartei (SVP)	97.092	34,5%	13
Team K (Köllensberger)	31.201	11,1%	4
Süd-Tiroler Freiheit	30.583	10,9%	4
Verdi-Grüne-Vërc	25.445	9,0%	3
Fratelli d'Italia	16.747	6,0%	2
Liste Jürgen Wirth Anderlan	16.596	5,9%	2
Die Freiheitlichen	13.836	4,9%	2
Partito Democratico	9.707	3,5%	1
Für Südtirol mit Widmann	9.646	3,4%	1
Lega Salvini Alto Adige Südtirol	8.541	3,0%	1
La Civica	7.301	2,6%	1
Vita	7.222	2,6%	1

Die Sitzverteilung im Landtag grafisch dargestellt:



Das Ergebnis dieser Landtagswahl brachte ein Novum in der Geschichte Südtirols: Die regierende Südtiroler Volkspartei hat zum ersten Mal so viele Stimmen verloren, dass sie zum Regieren einen deutschen Koalitionspartner benötigt.

Dieses Novum war wohl der Hauptgrund dafür, dass über den Ausgang einer Südtiroler Landtagswahl, anders als in der Vergangenheit, in ganz Italien, aber auch in Österreich und Deutschland ausführlich berichtet wurde.

Ganz richtig ist überall davon die Rede, dass schwierige Koalitionsgespräche anstehen. Die potentiellen **interethnischen Koalitionspartner (Team K, Grüne)** haben nämlich keinen Italiener zu bieten.

Mindestens ein italienisches Regierungsmitglied ist aber erforderlich, weil laut Südtiroler Autonomiestatut die Sprachgruppen in der Landesregierung im selben Verhältnis wie im Landtag vertreten sein müssen.

Die Zahl der italienischen Kandidaten, die es bei dieser Wahl in den Landtag geschafft haben, beläuft sich auf fünf und ist damit vergleichsweise niedrig. Bei der letzten Landtagswahl waren es acht. Fünf Abgeordnete von insgesamt 35 machen in Prozent 14,29 aus. Wenn man davon ausgeht, dass die künftige Südtiroler Landesregierung so wie bisher aus neun Mitgliedern besteht, geht sich bei 14,29 Prozent ein italienischer Abgeordneter aus (mathematisch exakt wären dies 1,29).



Portal des Südtiroler Landtages in Bozen

Welche Koalitionen sind möglich?

Umgehend nach dem Wahlergebnis wurden medial alle möglichen Koalitionsszenarien durchgespielt. Da der Südtiroler Landtag 35 Abgeordnete stellt, braucht es für eine Regierungsmehrheit mindestens 18 Stimmen. Für die Südtiroler Volkspartei hat es nur für 13 Mandate gereicht, zwei weniger als bisher.

Eine einzige italienische Partei als Partner für eine mehrheitsfähige Regierung reicht aber nicht, weil die stärkste italienische Partei, die **Fratelli d'Italia**, nur zwei Stimmen beisteuern kann.



Mit nationalistischen Aktionen gegen Südtirol hat sich die Fratelli-Vorsitzende und jetzige Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Südtirol allerdings nicht besonders beliebt gemacht

Mögliche, jedoch wenig realistische Dreierkoalitionen

Zum ersten Mal in der Geschichte Südtirols ist eine Zweierkoalition nicht mehr möglich. Rein technisch möglich wären dagegen folgende Dreierkoalitionen:

- Südtiroler Volkspartei (13), Team K (4), Fratelli d'Italia (2): 19 Stimmen;
- Südtiroler Volkspartei (13), Süd-Tiroler Freiheit (4), Fratelli d'Italia (2): 19 Stimmen.

Allerdings sind beide Koalitionsvarianten wenig realistisch. Zu groß sind nämlich die ideologischen Differenzen zwischen den faschistischen Fratelli d'Italia und dem Team K bzw. der Süd-Tiroler Freiheit. Andererseits stünde diese Koalition zahlenmäßig auf einigermaßen stabilen Beinen, denn die Regierungsparteien hätten immerhin um zwei Stimmen die Mehrheit.



Mit solchen Plakaten hat sich die Süd-Tiroler Freiheit bei den neofaschistischen Fratelli d'Italia nicht sonderlich beliebt gemacht

Viererkoalition unumgänglich

Um eine stabile Mehrheit zu bekommen, ist eine Viererkoalition unumgänglich. Die Konstellationen, aus denen sich eine Viererkoalition ergeben könnte, sind, rein technisch betrachtet, vielfältig und folglich politisch komplizierter. Jedem der Koalitionspartner müsste die Südtiroler Volkspartei mindestens einen Landesregierungssitz zugestehen, was letztlich für die Volkspartei selbst weniger Sitze bedeuten würde. Nachstehend werden **vier Szenarien einer Viererkoalition** durchgespielt.

Viererkoalition, Szenario 1: Südtiroler Volkspartei, Grüne, Partito Democratico, La Civica

Grundsätzlich muss sich die **Südtiroler Volkspartei** entscheiden, ob sie eine Koalition nach links oder nach rechts will. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Landeshauptmann **Arno Kompatscher** immer schon mit den Grünen sympathisierte. Doch um mit den Grünen zumindest hauchdünn regieren zu können, werden zwei weitere Sitze benötigt, die nur die **beiden linken Parteien Partito Democratico und La Civica** beisteuern können, demnach: **Südtiroler Volkspartei (13), Grüne (3), Partito Democratico (1), La Civica (1)**.



Viererkoalition, Szenario 1: Südtiroler Volkspartei, Grüne, Partito Democratico, La Civica

Gemeinsam hätte man dann eine **hauchdünne Regierungsmehrheit von 18 Stimmen**. Von den neun Sitzen in der Landesregierung würden dann aller Wahrscheinlichkeit zwei die Grünen und je einen die beiden italienischen Parteien für sich reklamieren. Für die Südtiroler Volkspartei blieben dann nur noch fünf Regierungssitze übrig, während es in der bisherigen Koalition mit der Lega, die zwei Landesräte stellte, noch sieben waren.

Viererkoalition, Szenario 2: Südtiroler Volkspartei, Team K, Partito Democratico, La Civica

Eine stabilere Mitte-links-Regierung ergäbe sich, wenn die Südtiroler Volkspartei statt den Grünen das um einen Sitz stärkere **Team K** ins Boot holen würde, weil sich dann mit 19 Stimmen eine Regierungsmehrheit ergäbe.

Demnach: **Südtiroler Volkspartei (13), Team K (4), Partito Democratico (1), La Civica (1)**



Viererkoalition, Szenario 2: Südtiroler Volkspartei, Team K, Partito Democratico, La Civica

Viererkoalition, Szenario 3: Südtiroler Volkspartei, Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, Lega

So sehr sich **Arno Kompatscher** eine Mitte-links-gerichtete Landesregierung wünschen würde, so sehr beschäftigt ihn gewiss auch der Gedanke, dass eine solche Regierung mit jener in Rom nicht kompatibel wäre.

Wenn Arno Kompatscher eines ist, dann romgefällig – egal, wer gerade dort am Ruder ist.

Und das ist aktuell nun einmal ganz klar eine Rechtsregierung. Gerade die in Rom regierenden und nach wie vor faschismusaffinen Fratelli d'Italia haben sich im Landtagswahl besonders interessiert an einer Koalition mit der Südtiroler Volkspartei gezeigt.

Auch die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ publizierte noch am Tag vor der Landtagswahl ein Propagandainterview mit **der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni**. Kritische Fragen – etwa warum sie im Jahr 2014 den Südtirolern nahelegte, sie mögen doch nach Österreich auswandern, wenn sie sich mit der italienischen Trikolore nicht identifizieren wollen – bekam die Ministerpräsidentin freilich nicht gestellt.



Im August 2022 war ein Video im Internet aufgetaucht, in welchem Giorgia Meloni erklärte, dass Mussolini ein guter Politiker gewesen sei.

Mittlerweile ist Frau **Meloni** ja angeblich staatstragend und gemäßigt. Dieses Bild wollen zumindest die etablierten Medien vermitteln. Ob dies das Südtiroler Volk und vor allem die Wähler der Südtiroler Volkspartei tatsächlich auch so sehen, ist fraglich. Und genau das bringt **Arno Kompatscher** in die Zwickmühle. Um seine neuen römischen „Freunde“ in Rom nicht vor den Kopf zu stoßen, täte er aus seiner Sicht gut daran, die **Fratelli d'Italia** in die Südtiroler Landesregierung zu holen.

Doch um eine Regierungsmehrheit zu erreichen, benötigt er weitere rechte Partner, von denen auf deutscher Seite die **Freiheitlichen** (die mit zwei Sitzen konstant geblieben sind) und auf italienischer Seite sowohl die **Fratelli d'Italia** (die von einem Sitz auf zwei Sitze zugelegt haben) als auch die **Lega** (die von vier Sitzen auf einen Sitz geschrumpft ist) die meisten Synergien hätten.

Eine derartige Mitte-rechts-gerichtete Regierung hätte dann die denkbar knappste Mehrheit von 18 Stimmen, demnach:

Südtiroler Volkspartei (13), Fratelli d'Italia (2), Freiheitliche (2), Lega (1).



Viererkoalition, Szenario 3: Südtiroler Volkspartei, Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, Lega

Wie eine Regierung mit den Grünen wäre auch diese Regierung auf Grund der Mehrheit von lediglich einer Stimme **höchst instabil**.

Daher ist es fraglich, ob **Arno Kompatscher** dieses Risiko eingehen möchte. Und zudem: Wie groß wäre der Rückhalt in der Bevölkerung für eine Südtiroler Landesregierung, in der, **genau nach 100 Jahren seit der Machtergreifung der Faschisten, ausgerechnet deren ideologische Enkel** sitzen?

Viererkoalition, Szenario 4: Südtiroler Volkspartei, Süd-Tiroler Freiheit, die Freiheitlichen, Lega

Man kann es drehen und wenden, wie man will: eine tragfähige Regierung in Südtirol scheint außer Reichweite – so zumindest für **Arno Kompatscher**. Doch bei genauerem Hinschauen stellt man fest, dass das eigentliche Problem nicht beim Wahlergebnis liegt, sondern woanders: bei **Kompatscher** selbst. Wenn er weniger romgefällig wäre und dafür aber mehr Patriotismus für (Süd-)Tirol empfinden würde, sähe **Kompatscher** auch die naheliegendste Lösung: eine Koalition seiner Partei mit der **Süd-Tiroler Freiheit**, den **Freiheitlichen** und der **Lega**, demnach:

Südtiroler Volkspartei (13), Süd-Tiroler Freiheit (4), Freiheitliche (2), Lega (1).



Viererkoalition, Szenario 4: Südtiroler Volkspartei, Süd-Tiroler Freiheit, die Freiheitlichen, Lega

Mit insgesamt 20 Stimmen hätte diese Regierung eine Mehrheit um sogar 2 Stimmen, wobei allein schon die deutschen Parteien, da mit 19 Stimmen ausgestattet, bereits von sich aus eine Mehrheit ausmachen würden und de facto auf die Stimme des laut Autonomiestatut zwingend vorgesehenen italienischen Landesrats gar nicht angewiesen wären.

Kompatscher könnte argumentieren: Mit der **Lega** als italienischen Partner bliebe sein direkter Draht zur italienischen Regierung aufrecht. Vor seinen Wählern würde er glaubwürdig erscheinen, weil er die nach wie vor **faschistischen Fratelli d'Italia** außen vor lässt. Zentrale Anliegen der Regierung könnten dann sein:

- die Rückholung und der Ausbau der Autonomie;
- die Forderung an Rom nach der Zuständigkeit für die Einwanderung;
- umfassende Maßnahmen zum Heimatschutz, d.h. der deutschen und ladinischen Sprache, der muttersprachlichen Schulen, der historisch fundierten Ortsnamen;
- die Forderung an Wien nach der doppelten Staatsbürgerschaft für die Südtiroler;
- Maßnahmen für den Umweltschutz auf der Grundlage des gesunden Menschenverstandes.

Auf der Agenda des Regierungsprogramms mit dem **unpatriotischen Team K** und den **antipatriotischen Grünen** als Regierungspartner wären die genannten Programmpunkte wohl nicht zu finden, stattdessen regelrecht die gegenteiligen, die da wären:

- weitere Aushöhlung der Autonomie durch Abschaffung des ethnischen Proporz;
- die Fortsetzung einer unkontrollierten Einwanderung und der Nicht-Abschiebung von kriminellen Ausländern;
- die Ausweitung von gemischtsprachigen Schulen und damit langfristig die Abschaffung der muttersprachlichen Schulen;
- die schnelle Vergabe der italienischen Staatsbürgerschaft an Ausländer (wofür allerdings der Staat zuständig wäre), aber die Verweigerung der doppelten Staatsbürgerschaft für die Südtiroler;
- Maßnahmen gegen den Klimawandel, die zwar nicht effizient sind, dafür aber zu einer noch drastischeren Bevormundung, Verarmung und Überwachung der Bürger führen – siehe Beispiel Deutschland.

Bei einer Viererkoalition mit der Süd-Tiroler Freiheit als größter Juniorpartner läge der Fokus eindeutig auf den patriotischen Themen und somit auf der Stärkung der Identität der Südtiroler.

Doch kann dies im Sinne der **Lega** sein? Zustimmung wäre sicher zu erwarten, wenn es darum geht, das Migrationsproblem und die damit einhergehende hohe Kriminalitätsrate in den Griff zu kriegen.

Die Leidtragenden dieses Problems sind ja nicht ausschließlich die Südtiroler, sondern alle redlichen Bürger, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Und was ist mit der Rückholung der verloren gegangenen autonomen Kompetenzen bzw. dem Ausbau der Autonomie? Wäre dafür die Lega zu gewinnen? Es sei daran erinnert, dass die **Lega** ursprünglich den Föderalismus hochhielt und sich sogar für die Selbstbestimmung der Völker aussprach. Das ist lange her, und die Lega ist zu einer gewöhnlichen zentralistischen und mitunter auch nationalistischen Partei geworden.

Andererseits behaupten, wenn es um Südtirol geht, nicht nur die Lega, sondern auch die **Fratelli d'Italia** autonomiefreundlich zu sein. Was konkret damit gemeint ist, könnte die Lega in einer Regierung, wo sie von den deutschen Parteien jederzeit überstimmt werden könnte, unter Beweis stellen. Dasselbe gilt für die patriotischen Kernthemen der **Süd-Tiroler Freiheit**. Als zweitstärkster Koalitionspartner könnte sie klare Forderungen stellen, und es wäre interessant zu sehen, wie weit die Lega, damit sie mitregieren kann, zu einem Entgegenkommen bereit wäre.



Sven Knoll, Landtagsabgeordneter und Mitglied der Landesparteileitung der Süd-Tiroler Freiheit

Sven Knoll, die Gallionsfigur der **Süd-Tiroler Freiheit**, der als Landeshauptmann-Kandidat angetreten war, hat von allen Kandidaten südtirolweit am drittmeisten Vorzugsstimmen erhalten (25.290, zum Vergleich zu 2018: 9.118) – nach Arno Kompatscher (58.771; zum Vergleich 2018: 68.210) und dem neuen Kandidaten der Südtiroler Volkspartei, Hubert Messner (30.605).

Auf Grund nicht nur des **sehr guten Wahlergebnisses für die Süd-Tiroler Freiheit (die von 2 Sitzen auf 4 Sitzen zugelegt hat)**, sondern auch auf Grund des sehr guten Wahlergebnisses für **Sven Knoll** persönlich, würde ihm, demokratiepolitisch betrachtet, das Amt eines Landesrates eindeutig zustehen. Doch spielen demokratiepolitische Faktoren gerade bei der Ernennung von Koalitionspartnern und der Zuweisung von Regierungssämtern bekanntlich sehr selten eine Rolle.

Fünferkoalition, nur zum Machterhalt?

So wird auch **Arno Kompatscher** sich von strategischen Überlegungen leiten lassen. Aus seiner Sicht mag es auch verständlich sein, dass er möglichst wenig von seiner Macht abgeben und sich in Rom bloß keine Feinde schaffen will. Genau genommen kann er dies nur dadurch erreichen, indem er sowohl die **Fratelli d'Italia** als auch die **Lega** ins Boot holt.

Von deutscher Seite könnte er die **Freiheitlichen** hinzuziehen, und damit seine Regierung auf eine Mehrheit von 19 Stimmen kommt, zusätzlich von italienischer Seite **La Civica**, demnach:

Südtiroler Volkspartei (13), Fratelli d'Italia (2), die Freiheitlichen (2), Lega (1), La Civica (1).



Fünferkoalition: Südtiroler Volkspartei, Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, Lega, La Civica.

Neben den Freiheitlichen müssten dann natürlich auch alle drei italienischen Partner in der Landesregierung mit einem Posten versorgt werden, obwohl es für die Landesregierung nur einen Italiener benötigen würde. Für die Südtiroler Volkspartei blieben dann um so weniger Posten übrig, und die Italiener wären in der Landesregierung überproportional zum Landtag vertreten. **Eine Fünferkoalition ist zudem freilich noch schwerer regierbar als eine Dreierkoalition, und die überproportionale Vertretung der Italiener könnte viele Südtiroler vor den Kopf stoßen.**

Alles ist möglich, sicher ist nur eines

Zum jetzigen Zeitpunkt scheint noch alles möglich zu sein. Egal, welche Regierung Südtirol bekommen wird, sicher ist nur eines: **Die Südtiroler Volkspartei muss zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf die anderen deutschen Parteien zugehen.**

Das ist schon einmal ein Anfang der Wende. Wenn Arno Kompatscher stattdessen es vorzieht, die deutschen Parteien hintanzustellen und sich noch mehr als bisher mit seinen italienischen „Freunden“ anzubiedern, dann wird seine Partei noch weiter abstürzen und die Süd-Tiroler Freiheit wird noch weiter zulegen.

Aus dem Anfang vom Ende der Südtiroler Volkspartei würde dann die Fortsetzung. Und aus dem Anfang der Wende für die patriotischen Kräfte würde dann ebenso die Fortsetzung.



Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 130, 2023

Wien, am 16. November 2023

Estland (Seiten E 186 – E 188)

01) Wird estnische Premierministerin trotz „Skandal um Ehemann“ neue NATO Chefin?

15. 11. 2023



Kaja Kallas Ministerpräsidentin Estlands Bild: EU2017.EE

Die estnische Premierministerin Kaja Kallas würde gern die nächste NATO-Generalsekretärin werden.

Sie argumentiert, dass sie für dieses Amt besonders qualifiziert sei. „Es wäre schön, wenn es eine Frau wäre“, erklärte Kallas in diesem Zusammenhang.

„Wäre schön wenn es eine Frau wäre“

Auf einem Verteidigungsgipfel am 14. November bestätigte Kallas, als sie gefragt wurde, ob sie die Nachfolge von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg antreten könne, was bis dato nur als „Gerücht“ galt.

Sie verwies [dabei auf einen Witz](#), den sie vor kurzem gehört hatte, „der nächste Generalsekretär sollte aus einem neuen Mitgliedstaat kommen. Neu heißt in diesem Falle 20 Jahre in der NATO. Er sollte auch auf jeden Fall aus einem Land kommen, das zwei Prozent seines BIP für Verteidigung ausgibt, und es wäre schön, wenn es eine Frau wäre“, erklärte dazu die 46-Jährige Estin. Estland ist ja bekanntlich seit 2004 NATO-Mitglied.



Kallas hatte bereits in der Vergangenheit angedeutet, dass sie sich für den NATO-Chefposten bewerben würde, sagte aber im Mai gegenüber der *BBC*, dass es „höchst unwahrscheinlich“ sei, dass sie ausgewählt werde.

Stoltenbergs Amtszeit wurde ja diesen Sommer ein viertes Mal verlängert. Damit bleibt der Norweger mindestens bis Oktober 2024 an der Spitze des Bündnisses.

Russlands Armee sei besiegbar

Anlässlich des Gipfels lobte Kallas zudem die Hilfe ihres Landes für die Ukraine und wies Behauptungen zurück, wonach der aktuelle Krieg in eine Sackgasse geraten sei, berichtet dazu auch *Politico*. Die russische Armee sei „besiegbar“, Kiew könne gewinnen. Viele US-Politiker seien bereit, die Ukraine zu unterstützen. „Was wir wollen, ist nachhaltiger Frieden. Und natürlich ist die amerikanische Unterstützung dafür von grundlegender Bedeutung“, fügte sie ganz im „NATO-Jargon“ hinzu.

Ehemann in Russland-Geschäfte verstickt

Während Kallas harte Sanktionen gegen Russland befürwortete, deckten estnische Medien auf, dass ihr Ehemann Arvo Hallik

bis zuletzt geschäftliche Verbindungen mit Russland unterhielt.

Seite E 188 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Nach Bekanntwerden dieser Details wurde sie mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Die Politikerin erklärte jedoch, sie habe nicht vor, zurückzutreten und werde „weiterhin als Premierministerin für die Freiheit der Ukraine und Estlands dienen“. Sie behauptete auch, nichts von den Geschäftsbeziehungen ihres Mannes gewusst zu haben, während dieser versprach, seinen Anteil von knapp 25 Prozent an dem in Russland ansässigen Logistikunternehmen sofort zu verkaufen.

Kallas wurde daraufhin vom estnischen Antikorruptionsausschuss über ihre Geschäftsbeziehungen und über ein Darlehen in Höhe von 372.000 Euro befragt, das sie der Beratungsfirma ihres Mannes in den vergangenen Jahren gewährt hatte. Während die Premierministerin zunächst versprach, weitere Fragen zu beantworten, erklärte sie Mitte September, dass sie dem Ausschuss keine weiteren Dokumente zur Verfügung stellen werde und warf der Behörde politische Voreingenommenheit vor.

Man könnte also meinen die Dame „verstehst dich auf das zeitgeistige Polithandwerk“, dementieren, Untersuchungen unterbinden, von Nichts gewusst haben und weitermachen wie gehabt. Da scheint der vorgezeichnete nächste Schritt zur NATO-Generalsekretärin wohl eine „logische Folge“ zu sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seite E 189)

- Keine Berichte -

Tschechien (Seiten E 190– E 194)

01) Posselt würdigt Fürst Schwarzenberg

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, **Bernd Posselt**, würdigte den am Sonntag verstorbenen ehemaligen tschechischen Außenminister **Fürst Karl Schwarzenberg** als einen der bedeutendsten Gestalter des Europa von Morgen. Schwarzenberg habe außerdem in besonders sympathischer Weise „die guten Seiten des alten Mitteleuropa“ verkörpert. Posselt, der jahrzehntelang eng mit Schwarzenberg zusammenarbeitete, hob hervor: „Dieser herausragende Staatsmann hat bewiesen, dass europäischer Patriotismus und böhmischer Landespatriotismus keine Gegensätze, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.“ Der Verstorbene habe nicht nur die tschechisch-sudetendeutsche Aussöhnung mit großem Mut vorangetrieben, sondern auch entscheidende Weichen für die europäische Einigung gestellt: „Ich erinnere mich besonders an seinen Einsatz für die Menschenrechte als Präsident der Helsinki-Föderation, der uns schon in den 70er Jahren zusammenführte, und unsere enge Kooperation, als es im ersten Jahr seiner Außenministerzeit um die Unterstützung der Ukraine, die EU-Mitgliedschaft Kroatiens und die völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo ging. Außerdem war er ein ungemein kultivierter Mensch und Gastgeber, der Brücken zwischen den Völkern schlug und dem ich gerne und oft bei der Lösung schwierigster Fragen begegnete.“

Im Sudetendeutschen Haus in der Münchener Hochstraße 6–8 wird in den nächsten drei Tagen durch **Trauerbeflaggung** des Fürsten Schwarzenberg gedacht und ein **Kondolenzbuch aufgelegt** (16.11. bis 30.11.23).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 129, 2023

Wien, am 14. November 2023

02) Der Mann hinter Václav Havel. Zum Ableben von Karl Fürst Schwarzenberg

Von CR Gernot Facius

In seinem Leben spiegeln sich die Katastrophen und Aufbrüche des 20. Jahrhunderts wider: **Karl (Karel) Fürst Schwarzenberg**, der ehemalige **tschechische Außenminister**, Weggenosse von **Václav Havel**, eine Gestalt wie aus einem großen Roman, ist tot. Der Ehrenvorsitzende der liberal-konservativen Regierungspartei TOP 09 starb am 11. November nach einer schweren Krankheit im Alter von **85 Jahren** in **Wien**. Karl Johannes Nepomuk Joseph Norbert Friedrich Antonius Wratistlaw Mena, wie er mit vollem Namen hieß, war Fürst zu Schwarzenberg, Herzog zu Krumau, Graf zu Sulz und gefürsteter Landgraf im Kleggau. Ein „Mitteleuropäer mit Schweizer Pass“, der auch über das Zürcher Bürgerrecht verfügte. Früh knüpfte er Kontakte zu tschechischen Bürgerrechtlern. Sieben Jahre lang fungierte er als Vorsitzender der **Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte**. Auf Einladung von Václav Havel kehrte der Fürst in der „Wendezeit“ nach Prag zurück und wurde zunächst **Büroleiter des Präsidenten**. In einem Filmporträt seiner **Tochter Anna Carolina** nannte Schwarzenberg diese Jahre „die schönste Zeit meines Lebens“. Die Chance, eine gewaltfreie Revolution mitzuprägen, habe er sich nicht entgehen lassen können. Sieben Jahre war der Fürst Außenminister. Im Wahlkampf um das Präsidentenamt auf der Prager Burg war sein entschiedenster Gegner **Miloš Zeman**. Kurz vor der Entscheidung, so der Kommentator des Deutschlandfunks, „kramte der Linkspopulist tief in der Vergangenheit“. Im Fernsehen sagte Zeman: „Wer einen tschechoslowakischen Präsidenten als Kriegsverbrecher bezeichnet, spricht nicht wie

ein Präsident, sondern wie ein Sudetendeutscher.“ Eine Replik auf Schwarzenbergs Äußerung auf die Frage eines Zuschauers nach der **heutigen Gültigkeit** der **Beneš-Dekrete**. Der Fürst hatte erklärt: „Was wir nach 1945 getan haben, würde heute als **schwere Verletzung der Menschenrechte** verurteilt werden. Wahrscheinlich würde sich die damalige Regierung einschließlich des Präsidenten Beneš in Den Haag (*vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal, die Redaktion*) verantworten müssen.“ Die Bemerkung sorgte für gehässige Schlagzeilen in einigen Medien. Lautstark meldete sich damals der scheidende Staatspräsident **Václav Klaus** zu Wort: „Die Bemerkung eines Präsidentschaftskandidaten, dass Edvard Beneš vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gehört, ist eine Missachtung unserer Geschichte. Ich fühle mich dadurch als Tscheche bedroht.“ Schwarzenberg gelingt es, vor allem **junge Wähler** zu mobilisieren. Zeman schlägt via Internet zurück. Ein Bild zeigt einen schlafenden Außenminister vor der schwarz-rot-goldenen Fahne und der Silhouette des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 – dazu der Spruch: „Das ist meine Heimat.“ Karel Schwarzenberg, so der Politologe **Lukáš Jelínek**, soll als vaterlandsloser Geselle dargestellt werden. „Er gehört angeblich nicht zur tschechischen Nation.“ Klaus und seine **Frau Livia** thematisierten die **Exilvergangenheit** des Fürsten: „Ein tschechischer Präsident muss sein Leben in unserem Land verbracht haben – in guten wie in schlechten Zeiten.“ Aus seinen proeuropäischen und transatlantischen Positionen, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“, habe Schwarzenberg nie ein Hehl gemacht. So warnte er früh vor dem politischen Kurs des russischen Präsidenten **Wladimir Putin**. „Der Appetit kommt mit dem Essen“, meinte er hellsichtig nach der Annexion der Krim; er fürchte, es folge „noch eine ukrainische Hauptspeise“.

[Bitte sehen Sie dazu auch den Beitrag „Kardinal Schönborn würdigt verstorbenen Schwarzenberg.“](#)

<https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2023-11/kardinal-schoenborn-wuerdigt-verstorbenen-schwarzenberg-karel.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 128, 2023

03) Außenminister Lipavský besuchte Wien

In vielen internationalen Fragen ziehen Österreich und Tschechien an einem Strang. Das zeigte sich letzte Woche beim Wien-Besuch von Tschechiens Außenminister **Jan Lipavský** (Piraten): Zuerst stellte er in der Diplomatischen Akademie Wien die Sicherheitsstrategie seines Landes vor, dann traf er unseren Außenminister **Alexander Schallenberg** (Vater aus Prag) und zeichnete Diplomat **Martin Eichinger** für dessen Verdienste um die bilateralen Beziehungen aus.

[Bitte lesen Sie dazu hier ein Interview, das G. Schubert \(Standard\) mit ihm geführt hat.](#) Weiters möchten wir Ihnen zum Wien-Besuch Lipavskýs [diesen „Powidl“-Beitrag empfehlen.](#)

<https://drive.google.com/drive/folders/1i2uiP5VfhXsYWLeJKtP7fUzXHhPcCwg6>

https://www.powidl.info/politik/lipavsk%C3%BD-pr%C3%A4sentierte-in-wien-die-tschechische-sicherheitsstrategie?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_22_2023&utm_term=2023-11-13

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 128, 2023

Wien, am 13. November 2023

04) Digitale Kompetenz der Tschechen liegt über EU-Durchschnitt

Grundlegende digitale Kompetenzen haben aktuell **60 Prozent** der Menschen in Tschechien. Damit liegt der Wert hierzulande sechs Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Am besten schneiden beim Vergleich Finnland, Schweden und Dänemark ab. Hinter Tschechien liegen hingegen die osteuropäischen Länder. Diese Daten präsentierte der stellvertretende Regierungsvorsitzende für Digitalisierung, **Ivan Bartoš** (Piraten), am Freitag.

Tschechien habe sich verpflichtet, die digitale Kompetenz der Bevölkerung bis 2030 auf 80 Prozent auszuweiten, informierte Bartoš weiter. Bis zu diesem Termin werde der einheimische Arbeitsmarkt zu **über 90 Prozent** aus Stellen bestehen, die mindestens **digitale Grundkenntnisse** erfordern, so der Hinweis des Ministers.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 128, 2023

Wien, am 13. November 2023

05) Präsident Pavel spricht sich für Reform der UNO aus

Staatspräsident **Petr Pavel** hat sich in die Diskussion um den Verbleib Tschechiens in der UNO eingeschaltet. Tschechien unterstütze seit langem die Bemühungen um eine Reform der Vereinten Nationen, schrieb Pavel am Sonntag auf der Plattform X. Dies könne es aber nur von innen heraus tun, fügte das Staatsoberhaupt an.

Die tschechische Verteidigungsministerin **Jana Černočová** (Bürgerdemokraten), hatte am Samstag Tschechiens Austritt aus der UNO gefordert. Anlass dafür war die mehrheitlich verabschiedete UN-Resolution, mit der Israel zu humanitären Feuerpausen im Gazastreifen aufgefordert wird. Präsident Pavel verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass er sich bei der UN-Vollversammlung vor wenigen Wochen in New York für Reformen in der UNO und auch im UN-Sicherheitsrat eingesetzt habe.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 127, 2023

Wien, am 02. November 2023

06) Russlands Ex-Präsident Medwedew vergleicht Krim mit Sudetenland

Der russische Ex-Staatspräsident **Dmitri Medwedew** hat den Lauf der Geschichte zu einer neuen Attacke Richtung Tschechische Republik benutzt.

Nach den Berichten in fast allen Internetzeitungen fanden wir in gedruckter Form einen kurzen Hinweis in der Zeitung Právo (Ausgabe von 26.10.) zu dieser Angelegenheit: „**Medwedew gegen Lipavský**“:

Wenn der tschechische Außenminister **Jan Lipavský** (Piraten) meint, dass die Halbinsel Krim an die Ukraine zurückgegeben werden sollte, dann sollte die Tschechische Republik das SUDETENLAND „an die Deutschen“ zurückgeben.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 126, 2023

Wien, am 31. Oktober 2023

07) Sudetendeutsch-tschechischer Zukunftskongress in Budweis

Am Wochenende von 21. auf 22. Oktober fand in **Budweis** / České Budějovice der von der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München veranstaltete „**Sudetendeutsch-tschechische Zukunftskongress**“ statt. Die meisten Teilnehmer kamen aus Bayern und der Tschechischen Republik. Es sollte dezidiert um Zukunftsthemen gehen, und man erörterte konkrete Kooperationsmöglichkeiten auf verschiedensten Ebenen. Als österreichische Vertreter waren

Dr. Gernot Peter, Leiter des Böhmerwaldmuseums in Wien und Herausgeber von „Der Böhmerwald“ sowie SLÖ-Kommunikationsmanager **Mag. Markus Goritschnig** zugegen.

Man erfuhr, dass die Tschechen sich laut Umfrage am liebsten als eine Art Schweiz in der EU betrachten. 22% der tschechischen Schüler lernen **Deutsch**, die zweite Fremdsprache – immerhin vor Russisch oder Französisch - wird allerdings zugunsten technischer Fächer eben etwas zurückgedrängt. Dutzende Schulpartnerschaften mit regem Austausch konnten etabliert werden. Die Anzahl deutscher Firmen steigt rapide.

Bitte sehen Sie hier den ganzen Beitrag auf unserer Facebook-Seite, über „Gefällt mir“-Angaben würden wir uns freuen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 126, 2023

Wien, am 31. Oktober 2023

08) Prinzessin Dietrichstein bekam Nikolsburger Gruft zurück

Die Prinzessin **Olga Maria de las Mercedes Teresa Margarita von Dietrichstein** hatte bis jetzt bei tschechischen Gerichten keinen Erfolg mit den Forderungen für die Rückgabe ihres Eigentums, das ihre Familie auf der Grundlage der Beneš-Dekrete verlor. Jetzt gewann sie doch einmal, und zwar vor dem Brünner Bezirksgericht, aber nur im Fall der Familiengruft in **Nikolsburg** / Mikulov.

Das Gericht wies auf ein ähnliches Urteil im Fall der Schwarzenberg'schen Gruft in **Wittingau** / Třeboň hin. Bei der Urteilsverkündung wurde betont, dass eine Gruft „zur Ausübung des Familienlebens“ diene und dies heute auch respektiert werden sollte.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 126, 2023

Wien, am 31. Oktober 2023

09) Strompreise in Tschechien deutlich über EU-Durchschnitt

Die Strompreise in Tschechien lagen in der ersten Hälfte dieses Jahres deutlich über dem EU-Durchschnitt. Dies geht aus den neuesten Daten von Eurostat hervor. So stieg der durchschnittliche Strompreis für Haushalte in besagtem Zeitraum um **26 Prozent** an und erreichte 0,312 Euro pro Kilowattstunde. Der Gesamtdurchschnitt der EU betrug 0,289 Euro pro Kilowattstunde, wobei die Spannweite zwischen 0,114 Euro in Bulgarien und 0,475 Euro in den Niederlanden rangierte.

Seite E 194 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Bei den Gaspreisen lag Tschechien indes leicht unter dem EU-Durchschnitt. Zwar stiegen diese in der ersten Jahreshälfte hierzulande um **57 Prozent** an und erreichten einen Schnitt von 0,114 Euro pro Kilowattstunde, EU-weit mussten Haushalte aber im Schnitt 0,119 Euro pro Kilowattstunde zahlen. Am teuersten waren die Niederlande mit 0,248 Euro und am billigsten Ungarn mit 0,034 Euro.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 126, 2023

Wien, am 31. Oktober 2023

S l o w a k e i (Seite E 195)

- Keine Berichte -

Ungarn (Seiten E 196 – E 199)

01) Direkte Demokratie in Ungarn – Volksbefragung: „Schutz unserer Souveränität“

21. 11. 2023



Die Ankündigung der ungarischen Regierung, die Meinung der Bevölkerung zu elf Themen einzuholen dürfte im globalistischen liberal-totalitaristischen Brüssel erneut für Unruhe sorgen:

Es geht dabei u.a. um die von Brüssel geforderte Abschaffung der Subventionen für Grundnahrungsmittel, die Liquidierung des Zinsstopps sowie der Abschaffung eine Extra-Profiteuer für Kriegsgewinnler.

Außerdem kann darüber abgestimmt werden, dass „Brüssel Migrantenghettos in Ungarn errichten will“, und auch über, dass die von Brüssel bereitgestellten Gelder für palästinensische schließlich Hamas-Organisationen angekommen sind.

Thema ist auch, dass Brüssel mehr Waffen in die Ukraine schicken will, mehr Geld zur Unterstützung der Ukraine will und das Land in die EU aufnehmen, und dass gentechnisch verändertes ukrainisches Getreide nach Ungarn importiert werden soll.

Seite E 197 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Die Ungarn können Stellung beziehen, dass Brüssel das sogenannte „*Kinderschutzgesetz*“ abschaffen und die ungarische Politik mit Geldern aus Brüssel und den USA beeinflussen will.

Die Fragebögen werden per Post verschickt, sind aber auch per E-Mail erhältlich. Die Frist für die Rücksendung der ausgefüllten Fragebögen ist der 10. Januar 2024.

Die Fragen der sogenannten „Nationalen Konsultation“ im Detail

1. Brüssel will die **Subventionen für Versorgungsunternehmen** abschaffen. Die EU-Kommission will uns zwingen, die Subventionen für Versorgungsunternehmen abzuschaffen. In ihrer EntschlieÙung schreiben sie, dass „Energienstützungsmaßnahmen auslaufen sollten“. Sie wollen eine Maßnahme abschaffen, welche die Energiekosten ungarischer Familien um durchschnittlich 181.000 HUF ca. (485.-EUR) pro Monat senkt. Was halten Sie davon?

A – Der Versorgungszuschuss muss beibehalten werden.

B – Es besteht keine Notwendigkeit mehr für eine Preisregulierung auf dem Energiemarkt.

2. Brüssel will den **Zinsstopp abschaffen**.

Die Bankzinsen sind zuletzt stark gestiegen. Um Familien zu schützen, hat die Regierung daher einen Zinsstopp eingeführt, der 300.000 Familien und fast 30.000 Unternehmen schützt. Brüssel hat in seinen sogenannten länderspezifischen Empfehlungen deutlich gemacht, dass es diese Maßnahme abschaffen will.

Was halten Sie davon?

A – Der Zinsstopp sollte bis 2024 verlängert werden.

B – Brüssel hat Recht, die Maßnahme muss schrittweise abgeschafft werden.

3. Brüssel will **Ungarns Extra-Profit-Steuer abschaffen**.

Die Regierung erhob eine zusätzliche Gewinnsteuer für große Unternehmen, die während der Pandemie -und der Kriegs-Krise erhebliche zusätzliche Gewinne anhäuferten. Wir erwarten von ihnen, dass sie ihren Teil zur Lastenteilung beitragen. Brüssel will jedoch, dass Ungarn die Extra-Profit-Steuern bis Ende dieses Jahres abschafft.

Was halten Sie davon?

A – Die zusätzliche Gewinnsteuer muss beibehalten werden.

B – Es besteht keine Notwendigkeit mehr, zusätzliche Gewinne zu besteuern.

4. Brüssel will auch **in Ungarn Migrantenghettos** errichten.

In Brüssel will man für uns entscheiden, mit wem wir zusammenleben und wen wir in unser Land lassen. Sie wollen uns verpflichten, Migranten ins Land zu lassen, bevor

Asylanträge bearbeitet werden. Dies würde auch in Ungarn Migrantenghettos schaffen.

Was halten Sie davon?

A: Wir dürfen nicht zulassen, dass in unserem Land Migrantenghettos entstehen.

B – Die Brüsseler Migrationspläne müssen angenommen werden.

5. Die **Unterstützung** aus Brüssel für palästinensische Organisationen hat auch die **Hamas** erreicht.

Brüssel hat palästinensische Organisationen in den vergangenen Jahren mit Hunderttausenden Euro unterstützt. Ein Teil der Gelder ging auch an die Terrororganisation Hamas. In Europa feiern Massen von Einwanderern Terroranschläge im Nahen Osten, so dass der Terrorismus durch die von Brüssel geförderte Einwanderung jetzt eine Bedrohung für Europa darstellt.

Was halten Sie davon?

A – Wegen der Terror-Bedrohung muss Brüssel aufhören, palästinensische Organisationen zu unterstützen.

B – Brüssel muss die palästinensischen Organisationen weiterhin unterstützen, unabhängig von der terroristischen Bedrohung.

6. Brüssel will mehr **Waffen in die Ukraine** schicken.

Brüssel hat von Anfang an eine kriegsfreundliche Haltung eingenommen und auf Waffenlieferungen gedrängt. So hat es bereits mehr als 5 Mrd. EUR für die Entwicklung der ukrainischen Armee ausgegeben. Und der jüngste Vorschlag sieht vor, weitere 20 Milliarden Euro für die Bewaffnung der Ukraine bereitzustellen. Was halten Sie davon?

A: Statt Waffenlieferungen brauchen wir einen Waffenstillstand und Frieden.

B – Mehr Waffen, die mit EU-Geldern gekauft wurden, müssen auf den Kriegsschauplatz geschickt werden.

7. Brüssel will mehr Geld, um die **Ukraine zu unterstützen**.

Die EU-Kommission will zusätzliche 50 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine. Da dieser Betrag im aktuellen EU-Haushalt nicht zur Verfügung steht, wollen sie zusätzliche Mittel von den Mitgliedstaaten erpressen. Sie verlangen von Ungarn weitere Beiträge, weil Ungarn seit geraumer Zeit nicht mehr die EU-Gelder erhält, die ihm vertraglich zustehen. Ungarn hat bereits Milliarden Forint ausgegeben, um den Menschen auf der Flucht aus der Ukraine zu helfen.

Was halten Sie davon?

A: Lasst uns aufhören, für die Unterstützung der Ukraine zu zahlen, bis wir das Geld erhalten haben, das uns zusteht.

B – Wir akzeptieren die Anfrage aus Brüssel, auch wenn das uns zustehende Geld immer noch nicht zur Verfügung gestellt wird.

8. Brüssel will auch, dass die **Ukraine der Europäischen Union beiträgt**.

Die Rufe nach einer Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU werden lauter, obwohl sie ein kriegführendes Land ist. Die Aufnahme der Ukraine würde die derzeitigen EU-Förderprogramme grundlegend verändern. Nach den derzeitigen Vorschriften würde die Ukraine als Vollmitglied einen erheblichen Anteil der EU-Mittel erhalten.

Was halten Sie davon?

A – Die Voraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft der Ukraine sind noch nicht erfüllt.

B – Die Vollmitgliedschaft der Ukraine muss unterstützt werden.

9. Brüssel will **gentechnisch verändertes ukrainisches Getreide** ins Land lassen.

Nach Beginn des Krieges öffnete Brüssel seine Grenzen für ukrainische Getreidelieferungen. Ziel der Maßnahme war es, ärmere Regionen der Welt zu erreichen. Stattdessen hat jedoch ein erheblicher Teil des gentechnisch veränderten ukrainischen Getreides die Märkte der osteuropäischen Länder überschwemmt, was die Erzeuger in der Region in eine äußerst schwierige Situation gebracht hat. Ungarn hat die Einfuhr von ukrainischem Getreide verboten, aber Brüssel will immer noch, dass wir gentechnisch verändertes ukrainisches Getreide ins Land lassen.

Was halten Sie davon?

A: Wir müssen uns auf jede erdenkliche Weise für die ungarischen Landwirte einsetzen und sicherstellen, dass die ungarische Landwirtschaft gentechnikfrei bleibt.

B – Wir müssen unseren Markt für gentechnisch verändertes ukrainisches Getreide öffnen.

10. Brüssel will das „**Kinderschutzgesetz**“ **abschaffen**.

Das ungarische „Kinderschutzgesetz“ wird immer wieder aus Brüssel angegriffen. Auch die EU-Kommission hat das Gesetz vor Gericht angefochten. Unterdessen häufen sich Berichte über aggressive LGBTQ-Propaganda, die sich gegen Kinder richtet.

Was halten Sie davon?

A – Die Kinderschutzbestimmungen müssen weiter verschärft werden.

B – Brüssel schlägt eine Lockerung des Kinderschutzgesetzes vor.

11. Sie wollen die **ungarische Politik mit Geldern aus Brüssel** und Übersee **beeinflussen**.

Weißrussland (Seite E 200)

- Keine Berichte -

Ukraine (Seite E 201)

- Keine Berichte -

R u s s l a n d (Seiten E 202 - E 212)

01) Putin und Schoigu treffen stellv. Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission (ZMK) Chinas

Von REDAKTION

09. 11. 2023



8.11.2023 – Zhang Youxia, stellv. Vorsitzender der ZMK Chinas begleitet von Sergey Schoigu trifft Wladimir Putin in seiner Residenz Nowo-Ogaryowo nahe Moskau

Russland und China wissen, was sie zu tun haben

Von REDAKTION | Während der kollektive Westen unter der Führung amerikanischer Landeseliten versucht den Krieg gegen Russland und China auf möglichst viele Länder der Welt auszudehnen, empfing der russische Präsident Putin und Verteidigungsminister Schoigu eine hochkarätige Militärdelegation aus China, um die strategische Zusammenarbeit zwischen den beiden Großmächten gemäß den bestehenden Absprachen und Plänen weiter voranzutreiben.



Zhang Youxia, Waldimir Putin und Sergej Schoigu arbeiten an der planmäßigen Umsetzung der getroffenen weitreichenden strategischen Abmachungen |

Der russische Präsident Wladimir Putin:

Genosse Zhang Youxia, ich bin sehr froh, Sie in Russland zu sehen.

Sie und ich sind uns vor einigen Jahren begegnet, und ich meine, es war auch hier, in Ogaryowo. Es zeigt, wie wir die gute Tradition pflegen, uns in der russischen Präsidentenresidenz auf dem Land zu treffen.

Ich freue mich sehr, Sie zu sehen. Sie wissen wahrscheinlich, dass ich vor nicht allzu langer Zeit in Peking war und ich möchte Sie zugleich ersuchen, dem Präsidenten der Volksrepublik China meine besten Wünsche zu übermitteln und meinen Dank für seine herzliche Gastfreundschaft auszusprechen.

Wir haben in der Tat sehr freundschaftliche, persönliche und zugleich geschäftliche Beziehungen aufgebaut, die es unseren beiden Ländern ermöglichen, strategische Beziehungen zu unterhalten.

Russland und China streben keine Militärbündnisse nach dem Muster des Kalten Krieges an, doch unterhalten konstruktive Beziehungen, die zu einem gravierenden Stabilitätsfaktor in der Welt geworden sind.

Wir arbeiten auch an der wirtschaftlichen Front und sind dabei ziemlich effektiv gewesen. Unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weisen eine positive Dynamik auf und wir haben die Ziele, die wir uns gesetzt haben, früher als geplant erreicht.

Russland und China arbeiten auf internationalen Plattformen und in Organisationen, vor allem in den Vereinten Nationen, zusammen und schenken gleichzeitig unseren regionalen

Seite E 204 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Zusammenschlüssen, die sich zunehmend zu globalen Plattformen entwickeln, adäquate Aufmerksamkeit. Ich beziehe mich auf die *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit* und die BRICS.

Im nächsten Jahr wird Russland den BRICS-Vorsitz übernehmen. Wir hoffen fest, dass wir gemeinsam mit unseren chinesischen Freunden die Agenda vorantreiben werden, die wir für am geeignetsten und vielversprechendsten halten, wobei die Interessen aller Länder in diesem Verband berücksichtigt werden.

Natürlich ist es auch erwähnenswert, dass unsere militärische und militärisch-technische Zusammenarbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Was die militärisch-technische Zusammenarbeit anbelangt, so haben sich unsere Bemühungen auf die High-Tech-Sektoren als Schwerpunkt herauskristallisiert. **Ich beziehe mich dabei auf den Weltraum, die High-Orbit-Ressourcen sowie die neuesten und in Vorbereitung befindlichen Waffen, die zweifellos die strategische Stabilität sowohl für Russland als auch für die Volksrepublik China gewährleisten werden.**

Wir erleben, dass einige Länder versuchen, ihre geografische Reichweite auszudehnen. So seltsam es auch klingen mag, die Nordatlantikpakt-Organisation [NATO] versucht, über ihre geografische Reichweite hinauszugehen, was meines Erachtens im Widerspruch zu ihren eigenen Satzungsdokumenten steht.

Die Vereinigten Staaten sind zunehmend bestrebt, alle verbündeten Länder in die Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum hineinzuziehen, indem sie neue militärische und politische Allianzen mit regionalen Ländern eingehen. Natürlich lassen sich die Vereinigten Staaten bei ihren Bemühungen in erster Linie von ihren eigenen Interessen und, um das Kind beim Namen zu nennen, von ihren angestammten Interessen leiten.

Gemeinsam mit unseren Freunden, zu denen auch und vor allem die Volksrepublik China zählt, durchschauen wir all dies. Unsere Reaktion war ruhig und ausgewogen und bestand in der Stärkung unserer Verteidigungskapazitäten, unter anderem durch gemeinsame Übungen der See- und Luftstreitkräfte. Wir führen sie regelmäßig durch und vertiefen dabei ständig unsere Zusammenarbeit.

Ich bin sicher, dass Ihre Konsultationen und Gespräche mit dem Verteidigungsministerium der Russischen Föderation nützlich sein und zur Festigung unserer Beziehungen in diesem für unsere Länder so wichtigen Bereich beitragen werden.

Herzlich willkommen!

Stellv. Vorsitzender der Zentralen Militärkommission Chinas Zhang Youxia:

Eure Exzellenz, Herr Präsident von Russland.

Vielen Dank, dass Sie Zeit für dieses Treffen gefunden haben. Zunächst möchte ich Ihnen im Namen von Präsident Xi Jinping ein herzliches Willkommen und die besten Wünsche übermitteln.

Ich hatte die große Ehre, 2013 und 2017 zwei Treffen mit Ihnen zu haben. Sechs Jahre sind vergangen, und heute habe ich erneut die Freude und Ehre, mit Ihnen zusammenzutreffen.

Seite E 205 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Unter Ihrer Führung hat die Russische Föderation den westlichen Sanktionen standgehalten, was beweist, dass keine Herausforderung Sie oder Russland überfordern kann: China zollt Ihnen dafür seinen Respekt!

Diesmal sind wir hier in Russland, um die Vereinbarungen, die Sie mit Präsident Xi getroffen haben, umzusetzen und eine regelmäßige Sitzung des Ausschusses für militärisch-technische Zusammenarbeit abzuhalten sowie unsere militärische Zusammenarbeit zu verstärken.

[...]

Der Empfang der hohen chinesischen Militärdelegation in Moskau

Vor der Zusammenkunft mit dem russischen Präsidenten wurde die chinesische Militärdelegation im Gebäude des *Nationalen Zentrums für staatliche Verteidigungskontrolle der Russischen Föderation* unter Beteiligung einer Kompanie der Ehrengarde und einer Musikkapelle empfangen und wurde danach zu einer ersten Gesprächsrunde gebeten.



Empfang der chinesischen Delegation mit militärischen Ehren durch den russischen Verteidigungsminister



Auf dem Weg zum Sitzungssaal zeigte Sergej Schoigu den militärischen Gästen aus China das Gemälde, welche Soldaten der siegreichen Roten Armee vor der Kulisse des Deutschen Reichstags zum Ende des 2. Weltkrieges zeigt:





Mitglieder der ZMK Chinas mit Schoigu bewundern das Gemälde vor der Konferenz

Gegebenenfalls dürften die Gedanken der Anwesenden bei der heutigen deutschen Außenministerin geweilt haben, die in einer Anwendung erneuten Kriegsrausches der Russischen Föderation im Namen der EU zuletzt einmal mehr den Krieg erklärt hatte.



Die Rote Armee in Berlin im Mai 1945

Der Termin des Besuchs der chinesischen militärischen Gäste rief Erinnerungen an den 24. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1941 inmitten des 2. Weltkrieges – vor nahezu exakt 82 Jahren – wach, als auf dem Roten Platz unter schwierigen Bedingungen Josef Stalin eine Militärparade anordnete, während die deutsche Wehrmacht nur noch wenige Dutzend Kilometer von Moskau entfernt stand und die Stadt zu erobern drohte:



November 1941: Militärparade der Roten Armee auf dem Roten Platz in Moskau



Der Vorbeimarsch der Truppen am 7. November 1941 dauerte rund eine halbe Stunde: Eine Truppenparade in solch kritischer Situation zeigte einer erstaunten restlichen Welt, dass die Moral der Roten Armee ungebrochen war: Insgesamt nahmen 28.487 Personen an dem Vorbeimarsch teil, zusammen mit 140 Artilleriegeschützen, 160 Panzern und 232 Fahrzeugen. Vom Roten Platz aus machten sich besagte Truppe mit ihrem Gerät direkt auf den Weg zur Front, um die Stadt zu verteidigen.

Den Ausgang dieser Geschichte (1941 – 45) konnten die chinesischen Besucher dem gezeigten Gemälde entnehmen. Im Anschluss fand die erste Gesprächsrunde zwischen den hohen Militärs der beiden stärksten Großmächte unserer Zeit statt:



Die russischen und chinesischen Vertreter nahmen ohne Verzug ihre Arbeit auf

Der russische Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergej Schoigu und der stellvertretende Vorsitzende des Zentralen Militärrats der Volksrepublik China, Generaloberst Zhang Youxia, erörterten aktuelle Fragen der militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Großmächten.



Der russische Verteidigungsminister Sergey Schoigu im Gespräch mit Zhang Youxia

«Die russisch-chinesischen Beziehungen im militärischen Bereich entwickeln sich stetig in alle Richtungen. Wir führen regelmäßig gemeinsame Einsatz- und Gefechtsübungen zu Lande, zu Luft und zur See durch und bearbeiten erfolgreich Gefechtsübungsaufgaben von unterschiedlicher Komplexität Schulter an Schulter. Darüber hinaus richten sich all diese Aktionen nicht gegen Drittländer und werden ausschließlich im gegenseitigen Interesse durchgeführt», sagte Sergej Schoigu.

Der russische Verteidigungsminister erinnerte daran, dass sein letztes Treffen mit Zhang Yuxia letzte Woche in China am Rande des 10. Pekingener Xiangshan-Forums stattfand.

«Wir führen heute Gespräche in Russland. Diese Dynamik der militärischen Kontakte deutet auf ein hohes Niveau der militärischen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern hin», sagte Schoigu.

Er betonte, dass die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Staatsoberhäuptern der beiden Länder – dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping – eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der russisch-chinesischen strategischen Beziehungen spielen.



«In diesem Jahr haben die Staatschefs zwei persönliche Treffen in Moskau und Peking abgehalten. Wir konzentrieren uns auf die bedingungslose Umsetzung aller auf höchster Ebene getroffenen Vereinbarungen», sagte der russische Verteidigungsminister.



«In diesem Jahr haben die Staatschefs zwei persönliche Treffen in Moskau und Peking abgehalten. Wir konzentrieren uns auf die bedingungslose Umsetzung aller auf höchster Ebene getroffenen Vereinbarungen», sagte der russische Verteidigungsminister.

Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralen Militärrats der Volksrepublik China, Generaloberst Zhang Youxia, erklärte seinerseits, dass die russisch-chinesischen Beziehungen auf höchstem Niveau seien.



Der stellv. Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Chinas, Zhang Youxia

«Dank der persönlichen Förderung der strategischen Führung des chinesischen Präsidenten Xi Jinping und des russischen Präsidenten Wladimir Putin befinden sich die chinesisch-russischen Beziehungen der umfassenden Partnerschaft und strategischen Zusammenarbeit in der neuen Ära auf höchstem Niveau», so der chinesische Militärkommandeur. Ihm zufolge «unterstützen die Parteien einander stets in Fragen, die mit den grundlegenden Interessen und Hauptanliegen der Parteien zusammenhängen und arbeiten in internationalen und regionalen Angelegenheiten eng zusammen.»



Der stellv. Vorsitzende der ZMK Chinas, Zhang Youxia und Verteidigungsminister Sergey Schoigu zeigen sich bereit den gemeinsamen Aufgaben zu stellen

«Es wurde ein Modell des strategischen Vertrauens zwischen den Mächten sowie ein Modell der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen Nachbarn geschaffen», sagte Zhang Youxia. Er wies darauf hin, dass er dieses Mal die chinesische Delegation leite, um alle von den Führern der Russischen Föderation und Chinas getroffenen Vereinbarungen umzusetzen «und die praktische Zusammenarbeit im militärischen Bereich zu fördern, wie auch die Beziehungen zwischen den Armeen weiter zu verstärken».

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Armenien / Aserbaidshan (Seite E 213)

- Keine Berichte -

T ü r k e i (Seite E 214)

- Keine Berichte -

Moldawien (Seiten E 215 – E 216)

01) Moldawien würde für EU-Beitritt Transnistrien aufgeben

17. 11. 2023



Zwischen Rumänien und Ukraine und Russland

Das kleine Land Moldawien oder Republik Moldau (mit 2,5 Millionen Einwohnern und etwas größer als Belgien), zwischen Rumänien und der Ukraine gelegen, hofft, in sieben Jahren EU-Mitglied zu werden.

Nun deutete die politische Führung in Chişinău eine Lösung im Transnistrien-Konflikt an. Dass Moldawien nämlich ohne das abtrünnige, prorussische Transnistrien der Europäischen Union beitreten könnte. Diese Lösung könne nun von der Führung in Chişinău als auch von Brüssel verfolgt werden – wie „maszol.ro“ schrieb.

Der Zeitung zufolge, hofft Moldawien hofft, in sieben Jahren EU-Mitglied zu werden. Darauf deutete auch die Erklärung der moldauischen Präsidentin Maia Sandu hin.

Sandu hofft, dass sein Land in zwei Schritten Mitglied der Gemeinschaft werden kann.

„Der erste Schritt wäre ohne die von Russland kontrollierte Separatistenregion Transnistrien“

- wie sie in einem Interview mit Radio Chisinau sagte. Und sie fügte hinzu, dass Transnistrien weiterhin von „*bestimmten Elementen*“ der Annäherung an die EU profitieren werde, einschließlich eines Freihandelsabkommens.

„Wir wollen eine politische Lösung des Konflikts, aber es darf nicht die Rede davon sein, dass die Republik Moldau erst nach einer Lösung für Transnistrien der EU beitrifft; denn das würde dem Kreml ein Vetorecht im Integrationsprozess geben.“

Versteckte Integration durch steigenden Lebensstandard

Sandu wies auch darauf hin: Nach dem EU-Beitritt der Republik Moldau ohne Transnistrien würde aber auch der Lebensstandard östlich des Dnjestr steigen und dort somit der gleiche Weg eingeschlagen werden. Das Staatsoberhaupt hofft somit darauf, dass der Europäische Rat im Dezember für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Moldau und der Ukraine abstimmen möge.

„Opfer Transnistrien“

„Maszol.ro“ erinnerte auch daran, dass der ehemalige rumänische Ministerpräsident Mihai Răzvan Ungureanu in einem Interview ebenfalls über die Notwendigkeit gesprochen habe, Transnistrien aufzugeben, um sich in die Europäische Union zu integrieren. Er sagte, die abtrünnige Region sei „*ein Ballast, ein giftiges Element für die junge Demokratie jenseits von Prut*“. Wie er es ausdrückte, müsse Chişinău verstehen, dass für den richtigen Weg manchmal auch Opfer gebracht werden müssen.

„Transnistrien könnte ein solches Opfer werden.“

- sagte Ungureanu zuvor.

Der Transnistrien-Konflikt...

entstand 1990 durch eine kurze kriegerische Auseinandersetzung (März – August 1992 mit Eingreifen Russlands) zwischen der ehemaligen Sowjetrepublik Moldau und dem inzwischen de facto unabhängigen Transnistrien, welches sich nach dem Zerfall der Sowjetunion von der Republik Moldau abgespaltete.

Transnistrien erklärte sich 1992 unabhängig, ist aber wirtschaftlich und militärisch von Russland abhängig und wurde bislang von keinem anderen Staat anerkannt.

Die tieferen Ursachen des Konflikts liegen aber in der wechselhaften Geschichte der Region und seiner ethnisch-lingual heterogenen Bevölkerung, ungelösten Eigentumsfragen bei der Auflösung der Sowjetunion und den demografischen Verhältnissen in Transnistrien (25% Russen, 29 % Ukrainer im Jahre 1989)

Dieser Artikel entstand in Zusammenarbeit mit [MANDINER](#), unserem ungarischen Partner der Europäischen Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Seite E 217 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

B u l g a r i e n (Seite E 217)

- Keine Berichte -

Italien (Seiten E 218 – E 220)

01) Michelangelo zeichnete Geheim-Skizzen in Katakombe aus Angst vor Todesurteil durch Papst Clemens VII

27. 11. 2023



Das Renaissance-Künstler-Genie („David“-Statue und Fresken in der „Sixtinischen Kapelle“) soll sich mehrere Monate in einer unterirdischen Kammer unter den Medici-Kapellen, versteckt haben: Aus Angst vor dem Todesurteil durch Papst Clemens VII., weil er sich mit dem mächtigen Medici-Clan überworfen hatte.

Geheimer Katalog in unterirdischem Raum

Dabei benutzte er einen „geheimen“ unterirdischen Raum in Florenz, an dessen Wände er Kritzeleien zeichnete. Diese sollen nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Vermutlich soll sich Michelangelo 1530 etwa zwei Monate lang in der winzigen Kammer unter den Medici-Kapellen in der Basilika San Lorenzo versteckt haben. Die Dutzenden Zeichnungen erinnern an seine früheren Werke, darunter eine Zeichnung von „Leda und dem Schwan“, ein Gemälde, das im selben Jahr entstand und später verloren ging.

Laut Paola D’Agostino, der Direktorin der Bargello-Museen, habe der Künstler wohl einen Katalog seiner Werke erstellen wollen, weil er nicht wusste, ob er tot oder lebendig aus der Kammer herauskommen könnte.

Zufallsentdeckung

Die unterirdische Existenz der Kohle- und Kreidezeichnungen blieb bis 1975 unbekannt, bis Paolo Dal Poggetto, der damalige Direktor der Medici-Kapellen, in einem der fünf Bargello-Museen, nach einem geeigneten Raum suchte, um einen neuen Ausgang für das Museum zu schaffen.

Schließlich fand eine Falltür unter einem Schrank, die zu dem 10 Meter langen und drei Meter breiten Raum führte. Die Kammer wurde bis 1955 zur Lagerung von Kohle genutzt, bevor sie für die nächsten zwei Jahrzehnte versiegelt wurden. ([Guardian](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italien will Illegale nach Albanien umsiedeln

09. 11. 2023



Die Errichtung und der Betrieb der geplanten Flüchtlingslager soll Italien mehr als hundert Millionen Euro pro Jahr kosten. Dies teilten die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der albanische Ministerpräsident Edi Rama am Montag mit.

Somit sollen in Albanien mit italienischem Geld zwei Migrantenlager errichtet und betrieben werden.

Die neunseitige Absichtserklärung, bestehend aus vierzehn Punkten und zwei Anhängen, wurde in der italienischen und albanischen Presse veröffentlicht. Sie bezieht sich auf die nächsten fünf Jahre und kann um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Seite E 220 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Rom verpflichtete sich, Tirana innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens 16,5 Mio. EUR zu überweisen und dann jährlich weiter zu zahlen. Als Garantie wird die italienische Seite weitere hundert Millionen Euro auf ein albanisches Bankkonto einzahlen.

Dabei sollen diejenigen Illegalen bei der von den italienischen Behörden durchgeführten Seenotrettung in albanische Lager gebracht werden, Migranten, die von Zivilisten gerettet werden dies aber nicht. Die beiden Lager können 3.000 Menschen gleichzeitig beherbergen, was nach italienischen Berechnungen 39.000 Migranten pro Jahr bedeutet. ([Mandiner](#), MTI)

„Ich glaube, dass dies ein wahrhaft europäisches Abkommen ist, und ich möchte sagen, dass es zeigt, dass es möglich ist, zusammenzuarbeiten, um die Migration zu steuern.“

- sagte Meloni zusammen mit ihrem albanischen Amtskollegen Edi Rama in Rom.

„Die Migranten werden so lange in den Zentren bleiben, wie es für die zügige Bearbeitung von Asylanträgen und gegebenenfalls für die Abschiebung erforderlich ist.“

- so Meloni weiter.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Irland (Seiten E 221 – E 224)

01) Orwell'sche EU-Diktatur Irland: McGregor wegen „Hass-Rede“ verfolgt – „Irland ist im Krieg“

30. 11. 2023



Irland: EU-Labor für Totalitarismus

Dass einst konservative Irland ist zu einem EU-Laboratorium zur großen Transformation eines Orwellschen Totalitarismus geworden:

Seite E 222 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 842 vom 07.12.2023

Gegen den ehemaligen irischen UFC-Champion Conor McGregor, wird wegen „Online-Hassrede“ ermittelt: Hatte dieser es doch gewagt in sozialen Medien die irischen Behörden für ihre Pro-Einwanderungs-Politik zu kritisieren.

Der Anlass: Ein algerischer Einwanderer hatte in der vergangenen Woche fünf Menschen erstochen, darunter drei Kinder.

McGregor, meldete sich danach zu seinen rund 60 Millionen Followern auf „Instagram“ und „X“ zu Wort:

„Irland, wir befinden uns im Krieg.“

Als Reaktion auf die Multikulti-Gewalt setzten einige der angeblich 500 Randalierer – mindestens 34 wurden festgenommen – einen Bus und ein Polizeiauto in Brand und beschädigten mehrere Gebäude, in denen Migranten untergebracht waren, während die Behörden den öffentlichen Verkehr in der Stadt einstellten.

Der irische Polizeichef Drew Harris bezeichnete die Ausschreitungen im üblichen EU-Sprech-Jargon als *„empörende Szenen“*, die von einer *„Hooligan-Gruppe, die von rechtsextremer Ideologie angetrieben wird“*, verursacht worden seien. – Multikulti-Messerstechereien nimmt man offensichtlich von offiziellen irischen EU-Bütteln geduldig hin.

Diese Äußerungen des Polizeichefs kritisierte jedoch er UFC-Superstar scharf.

„Unschuldige Kinder wurden heute in Dublin, Irland, von einem geistig verwirrten Ausländer brutal erstochen...“ so McGregor.

Allerdings würde er, McGregor, aber auch keine Unruhen in Dublin, gestohlenen Eigentum und Zerstörung sowie Angriffe auf Ersthelfer dulden.

Somit wurde der Mixed-Martial-Art-Künstler einer führenden Stimme gegen den massiven Zustrom von Einwanderern. Berichten zufolge erreichte dieser in den letzten Monaten den zweithöchsten Stand und wies damit eine der höchsten Pro-Kopf-Einwanderungszahlen in der EU Union auf.

Die irischen Behörden reagierten verzweifelt-hysterisch darauf, indem sie Ermittlungen gegen den Mixed-Martial-Arts-Kämpfer einleiteten, als Teil einer Untersuchung zur Verbreitung sogenannter Online-Hassreden, so die [„Sunday Times“](#).

Die Ermittlungen kommen just zu einem Zeitpunkt, an dem irische Beamte Berichten zufolge mit den Vorbereitungen für die Verabschiedung des totalitaristischen „Radical Public Discourse Act“ begonnen haben.

Der irische Premierminister Leo Varadkar hatte demgemäß erst kürzlich gegenüber lokalen Medien gefordert: Das anti-demokratische Gesetz solle möglichst bald in den kommenden Wochen verabschiedet werden, um Personen ins Visier zu nehmen, die *„Nachrichten und Bilder posten, die zu Hass und Gewalt aufstacheln“*. – In Wirklichkeit ein Zensurgesetz zur Unterbindung von Berichten zu Migranten-Gewalt.

**Dublin: Unruhen nach Messerattentat durch Migranten (Videos) –
McGregor warnt Globalisten-Regierung**

26. 11. 2023



UPDATE 24.11. 2023

McGregor warnt Globalisten-Regierung: „Sache selbst in die Hand nehmen“

<https://unser-mittleuropa.com/drei-kinder-vor-schule-in-dublin-niedergestochen/>



<https://unser-mittleuropa.com/irland-erlaesst-neue-zensurgesetze-wer-hass-material-besitzt-und-mainstream-meinung-widerspricht-kommt-ins-gefaengnis/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten E 225 – E 226)

01) „Armutshochburg“ Großbritannien – Kostensparen durch Kühlschrank aus

16. 11. 2023



Bild: BR.de

Laut einer aktuellen Studie greifen Millionen britischer Bürger nun zu drastischen Maßnahmen, um bis zum Ende des Monats auskommen zu können.

Verkauf von Wertgegenständen und Wärmestuben

Ein Drittel der „ärmeren“ Haushalte verkauft Wertgegenstände, um an Geld zu kommen, und ein Sechstel sucht sogenannte kommunale „Wärmestuben“ auf.

Laut einer aktuellen Studie der Joseph Rowntree Stiftung greifen Millionen britischer Haushalte zu „verzweifelten Maßnahmen“ wie etwa dem Abschalten ihrer Kühl- und Gefrierschränke, um die Lebenshaltungskosten zu bewältigen.

Der Bericht, aus dem die britische Zeitung *The Guardian* am 14. November zitierte, ergab, dass im Oktober ein Viertel der ärmeren Haushalte in Großbritannien Schulden gemacht hatten, um Lebensmittel zu bezahlen. Ein Drittel habe Wertgegenstände verkauft und einer von sechs Haushalten habe sogenannte kommunale „Wärmestuben“ genutzt.

Vier von fünf Haushalten, die Sozialhilfe beanspruchen, setzen zusätzlich drastische Maßnahmen ein, darunter den Verzicht auf Nahrung, das Ausschalten der Heizung und das Tragen abgenutzter Kleidung. Fast eine Million Haushalte gaben an, dass sie seit Mai zum ersten Mal ihren Kühl- oder Gefrierschrank abschalten mussten.

Soziale Schere klafft immer stärker auseinander

Nach Angaben der Stiftung verzichteten über sieben Millionen Haushalte in den letzten sechs Monaten auf Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter, obwohl die Regierung die Lebenshaltungskosten gezielt unterstützt.

„Millionen von Familien, die ihre Kühl- und Gefrierschränke abschalten, sind das jüngste Kapitel in einer langjährigen Geschichte der Not“, wird Peter Matejic, Chefanalyst der Joseph Rowntree Stiftung, zitiert.

„Die Menschen riskieren, durch den Verzehr verdorbener Lebensmittel krank zu werden und auf gesunde, frische Lebensmittel zu verzichten. Dies könnte die Gesundheit von Millionen von Menschen nachhaltig schädigen“, warnte Matejic.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Besorgnis über die Kürzung der finanziellen Unterstützung für einkommensschwache Familien, die die Regierung nächste Woche in ihrer Herbstbilanz ankündigen wird, immer größer wird. „Es ist skrupellos, dass die Regierung Berichten zu Folge erwägt, die Leistungen für Familien in Schwierigkeiten zu kürzen, um Steuersenkungen zu finanzieren“, erklärte dazu Matejic.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER